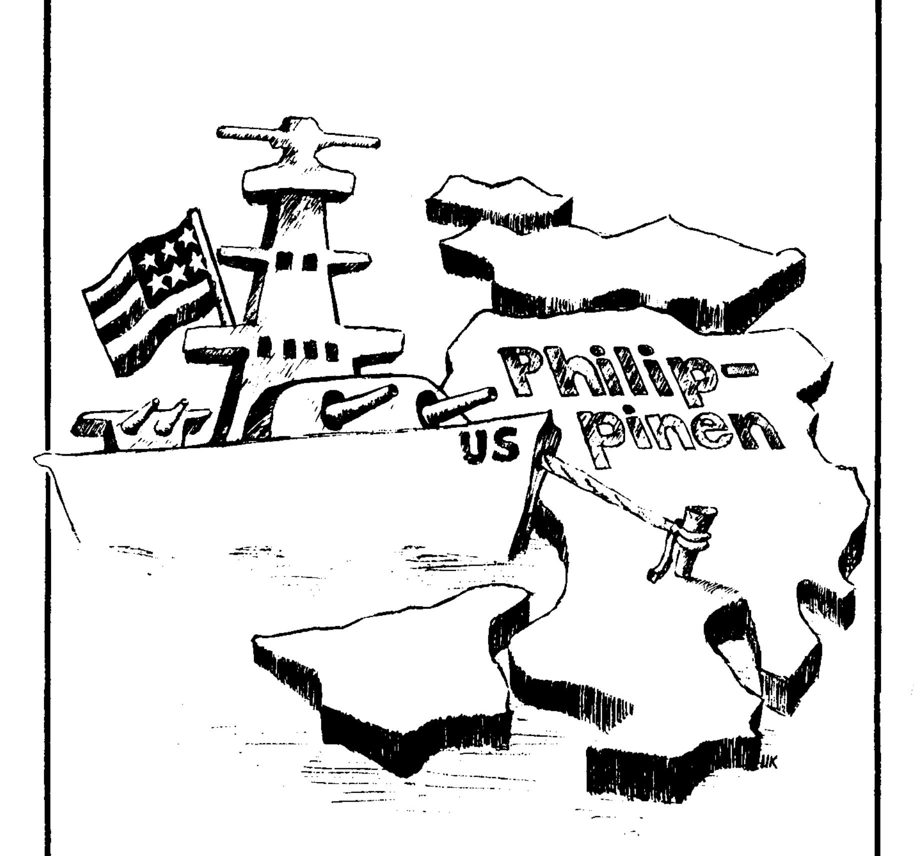
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



US-STÜTZPUNKTE AUF DEN PHILIPPINEN



Nr. 111 August 1983 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun,Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Chritian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,– DM).

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,– (bzw. 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,– (bzw. 66,)

Einzelpreis: DM 5,–/SFR 5,–//ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:
6. September 1983



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Guatemala

Ein Jahr nach dem Putsch

GELDNOT ZWINGT PRÄSIDENT RIOS MONTT ZU SANFTEN TÖNEN

Ein Jahr nach der Machtergreifung von General Rios Montt (vgl. Blätter Nr. 103) hob die guatemaltekische Regierung den im Juni letzten Jahres verhängten Belagerungszustand wieder auf.
In einem Festakt zum Jahrestag des Putsches, am 23. März, zogen Guatemalas Machthaber im Prunksaal des Nationalpalastes in Guatemala Stadt zur eigenen Machtdemonstration vor der internationalen Presse eine gut inszenierte Propagandashow ab.
Vor versammeltem Publikum kündigte Rios Montt mit pathetischen Worten: „Gott liebt Guatemala, und wenn Gott mit uns ist, wer soll dann gegen uns sein?" die endgültige Rückkehr zur repräsentativen Demokratie an (1).

Zwei Fragen ergeben sich aus den derzeitigen Verhältnissen in Guatemala: Was sind die wahren Hintergründe für die von der Regierung Rios Montt propagierte Demokratisierung? Wie stark ist die Guerilla nach der Regierungsoffensive '82 noch, konnte das guatemaltekische Militär sie endgültig besiegen, wie die Machthaber triumphierend behaupteten?

Die innenpolitische Situation vor dem Putsch im März 82

Der Jahreswechsel 80/81 brachte dem Guerillakampf in Guatemala einen enormen Aufschwung. Die Guerilla übernahm dabei immer mehr die Offensive gegen die Truppen der Regierung. Sie brachte nicht nur die Militärs in arge Bedrängnis, sondern traf mit ihren gezielten Anschlägen auch die Wirtschaft des Landes. Eine militärische Entwicklung in Richtung El Salvador schien sich damit tatsächlich anzubahnen. Die Bildung von „befreiten Zonen" stand unmittelbar bevor.
Noch im März 82 sprach man auf seiten der Guerilla über die Ausweitung des Widerstandes zum „revolutionären Volkskrieg (2). Die Chancen waren so günstig wie schon lange nicht, zumal die guatemaltekische Gesellschaft polarisiert war und die Opposition der Rechten gegenüber der damaligen Regierung Lucas Garcia immer stärker anwuchs (3). Dieser stand nur ein demoralisiertes und korruptes Heer zur Verfügung, dem es zusätzlich an einer einheitlichen militärischen Führung mangelte.
Die wirtschaftliche Lage Guatemalas verschlechterte sich zusehends angesichts der politisch-militärischen Instabilität der Regierung. Kapitalflucht, drastischer Rückgang von Investitionen und eine hohe Auslandsverschuldung waren die spürbaren Folgen.
Außenpolitisch isoliert, wurde das Regime nur von Israel, Südafrika, Südkorea und Taiwan offiziell unterstützt.
Die Situation für die guatemaltekische Guerilla schien demnach vielversprechend zu sein.
Doch es kam alles anders . . .
Nach den Präsidentschaftswahlen vom 7. 3. 82 – einer Wahlfarce, bei der nur die Parteien der Rechten teilnehmen durften – ging der Kandidat der Militärs General Guevara als Sieger hervor, jedoch nur aufgrund massiven Wahlbetrugs.

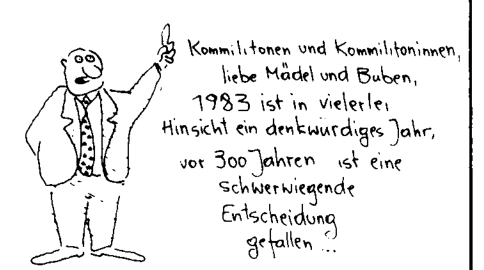
Es kam deswegen zu Protesten und Demonstrationen der rechten Verliererparteien, welche dadurch das Wahltheater völlig demaskierten.
Die Kritik an der bisherigen Militärregierung kam nicht nur von Großgrundbesitzern und Industriellen, sondern auch von der US-Administration. Die wachsende Uneffektivität in der Guerillabekämpfung der guatemaltekischen Militärs war den USA ein Dorn im Auge. Der Putsch sogenannter „junger Offiziere" um Rios Montt vom 23. 3. 82 war direkt von den USA vorbereitet worden. Er brachte diejenigen Militärkreise an die Macht, welche, wie Rios Montt, in den letzten Jahren an Militärakademien in den USA ausgebildet wurden und in der Lage waren, eine inzwischen verbesserte wissenschaftliche Counter Insurgency-Politik in die Praxis umzusetzen (4).

Rios Montt und die Fundamentalisten

Rios Montt gilt als „glühender Antikommunist"' Er ist ein fanatisches Mitglied der fundamentalistischen evangelikalen Sekte „El Verbo", die aus Kalifornien stammt, und sieht sich selbst als „von Gott gewählt".
Jeden Sonntag hält Rios Montt in Radio und Fernsehen eine „Predigt", in der er den Guatemalteken seine in religiösen Phrasen verpackte Politik „verkündigt".
Die Ideologie der Fundamentalisten geht im Gegensatz zur katholischen Kirche nicht von „der Lehre der Barmherzigkeit" aus, sondern erklärt die Armut als eine Folge „falschen Glaubens". Der Einfluß solcher Sekten ist seit Rios Montts Machtübernahme stetig gestiegen. Mittlerweile gilt Guatemala als das „protestantischste Land" in Lateinamerika mit bereits 1,3 Mio. Sektenmitgliedern (18 % der Gesamtbevölkerung) (5).
Der Ursprung der Sekten in Guatemala liegt gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als der antiklerikal eingestellte Präsident Justo Rufino Barrios ausländische Priester des Landes verwies und evangelische Gruppen zur Zusammenarbeit einlud (6).
Anfang der 60iger Jahre begannen die Anhänger der Fundamentalisten gemeinsam mit dem US-Geheimdienst ein weitverzweigtes Netz im westlichen Hochland aufzubauen (7).

PAPST und KATHOLIKENTAG „TÜRKENJAHR" AUSLÄNDERPOLITIK TÜRKEI HEUTE

56 A4-Seiten, DM 6,–
Hg: Alternative Türkeihilfe Österreich, Stiftgasse 8, A-1070 Wien



Das sog. „Ausländer"-, bzw. vorzüglich „Türken-Problem" kann von linker autonomer Seite her nicht mittels „Ausländer-Freundlichkeit" und Humanität bearbeitet werden.
Zu einer grundsätzlichen Analyse des Zusammenhangs von Rassismus und kapitalistischer Weltökonomie müssen noch zwei Dinge treten: 1) die Auseinandersetzung mit den konkreten staatlichen Politiken in der Ausländerfrage seit den 60er-Jahren und den daraus mitentspringenden Unterschiedlichkeiten der heutigen Situation in verschiedenen europäischen Ländern. 2) die geschichtliche Aufarbeitung der jahrhundertealten Tradition des Türkenfeindbildes, die im Jahr 1983 vom Politischen Katholizismus wieder aktiv in Dienst genommen wird.

...wäre sie anders ausgegangen, dann würden unsere Tiroler Schützen heut so ausschauen ..

Themenschwerpunkte:
- o „Enthüllungen" zum Papstattentat
- o Gegengeschichte zur sog. „Errettung des christlichen Abendlandes" im Jahr 1683 – 300 Jahre Türkenbefreiung?
- o Von Atatürk zur Militärdiktatur am Bosporus – Türkei heute
- o „Dritte Welt" bei uns – Internationale Arbeitsteilung und Ausländerpolitik im Vergleich

Bestellungen:
BRD: Alternative Türkeihilfe, 4900 Herford, Postfach 7088
Österreich: Überweisung von 40,– öS auf das Konto:
Alternative Türkeihilfe/Christof Reinprecht, Zentralsparkasse d. Gemeinde Wien, Kto-Nr: 659 065 601.

Der Beginn der direkten Zusammnarbeit zwischen den Sekten und der guatemaltekischen Armee geht auf das Jahr 1976 zurück, als immer mehr junge Offiziere nach der Ausbildung in den USA nicht nur militärisch gedrillt, sondern auch vom fundamentalistischem Gedankengut durchdrungen heimkehrten. Rios Montt ist nur ein Beispiel von vielen. Zahlreiche Mitglieder seiner Regierungsmannschaft zählen auch zu solchen Sekten, wie z. B. Regierungssprecher Francisco Bianchi.
Die Aktivitäten der Sektenanhänger richten sich neben der Missionierung der Indios vor allem gegen die Basisgemeinden der katholischen Kirche, deren Priester seit 1976 zunehmender Repressionen der Regierung ausgesetzt sind, und nützen mit großem finanziellen und personellen Aufwand jede Gelegenheit, deren Einfluß zurückzudrängen. Unterstützung erhalten die Fundamentalisten direkt aus ihrem ideologischen Zentrum, den USA. Die Sekte „El Verbo" ist der guatemaltekische Ableger der us-amerikanischen Gruppe „Gospel Outreach". Im letzten Jahr versuchte sie mit einer großen Werbekampagne in den USA Unterstützung für Rios Montts Politik zu bekommen, um ihm bei seinem „heiligen Krieg" gegen die kommunistische Gefahr zu helfen.
Unter den Personen, die sich dafür einsetzen, zählen illustre Namen aus Politik und öffentlichem Leben (8):
- *William Middendorf*, US-Botschafter bei der OAS
- *Bob Means*, Koordinator vom „International Love Lift", einem Missionswerk von „Gospel Outreach"
- *Jerry Falwell*, US-Fernsehprediger und Präsident der antikommunistischen Bürgervereinigung „Moral Majority"
- *Billy Graham*, Massenmissionar

Die finanzielle Unterstützung der US-amerikanischen Fundamentalisten für die guatemalteksichen Gemeinden kann nicht mehr als Almosen bezeichnet werden. So protzte Rios Montt im vergangenen November über einen Betrag von 1 Mrd. $, den die Sekte „El Verbo" für den militärischen Wiederaufbau zur Verfügung hätte; eine Summe, die durchaus im Jahresbudget der amerikanischen Fundamentalisten liegt (9). Diese beträchtlichen Gelder fließen zum einen in die Kassen der Militärs, zum andern dienen sie als geschicktes Propagandamittel. Mit diesen Geldern werden Sozialmaßnahmen finanziert, um die unterdrückte und hungerleidende indianische Bevölkerung in Abhängigkeit zu halten. Die Rolle der Fundamentalisten hat demnach zwei Seiten: Zum einen sollen sie dem Regime im Ausland ein „sauberes Image" verschaffen und in den USA Entscheidungsprozesse über die Gewährung militärischer, ökonomischer und diplomatischer Hilfeleistungen beeinflussen (10).
Zum anderen sollen progressive Elemente der katholischen Basisgemeinden verdrängt und an ihrer Stelle deren Ideologie der „selbstverschuldeten Armut" gesetzt werden.

Die „Fusil y Frijoles"-Strategie

Die „Fusil y Frijoles"-Strategie, zu deutsch „Bohnen und Gewehre", ist das Kernstück der Counter Insurgency-Politik von Rios Montt.
Dieses Programm, mit dem Ziel der Zerschlagung der Guerilla, spielt sich in den ländlichen Gebieten Guatemalas, dem Zentrum des Widerstands, ab. Es besteht aus zwei scheinbar widersprüchlichen Mustern: Repression und Sozialmaßnahmen. Zuerst gehen die Militärs gegen indianische Dörfer vor. Ihre Aktionen sind je nach Lage verschieden. Sie richten Massaker an, zerstören Häuser und alles Hab und Gut der indianischen Bewohner oder bringen gezielt Einzelpersonen um. Das Ziel ihrer Aktionen liegt in der Terrorisierung der Indios, Demonstration ihrer militärischen Stärke und der militärischen Schwäche der Guerilla.

Demgegenüber tritt das Militär bei seinen „sozialen Aktionen" in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmern und Anhängern der Fundamentalisten gegenüber den notleidenden Indios als soziale Wohltäter auf, verteilt Lebensmittel, die es vorher woanders zerstört hat, und hilft den Menschen beim Wiederaufbau.
Das Ziel dieser „sozialen Aktionen" besteht darin, die verzweifelte Bevölkerung mit humanitären Hilfeleistungen für die Politik der Regierung gegen die Guerilla zu gewinnen.
Mit den Massakern an der ländlichen Bevölkerung verfolgt die Regierung eine Politik der „Verbrannten Erde". In den Gebieten im Norden Guatemalas an der Grenze zu Mexiko versucht sie der Guerilla „das Wasser abzugraben". Weite Landstriche sind dort bereits menschenleer, die ansässige Bevölkerung wurde entweder ausgerottet oder flüchtete nach Mexiko. An einer Säuberung der nordöstlichen Grenzgebiete hat nicht nur die guatemaltekische Regierung Interesse. Dort liegen nämlich die Gebiete, in denen Erdöl gefördert und vermutet wird. Und die Konzessionen für die Ölförderung vergab das Regime im letzten Jahr an die US-Firmen Texaco-Amoco, Elf-Aquitaine und Braspetro (11).
In diesen von der Armee gesäuberten und kontrollierten Gebieten läßt das Regime sogenannte „Wehrdörfer" errichten, in denen dort noch lebende Bauern und Flüchtlinge zusammengepfercht dahinvergetieren müssen (12).
Männer zwischen 18 und 30 Jahren müssen der Armee beitreten. Die Wehrdörfer sind von den Militärs total überwacht und durchorganisiert. Die Bauern dürfen nur mit Ausweisen die Dörfer verlassen.

Häufig geht aus Berichten hervor, daß die männliche Bevölkerung in paramilitärischen „Zivilpatrouillen" zwangsverpflichtet wird und sich an Massakern beteiligen muß (13).
Diese Zivilpatrouillen gehören auch zum Konzept der Aufstandsbekämpfung. Ihre Bedeutung liegt gewiß nicht im Militärischen, zumal sie – zur Vorsicht der Militärs – nur leicht bewaffnet und schlecht ausgebildet sind. Vielmehr bezweckt die Armee mit dem Einsatz von Indios eigene dringend benötigte Kräfte zu schonen. Zudem wird die Guerilla gezwungen, bei ihren Aktionen auf Indios zu schießen.
Wie sehr die Zivilpatrouillen in das Counter-Insurgency-Konzept der guatemaltekischen Regierung integriert sind, verdeutlichen Berichte über deren Einsätze in den ländlichen Gebieten.
In einem Vorfall, der Amnesty International berichtet wurde, wird gesagt:

„. . ., daß ungefähr 50 Soldaten und 150 Zivilpersonen, als von der Regierung unterstützte zivile Verteidigungspatrouille organisiert, am 13. September in dem Dorf Agua Fria Rabinal, Bezirk Alta Verapaz ankamen. Aufgrund von Zeugenaussagen wurde der zivilen Verteidigungspatrouille befohlen, Wohnhäuser und Wege zu umstellen, während die Soldaten die Familien versammmelten. Frauen und Kinder wurden von den Männern getrennt. Es wird berichtet, daß die Soldaten beide Gruppen mit Benzin übergossen und anzündeten, sie lebendig verbrannten und die zu flüchten Versuchenden mit dem Maschinengewehr erschossen" (14).

Eine weitere Maßnahme der Regierungsstrategie umfaßt einen umfangreichen Propagandafeldzug. Das Regime versucht mit allen Mitteln, die Massaker der Guerilla in die Schuhe zu schieben.
So sagen z. B. Angehörige von Ermordeten aus, daß sie ihre toten Verwandten, meist junge Männer, in „Drillich-Kampfanzügen" fanden, welche diesen überhaupt nicht gehörten.
Außerdem wurden Vertreter der Regierung dabei beobachtet, wie sie indianische Kleidung, die normalerweise an Touristen verkauft wird, aufkauften, um damit ihre Truppen einzukleiden, bevor sie zu Massakern geschickt worden sind (15).

Die Guerilla nach dem Putsch

Die militärische Lage der Guerilla hat sich nach dem Putsch stark verschlechtert.
Die Guerillagruppe EGP (Guerillaarmee der Armen), eine der vier in der UNRG (revolutionäre nationale Einheit Guatemalas) zusammengeschlossenen Gruppen, gestand Anfang April dieses Jahres eigene Fehler ein und kündigte einen Kurswechsel an (16).
So wurde u. a. die Brutalität der von Rios Montt geführten Kampagne von der Befreiungsbewegung stark unterschätzt. Man war nicht darauf vorbereitet gewesen, die Unterstützer aus den eigenen Reihen zu schützen oder in Sicherheit zu bringen.
Zwei Maßnahmen der Regierungsstrategie trugen vor allem zur Schwächung der Position der Guerilla innerhalb der Bevölkerung bei: Die Errichtung von Wehrdörfern und Verteidigungspatrouillen. Eine so durchorganisierte und kontrollierte Bevölkerung kann der Bewegung nur schwer als Basis dienen.

Wie sehr die Guerilla in Schwierigkeiten geriet, sich auf die neue Offensive einzustellen, zeigte sich im Herbst 82 überdeutlich, als sie von der Armee eingeschlossene und flüchtenden Indios im Bezirk Chimaltengo und Alta Verpaz nicht aufnehmen und verpflegen konnten (17). Monatelang dauerte die Großoffensive der Militärs im indianischen Hochland. Sie überfielen oft fast täglich Dörfer der dort hauptsächlich lebenden Kekchi-Indianer, bombardierten deren Häuser und nahmen alles mit, was sie transportieren konnten: Lebensmittel, Kleidung, Kühe, Schweine, sie verbrannten Felder und verschleppten die noch nicht geflüchteten Bewohner in LKW's zu den Militärbasen.
Die Guerilla war angesichts solcher Repressionen militärisch und personell nicht in der Lage, eine solche Flüchtlingswelle zu schützen und zu ernähren. So mußte sie die Flüchtenden den Armeeflüchtlingslagern übergeben und konnte nur die internationale Öffentlichkeit auf die drohenden Massaker aufmerksam machen.
Dank deren raschen Reaktion wurden die Indios vor noch Schlimmerem bewahrt (18).
Die guatemaltekischen Militärs, sichtlich davon überrascht, bezeichneten ihre Aktionen kurzerhand als Hilfs- und Umsiedlungsaktionen (19).
Weitere Probleme ergeben sich für die Guerilla nach eigenen Angaben aus der unzureichenden Versorgung mit adäquaten Waffen, sowie der teilweisen Zerstörung ihrer Verbindungswege.

Das Wiedererwachen der Guerilla

Mit einer Militäraktion am 11. April 83 inmitten der Hauptstadt Guatemala Stadt zeigte sich die bereits totgesagte und von Rios Montt offiziell für besiegt erklärte Guerilla nach längerer Pause wieder in der Öffentlichkeit (20).
Im Morgengrauen überfiel ein Kommando eine Armeeeinheit unweit des Nationalpalastes.
Auch in den öffentlichen Erklärungen der Armee im Januar dieses Jahres scheint die Guerilla wiederauferstanden zu sein. Die Armee spricht von Aktivitäten in mindenstens zehn Provinzen und gesteht eigene Niederlagen ein (21).
Zweifellos hat sich die Befreiungsbewegung nach den schweren Verlusten während der Regierungsoffensive 82 konsolidiert; mehrere Meldungen über

Überfälle von Militärtransporten und Militärkonvois im April scheinen dies zu bestätigen (22).
Doch was steckt hinter der neuen Informationspolitik der Regierung, eigene Niederlagen einzugestehen, wo vorher doch nur von Siegen gesprochen worden war?
Der Grund für die Wende liegt einzig und allein in der Geldnot der guatemaltekischen Regierung.
Der Counter-Insurgency-Plan im vergangenen Jahr überstieg die finanziellen Möglichkeiten der Regierung und belastet sie auch weiterhin: Sie braucht Geld für die Ernährung der Bauern in den Wehrdörfern, braucht Geld zur Bezahlung der dort operierenden Soldaten und deren Gewehre, sowie zur Erweiterung der Versorgungs- und Nachschubnetze, da die Armee sich nicht mehr von dem Raub an Lebensmitteln der Bauern ernähren kann. Nur noch wenige Bauern bewirtschaften in diesen Gebieten Land.
Die ungeheuren Geldnöte zwingen die guatemaltekischen Machthaber, die militärische Stärke der Guerilla in ihren Berichten derart aufzuwerten, um es der US-Regierung zu erleichtern, mehr Dollars locker zu machen.
Und dies wird noch durch die katastrophale Wirtschaftslage Guatemalas verstärkt.

Der Weg in die wirtschaftliche Katastrophe

Die Wirtschaftskrise in Guatemala spitzt sich immer mehr zu. Dafür gibt es mehrere Gründe, größtenteils für unterentwickelte Länder typische Faktoren, wie die Abhängigkeit vom Export landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt (30 % Kaffee, 10,8 % Baumwolle, 4,5 % Zucker), sowie der Import technisch hochwertiger teurer Industrieprodukte (23).

Einheimische Industrie und Handwerk Guatemalas werden systematisch vom Aulandskapital zerstört, deren Gewinne fließen hauptsächlich ins Ausland zurück.
Die Versorgung der Bevölkerung kann die guatemaltekische Wirtschaft nicht gewährleisten, so waren 1980 82 % der Bevölkerung nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt. Die Grundeigentümer sind meist für die Exportwirtschaft produzierende Großgrundbesitzer.

Neben diesen, für unterentwickelte Länder „typischen" Ursachen, weist die wirtschaftliche Krise in Guatemala folgende Merkmale auf (24):
- geringe Investitionstätigkeit (Rückgang von 1980 bis 1981 um 25 %)
- starke Kapitalflucht (1979–81 ca. 3,4 Mrd. US-Dollar)
- erheblicher Rückgang beim Export landwirtschaftlicher Güter (Kaffee – 29,8 %, Baumwolle – 48,5 %), steigende Kosten für Erdölprodukte (1979 – 80 + 44,6 %)
- Rückgang der industriellen Exporte in die Länder Zentralamerikas
- Niedergang des Tourismus

Ein beachtlicher Teil an den Exportverlusten und am Erliegen des Tourismus trugen die Aktivitäten der Guerilla bei, die mit ihren Anschlägen auf Plantagen die Erträge der Großgrundbesitzer bedrohen.
Um der Auslandsverschuldung (1981 ca. 700 Mio. US-Dollar) und mangelnden Investitiosnfreude der Unternehmer Herr zu werden, erließ Rios Montt im letzten Monat drastische Importbeschränkungen. Diese Maßnahmen lehnte die guatemaltekische Privatwirtschaft jedoch einhellig ab.

Sanfte Demokratietöne für harte Dollars

Der Niedergang in der Wirtschaft und die Kosten der Counter-Insurgency-Strategie zwingen die Regierung alles zu tun, um größere Auslandshilfen an Land zu ziehen. Und zwar vor allem aus den USA.
Doch dort widerstrebt sich der Kongreß seit Reagans Amtsantritt, Gelder für das mittelamerikanische Land zu bewilligen.
Laut dem Beschluß der Carter-Administration 1977 ist es für die USA verboten, Militärhilfe an Guatemala zu geben.
Rios Montts Versprechen, Demokratie und Wahlen einzuführen, soll eine mögliche Militärhilfe angesichts des breiten Widerstands in den USA besser verkaufen.



Obwohl die UN-Generalversammlung im Dezember 82 die Situation der Menschenrechte in Guatemala kritisierte und viele internationale Menschenrechtsorganisationen Guatemalas Regierung des Völkermords bezichtigen, versucht die Reagan-Administration mit allen Mitteln die US-Militärhilfe durchzuboxen. So erklärte US-Botschafter Chapin der Presse, daß er dem Kongreß vorgeschlagen habe, ab 1. Oktober 83 50 Mio. Dollar (25) Hilfe für Guatemala zu genehmigen (26).

Die Wiederaufnahme der Militärhilfe hat praktisch schon stattgefunden, als die US-Regierung den Verkauf von Helikopter-Ersatzteilen und Militärgerät im Wwrt von 6,3 Mio. Dollar an das Regime bestätigte (27).
Zur Zeit verhandelt die guatemaltekische Regierung mit dem IWF über einen Kredit in Höhe von 125 Mio. $ (28).
Wie wenig eine „Demokratisierung“ in Guatemala ändert, zeigte die vor vier Jahren amtierende Regierung Lucas

COUNTER INSURGENCY

heißt zu deutsch „Aufstandsbekämpfung“. Die Counter Insurgency Aktivitäten galten als Antwort der USA auf das Erwachen einer Guerillabewegung in den 60-iger Jahren.

Organisationen wie AID (Agency for International Development) und „World Vision“ haben sich darauf spezialisiert, in solchen Gebieten kleine gezielte Sozialprogramme zu starten, in denen ein revolutionäres Potential zu entstehen droht.

Die „Bohnen und Gewehre“ Strategie der guatemaltekischen Regierung ist ein typisches Beispiel dafür.

Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer und Agrarexperten werden dort in die ländlichen Gebiete geschickt, wo die Bevölkerung von der militärischen Repression am härtesten betroffen ist. Sie verteilen Medikamente in Orte, die vorher noch kein Arzt gesehen hat, errichten Schulen oder verteilen Saatgut.

Das Ziel der von der Regierung veranlaßten kleinen Reformen besteht darin, die Bevölkerung „an der Stange zu halten“.
Counter Insurgency-Aktivitäten sind in Guatemala nichts Neues. Bereits 1957 startete das US-Büro OPS (Office of Public Safety) unter der Leitung der AID ein Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit Guatemalas.
Zwischen 1957 und 1974 gab die US-Regierung insgesamt 4.425 Mio $ für das Training von 435 Polizisten, für Waffenausrüstung, Fernmeldeanlagen etc. aus. Ferner wurden 404 guatemaltekische Polizisten auf der internationalen Polizeiakademie in Washington und weitere 31 auf der Interamerikanischen Polizeiakademie ausgebildet. In Guatemala selbst arbeiteten 24 amerikanische Berater alos Ausbilder der guatemaltekischen Polizei selbst mit.

Quellen:
Guatemala Nachrichten Nr. 7/81 und 5/82

Garcia. Sie versprach nämlich auch eine „demokratische Öffnung" und ließ politische Parteien zur Wahl zu. Doch nur kurz nach der Einschreibung der FUR (Frente Unida de la Revolucion) und der Sozialdemokraten wurden deren führende Köpfe – wie Albert Fuentes Mohr und Manuel Colon Argueta – sowie zahlreiche Parteimitglieder ermordet.
Die EGP bezeichnet die Ankündigung der Demokratisierung zurecht als reines Propagandamanöver (29).
Wie richtig diese Einschätzung ist, unterstreicht die Tatsache, daß die seit Juni 82 bestehenden geheimen Sondergerichte weiterhin bestehen bleiben.
Sie können jeden „der Subversion Verdächtigen" zum Tode verurteilen ohne ein reguläres Gerichtsverfahren. Dieses System der Verfolgung politischer Oppositioneller hat praktisch die Arbeit paramilitärischer Gruppen übernommen, mißliebige Personen umzubringen. Die Sondergerichte arbeiten für die Regierung jedoch viel effektiver, lautloser und geben dem Ganzen eine scheinlegale Fassade. Während in den ländlichen Gebieten der Kampf gegen die indianische Bevölkerung tobt, bemüht sich die Regierung, in den Städten gegenüber nationaler wie internationaler Öffentlichkeit geordnete Verhältnisse vorweisen zu können.
Hier versucht Rios Montt, durch eine groß angelegte Moralkampagne das Image der Regierung zu verbessern. Wenn er auch von der oberen Mittelklasse und einigen Offizieren als „Ayatollah" verspottet wird, so gelang es ihm doch, unter Arbeitern und Geschäftsleuten als „Saubermann" akzeptiert zu werden (30).
Dieses Image scheint ihm auch von seiten der bundesdeutschen Regierung abgenommen zu werden. Sie hatte sich im Dezember bei der UN-Resolution zur Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guatemala der Stimme enthalten und dabei auf die Ignorierung „lobenswerter Bemühungen Guatemalas", die Lage der Menschenrechte zu verbessern, hingewiesen.

Für Guatemalas Widerstand brechen wohl noch schwierigere Zeiten an . . . .

Wolf-Mathias Gall

Anmerkungen

1) TAZ 28. 3. 83
2) Lateinamerika Nachrichten, Nr. 101
3) Informationsdienst El Salvador, Nr.115
4) Ebenda
5) Lateinamerika Weekly Report 7. 1. 83
6) IDES. Nr. 119
7) TAZ 25. 11. 82
8) Mittelamerika Magazin, Nr. 26, März 8
9) Ebenda
10) TAZ 21. 11. 82
11) MAM, Nr. 24, Dez. 82
12) IDES, Nr. 107
13) AI „Staatlicher Massenmord als Regierungsprogramm", Dez. 82
14) AI an die UN-Kommission für Menschenrechte vom 21. 3. 83
15) AI „Staatlicher Massenmord . . ."
16) IDES, Nr. 131
17) IDES, Nr. 115
18) TAZ 21. 10. 82
19) TAZ 29. 10. 82
20) IDES, Nr. 132
21) ILA-Info. Nr. 64/83
22) IDES, Nr. 132
23) MAM, Nr. 24, Dez. 82
24) Ebenda
25) und zwar 40 Mio. Dollar Wirtschaftshil und 10 Mio. Dollar Militärhilfe (Guard 6. 4. 83)
26) IDES, Nr. 125
27) NZZ 14. 1. 83
28) Handelsblatt 17. 3. 83
29) IDES, Nr. 128
30) IDES, Nr. 115

Gesundheitsprojekt – Nicaragua

Rio San Juan

Die deutsche Gesundheitshilfeorganisation »Medico International« plant die Mithilfe beim Aufbau einer Gesundheitsstruktur in der Provinz Rio San Juan im äußersten Süden von Nicaragua.

Seit 1979 unterstützt medico international vor allem in den Nordprovinzen Nicaraguas den Aufbau eines Basisgesundheitsdienstes: Gesundheitsposten und -zentren sowie drei ländliche Hospitäler wurden renoviert oder neu gebaut und schließlich ausgerüstet. In 12 Gemeinden entstanden Anlagen zur Trinkwasserversorgung, zur Abfallbeseitigung und in den Provinzen Nueva Segovia und Madriz wurden umfangreiche Latrinenbaumaßnahmen finanziert. Zur Unterstützung der präventivmedizinischen Kampagnen rüstete medico international Gesundheitsbrigadisten aus und stellte Ausbildungsmaterial zur Verfügung. Alle diese Projekte konnten in den letzten zwei Jahren abgeschlossen werden bzw. stehen nun kurz vor ihrem Abschluß.

Am Beispiel Jalapa, einer kleinen Gemeinde im Norden Nicaraguas, können die verbesserte medizinische Versorgung und deren Erfolge exemplarisch dargestellt werden. Mit Unterstützung von medico international wurde das dortige Gesundheitszentrum baulich erweitert und ausgerüstet. Die Ergebnisse sind beachtlich: die Zahl der ambulanten Behandlungen stieg von 21.834 (Jan.-Sept. 1981) auf 31.617 im selben Zeitraum des Jahres 1982. Die durchgeführten Zahnuntersuchungen verdoppelten sich ebenfalls in dieser Zeit.
Auch die Leistungen, die das Gesundheitszentrum in Jalapa für die umliegende und vor 1979 unversorgte Region erbrachte, trugen dazu bei, daß landesweit die Kindersterblichkeit um 30% sank, die Häufigkeit der Malaria-Erkrankungen seit 1979 um 60% zurückging und die Kinderlähmung in Nicaragua seit 2 Jahren gänzlich verschwunden ist.
Aber nicht diese Erfolge sind es, die Jalapa aktuell in die hiesigen Schlagzeilen bringen, sondern die ständigen blutigen Überfälle von ehemaligen Nationalgardisten des früheren Diktators Somoza, die Morde, Verschleppungen und Verstümmelungen, die sich in und um Jalapa sowie den anderen Ansiedlungen im Norden Nicaraguas ereignen.

»No pasaran«, heißt die Antwort in Nicaragua: »Sie werden es nicht schaffen!« Die internationale Solidarität mit Nicaragua verstärken, ist die Forderung, die hier von Politikern, von Gewerkschaftlern, Solidaritätskomitees und vielen anderen der »Wende« in der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik entgegengesetzt wird. Das Beispiel Nicaragua muß als eine konkrete Hoffnung zur Lösung der Nöte der »Dritten Welt« erhalten bleiben. Zusammen mit Dritte-Welt-Gruppen, mit Solidaritätskomitees, Gewerkschaftseinrichtungen, Kirchengemeinden und regionalen Initiativen hat medico international deshalb die Unterstützung für Nicaragua durch nun im Süden des Landes beginnende umfangreiche Projektmaßnahmen forciert: die Gesundheitsprojekte am Rio San Juan. Auch hier sollen, den Erfahrungen im Norden folgend, umfangreiche und aufeinander abgestimmte Programme zum Aufba dezentraler Versorgungseinrichtungen entstehen. Zuvor noch ein Wort zur Bedrohung dieser bislang von Übergriffen eher verschonten Region des Landes. Seit 2 Monate ist auch das Departamento Rio Sa Juan von den bewaffneten Terroraktionen der »contras« betroffen. Erst kürzlich wurde das vom Senat der Hansestadt Bremen gestiftete Fährschiff »Gröpeln«, welches



auf einer Sandbank im Rio San Juan festsaß, mit Mörsern und Panzerfäusten beschossen und dabei schwer beschädigt.
Die »Contras« operieren von Costa Rica aus. Sie profitieren von einigen internen Widersprüchen innerhalb der costaricanischen Regierung, die ein wechselhaftes Verhalten an den Tag legt. Dies schwankt zwischen offener Unterstützung der »Contras« und der gelegentlichen Ausweisung ihres Führers Eden Pastora. Was diesen im übrigen nicht hinderte, jeweils wieder bald zurückzukehren, um weiterzumachen. Diese schwierigen »Rahmenbedingungen« sind für unsere Projektarbeit zu berücksichtigen. Das gilt besonders auch für die anvisierten Durchführungszeiträume, die nun langfristiger anzulegen sind.
Wir wollen unsere Arbeit dort fortsetzen, weil die großen Nöte dieser Region, weil Krankheit und Armut einer dringenden Lösung bedürfen. Die Lösung ist möglich, sofern diesem Land endlich ein friedlicher Entwicklungsweg gestattet wird.

Das Gesundheitszentrum in San Carlos

San Carlos, das Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum am Rio San Juan, verfügt über zwei Gesundheitseinrichtungen zur Versorgung der Kranken. Es handelt sich um ein in den 60er Jahren erbautes Hospital, das in der Somoza-Zeit völlig verwahrloste, und um ein Gesundheitszentrum, das von der Bausubstanz und Ausrüstung her bislang nur die Funktion eines Gesundheitspostens erfüllt. Deshalb muß auch die medizinische Primärversorgung, abgesehen von der zahnmedizinischen Behandlung im Hospital stattfinden.

Mobile medizinische Einheit auf dem Fluß (Flußarztboot)

Mit diesem zweiten Boot soll ein Arzt regelmäßig die Gesundheitseinrichtungen im Departamento besuchen. Zu seinen Aufgaben gehört die Unterstützung der »enfermeros« (Krankenschwestern und Pfleger). Das bedeutet, daß der Arzt in möglichst regelmäßigem Rhythmus den Fluß und auch das südöstliche Ufer des Nicaraguasees befährt, bei den Gesundheitsposten Station macht und jene Patienten betreut, die von der »enfermera« nicht versorgt werden können. Gleichzeitig sollen die Gesundheitsarbeiter durch die Besuche des Arztes die Möglichkeit einer Fortbildung in der Praxis erfahren. Schließlich soll das Boot auch für den Transport von Kranken eingerichtet werden.
Im Bereich der Präventivmedizin steht das Boot den Gesundheitsbrigadisten z. B. für den Transport von Impfstoffen zur Verfügung. Sein Standort wird San Carlos sein
Die Kosten für dieses Boot lassen sich wie folgt charakterisieren:
Ein 10 m-Boot mit Einbauten, Verdeck, Trage, Zusatztank kostet 20.000 DM. Der Diesel-Inbordermotor kostet noch einmal 20.000 DM. Dazu gehört auch ein Funkgerät mit Stromerzeuger für 6.000 DM sowie die medizinische Ausrüstung samt zahnmedizinischer Kleinausrüstung für weitere 20.000 DM. Schließlich ist ein Betrag von 8.000 DM für Kraftstoff und Wartung anzusetzen.
Die hier beschriebenen Projekte sind nur ein Teil des Gesamtvorhabens. So ist darüberhinaus der Neubau und die Renovierung mehrerer Gesundheitsposten geplant, die Errichtung einer Schule zur Ausbildung von Pflegepersonal sowie eine Anzahl von Hütten für das Personal der Gesundheitseinrichtungen in San Carlos.
Wer nähere Informationen zu diesem Projekt wünscht, kann bei Medico International ein detailliertes Projektdossier und andere Informationsmaterialien erhalten.

Wichtig: Spenden auf das Sonderkonto 1200 bei der Stadtsparkasse Frankfurt von Medico International.

OAU-Gipfel in Addis Abeba: Wie geeint ist Afrika?

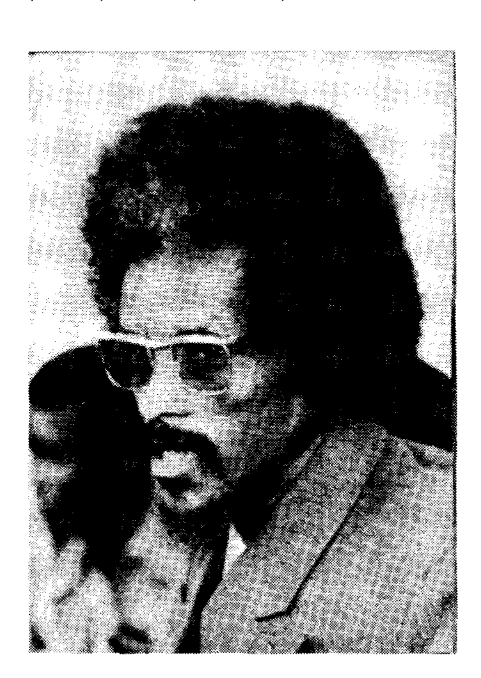
Mit einjähriger Verspätung trat im Juni dieses Jahres der 19. Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit zusammen. Erstmals hatten die Auseinandersetzungen in der OAU zum Boykott des in Tripolis angesetzten Gipfels geführt und die Gefahr einer offiziellen organisatorischen Spaltung heraufbeschworen.
Die OAU ist seit ihrem Bestehen der diplomatische Schauplatz einer afrikanischen Ost-West-Auseinandersetzung, bei der nach der üblichen Sprachregelung das prowestliche Lager, die sogenannten »Gemäßigten« von der mehrheitlichen Gruppe der »Progressiven«, also den sozialistischen und blockfreien Staaten unterschieden wird. Durch die zentralen Konflikte der letzten Jahre um den Tschad und um die Anerkennung der Westsahara wurde das Etikett »progressiv« synonym mit prolibysch, wohingegen die »Gemäßigten« Front gegen die Politik Kaddafis machten und die Positionen Marokkos im Westsahara-Konflikt unterstützten.
Die Einigung, die in diesem Jahr noch einmal erzielt wurde, wird verständlicher vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen seit dem 81er Gipfel in Nairobi. Im Ergebnis zeigt sich, daß das prowestliche Lager trotz seiner Minderzahl an »Terrain« gewonnen hat und dies vor allem auch aufgrund der Kompromißbereitschaft seiner Gegner, denen in stärkerem Maße an der Aufrechterhaltung der Einheit der OAU lag.

Zur Vorgeschichte des 19. Gipfels der OAU

Zwei bislang ungelöste Konflikte, die jahrelangen und von neuem ausgebrochenen Auseinandersetzungen zwischen Goukouni Oueddeye und Hissèn Habré im Tschad sowie die Frage der Aufnahme und Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahraui (dtsch.: DARS, frz.: RASD) als 51. Staat der OAU, schienen die Existenz der Organisation in Frage zu stellen, zumindest aber ihre Aufspaltung zu provozieren.
Beide Anläufe, den regulären 19. Gipfel der afrikanischen Staats- und Regierungsvertreter in Tripolis abzuhalten (Tripolis I und II), waren im August und November 1982 gescheitert. Der dritte Versuch – nun in Addis Abeba – hatte nach mehrtägigen dramatischen Vorgesprächen Erfolg. Marokko konzedierte die seit Jahren geforderten direkten Waffenstillstandsverhandlungen mit der POLISARIO zum Preis des »freiwilligen und vorläufigen Rückzugs« der Delegation der DARS unter ihrem Präsidenten Mohamed Abdelaziz vom Gipfel. Das Zustandekommen dieses Gipfels erscheint allerdings weniger überraschend, vergegenwärtigt man sich die Entwicklungen, die die Organisation seit ihrem 18. Gipfel in Nairobi gelähmt hatten.

Die Rolle der OAU im Tschad-Konflikt

Wir haben kontinuierlich in den »blättern« (Nr. 103/105/107) über die Krise der OAU im Zusammenhang mit den Kriegen im Tschad und der Westsahara berichtet. Hier sollen die wichtigsten Fakten kurz rekapituliert und ergänzt werden.
Ende 1979 war nach dem Sturz der Regierung Molloum (1. Schlacht um Ndjamena) auf Vermittlung der OAU eine Übergangsregierung aus den elf politischen Tendenzen des Tschad gebildet worden (Abkommen von Lagos, 1979). Der GUNT (Gouvernement d'Unité Nationale Transitoire) verhinderte nicht ein erneutes Aufbrechen der Rivalitäten zwischen ihrem Präsidenten Goukouni Oueddeye und ihrem damaligen Verteidigungsminister Habré. Es kam erneut zu langanhaltenden, kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Privatarmee Habrés (den FAN-Force Armee du Nord) und den Regierungstruppen der GUNT. Die 2. Schlacht um Ndjamena vom März bis Dezember 1980 wurde erst beim Eingreifen libyscher Truppen auf Ersuchen Oueddeyes und der GUNT entschieden. Habré und seine geschlagenen Truppen setzten sich in den Sudan ab (s. blätter des iz3w, Nr. 103).
Die Ausdehnung libyschen Einflusses bis an die Grenzen Nigerias und Zentralafrikas alarmierte eine Reihe gemäßigter, prowestlicher Staaten. Denn Libyen hatte mit dem Wiederaufbau öffentlicher Gebäude und der Infrastruktur des Tschad begonnen und bezahlte die Staatsfunktionäre. Außerdem wurden Gerüchte um die Fusion beider Länder laut. Im Gegenzug unterstützte Ägypten – hinter dem unschwer die Geldgeber USA und Saudi-Arabien auszumachen sind – mit massiven militärischen und finanziellen Mitteln die Truppen Habrés im Sudan. Gleichzeitig verstärkte sich der diplomatische Druck auf Oueddeye seitens Frankreichs und der USA, vor allem aber auch von Seiten der OAU bzw. ihres Tschad-Komitees, sich von seinem Beschützer und Förderer Kaddafi freizumachen. Das Komitee verurteilte auf seinem Treffen in Lomé (14. 1. 81) die Anwesenheit fremder Truppen im Tschad und forderte deren Rückzug. Außerdem wurden freie Wahlen gewünscht und klargestellt, daß die Regierung Oueddeyes als Übergangsregierung kein Recht und Mandat habe, Übereinkünfte mit anderen Staaten zu treffen, geschweige denn mit einem anderen Staat zu fusionieren. Nigeria machte sich für die sofortige Entsendung einer OAU-Friedenstruppe stark und bot eine Aufstockung der anfallenden Kosten an. (Africa, Nr. 119, Juli '81).



Moderne warlords? Goukouni Oueddeye...

Auf dem 18. Gipfel der OAU (24.-28. Juni 1981) schienen die Progressiven und vor allem Libyen auf den ersten Blick einen Sieg auf der ganzen Linie errungen zu haben.
Nicht nur zeigte sich Hassan II. plötzlich kompromißbereit und bot ein Referendum für die Westsahara an. Noch wichtiger war, daß Libyen eine offizielle Schelte wegen der Anwesen-



... und Hissèn Habré

heit seiner Truppen im Tschad vermeiden konnte. Die Position Kaddafis schien durch den vorgesehenen Austragungsort Tripolis für den 19. Gipfel und seine damit verbundene Präsidentenschaft in der der OAU eher gestärkt. In Übereinstimmung mit Oueddeye und den Mitgliedern der GUNT erklärte sich Libyen in Gesprächen während des Gipfels zum Rückzug seiner Truppen aus dem Tschad bereit, für die als Ersatz die vom Tschad-Komitee geforderte OAU-Friedenstruppe in Aussicht gestellt wurde. Die OAU besiegelte schließlich noch die Redlichkeit ihrer Absichten mit der Anerkennung Oueddeyes und der GUNT als »einzig legitimer Vertretung des Tschad«. (J.A., 10/70, Juli '81; A.A., Juli/Aug. 81; blätter des iz3w Nr. 103, 1982)
Die weiteren Ereignisse lassen den Schluß zu, daß dieser Erfolg der Progressiven nur scheinbar und in Wirklichkeit der Beginn eines gut durchdachten Manövers (oder Komplots, wie es Ngueso, Kérékou, Ratsiraka und andere später bezeichneten) war, mit dem Ziel, nicht nur die prolibysche Entwicklung im Tschad zu beenden, sondern auch den Einfluß des immerhin mehrheitlichen progressiven Flügels in der OAU einzudämmen.
Gegen Ende 81 verließen die libyschen Truppen auf Anforderung Oueddeyes den Tschad und wurden nach und nach durch Kontingente einer OAU-Friedenstruppe ersetzt. Habré nutzte trotz vorheriger gegenteiliger Beteuerungen sofort die Gelegenheit und rückte auf Ndjamena vor. Die OAU-Truppen erklärten sich nun für »neutral«, unterstützten aber auch aktiv den Vormarsch der FAN. Es handelte sich um Kontingente Nigerias, Zaires und des Sénégal unter nigerianischem Oberkommando, also durchweg um Truppen gemäßigter Länder. Im Zusammenspiel mit dem Verhalten der Friedenstruppe vollzog nun das Tschad-Komitee die entsprechende Kehrtwende und forderte die vorher noch »einzig legitime Regierung« des Tschad ultimativ zu Verhandlungen mit Habré auf.
Die Truppen Habrés konnten am 6. Juni 1982 die dritte Schlacht um Ndjamena gegen die bereits völlig dissoziierten Kräfte des GUNT zu ihren Gunsten entscheiden.
Unter den makropolitischen Gesichtspunkten, die allemal in der OAU ausschlaggebend sind, hatte sich nur einen Monat vor dem geplanten Gipfel in Tripolis (5.-9. Aug. 82) der scheinbare Erfolg Libyens und der Progressiven von Nairobi in eine gründliche Niederlage verkehrt, die schließlich durch den Boykott von Tripolis I und II durch die Gemäßigten sich noch verschärfen sollte.

Der Westsahara Konflikt

Bereits anläßlich des 17. Gipfels in Freetown war sich eine Mehrheit von 27 Staaten in der Anerkennung der DARS einig. Sie sah aber von einer offiziellen Aufnahme in die OAU ab, um über ein zur Westsahara-Frage gegründetes ad hoc Komitee einen offenen Konfrontationskurs mit Marokko zu vermeiden (blätter des iz3w, Nr. 105, 1982). Die Bemühungen der »fünf Weisen« Nigeria, Guinea Conakry, Sudan, Tanzania und Sierra Leone (nur Tanzania ist bekannt dafür, die Position der POLISARIO zu unterstützen!) – Marokko zu den Konzessionen Feuereinstellung und Referendum zur Ermöglichung der Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes zu bewegen, blieben



Präsident der DARS: Mohamed Abdelaziz

fruchtlos. Man erwartete allgemein, daß sich Marokko auf dem Gipfel in Nairobi mit seiner starren Haltung ins Abseits manövrieren und möglicherweise sogar ausgeschlossen würde. Den Eklat vermied Hassan der II, der persönlich in Nairobi erschienen war, indem er einem »kontrollierten Referendum« auf der Basis eines 1973 noch von der spanischen Kolonialmacht erstellten Zensus zustimmte. Dieser Zensus umfaßt nach Angaben von Félipe Gonzáles jedoch nur die Familienoberhäupter der seßhaften Bevölkerung der Westsahara (FAZ 23.4.83). Selbstverständlich forderte die Polisario ein Referendum auf der Basis der tatsächlichen sahrauischen Bevölkerung insbesondere auch derjenigen in den Flüchtlingslagern im algerischen Grenzgebiet und nicht nur der rund 60.000 des spanischen Zensus.
Das war nicht der einzige Haken der marokkanischen Kompromißbereitschaft. Marokko war grundsätzlich auch nicht zu einem vorherigen Abzug seiner Truppen und seiner Administration bereit, um unter internationaler Aufsicht ein Referendum zu ermöglichen. Im übrigen machten verschiedene Äußerungen des Königs deutlich, daß er »kein Sandkorn der Sahara« zu opfern bereit war. (J.A. 1070, Jul. 81/A.A., Juli/Aug. '81).
Der Gipfel beschied sich mit diesem Kompromiß und überwies die Ausarbeitung der Modalitäten des Referendums einem Durchführungskomitee, das sich mit Ausnahme der hinzukommenden Länder Kenya und Mali aus den alten Mitgliedern des ad hoc Komitess zusammensetzte.
Jeune Afrique, Sprachrohr »gemäßigter Positionen« und immer auf dem Sprung, Differenzen unter den Progressiven schadenfroh zu kommentieren, bemerkt dazu, daß die Vertreter der POLISARIO darüber klagten, daß vor allem von ihren wichtigsten Verbündeten, Algerien und Libyen keine entschiedenere Position im Sinne ihrer Forderungen vertreten wurde.
Ein Zusammenhang mit dem scheinbaren Entgegenkommen in der Tschadfrage von seiten der Gemäßigten und der Tatsache, daß sie einen Gipfel in Tripolis akzeptierten, scheint nicht ausgeschlossen.
Die Auseinandersetzungen gingen im Durchführungskomitee weiter. Während auf einer Sitzung im Juli 1981 noch direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der POLISARIO über die Feuereinstellung gefordert wurden, erreichte Sékou Touré auf der Sitzung der beteiligten Staatschefs am 8./9. Februar 1982, daß die POLISARIO als Konfliktpartei namentlich gar nicht mehr erwähnt wurde. Marokko feierte diese diplomatische Kriegslist wie einen Sieg, da es seine langgeübte Praxis legitimiert hätte, auf Verhandlungen mit Algerien an der POLISARIO vorbei zu bestehen, um deren Anerkennung wie die der DARS zu verhindern.
Der Gegenzug der POLISARIO gemeinsam mit Algerien bestand darin, die

offizielle Anerkennung und Aufnahme der DARS in ide OAU einzufordern. Eine entsprechende Anweisung des Generalsekretärs Edem Kodjo wurde auf der 38. Sitzung des Ministerrates der OAU (22. Febr. 82) vorgelegt.
Das marokkofreundliche Lager verließ sofort die Sitzung und boykottierte dann auch den Gipfel von Tripolis. Mit der Begründung, diese Entscheidung des Generalsekretärs sei illegitim gewesen. Dazu ist zu bemerken, daß Art. 28 der OAU-Charta vorsieht, daß sich ein Land mit dem Wunsch nach Aufnahme zunächst an den Generalsekretär wendet, der dann den Antrag allen Mitgliedsländern zuzuleiten hat. Da eine Mehrheit die Anerkennung der DARS befürwortete, hatte sich Kodjo formal nur insofern nicht ganz korrekt verhalten, als er offenbar nicht alle Mitgliedsländer konsultiert hatte.
(J.A. 1172, Juni 83, Africa a.a.O).

Tripolis I und II

Tripolis I: (5.-9. Aug. 1982) Nach langen vorangegangenen Bemühungen Nyerere's insbesondere um solche Länder, deren Boykott des 19. Gipfels in Tripolis noch nicht definitiv schien (Kenya, Nigeria, Sierra Leone, Niger, Obervolta) blockieren letztendlich doch 21 Staaten den Gipfel durch Abwesenheit.
25 Staats- und Regierungschefs, also das gesamte progressive Lager, nehmen zwar daran teil, können ihn aber aufgrund des »quorum«, d. h. der Forderung der Charta, daß zur offiziellen Eröffnung eines Gipfels 2/3 (34 der 51 Mitgliedsstaaten) aller Staaten vertreten sein müssen, (Kasten: die 30 Progressiven) nicht eröffnen.
Als Gründe für den Boykott werden genannt: Ablehnung des Tagungsortes, der in Nairobi noch allgemein akzeptiert worden war und dann die »illegale Entscheidung des Generalsekretärs Edem Kodjo«, also die im Februar auf der Ministerratssitzung verkündete Aufnahme der DARS als 51. Staat der OAU.
Man hätte eigentlich erwarten können, daß die Progressiven eine Aufklärung über die Rolle der Friedenstruppe im Tschad verlangten, aber nun waren es die Gemäßigten, die den Spieß umdrehten und die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse längst fällige Anerkennung der DARS zum Dreh- und Angelpunkt ihres Boykotts machen. Jeune Afrique bemerkt in hämischen Ton, Libyen sei zu allem bereit gewesen, »seinen Gipfel« zu retten, selbst dazu, die DARS fallen zu lassen. (Zum Beleg wird angeführt, daß am vorgesehenen Eröffnungstag, 5. Aug. 82 auf der Afrikakarte der ersten Nummer eines Sonderheftes der OAU die RASD nicht mehr verzeichnet und aufgeführt war.) (Nr. 1128, 11. Aug. 82) In der Tat suchten die anwesenden Staatschefs einen Kompromiß, um zögernde Staaten noch zur Teilnahme zu bewegen,

Die 16 Länder, die den Gipfel von vornherein boykottierten: Kamerun, Komoren, Elfenbeinküste, Ägypten, Gabon, Gambia, Guinea Conakry, Äquatorialguinea, Liberia, Marokko, Sénégal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tunesien, Zaire.
Die fünf Länder, die sich ihnen schließlich anschlossen: Djibouti, Niger, Obervolta, Kenya, Nigeria.

Die 30 Staaten, die daran teilnahmen: Algerien, Angola, Benin, Burundi, Kongo, Äthiopien, Ghana, Guinea Bissau, Libyen, Madagaskar, Mali, Mozambique, Mauretanien, DARS, Ruanda, Sao Tomé und Principe, Seychellen, Tanzania, Zambia, Cap Verden, Maurice, Zimbabwe, Uganda, Malawi, Lesotho, Swaziland, Togo, Tschad.
(aus: J.A. 1128, Aug. '82)

indem sie den »zeitweiligen Rückzug der Delegation der DARS« anboten, bzw. das Einfrieren ihrer Aufnahme in die OAU. Jedoch bestand keinerlei Kompromißbereitschaft auf Seiten boykottierender Länder bzw. diese reagierten gar nicht auf die Angebote.
»Der libysche Kolonel hat sich an den Hindernissen, die ihm Marokko, Ägypten und deren Freunde, aber auch die Vereinigten Staaten in den Weg gelegt haben, die Zähne ausgebissen«, kommentiert in schöner Offenheit Jeune Afrique. (a.a.O.: 43)
Daß es der Reagan-Administration eine Horrorvorstellung gewesen sein muß, mit Kaddafi als Sprecher der OAU auf der UN-Vollversammlung konfrontiert zu werden, läßt sich leicht ausmalen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten mit Zuckerbrot und Peitsche auf einige Länder Druck ausübten, um sie zum Boykott zu animieren.
Bleibt noch festzuhalten, daß der Tschad offiziell durch seinen Botschafter in Tripolis vertreten war, der gewissermaßen die alte und neue Regierung im Tschad vertreten konnte, da er vom GUNT nommiert und von Habré beibehalten worden war.
In Wirklichkeit war eine Delegation Hissèn Habrés wie Goukouni Oueddeyes anwesend, wobei letzterer mit den Ehren eines Staatschefs behandelt, aber auch einmal von einer Sitzung zugunsten der Habré-Delegation ausgeschlossen wurde. Die Deklaration von Tripolis hinsichtlich des Tschad, die beim informellen Gipfel der anwesenden Regierungs- und Staatschefs zustande kommt, begünstigt jedenfalls mit ihrem Hinweis auf das Lagos-Übereinkommen und die negative Entwicklung seit Rückzug der libyschen Truppen eher den gerade seit zwei Monaten entmachteten Oueddeye. (A.A. 30. Aug.-12. Spt. 82)
Auch der zweite Anlauf im November 1982 schlägt fehl. Diesesmal ist es nicht die Anerkennung der DARS – das gemäßigte Lager hatte inzwischen den Kompromiß eines vorläufigen Rückzuges seiner Delegation akzeptiert – sondern die Vertretung des Tschad, die nun zur Kernfrage wird. Shagari und der noch als OUA-Präsident amtierende Arap Moi geben Kaddafi einige Tage vor dem Gipfel zu verstehen, daß dieser scheitere, wenn die Delegation Habrés nicht als einzig legitime aufgenommen werde. Die Progressiven sind nicht bereit, den fait accompli des Machtwechsels im Tschad einfach hinzunehmen und auf diese Maximalforderung einzugehen, bieten allerdings verschiedene Kompromisse an.
»La chaise vide«, also den Tschad vorläufig unrepräsentiert zu lassen, war einer der diskutierten Kompromißvorschläge und vor dem Hintergrund zu verstehen, daß die Progressiven Druck auf die POLISARIO ausgeübt hatten, sich Sitz und Stimme zu enthalten und nun ein entsprechendes Entgegenkommen von den Gemäßigten verlangten. Ein weiterer Vorschlag war, der Gipfel solle selbst entscheiden, welche der beiden Delegationen des Tschad legitim seien. Der weitreichendste bestand in er offiziellen Übermittlung des Kompromisses an Habré, sich »freiwillig und vorläufig« vom Gipfel zurückzuziehen, bei expliziter Anerkennung seiner Regierung. Habré lehnt ab und das quorum wird wiederum knapp verfehlt. Über die Stimmung nach diesem »Sieg« der Gemäßigten weiß nochmals Jeune Afrique zu berichten: »Und es ist offensichtlich, daß die Gemäßigten hart geworden sind. Um die Abhaltung des Gipfels von Tripolis zu verhindern. Damit die OAU nicht in die Hände der Progressiven falle.« (1. Dez. 82:24)

Der 19. Gipfel der OAU in Addis Abeba

Ein wesentlicher Faktor dafür, daß dieser dritte Anlauf zum 19. Gipfel nach zähen Vorverhandlungen Erfolg

Auszug aus der Deklaration zum Tschad (7. Aug. 1982)
»Wir sind tief besorgt über die Verschlechterung der Situation im Tschad seit dem Rückzug der libyschen Truppen, deren Anstrengungen und Opfer bedeutsam zur Wiederherstellung des Friedens beigetragen.(...) Wir bekräftigen unsere Unterstützung des Abkommens von Lagos zur nationalen Aussöhnung und verurteilen alle beteiligten Signatarparteien dieses Übereinkommens, die auf eine Art von der Macht Besitz ergreifen könnten, die Frieden und Sicherheit des Landes beeinträchtigen würden.«
(aus: A.A. 30.6.-12.7.82:15)

hatte, liegt sicherlich in der Entmachtung Kaddafi's.
Er hatte der Verlegung des Gipfels von Tripolis nach Addis Abeba - von einigen Gemäßigten bereits anläßlich Tripolis II als Schritt zur Verhinderung der »Machtübernahme Kaddafi's in der OAU« geplant - unter der Bedingung zugestimmt, daß dennoch seine Präsidentschaft gewährleistet sei. (J.A. Nr. 1143, 1. Dez. 82) Dieses gentlemen agreement flog jedoch auf, als Mengistu, Chef des Gastgeberlandes Äthiopien, seine Kandidatur für dieses Amt anmeldete, die dann am 8. Juni 1983 auf einer geschlossenen Sitzung akzeptiert wurde.
Am gleichen Tag hatte sich wenige Stunden zuvor ein für beide Lager akzeptabler Kompromiß in der Sahara-Frage abgezeichnet, der den Rückzug der DARS-Delegation vorsah. Offensichtlich hatte sich Kaddafi auch bei den kompromißbereiten Progressiven ins Abseits manövriert dadurch, daß er die definitive Anerkennung der DARS mit Sitz und Stimme in der OAU vertrat und an keiner Sitzung teilnehmen wollte, an der die Vertreter der DARS nicht zugelassen wären. Am 9. Juni reisten er und seine Deleg. zurück.
Der Konflikt um die Vertretung des Tschad, der noch Tripolis II hatte auffliegen lassen, spielte kaum noch eine Rolle. Nach einjähriger Herrschaft Habré's war dessen Anerkennung durch die OAU keine Frage mehr trotz der mit Hilfe Libyens im Okt. 82 zustande gekommenen Gegenregierung Oueddeye's und der GUNT in Bardai (Tibesti). Niemand, nicht einmal Kaddafi bestand auf der Teilnahme Oueddeye's am Gipfel. Wenige Stunden interner Beratung genügten, die Affäre zu den Akten zu legen. Allerdings räumte man Oueddeye gute Chancen ein, Habré ein zweites Mal zu entmachten. Wenige Wochen später wurde dies durch Nachrichten bestätigt, wonach die »Rebellen von Goukouni Oueddeye« im Begriff seien, auf Ndjamena zuzumarschieren und Habré durch Ägypten, Zaire, Sudan und Frankreich mit Waffen und Truppen (Fallschirmjäger aus Zaire) unterstützt würde.
(s.a. J.A. 1172, 22. Juni 83; A.A. 20. Juni 83)
Der zweite ausschlaggebende Faktor war der Kompromiß zwischen Gemäßigten und Progressiven in der Frage der Anerkennung der DARS. Nach Vorgesprächen, deren positiver Ausgang immer noch sehr ungewiß war, einigt man sich auf die bereits in Tripolis vorgeschlagene Formel des »vorläufigen und freiwilligen Rückzugs« der Delegation der DARS und eine vordringliche Behandlung der SAHARA-Frage. Wichtigste Vorbedingung der sahrauischen Delegation war die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Marokko und der POLISARIO.

Am 11. Juni wird eine Resolution zur Westsahara »durch Beifall« akzeptiert. In ihr werden erstens die Konfliktparteien Marokko und POLISARIO ausdrücklich genannt und zweitens die Konfliktparteien aufgefordert, »direkte Verhandlungen mit dem Ziel einer Feuereinstellung aufzunehmen, um die nötigen Bedingungen für ein friedliches und gerechtes Referendum herzustellen, ohne administrative oder militärische Zwänge jedwelcher Art, zur Selbstbestimmung des Volkes der West-Sahara, unter Aufsicht der Vereinten Nationen und der OAU...« (J.A. 1172, 22. Juni 83, vollständ. Text ebenda). Die Konfliktparteien werden aufgefordert, sofort direkte Verhandlungen über die Modalitäten des Referendums aufzunehmen. Im übrigen wird dem (alten) Durchführungskomitee anvertraut, innerhalb der nächsten 6 Monate in Zusammenarbeit mit dem Konfliktparteien die Einzelheiten der Feuereinstellung und der Organisation des Referendums festzulegen.
Es fällt auf, daß Marokko weiterhin nicht, wie die POLISARIO immer wieder gefordert hatte, zum Rückzug seiner Truppen und Administration verpflichtet wird, ebensowenig wie zum Rückzug seiner seit dem »grünen Marsch« bestehenden Siedlerkolonien. Immerhin soll das Referendum unter internationaler Aufsicht und ohne militärisch-administrative Zwänge stattfinden.
Die Resolution enthält weiterhin nichts über die sehr wesentliche Frage der Rückkehr oder zumindest Einbeziehung der Flüchtlinge im algerischen Grenzgebiet. Wenn das Referendum entsprechend der Resolution von Nairobi auf der Grundlage des 10 Jahre alten, spanischen Zensus stattfinden sollte, wäre dies absolut konträr zu den Forderungen der POLISARIO. Es ist abzusehen, daß es hier zu Auseinandersetzungen kommen wird.
Jeune Afrique kommentiert die Frage, ob die Resolution als Niederlage Marokkos anzusehen sei, dahingehend. daß ihre Realisierung »zu definieren bleibe« und daß schließlich »alles von einem eventuellen Übereinkommen zwischen Algerien und Marokko« abhängen kann (J.A. 1172, 22. Jun. 83:41) Man spekuliert also darauf, daß im Rahmen einer maghrebinischen Staatengemeinschaft Algerien möglicherweise die DARS fallen lassen könnte. (s. FAZ v. 6.6.83). Außerdem wird darauf verwiesen, daß die Aufstellung internationaler Überwachungstruppen problematisch sei und niemand an die Abhaltung des Referendums zum vorgesehenen Zeitpunkt glaube. (a.a.O.) Die Resolution enthält keinen Zeitplan für as Referendum selbst, son-



‚Gipfel-Köpfe', u. a. Nyerere, Abdelaziz, Nujoma, Ratsiraka

dern lediglich zur Festlegung der Einzelheiten seiner Ausführung).
Der ausgehandelte Kompromiß läßt Marokko genügend Spielraum, den Kernpunkt der Forderungen, nämlich die Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes, in der Praxis weiterhin zu obstruieren. Die Tatsache, daß dem Durchführungskomitee in der alten Besetzung mit seiner Mehrheit promarokkanischer Mitglieder wiederum eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung unter den Konfliktparteien zugewiesen wurde, ist ebenfalls kaum als Option für eine »gerechte« Lösung des Konflikts in absehbarer Zeit anzusehen.
Zum 19. Gipfel der OAU bleibt noch zu bemerken, daß die so über die Runden gerettete Einheit wenigstens dazu ausreichte, die »brutale, nationale Repression« des rassistischen Regimes von Pretoria und seine »Agressionsakte gegen die südlichen Staaten Afrikas« zu verurteilen, ebenso wie ihre ökonomische, militärische und nukleare Kooperation mit den USA, GB, Israel und der BRD

Wie geeint ist Afrika?

In der Absicht Nkrumahs und Nyereres, den wichtigsten panafrikanischen Theoretikern, war die Einheit Afrikas nach außen, gegen den imperialen und neokolonialen Zugriff ausländischer Mächte gerichtet und sah vor:
1. die Schwäche der unterentwickelten nationalen Märkte durch die Entwicklung eines kontinentalen Marktes zu überwinden sowie
2. die politische Integration der Nationalstaaten in Richtung einer supranationalen Regierung mit Legislative und Executive anzustreben.

Nationale, fortschrittliche Regierungen auf dem ganzen Kontinent sollten die Garanten für ein unabhängiges, selbstbewußtes Afrika sein.
Von dem Fernziel eines ökonomisch-politisch geeinten Afrika sozialistischer Staaten ist man heute so weit entfernt wie zur Zeit der Gründung der OAU 1963. Die Organisation selbst war von Anfang an das Ergebnis eines Kompromisses zwischen gemäßigten und progressiven Kräften. Der Konsens reichte immerhin zur Verpflichtung auf die vollständige Emanzipation noch abhängiger Gebiete, und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen und noch heute existierenden Kolonien zählt zu ihren wichtigsten Leistungen.
Andererseits kann die Organisation nicht die de facto Spaltung Afrikas überwinden. Ihre Konflikte sind nur ein Reflex auf reale Kämpfe, die sich kaum an Konferenztischen entscheiden werden. So sehr im einzelnen Zweifel daran angebracht sein mögen, die »Progressiven« in der OAU als Exponenten einer volksnahen, fortschrittlichen Politik einzustufen, stehen ihre Intensionen doch eher in der Tradition der Begründer der OAU. Die »Gemäßigten« begünstigen die Ausbeutung ihrer Ressourcen im Rahmen nachkolonialer Abhängigkeiten und eine ganze Reihe von ihnen bietet den Interventionstruppen Frankreichs und der USA die nötigen Basen. Soweit es die zurückliegenden Auseinandersetzungen in der OAU betrifft, fällt auf, wie sehr die sozialistischen Staatschefs bemüht waren, die Einheit der Organisation zu bewahren. Ihre Haltung war eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Strategie der Gegenseite; ihre Kompromißbereitschaft scheint von der Einsicht diktiert, daß nur so eine gewisse Möglichkeit der Einflußnahme bestehen bleibt. Auch dürfte die Besorgnis, im Falle einer Spaltung einer innerafrikanischen, mit dem Westen noch enger verbundenen Front gegenüberstehen, eine wichtige Rolle spielen. In diesem Fall – so ein in Afrique-Asie zitierter Diplomat – "würde die Hilfe des Westens, die wir alle brauchen, bevorzugt an seine Freunde gehen. Die abenteuerliche Politik Reagans würde versuchen, alle progressiven Regierungen zu destabilisieren und einen kalten Krieg über den ganzen Kontinent auszubreiten." (A.A. 20.6.–3.7.83) Schließlich wäre eine dissoziierte OAU geschwächt auch in ihren materiellen Möglichkeiten, die Befreiungsbewegungen Süd- und Südwestafrikas und die angrenzenden Frontstaaten (von denen übrigens keiner zu den Boykotteuren von Tripolis gehörte) zu unterstützen.

Jörg Schaeffer

Quellen: blätter des iz3w, Nr. 103, Nr. 105, Nr. 107
Africa, Nr. 119, Juli 1981
A(frique) A(sie), 20.7.–2.8.1981; 16.–29.8. 1982; 30.8.–12.9.1982; 6.8.–19.12.1982; 20.6.–3.7.1983; 6.6.–19.6.1983
J(eune) A(frique), Nr. 1070; 1128; 1143; 1172
FAZ vom 20.6.1983; 8.6.1983; 23.4.1983
Le mOnde vom 13.5.83

UNCTAD VI:

Krisenmanagement



Der Generalsekretär der Unctad, Gamani Corea

Die 6. Welthandels- und Entwicklungskonferenz der UN (UNCTAD VI) ist am 3. Juli in Belgrad zu Ende gegangen. Die UNCTAD bildete in den letzten zehn Jahren die wichtigste Plattform für die Staaten der Dritten Welt (Gruppe der 77), um mit den westlichen (Gruppe B) und östlichen Industriestaaten (Gruppe D) über ihre Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln.
In Belgrad stand allerdings nicht mehr die NWWO im Mittelpunkt, das Leitthema hieß vielmehr »Weltwirtschaftskrise«. Die Auswirkungen der weltweiten Krise auf die wirtschaftliche Situation der Länder der Dritten Welt standen an zentraler Stelle der Tagesordnung der UNCTAD VI. Maßnahmen gegen den Protektionismus im internationalen Handel, gegen die Verschuldung und den Verfall der Rohstoffpreise werden von der Gruppe der 77 gefordert. Das UNCTAD-Sekretariat hatte ein kurzfristiges Programm zur Stabilisierung der Rohstofferlöse und zur Entschärfung des Verschuldungsproblems der Dritten Welt vorgeschlagen. Aber selbst diese Forderungen und Vorschläge, die weit entfernt von der Perspektive einer Überwindung der ungleichen internationalen Arbeitsteilung sich mehr oder weniger auf kurzfristiges Krisenmanagement reduzierten, konnten in Belgrad nicht durchgesetzt werden.

USA für Imperialismus des Marktes

Dieses Ergebnis war allerdings vorauszusehen. Auf der Seite der Gruppe B hatten die USA und die BRD schon vorher deutlich gemacht, daß sie ebensowenig zu einer Erweiterung der Kompetenzen der UNCTAD wie zu großen Finanzhilfen bereit waren. Die Befugnisse der UNCTAD als für internationale Wirtschaftsfragen, Handel und Entwicklung zuständige Organisation der UNO sind bis heute einer der wichtigsten Streitpunkte geblieben. Die Gruppe der 77 möchte diese gegenüber dem GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) dem IWF und der Weltbank ausweiten, da in der UNO das Prinzip »Ein Land - eine Stimme« gilt. Die Industriestaaten hingegen lehnen jegliche Einengung der Kompetenzen ihrer »altbewährten« Institutionen ab, in der das Prinzip »viel Geld - viele Stimmen« gilt und die daher wichtige Instrumente zur Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Interessen des kapitalistischen Westens sind. Den USA wäre eine UNCTAD als »Hyde Park Corner« der Welt am liebsten, beklagt der nicaraguanische Außenhandelsminister Cuenca (1).
Von den Vertretern der Reagan-Administration in Belgrad konnten wohl auch nur Berufsoptimisten Kompromißbereitschaft vermuten. Denn der neoliberalistischen Wirtschaftspolitik der USA sind alle Abkommen ein Dorn im Auge, die die Regulierung des »freien Spiels der Marktkräfte« beinhalten, es sei denn, sie nutzen ihren eigenen Interessen. Zur Absicherung ihrer Hegemonie setzen die USA auf den Imperialismus der Multis, ganz nach Logik: »Wenn man als stärkerer herauskommen - vorausgesetzt, man läßt sich zum Wohle des Ganzen keine Fesseln anlegen« (2). Zur Absicherung ihrer Wirtschaftsinteressen und Rohstoffversorgung setzen die USA mehr auf eine Militarisierung der Außenpolitik und Interventionsdrohungen als auf globale Verhandlungen. Diese Politik entspricht ihrer klaren Absage an den gemeinsamen Rohstoff-Fonds und an eine verbindliche Zusage, 0,7% des BSP als E-Hilfe zu leisten. Auch die wichtigsten EG-Staaten, die BRD und England, folgten im Prinzip diesem Ziel, wenngleich sie sich in Einzelfragen flexibler verhielten.

Dritte Welt ohne Verhandlungsmacht

Die von der Gruppe der 77 auf ihrem Vorbereitungstreffen für die UNCTAD VI beschlossene Verhandlungsstrategie« »im Geiste der Verständigung und Dialogbereitschaft« (Buenos Aires Plattform) ist nichts anderes als Ausdruck ihrer politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht. Die Staaten der Dritten Welt verfügen über keine Zwangsmittel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen. Vielmehr hat sich die Abhängigkeit vom kapitalistischen Westen durch die Wirtschaftskrise eher verschärft. Laut UNCTAD Generalsekretär Corea sind die Entwicklungsländer »nicht nur Opfer der Rezession, sondern auch der politischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Rezession. Sie haben einen doppelten Schlag erhalten.« (3) Neben dem Nachfragerückgang nach Rohstoffen haben in der Analyse des UNCTAD-Sekretariats gerade Hochzinspolitik und protektionistische Maßnahmen der Industriestaaten zur Verschärfung der Krise in der Dritten Welt beigetragen. Vor allem im Verfall der Rohstoffpreise und in der wachsenden Verschuldung zeigt sich diese deutlich. Viele Rohstoffe waren 1982 real etwa um die Hälfte billiger als 1953. Vor allem betraf dies agrarische Rohstoffe wie Reis und Erdnüsse (48%), Mais (46%), Tee (50%) oder Jute (71%). Davon ausgenommen sind auch nicht Produkte wie z. B. Kaffee, der 34% billiger ist als 1953, für die Rohstoffabkommen bestehen. Allein zwischen 1980–82 betrugen die akkumulierten Verluste an Deviseneinnahmen für die Rohstoffexporteure nach Angaben der UNCTAD 21 Mrd. Dollar (4). Erschwerend kommt zum Preisverfall noch hinzu, daß das Volumen der Rohstoffexporte von 1979 bis 1981 stagnierte und 1982 z. T. deutlich zurückgegangen ist.
In diesen Entwicklungen sieht die UNCTAD eine wesentliche Ursache für die immense Verschuldung der Länder der Dritten Welt, die in den letzten Jahren steil angestiegen ist. Ihre Auslandsverschuldung ist von 220 Mrd. Dollar im Jahr 1976 auf 626 Mrd. Dollar in 1982 emporgeschnellt. Die Verschuldungskrise trifft, wenn auch in unterschiedlichem Maße, alle Staaten der Dritten Welt. Der Rückgang der Exporteinnahmen hat in vielen Fällen Zahlungsbilanzdefizite hervorgerufen, die durch neue Kreditaufnahmen gedeckt wurden.
Allerdings zeigt ein Blick auf die Hauptschuldnerländer, daß dies nicht die einzige Erklärung sein kann. Die Zahlungsunfähigkeit und damit der drohende Staatsbankrott von Ländern wie Mexiko, Brasilien und Argentinien haben zu Befürchtungen vor einem Zusammenbruch des Weltwährungssystems geführt. Tatsächlich stehen Mexiko und Brasilien mit einer Auslandsverschuldung von jeweils fast 90 mrd. Dollar absolut an der Spitze und sind nicht mehr in der Lage, diese durch Deviseneinnahmen zu decken. Zur Schuldentilgung würden Mexiko 126% und Brasilien 117% ihrer gesam-



ten Exporterlöse benötigen. D. h. ihre Einnahmen aus dem Außenhandel reichen nicht einmal mehr zur Rückzahlungfälliger Kredite. Brasilien ist ein besonders gutes Beispiel dafür, daß die Verschuldungsprobleme auch Folge einer Entwicklungsstrategie sind, bei der wirtschaftliches Wachstum auf ausländische Kapitalinvestitionen und Kredite aufgebaut wird. So kommt es nicht von ungefähr, daß die sogenannten Schwellenländer an der Spitze der Schuldner stehen. Zwar haben Länder wie Brasilien, Mexiko, Argentinien oder Südkorea ein gewisses Wirtschaftswachstum erreicht, aber keineswegs die Lage der Bevölkerung verbessert, soziale Probleme wie Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit verändert, sondern zu weiterer Verarmung beigetragen.

Ergebisse der UNCTAD IV

Die einzelnen Verhandlungsergebnisse der UNCTAD VI zeigen überdeutlich, daß auf dieser Konferenz nicht der geringste Ansatz zur Lösung der Strukturprobleme der Weltwirtschaft gemacht worden sind.
Im *Rohstoffbereich* wurde eine Aufforderung an alle Länder verabschiedet, dem Gemeinsamen Fond beizutreten. Die UNCTAD hatte gehofft, bei einer Ratifizierung von 90 Staaten bis zum September 1983 könne der Rohstoff-Fonds im Januar 1984 in Kraft treten. Dieser Fond soll in Verbindung mit einzelnen Rohstoffabkommen durch Ausgleichslager und Exportquotenabkommen regulierend in die Rohstoffmärkte eingreifen. Dadurch sollen die Rohstofferlöse stabilisiert und langfristig erhöht werden. Das gesamtkapital des Fonds von etwa 600 Mio Dollar muß zu 2/3 aus Beiträgen der Mitgliedsländer aufgebracht werden. Nach der UNCTAD VI haben aber erst 54 Länder ihren Beitritt ratifiziert, die nur 36% des Kapitals abdecken. Zur Deckung des Kapitals wäre ein Beitritt der USA und der UdSSR erforderlich, die jedoch beide in Belgrad erneut den Gemeinsamen Fond ablehnten. Die BRD hingegen will ihren Beitritt im September ratifizieren.



Dabei muß berücksichtigt werden, daß die jetzige Konzeption des Fonds nicht mehr viel mit seiner ursprünglichen, im Integrierten Rohstoffprogramm festgelegten Konzeption gemein hat. Grundsätzlich hatten die meisten Industriestaaten der Bildung des Gemeinsamen Fonds 1979 zugestimmt, als dieser finanziell und in seinen Befugnissen soweit abgespeckt war, und durch ihn keine nachhaltigen Interventionen auf den Rohstoffmärkten mehr zu befürchten waren. So wurde sein Finanzvolumen von 6 Mrd. Dollar auf 600 Mio. Dollar, die Zahl der Rohstoffe von 18 auf 10 reduziert und seine zweite, wichtige Funktion, die Finanzierung von Rohstoffverarbeitung und -diversifizierung wurde gekappt.

Letztendlich steht also nicht allein in den Sternen, wann der Gemeinsame Fond einmal in Kraft treten wird. Auch die Wirksamkeit des jetzigen Minifonds kann in Frage gestellt werden. An dieser Verwässerung der Konzeption hat die BRD an vorderster Stelle mitgewirkt. denn sie war es, die 1976 auf der UNCTAD IV in Nairobi seine ursprüngliche Form am entscheidensten abgelehnt hat. So hört sich die Einschätzung aus dem Munde des deutschen Delegationsleiters auf der UNCTAD VI, Sulimma, heute eher zynisch an: »Wir glauben, daß der Fond in Kraft treten wird, obwohl wir dessen Wirksamkeit sehr anzweifeln, weil uns bisher kein Fall von Rohstoffabkommen bekannt ist, der echt funktioniert hat« (5).

Das vom UNCTAD-Sekretariat vorgeschlagene Drei-Jahres-Programm zur kurzfristigen Stabilisierung der Preise von 15 Rohstoffen wurde in Belgrad abgelehnt. Es sollte 20 Mrd. Dollar umfassen, die über den IWF und ab 1984 überden Gemeinsamen Fond aufgebracht werden sollten.

Im *Währungs- und Finanzbereich* lag ebenfalls ein zweijähriges Sofortprogramm über 70 Mrd. Dollar zur Verbesserung der Zahlungsfähigkeit der Dritten Welt auf den Stand von 1978 vor. Davon sollten 30 Mrd. Dollar über zusätzliche Sonderziehungsrechte des IWF, der Rest über eine Verdoppelung der IWF-Kapitalquoten und Verkäufe aus seinen Goldbeständen, über die Weltbank und eine sofortige Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BSP aufgebracht werden. Selbst wenn dieses Programm verabschiedet worden wäre, hätte es nicht mehr als eine kurzfristige Verbesserung der Zahlungsbilanz bedeutet. Denn es ist klar, »daß diese rein liquiditätspolitischen Forderungen weder das Verschuldungsproblem lösen noch zur Reform des Weltwährungssystems beitragen« (6). Aber von ihm ist außer der Kapitalaufstockung des IWF – der schon seit längerer Zeit anstand – nichts übrig geblieben.

Generelle Schuldenmaßnahmen wurden auf der UNCTAD VI von der Gruppe B ebenso abgelehnt wie ein Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs).

Einzig weichere Konditionen bei öffentlichen Krediten und Schuldenverhandlungen von Fall zu Fall wurden zugestanden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß öffentliche Kredite heute nur noch den geringeren Teil des weltweiten Kreditvolumens ausmachen.

Der Anteil der privaten Bankkredite an der Gesamtverschuldung der Dritten Welt ist von 56% in 1971 auf 72% in 1982 angestiegen.

Der alte Dauerbrenner der UNCTAD Konferenzen, die Forderung nach 0,7% öffentlicher Entwicklungshilfe, wurde von den Industriestatten wieder einmal grundsätzlich anerkannt, ohne sich zeitlich festzulegen. Zwar haben sie sich verpflichtet, dieses Ziel für 1985 anzustreben – machen dieses Ziel aber von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Das einzige Ergebnis im *Bereich des Internationalen Handels* war eine erneute Entschließung, den Protektionismus der Industriestaaten gegenüber Produkten aus der Dritten Welt abzubauen.

Diese Willensbekundung entbehrt nicht einer gewissen Komik angesichts steigender Handelsrestriktionen und »Selbstbeschränkungsabkommen« auch innerhalb des GATT-Systems und z. B. der Subventionsmaßnahmen, mit denen die EG ihre Zuckerüberschüsse auf den Weltmarkt wirft (7).

Bei diesen Ergebnissen erstaunt nicht, daß von allen beteiligten Seiten schließlich eine Leerformel als wichtigster Erfolg der UNCTAD VI bemüht wird: der Nord-Süd-Dialog ist nicht abgebrochen worden. Dieser »Dialog« erschöpft sich seit Jahren darin, daß – mit kleinen Nuancen – immer wieder die gleichen Resolutionen gefaßt werden, ohne Absicht, diese in die Tat umzusetzen. So gehört schon eine gewisse Erfahrung im Kaffeesatzlesen dazu, z. B. in den Resolutionen zu Protektionismus, Entwicklungshilfe und Währungsfragen substantielle Unterschiede festzustellen zwischen UNCTAD V in Manila 1979 und der UNCTAD VI.

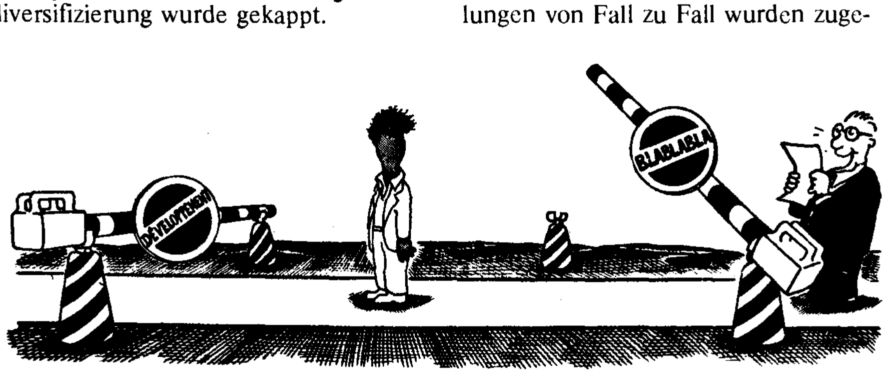
Konsequenzen

Wenn die UNCTAD VI eines noch einmal deutlich gemacht hat, dann folgendes:

Die kapitalistischen Industriestaaten sind in der gegenwärtigen, weltweiten Akkumulationskrise vor allem daran interessiert, ihr wirtschaftliches Wachstum und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sicherzustellen.

Die zunehmende »innerimperialistische Konkurrenz« zwischen den USA, der EG und Japan äußert sich u. a. in protektionistischen Tendenzen, auf die resolutionen wie die von Belgrad wenig Einfluß ausüben werden (8).

Der Ausbau weltmarktorientierter Industrien geht nicht nur auf Kosten anderer Industriezweige in den kapitalistischen Zentren, auch der finanzielle Ressourcentransfer in die Dritte Welt fällt kurzfristigen Kapitalinteressen zum Opfer. Denn grundsätzlich werden



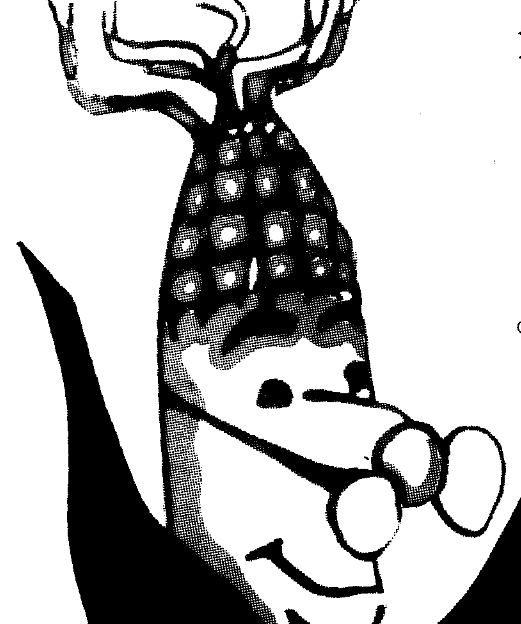
die Krisenfolgen als Ursache der wirtschaftlichen Verschlechterung der Dritte Welt-Länder nicht gänzlich geleugnet (9). Auch mögliche Einbrüche auf den Exportmärkten in der Dritten Welt als Folge der dort sinkenden Importkapazitäten werden gesehen. Aber entscheidend sind für die kapitalistischen Länder eben nur wenige Staaten der Peripherie, denen die Mittel auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden. So haben die Vertreter der internationalen Finanzinstitutionen bisher auch gelassen auf das Verschuldungsproblem reagiert, denn »für das Funktionieren des Weltfinanzsystems spielen die absolut größten Schuldner eine maßgebliche Rolle« (10). Länder wie Brasilien werden deshalb sicher auch in Zukunft vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet, selbst wenn sie Rückzahlungsfristen überschreiten und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sie eigentlich für zahlungsunfähig erklären müßte. Dies war gerade wieder im Juli der Fall, als der IWF einen Kredit über 41 Mio. Dollar zurückhielt (11).

Auf er anderen Seite haben die Staaten der Dritten Welt keine Entwicklungsstrategie erarbeitet, die aus den gegenwärtigen Abhängigkeitsbeziehungen herausführen könnte. Nach der UNCTAD VI wurde wieder einmal verstärkt auf die Perspektiven der »collective self-reliance« und der Süd-Süd-Kooperation hingewiesen, aber es bleibt abzuwarten, wie diese Ansätze weiterentwickelt werden. Dabei stellt sich die Frage, wieweit bei der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessenlage zwischen Schwellenländern, Rohstoffexporteuren und LLDC's die politische Solidarität für gemeinsame Strategien ausreicht. Dies zeigt schon die Diskussion um ein Schuldnerkartell der Peripherie, mit dem in Anlehnung an das Modell des OPEC-Kartells Druck ausgeübt werden soll. Gerade die hochverschuldeten lateinamerikanischen Staaten setzen mehr auf bilaterale Verhandlungen. Die Frage ist, welche politischen Kräfte z. B. in Ländern wie Brasilien oder Argentinien eine solche Konfrontationspolitik tragen soll, denn die soziale Basis der herrschenden Klassen dort beruht gerade auf der Stützung durrch die kapitalistischen Staaten.

Angesichts der Herrschaftsverhältnisse in den meisten Ländern der Dritten Welt ist davon auszugehen, daß die Folgen der wirtschaftlichen Krise auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird. Daran hätte allerdings auch ein Verhandlungserfolg der Gruppe der 77 in Belgrad nicht viel geändert. Ein größerer Finanztransfer hätte nur den Spielraum der Regierungen dort erweitert, ohne politische Veränderungen in den Entwicklungsstrategien zu bewirken. Denn eine Koppelung von außenwirtschaftlichen Maßnahmen mit wirtschaftspolitischen Strategien in den Ländern der Dritten Welt selbst, wie z. B. eine Koppelung von Schuldenerlassen mit der Förderung der Landwirtschaft und einer binnenmarktorientierten Industrialisierung, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet ist, stand auf der UNCTAD VI nicht auf der Tagesordnung.

Roland Fett

(1) taz-Interview, 4.7.83
(2) E. Altvater, Die bedrohliche Botschaft des Neoliberalismus, in: ISTMO 2/82, S. 32
(3) UNCTAD-Bulletin 191/83, S. 3
(4) Commodity issues – a review and proposals for further action, UNCTAD TD/273, 1983
(5) FR, 13.7.83
(6) W. Kessler, Weltwährungssystem – Strukturkrise übersehen, in: epd-entwicklungspolitik 8/9/83, S. 31
(7) vgl. FR, 11.6.83
(8) Zur Politik des Ostblocks vgl. taz, 4.7.83
(9) vgl. die »Analyse aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen in der Dritten Welt« des DIW im Auftrag des BMZ, Nov. 82
(10) »Stellungnahme zur Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer« des Wiss. Beirats beim BMZ, April 83
(11) FR, 18.7.8



Blockade des BMZ

In Nicaragua seien westliche Sicherheitsinteressen ebenso betroffen wie in Westberlin, meint Entwicklungsminister Warnke. Deshalb müsse in Mittelamerika Krieg geführt und in Europa neue atomare Mittelstreckenrakten stationiert werden, meint der Cowboy im Weißen Haus.

Wir wollen uns mit diesen Meinungen nicht abfinden. Deshalb werden wir im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung am 21. 10. 83 eine Blockade des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit durchführen. Alle sollen mitmachen!

Die Idee entstand aus dem Koordinationskreis 3 Welt heraus und wurde sowohl von einigen Bonner 3. Welt-Gruppen aufgegriffen als auch vom BuKo VII in Hannover unterstützt.

Am 23. 8. wird in der Gaststätte Harmonie, Frongasse, Bonn-Endenich ein erstes Blockadeplenum stattfinden.

Kontakt: Werner Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 5300 Bonn 3, 0228/460403.

Dort gibt's auch den Entwurf eines Aufrufs, der am 23. 8. verabschiedet werden soll.

Ton + Dia – ein Handbuch über die Herstellung und den Einsatz von Tonbildreihen

Die Erfahrungen jahrelanger Medienarbeit und vieler Werkstattseminare verarbeitete Julien K. Biere zu einem Handbuch, welches im Jugenddienst-Verlag soeben erschienen ist. Es ist der siebte Band der Reihe, in welcher nach dem Aktionshandbuch Dritte Welt mittlerweile fünf weitere Bücher zum Medieneinsatz, zur entwicklungspolitischen Bildung, zum südlichen Afrika und zum Friedensthema erschienen sind.

Wer Tonbildserien im Videozeitalter als veraltet ansieht, wird von Biere eines besseren belehrt. Kein anderes Medium kann so billig selbst hergestellt werden und ist im Einsatz so flexibel wie die alte Tonbildserie. Noch dazu können Überblendtechniken, Geräuschkulisse, anschauliche Graphiken, Interviews und aussagekräftige Fotos bei Beachtung didaktischer Grundregeln ein spannendes, motivierendes Medium ergeben, das den »laufenden« Bildern in nichts nachsteht, ja sogar anpassungsfähiger ist im Einsatz.

Wer für die Öffentlichkeitsarbeit eine Tonbildserie herstellen will, erhält in diesem Buch eine Menge Tips über passendes Filmmaterial, richtige Bildauswahl, angemessenen Kommentar und Standzeiten, Aufnahmetechnik bei der Vertonung etc. Neben handwerklichen Hinweisen kommen aber auch didaktische Ratschläge nicht zu kurz, so daß dieses Buch auch für jene interessant ist, die Tonbildserien »nur« vorführen.

Die formale Gestaltung ist sehr erfreulich: Abgestufte, große Überschriften erleichtern die Übersicht; viele Skizzen und Bilder erläutern den Text. Letztere sind wohl für den hohen Preis verantwortlich. Es wäre schade, wenn deswegen das Buch in der Szene keine Verbreitung fände.

Klaus Kern, Arbeitskreis Vermittlungspraxis im AKE Karlsruhe

»Ton + Dia: ein Handbuch zur Medienarbeit«, Julien K. Biere, Jugenddienst-Verlag, 1983, 205 Seiten, 32 DM

„Es gibt keinen entwicklungspolitischen Radikalenerlaß"

Auszüge aus einem Interview mit Siegfried Lengl, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)
Mit Lengl, zuvor Geschäftsführer der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung" in München sprach F.C. Schilling vom evangelischen Pressedienst (epd) im Juni 1983

epd: Mit anderen Worten: Die Entwicklungspolitik muß außenpolitische Interessen berücksichtigen. Können Sie das noch erläutern?

Lengl: Also wir werden nicht gerade eine Regierung oder ein Land unterstützen, wo wir deutliche Gegensätze zu unseren eigenen Wertvorstellungen feststellen.

epd: Was soll das heißen? Glauben Sie, daß die staatliche Ordnung der Bundesrepublik die einzig mögliche ist, auch für Länder der Dritten Welt?

Lengl: Natürlich nicht, und selbstverständlich wissen wir auch, daß die meisten Entwicklungsländer keine parlamentarischen Demokratien in unserem Sinne sind. Aber wir wollen zur Gestaltung freiheitlicher, pluralistischer Gesellschaftsordnungen beitragen. Wir erwarten marktwirtschaftliche Verhältnisse und außenpolitisch, daß unsere Partner zwar nicht unbedingt eindeutig prowestlich, aber doch glaubwürdig für Blockfreiheit sind. Mit diesen Wertvorstellungen nehmen wir es genauer als die frühere Regierung.

epd: Also Streicheleinheiten bei Wohlverhalten und Liebesentzug, wenn Ihnen die Richtung nicht mehr paßt?

Lengl: Einen entwicklungspolitischen Radikalenerlaß gibt es nicht, wenn Sie das meinen sollten. Auch bei Staaten, die unserer Ansicht nach keine begrüßenswerte Politik betreiben, werden zunächst einmal sämtliche bestehende Verträge erfüllt. Das gilt auch für Nicaragua, um ein Beispiel zu nennen. Aber ob und wann wir da neue Verträge abschließen, hängt von der weiteren Entwicklung dort ab.

epd: Nun gehört Nicaragua sicherlich nicht zu den vom BMZ bevorzugten Ländern. Könnte man nicht eher sagen, daß Sie eine besondere Vorliebe für die ehemaligen deutschen Kolonien haben?

Lengl: Das will ich nicht bestreiten, das beruht auf Zufällen und guten Erfahrungen. Ein Zufall war, daß vor gut zehn Jahren, als ich die Leitung der entwicklungspolitischen Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung übernahm und natürlich nicht in jenen Weltregionen tätig werden wollte, wo schon so und so viele andere aktiv waren, gerade einige dieser Länder noch „frei" waren, zum Beispiel die ehemalige sogenannten Südsee-Schutzgebiete. Und überall, so auch in Togo, haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Einheimischen gewissermaßen idealisierte Erinnerungen an die relativ kurze Zeit der deutschen Kolonialherrschaft pflegen. Immerhin wird man sagen dürfen, daß die Deutschen unverhältnismäßig viel zur Erschließung der Länder für das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen getan haben. In vielen Ländern sind die damals gebauten Eisenbahnlinien bis heute die einzigen. So trifft man dort zuweilen eine Infrastruktur an, die gute Voraussetzungen bietet und die Zusammenarbeit erleichtert.

epd: Warum ist es trotzdem nicht gelungen, die frühere Kolonie Deutsch -Ostafrika, das heutige Tansania, in ein Musterland zu verwandeln?

Lengl: Tansania hat in der Tat – nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland – von allen Entwicklungsländern am meisten Hilfe erhalten, und trotzdem steht das Land heute vor dem Ruin. Wir führen dies auf das politische System zurück, für das sich Präsident Nyerere entschieden hatte. Aber sein „afrikanischer Sozialismus" mußte scheitern, weil der Afrikaner seinem ganzen Wesen nach nicht sozialisiert werden kann und nicht zum Marxismus neigt....
Mit weiterer Hilfe für Tansania stehen wir vor einer schweren Entscheidung. Wir müßten sie drastisch reduzieren oder gar einstellen, wenn keine Sicherheit gegen künftige Mißerfolge gegeben ist, oder wir müssen uns entschließen, die in Schwierigkeiten geratenen Projekte zu sanieren, damit nicht alles umsonst war. Meist handelt es sich ja um ungedeckte Folgekosten.

epd: Ist es nicht auch ein Zeichen der Zeit, daß auf deutscher Seite immer häufiger von der sogenannten Lieferbindung die Rede ist?

Lengl: Eine starre Lieferbindung, wie sie andere Länder zum Teil haben, ist von uns nicht beabsichtigt. Aber natürlich ist die deutsche Industrie heute weit stärker an Aufträgen aus der Dritten Welt interessiert als während der Hochkonjunktur. Es wäre auch nicht zu begreifen, wenn wir etwa im Rahmen der Enwicklungshilfe einen Bahndamm bauen und die Partnerregierung die Eisenbahnschienen aus Frankreich bezieht und die Lokomotiven in den USA kauft.

epd: Gibt es für das BMZ so etwas wie eine Rangfolge, welche Art von Entwicklungshilfe halten Sie heute für vordringlich?

Lengl: An der Spitze steht ganz eindeutig die Sicherstellung der Ernährung, d.h. Förderung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung, zum Beispiel durch Fischerei, und notfalls für eine begrenzte Übergangszeit Nahrungsmittelhilfen. Dann fördern wir eine angemessene, maßvolle Industrialisierung, wobei nicht gleich die Technologie von übermorgen angeboten werden muß. Jeder Technologie-Transfer setzt beim Empfänger intakte Infrastrukturen voraus; er muß später allein zurecht kommen und kann nicht auf Dauer etwa auf europäisches Management angewiesen bleiben. Damit hängt der dritte Schwerpunkt zusammen: Förderung des Bildungssystems, der Ausbildung und der Information im weitesten Sinne.

PHILIPPINEN

Clark Air Base und Subic Naval Base

US-Stützpunkte auf den Philippinen

Auf dem 7. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover wurde beschlossen, zu den zentralen Herbstveranstaltungen der Friedensbewegung, an denen sich auch der BUKO beteiligten wird, Vertreter der in den Philippinen gegen die US-Basen kämpfenden „Anti-Bases Coalition" (ABC) einzuladen. Die ABC ist ein lockeres Bündnis von Oppositionellen aus allen Bereichen der philippinischen Gesellschaft, die für die sofortige Schließung sämtlicher US-Militärstützpunkte in den Philippinen kämpfen.Dieser Schritt hin zu einer Zusammenarbeit der bundesdeutschen Friedensbewegung mit antiimperialistischen Bewegungen in der 3. Welt ist nicht nur bedeutungsvoll angesichts der mit der Stationierung von Pershing II immer näher rückenden Kriegsgefahr hier; auch in den Philippinen wird der Kampf gegen militärische Einrichtungen der USA zunehmend wichtiger: die USA konnten sich gerade erst mit dem am 1. Juni unterzeichneten neuen Stützpunktabkommen für weitere fünf Jahre die Nutzungsrechte für ihre philippinischen Basen sichern. Bis heute sind jene US-Basen Eckpfeiler für die militärische Vorherrschaft der USA im asiatischen Raum und sind Ausgangspunkt für militärische Aktionen der USA in ganz Asien. Gleichzeitig sind sie Garant für das Fortbestehen einer US-Interessen genehmen Regierung auf den Philippinen.

Der strategische Wert der US-Basen

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges entließen die USA ihre einzige Kolonie in ganz Asien in die Unabhängigkeit. Durch mehrere Stützpunktabkommen vom März 1947 sicherten sich die USA jedoch weiterhin den mehr oder weniger unbeschränkten Zugriff auf philippinische Rohstoffe, auf die billige Arbeitskraft, ertragreiche Absatzmärkte und nicht zuletzt auf die weitere Nutznießung der wichtigen geostrategischen Lage des südostasiatischen Inselstaates. Die Philipinen wurden Bindeglied der globalen Einkreisungspolitik der USA gegenüber der Sowjetunion. Multilaterale Militärabkommen wie der Anzus-Pakt von 1951 und die Gründung der SEATO von 1954, ermöglichten es, die Region zur Zeit des Korea-Krieges und des weltweiten antikommunistischen „roll-back" zu einem westlichen Bollwerk auszubauen. Die USA erklärten die Philippinen 1950, neben Pakistan, Indien, Thailand, Laos, Süd-Vietnam, Südkorea und Taiwan zum „vorgerückten Verteidiungsgebiet" (1)

In ihren insgesamt 23 militärischen Einrichtungen und Basen in den Philippinen genossen die USA uneingeschränkte Souveränität. Die Basen galten als US-Territorium und wurden von den USA auch als solche genutzt. Während des Vietnam-Krieges spielten die Philippinen als Brückenkopf der USA eine entscheidende Rolle. In der Marinebasis Subic Bay wurden während der Krieges bis zu 100 Schiffseinheiten monatlich in den dortigen Dockanlagen gewartet und repariert (2). 1967 wurden täglich bis zu 300 Bomber- und Jägereinsätze vom Luftwaffenstützpunkt Clar aus gegen Nord-Vietnam geflogen (3). Zur Zeit der Studentenrevolten in Kwanju in Südkorea, 1979, wurden US-Einheiten von den philippinischen Basen nach Korea entsandt.

Das Vertragswerk über die Basen wurde seit 1947 mehrfach überarbeitet und modifiziert. Die ursprünglich auf 99 Jahre festgelegte Präsenzfrist der USA wurde 1966 bis auf das Jahr 1991 beschränkt (4). Mit dem fünfjährigen Stützpunkteabkommen von 1979, das mit Ende dieses Jahres ausläuft, wurden die Basen dann formell unter philippinische Hoheit gestellt. Die 500 Mio. US-Dollar, auf die man sich nach fast zweijährigen Verhandlungen geeinigt hatte, galten nun als Pacht für die Nutzung der Basen durch die USA. Seitdem weht die philippinische Flagge in den Basen, und Clark und Subic haben einen philippinischen Kommandanten. Faktisch bleibt die Kontrolle über die Basen aber nach wie vor in den Händen der USA. Nach vierjährigen (!) Verhandlungen wurden die Basen mit dem „Zoll-, Hoheits- und Quarantäneabkommen" schließlich dann auch offiziell unter philippinische Zollhoheit und Jurisdiktion gestellt. Das Abkommen wurde Ende 1982 unterzeichnet und trat am 16. 2. 1983 in Kraft (5). Dennoch werden philippinische Zollbeamte weiter daran gehindert, einige Kriegs- und Frachtschiffe und bestimmte Depots der US-Streitkräfte zu inspizieren (6). Auch ist die Rechtslage für in den Basen begangene Verbrechen weiter unsicher.

Die Verhandlungen für das jüngst unterzeichnete neue Stützpunkteabkommen für 1984 – 1988 begannen Anfang Mai dieses Jahres. Präsident Marcos bestückte seine Verhandlungsdelegation mit Top-Anwälten, hohen Militärs und dem philippinischen Botschafter in Washington, Benjamin Romualdez – ein Vetter der First Lady Imelda Romualdez-Marcos – als Delegationskopf. Marcos pokerte hoch: er forderte als Miete für die Basen 1,5 Mrd. US-Dollar (7)! Vor den Verhandlungen gab sich Marcos national gesonnen. Erstmalig, nach 36-jähriger Existenz der Basen im Land, wurden die sozialen Auswirkungen derselben in die Verhandlungen mit einbezogen. Die USA sollten z.B. für die gesundheitliche Versorgung der ca. 30.000 Prostituierten in Olongapo City (Subic Bay) und Angeles City (Clark) zur Kasse gebeten werden. Geschlechtskrankheiten sind bereits bei 9 – 14jährigen Mädchen keine Selteheit (8); ebenso ist der Drogenkonsum und die Selbstmordrate unter philippinischen Jungendlichen in besagten Städten in alarmierender Weise angestiegen.

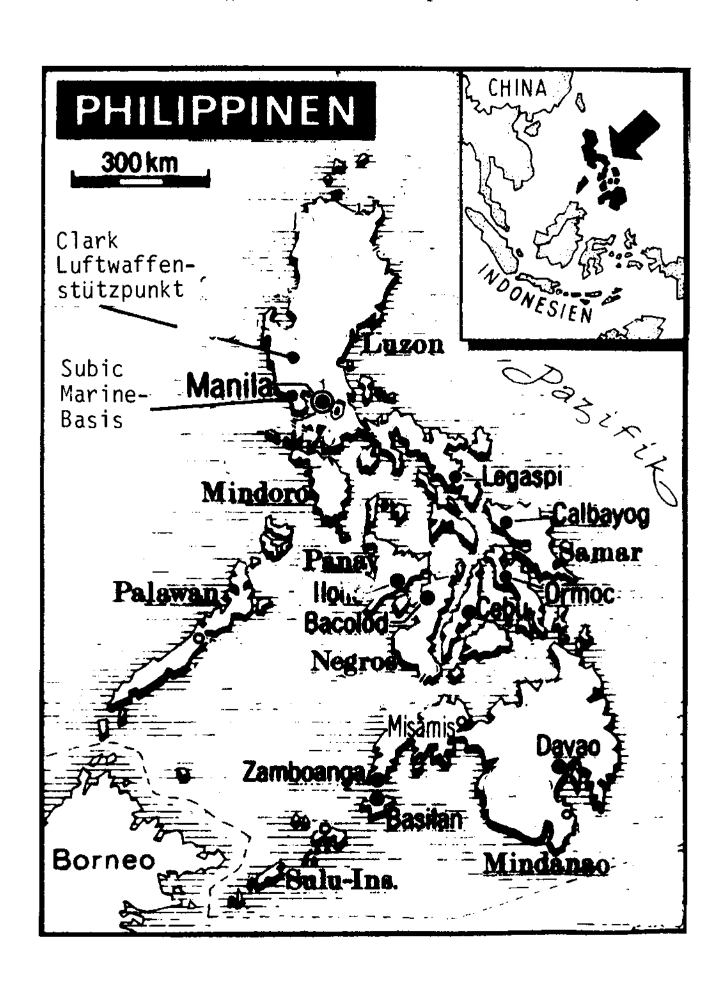
Zum anderen war sich Marcos vor den neuen Verhandlungen des strategischen Wertes der Basen durchaus bewußt. So ließ er in seinem Ende letzten Jahres herausgegebenen Buch „A Third World Approach To Democracy" verlauten, daß „500 Mio. Dollar über fünf Jahre angesichts des nicht zu leugnenden strategischen Wertes der Basen äußerst unangemessen seien" (9). Er wollte sich teurer verkaufen.

Die Verhandlungen wurden am 1. Juni abgeschlossen. Die

philippinische Regierung mußte sich mit einem „Sicherheitspaket" von 900 Mio. US-Dollar zufriedengeben. Rund die Hälfte der Summe, 475 Mio. Dollar, sind Wirtschaftshilfe und werden in „Entwicklungs-" und Sozialprogramme, größtenteils in der direkten Umgegend der Basen, fließen. Die verbleibenden 425 Mio. Dollar sind Militärhilfe; davon sind 125 Mio. direkte Militärhilfe und 300 Mio. Dollar werden als Kredite für Waffenkäufe – zu extrem günstigen Bedingungen – gewährt (10).

Clark Air Base und Subic Naval Base

Trotz allem, 900 Mio. Dollar „Pacht" ist eine stolze Summe, und die USA wissen, warum sie sich ihre Basen auf den Philippinen fast doppelt so viel kosten lassen, wie bei dem letzten Stützpunkteabkommen von 1979 – 1983: *Clark Air Base* ist Stützpunkt der 13. US-Luftwaffe, deren Einsatzbereich von Taiwan und dem Westpazifik über Diego Garcia im indischen Ozean bis zum Nahen Osten und der Küste von Südafrika reicht. Wie Frankfurt am Main auf der Ostroute ist Clark auf der Westroute logistisches Bindeglied für militärische Flug- und Truppenbewegungen der USA in den Nahen Osten. Clark ist Stützpunkt des 374. Transportgeschwaders mit 16 C-130 Hercules Transportflugzeugen. Weiter ist dort stationiert das 3. taktische Kampfgeschwader de US-Luftwaffe mit zwei Schwadronen von 48 F-4 E Phantom Jägern und einem Schwadron mit F-5 Tiger Jets (11).
Schließlich ist Clark auch noch Brückenkopf für den Einsatz der 200.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe der USA. Die in Clark liegenden Einheiten sind laut Kommandeur Major General Kennth Burns verantwortlich für „strategische Luftbewegungen in den Indischen Ozean und zur Überwachung strategischer Nadelöhrstellen – den Straßen von Malakka, Sunda und Lombok" (12), durch die 50 % des Öls der „freien Welt" transportiert werden (13).



Auf den ca. 55.000 ha der in der Provinz Tarlac gelegenen Basis – Clark ist damit flächenmäßig mit Abstand die größte Militärbasis der USA im Ausland und die größte militärische Einrichtung in Asien überhaupt (14) – können in Crow Valley luft- und Bombenangriffe sogar mit scharfer Munition geprobt werden. Stationiert sind in Clark 8.000 GI's und 700 philippinische Soldaten. In der Verwaltung und in Wartungs- und Reparaturanlagen arbeiten 800 amerikanische Zivilisten und 18.000 philippinische Arbeiter (150.
In *Subic Bay,* einem taifunsicheren, natürlichen Tiefseehafen an der Westküste der Insel Luzon, Provinz Zambales, liegt die 7. Flotte der US-Marine. Alle 55 Schiffseinheiten können in der Bucht aufgenommen werden. Zur 7. Flotte gehören weiter 425 Flugzeuge und insgesamt 50.000 Marines (16). Das Operationsgebiet von Konteradmiral Dikinson Smith, dem Kommandeur der Subic Naval Base, reicht von Diego Garcia bis zur US-Basis Yokosuka in Japan und zum Westpazifik. Subic verfügt über eine künstlich aufgeschüttete Start- und Landebahn und über eine Marinedepot am Cubi Point.
Die logistische Bedeutung von Subic ist enorm. Allein die Lagerhallen für Munition erstrecken sich über eine Fläche von 5.200 ha. Ca. 1 Mio. Tonnen Nachschub durchlaufen jährlich die Basis. 1982 lagerten in Subic 40.000 Tonnen Munition im Werte von 200 Mio. Dollar (17). Über eine 60 km lange Pipeline wird von Subic aus die Clark Air Base mit Treibstoff versorgt. 15.000 fest angestellte und 8.500 philippinische Aushilfsarbeiter sind in dieser Basis beschäftigt. Die meisten von ihnen arbeiten in den riesigen Reparatur- und Dockanlagen der Basis (Ship Repair Facilities). Mit ihren 25.000 ha Wasser- und Bodenfläche, 8.000 dort fest stationierten US-Soldaten und Militärs und täglich ca. 12 Schiffen und 9.000 Marines im Hafen hat die Basis die Infrastruktur einer mittleren Kleinstadt. So ist ein Teil der philippinischen Arbeiter im zivilen Teil der Baiss (Dienstleistungen etc.) beschäftigt.
Die Geschicklichkeit, der relativ hohe Bildungsstand der philippinischen Arbeiter und das extrem niedrige Lohnniveau machen die Basen für die USA noch attraktiver. Die Lohnkosten pro Arbeiter betragen nur ein Fünftel derjenigen in Japan und nur ein Siebtel der Lohnkosten im US-Marinestützpunkt auf Haiwai.
Schließlich ist auch das Prostitutions- und „Vergnügungsgewerbe" der neben Subic und Clark liegenden Städte Olongapo und Angeles für die US-Streitkräfte von Bedeutung. Im „Rest und Recreation Business" (R + R) von Olongapo können sich ermüdete und urlaubsreife GI's von philippinischen Bardamen und Prostituierten „behandeln" lassen. Ca. 20.000 Filipinas arbeiten in den unzähligen Bars. Spielhöllen und Establishments, die sich vom Haupttor der Basis entlang der Hauptstraße Olongapos fast durch die ganze Stadt erstrecken. „You don't have to walk a mile for a piece of ass in Olongapo", so ein begeisterter GI. Wegen der niedrigen Preise" und dem „breiten Angebot" gilt Subic bei den Marines als ausgesprohen beliebter Anlaufhafen. Auf der Höhe des Vietnam-Kriegs war das „R + R Business" noch ertragreicher, aber auch heute noch klingeln die Kassen der chinesischen Geschäftsmänner, die das Gewerbe weitgehend kontrollieren.

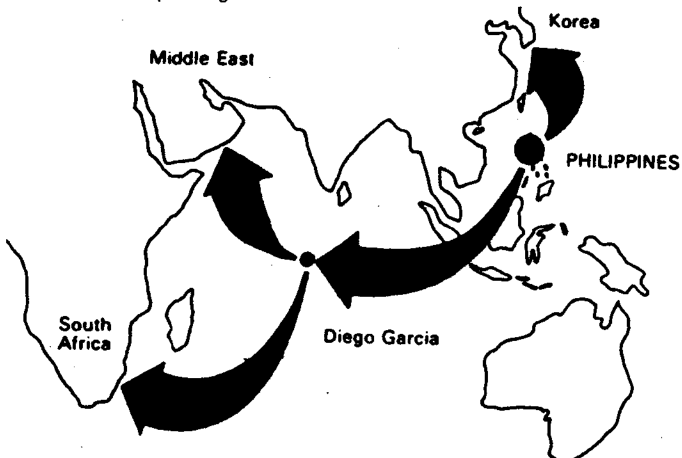
Die Basen und US-Interessen

Die strategische Bedeuung der Basen für die USA hat zwei Dimensionen. Erstens sind die Basen Sprungbrett für US-Interventionen in Krisenherden, insbesondere im Nahen Osten. 1979 starteten von Subic die beiden Flugzeugträger, die an der mißglückten Geiselbefreiung im Iran beteiligt waren (18). Ebenfalls können die USA als „Weltpolizei"

von den Basen aus nationale Revolten niederschlagen und für „Ruhe und Ordnung" sorgen, wie beispielsweise 1958, als von Clark aus Bomber starteten, um in Sumatra die revoltierende indonesische Armee zu bekämpfen.
Zweitens sind die Basen Eckpfeiler im Einkreisungsgürtel um die SU. Durch das vietnamesische Engagement in Kampuchea und inbesondere durch die Öffnung des vietnamesischen Hafens Cam Ranh für sowjetische Kriegsschiffe hat die strategische Bedeutung der Basen für die USA noch weiter zugenommen. Seegestützte Cruise Missiles und Pershing II der 7. Flotte können problemlos Wladiwostok und andere militärische Einrichtungen der SU im Fernen Osten erreichen.
Über die Existenz von Atomwaffen in Clark und Subic schweigen sich die USA aus. Im alten Stützpunkteabkommen hatten sich die USA verpflichtet, vor der Stationierung und Lagerung von Atomwaffen jeder Art die philippinische Regierung zu konsultieren. Konsultationen hatte es allerdings nie gegeben. Nach dem neuen Abkommen sind die USA nur noch verpflichtet bei der Stationierung von Langstreckenraketen die Regierung zu konsultieren (19). Damit wurde die auch schon zuvor praktizierte Lagerung und Stationierung von Atomwaffen der USA in den Philippinen schließlich „legalisiert". Die Anti-Bases Coalition (ABC) stellt fest: „Die Basen sind faktisch Lagerplätze für Atomwaffen und werden regelmäßig von mit Atomwaffen bestückten Schiffen besucht" (20).
Doch nicht nur die strategische Bedeutung der Basen, auch die billigen Rohstoffe und Investitionssphären machen die Philippinen zu einem Land, in dem die USA ein „vitales Interesse" haben. US-Direktinvestitionen umfassen mittlerweile die Summe von mindestens 3 Mrd. Dollar (21). Das zweitniedrigste Lohnniveau Asiens, das extrem günstige Investitionsklima und eine durch Weltbank und IWF-Engagement (Internationaler Währungsfond) weltmarktgerecht formierte Infrastruktur machen das Land für multinationale Konzerne und andere ausländische Investoren äußerst attraktiv. So ist es nur verständlich, daß die USA die Marcos-Administration wirtschaftlich, politisch und militärisch stützen. Hier bekommen die Basen neben den beiden strategischen eine dritte politisch-militärische Dimension bzw. Funktion. Sie sind Garant für das Fortbestehen eines US-Interessen genehmen Regierungssystems in den Philippinen.


US-Soldaten der 7. Flotte amüsieren sich in Olongapo City (Foto: Culsh)

US-Stützpunkte in den Philippinen - Sprungbrett für Interventionen



US-Philippinische Kriegsübungen

Ausdruck der politisch-militärischen Unterstützung des Marcos-Regime durch die USA sind z.B. das jüngste Großmanöver und weitere Übungen, die US-Militärs zusammen mit Einheiten des philippinischen Militärs (Armed Forces of the Philippines, AFP) abhielten. In der lokalen Presse bezeichnete man das Großmanöver, das vom 26. April bis zum 10. Mai dieses Jahres in der Provinz Aurora auf der Insel Luzon durchgeführt wurde, ganz offen als Kriegsübung (war exercise) (22). Mit etwa 14.000 amerikanischen und philippinischen Soldaten handelte es sich um die größte militärische Übung der USA, die innerhalb der letzten Jahre in der Region abgehalten wurde (23). 15 US-Kriegsschiffe, angeführt von dem Flugzeugträger USS Coral Sea und dem Zerstörer USS Denver und Flugzeuge der 7. Flotte probten zusammen mit Einheiten der AFP den Krieg. Teilgenommen hatte außerdem die 25. Infanteriedivision des US-Western Command, stationiert in Fort Shafter, Haiwai.
Die 3. Marinedivision der US-Navy wurde eigens von ihrem Stützpunkt in Okinava, Japan, eingeflogen (24). Man probte Angriff und Verteidigung; in dem großangelegten Szenario wurde die Landung und Invasion von „Feindestruppen" geübt und zurückgeschlagen. Das Landemanöver fand in Dingalan, Aurora, statt. Ebenfalls in Dingalan wurde im Mai 1982 ein ganz ähnliches Landemanöver geprobt. Damals nahmen 3.000 Marines der 7. Flotte teil. Philippinische Einheiten mußten als Verteidiger herhalten (25).
Die Schlagkraft und weltweite Einsatz- und Interventionsbereitschaft der US-Streitkräfte wurde hier nicht nur geprobt, sondern auch offen demonstriert.

US-Basen und das Philippinische Volk

Betroffen von den Basen sind zunächst unmittelbar die ca. 40.000 Filipinos, die in den Basen arbeiten. Von 1947 bis in die 60er Jahre mußten die Basenarbeiter einen sogenannen „Gelber Hund Vertrag" unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, sich nicht gewerkschaftlich zu organisieren. 1968 wurde das „Basen-Arbeitsabkommen" unterzeichnet. Damit wurde eine begrenzte Form von Tarifverhandlungen eingeräumt. Die Formel „gleiche Behandlung für alle Be-

schäftigten", ebenfalls Bestandteil des Abkommens, ist bis heute leere Formel geblieben. Dies wird am deutlichsten in Bezug auf die Löhne; philippinische und amerikanische Arbeiter erhalten nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit (26).
Außerdem sind philippinische Arbeiter ständig Diskriminierungen und Schickanierungen durch die Amerikaner ausgesetzt. Arbeiterinnen werden von GI's sexuell bedrängt; Frauen wie Männer müssen ich in erniedrigender Weise oft vor Sicherheitskräften am Ausgangstor der Basis entkleiden bzw. kontrollieren lassen, ob sie US-Zigaretten oder Diebesgut aus der Basis schmuggeln.



Philippinische Arbeiter werden am Ausgangstor der Basis von Sicherheitskräften kontrolliert. Text der Tafel im Hintergrund: „All personel entering and leaving the naval base are subject to search."
(Foto: Culsh)

„Wir arbeiten in einem fremden Land, einem Land, das nicht uns gehört", so ein Arbeiter in Subic. Darf beispielsweise jeder Amerikaner in Arbeitspausen in der Basis nach Fischen angeln, so ist dies Filipinos strengstens verboten. Importierte Äpfel, Apfelsinen, Zigaretten und Luxusprodukte, die Filipinos in der Basis kaufen können, dürfen sie nicht mit herausnehmen – sie könnten sie auf dem Schwarzmarkt in Olongapo verkaufen.
Auch sind US-Kräfte aktiv damit beschäftigt, philippinische Arbeiter in den Basen einzuschüchtern und davon abzuhalten, sich politisch zu betätigen. Anfang Dezember letzten Jahres drangsalierten US-Agenten vom „Büro für Besondere Nachforschungen" (Office for Special Investigations) für mehrere Tage rund 100 Arbeiter in Clark. Die Filipinos wurden mit Waffen bedroht und als „subversive Elemente" und „Kommunisten" bezeichnet (27).
Betroffen von den Basen ist zweitens die Bevölkerung in den Städten und Ortschaften im direkten Umkreis um die Basen. Zu dem schon erwähnten „R + R Business", das jetzt seit Jahrzehnten zum Stadtbil von Olongapo und Angeles gehört, kommt dort die Verbrechensrate und die Zahl der Drogenabhängigen, die unter der philippinischen Bevölkerung extrem gestiegen ist.
Die US-Soldaten greifen nicht selten selber zu. Neben unzähligen Betrügereien, Schlägereien und Vergewaltigungen sind Mord und Totschlag an Filipinas/nos durch die GI's keine Seltenheit; vor scharfer Verfolgung durch die philippinischen Gerichte brauchen die Soldaten keine allzugroße Angst zu haben. Jüngst wurde ein US-Offizier für Vergewaltigung in 13 Fällen an 12 – 16jährigen Mädchen von einem US-Gericht zu nur einem Jahr Schwerarbeit und Dienstgraderniedrigung verurteilt (28).
Drittens ist das philippinische Volk als ganzes von der Präsenz der Basen im Land betroffen. Es erklärte der US-Senator Fulbright schon vor Jahren: „Ist es nicht unvermeidlich, daß aufgrund unserer Präsenz hier ..., wir immer unseren Einfluß für die Erhaltung des Status Quo einsetzen werden? Wir werden Widerstand leisten gegen jeden politischen und sozialen Wechsel in der philippinischen Regierung" (29).
Die USA leisten tatsächlich diesen Widerstand. Sie griffen militärisch im Lande selber ein, wenn sie diesen Status Quo gefährdet sahen. Während der 50er Jahre flogen US-Kampfflugzeuge der 13. Luftwaffe Einsätze gegen die Huk-Rebellen in Zentralluzon (30). Die USA beteiligten sich an Anti-Aufruhr- und Geheimdiensttätigkeiten und an gezielten militärischen Aktionen auch auf dem Land. W. Bello und S. Rivera führen in ihrem Buch „The Logistics Of Repression" für den Zeitraum von Mitte 1970 bis Mitte 1974 allein zehn militärische Aktionen der USA an, bei denen insgesamt über 400 Soldaten von US-Spezialeinheiten beteiligt waren (31).
Lorenzo Tanada, Ex-Senator und Vorsitzender der ABC erklärte kürzlich: „Wir wollen, daß die Basen verschwinden, weil die Amerikaner Marcos stützen" (32). Unter der nunmehr seit 1965 (!) andauernden Regierung durch Präsident Marcos – von 1972 bis 1981 regierte er das Land mit Kriegsrecht und Notstandsverordnungen – haben sich die Lebensbedingungen für die Masse des philippinischen Volkes extrem verschlechtert. Die Kaufkraft des Peso (1 Peso = 100 Centavos) ist 1982 auf 26 Centavos geschrumpft, ausgehend von 1972 als Basisjahr. Die Arbeitslosenzahl des 50 Millionen-Volkes hat die 10 Millionengrenze längst überschritten (33), die Reallöhne sind seit 1972 um 40 % gesunken. Laut einer Studie der „School of Economics" der philippinischen Staatsuniversität fallen 60 % aller philippinischen Familien unter die Armutsgreze (34).
Schließlich werden die Philippinen durch die Basen ungewollt in die Kriegspolitik der USA miteinbezogen. Die ABC faßt die Auswirkungen der Basen auf das Volks wie folgt zusammen: Die Basen „stellen ein großes Risiko eines nuklearen Unfalls dar und dienen als Magneten eines nuklearen Angriffs oder Gegenschlages... Die Basen unterstützen den ungerechten Status Quo, stärken den autoritären Führungsstil des Marcos-Regime, fördern die Militarisierung unseres Landes, Verstärken die Verletzung unserer Grundrechte als Individuen und als Volk, führen zur Verbreitung von Prostitution und anderer Laster und zur Abwertung unserer einheimischen Werte" (35).

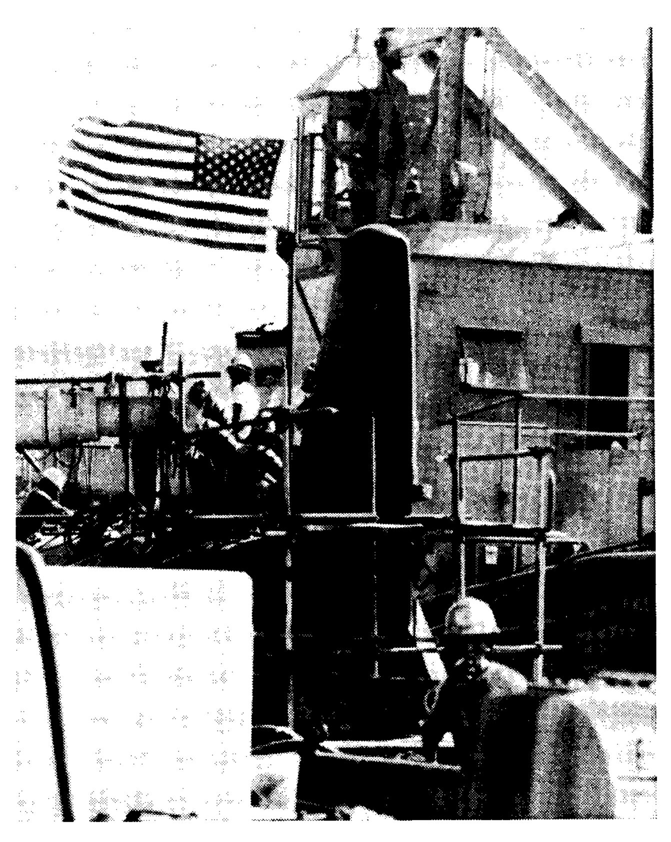
Der Widerstand wächst

So wundert es kaum, daß der Widerstand des philippinischen Volkes wächst; Widerstand gegen das Marcos-Regime im Allgemeinen und gegen die US-Basen und die Stützung des Regimes durch die USA im Speziellen.
Anläßlich des Menschenrechtstages am 10. Dezember 1983

gingen landesweit 140.000 Menschen auf die Straße (36). Zum 1. Mai kam es in diesem Jahr dann zu zahlreichen Protesten im ganzen Land. In Manila demonstrierten 20.000, in Bacolod auf der Insel Negros 40.000 Arbeiter.
Wachsendes nationales Selbstbewußtsein unter den Filipinos ist auch ein Zeichen für eine sich ständig verbreiternde Basis der verbotenen „Nationalen Demokratischen Front" (NDF). Im April konnte die NDF, eine breite nationale Einheitsfront aus Kommunisten und Organisationen aus praktisch allen Bereichen der philippinischen Gesellschaft, ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Trotz Kriegsrecht, Massenverhaftungen, Folter und Militärterror war es Marcos nicht gelungen, ein Anwachsen der NDF zu verhindern oder sie gar zu zerschlagen. Der bewaffnete Arm der NDF, die „New People's Army" (NPA) ist ebenfalls stark gewachsen. Inzwischen kämpft die NPA in 39 Guerillafronten (37) gegen die seit Beginn des Kriegsrechts auf das Dreifache angewachsenen Einheiten der AFP. Besonders auf der Insel Mindanao, aber auch in Samar, Panay und in Bicol und der Cordillera auf der Insel Luzon haben taktische Offensiven der NPA eine bislang nicht gekannte Intensität und Häufigkeit gewonnen. Im Februar dieses Jahres war das philippinische Militär gezwungen, sechs Bataillone und ein zusätzliches Bataillon von Elite-Marinesoldaten nach Mindanao zu verlegen.
Gegen die Basen im speziellen hat die im Februar 1983 gegründete „Anti-Basen Koalition" agitiert und mobilisiert. Die ABC ist ein lockeres landesweites Bündnis von ehemals bürgerlichen und liberalen Kräften und der radikalen Opposition, insbesondere der NDF. In einer Erklärung, die von zwei ehemaligen Senatoren, einem früheren Richter am Obersten Gerichtshof, elf katholischen Bischöfen und zahlreichen Professoren, Studenten, Ordensangehörigen und Vertretern aus fast allen Bereichen der philippinischen Gesellschaft unterzeichnet wurde, fordert die ABC „die unmittelbare und bedingungslose Entfernung der Basen und militärischen Einrichtungen der Vereinigten Staaten in den Philippinen" (38). Mit Protestaktionen, Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit versuchte die ABC vor und während der jetzt abgeschlossenen Verhandlungen über das neue Stützpunkteabkommen auf möglichst breiter Front gegen den „Dorn im Fleische des philippinischen Volkes" zu mobilisieren. Daß jene Verhandlungen dann äußerst schnell über die Bühne gingen, muß nicht als ein Mißerfolg der ABC gewertet werden.
Im Gegenteil: politische Beobachter vermuten, daß Marcos das heikle Thema schnell vom Tisch haben wollte und daher um einen raschen Abschluß der Verhandlungen bemüht war – langanhaltendes Feilschen hätte nur die ohnehin stark gewachsenen antiamerikanischen und nationalen Ressentiments im Lande weiter aufheizen können. Ohnehin gab sich Marcos in den Monaten vor den Verhandlungen selber national-gesonnen, nicht nur, um sich teurer zu verkaufen, sondern auch um eben jenen nationalen Regungen die Spitze abzubrechen.
Proteste und Aktionen gegen die Basen, aber auch der Kampf der NDF gegen die US-Marcos Diktatur werden in den nächsten Jahren noch weiter anwachsen. Dieser Tatsache sind sich auch die USA bewußt. So erklärte im Februar Paul D. Wolfowitz, zweiter Mann im US-Außenministerium für Ost-Asien und Pazifik, anläßlich eine Besuches des philippinischen Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile in Washington: „Die wachsende Herausforderung durch die kommunistische 'New People's Army'



(Foto: Kuschnerus)



Ein Unterseeboot der 7. US-Flotte wird in den Dockanlagen von Subic Bay von philippinischen Arbeitern gewartet.
(Foto: Kuschnerus)

kann letztlich, bleibt sie unkontrolliert, eine Bedrohung für die militärischen Einrichtungen der USA darstellen" (39). Weiter findet in den Philippinen eine politische Polarisierung in Marcos-stützende und in national-antiimerialistische Kräfte statt. Das starke Engagement der ABC ist deutlicher Ausdruck dieser Polarisierung. Nach inzwischen 18 Jahren Alleinherrschaft von Marcos wechseln zunehmend auch liberale und bürgerliche Oppositionelle ins Lager der radikalen Opposition über. Diese bezieht nicht nur Position gegen die Marcos Administration, deren Mißachtung von Menschenrechten und ihrer pseudodemokratischen Regierungspraxis, sondern geht eindeutig in Stellung gegen die USA und deren wirtschaftliche, politische und militärische Machenschaften im Lande. Wachsende Teile der Bevölkerung haben die Hoffnung aufgegeben, daß die Selbstbestimmung des philippinischen Volkes und eine demokratisch und gerechte Gesellschaft durch parlamentarische Reformen bzw. durch den Austausch von Marcos gegen eine andere, eventuell liberalere Figur erreicht werden könne. Der Kampf für Frieden und eine gerechte und selbstbestimmte Gesellschaft fordert den bedingungslosen Einsatz gegen US-amerikanische und andere imperialistische Kräfte, die auch heute noch dem philippinischen Volk echte Souveränität verwehren.

Internationale Solidarität

Die Filipinos haben erkannt, daß sie nicht alleine stehen im Kampf gegen US-Imperialismus und für Weltfrieden und Gerechtigkeit, und daß dieser Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn fortschrittliche Kräfte weltweit diesen Kampf gemeinsam führen.
Anzustreben ist, daß engagierte Gruppen in der BRD diesen Kampf der Filipinos, insbesondere der NDF unterstützen. Wünschenswert wäre weiter eine Zusammenarbeit von engagierten Teilen der Friedensbewegung hier mit der ABC der Philippinen. Unser Kampf gegen Pershing II und US-Kriegspläne in Europa und der Kampf der Filipinos gegen US-Basen in ihrem Land ist letztlich derselbe, nur daß er an zwei verschiedenen Fronten geführt wird. Ein erster vielversprechender Schritt hin zu einer Zusammenarbeit von Solidaritäts- und Friedensgruppen hier mit antiimperialistischen Kräften auf den Philippinen wurde auf dem letzten BUKO in Hannover gemacht.
Es bleibt zu hoffen, daß dieser Schritt weiter Schule machen wird, daß Solidaritäts- und Friedensgruppen verstärkt zusammenarbeiten, die Zusammenhänge von „Frieden und Befreiung" verdeutlichen und sich aktiv gegen die „vitalen Interessen" der USA und gegen schleichende und offene Intervention derselben in Mittelamerika, in Südostasien und jedem Teil der Welt einsetzen.

Tim Kuschnerus
Aktionsgruppe Philippinen (agphi)

Anmerkungen

1. Die Philippinen zwischen Unterdrückung und Befreiung, hrsg. von und zu beziehen bei: agphi, Postfach 32, 5444 Polch, S. 70
2. FAZ, 25.3.1978
3. Malou C. Mangahas, The Bases Issue Strikes at the Very Core of Our Existance, in Philippine Panorama, 17.4.1983, S. 36
4. FAZ, 8.1.1979
5. Bulletin Today (BT), 17.2.1983
6. Olongapo Express, 21. – 27. 4. 1983, S. 1
7. International Harald Tribune (IHT), 5.5.1983
8. Center for the Progress of People, Asia Link, Vol. III, No. 5, Sept. 1982, S. 14. Ein in Olongapo tätiger irischer Priester entdeckte bei einem Krankenhausbesuch im Juli letzten Jahres fünf Kinder, die wegen akuter Geschlechtskrankheiten eingeliefert worden waren. Später stieß er auf mindestens 14 9 bis 14 Jahre alte Mädchen, die für einen Prostitutionsring arbeiteten.
9. WHO Magazin, 11.5.1983, S. 10
10. IHT, 1.6..1983
11. Malou C. Mangahas, The Bases Issue... a.a.O., S. 7
12. ebenda, S. 8
13. Südostasien Aktuell, Januar 1983, S. 41
14. Neue Züricher Zeitung, 4.6.1983
15. Malou C. Mangahas, The Bases Issue... a.a.O., S. 8
16. ebenda, S. 8
17. ebenda, S. 8
18. taz, 3.6.1983
19. Anti-Bases Coalition, Only Marcos and the US Benefit – Not the Filipino People – From the New Bases Agreement, Quezon City, 2.6.1983, S. 1
20. Grundsatzerklärung der Anti-Militärbasen-Koalition der Philippinen, in Tamhili 2/83, S. 14
21. Arbeiterkampf (AK) 234, 30.5.1983, S. 30
22. BT, 27.4.1983
23. BT, 27.4.1983
24. BT, 27.4.1983
25. Kilusan, Vol. I, No 1 + 2, Utrecht 1982, S. 41
26. Kinder amerikanischer Offiziere können z.B. in Sommerjobs in den Basen zwei Dollar pro Stunde verdienen, das ist weit mehr als ein qualifizierter philippinischer Vorarbeiter je verdienen kann. Paul Hutchcroft, U.S. Bases, U.S. Bosses; Filipino Workers at Clark and Subic, in AMPO, Japan-Asia Quarterly Review, Vol. 14, No. 2, 1982, S. 32
27. BT, 13.12.1982
28. Malou C. Mangahas, The Bases Issue...a.a.O., S. 37
29. Anti-bases Coalition, Twenty Questions on US-Bases, Quezon City, 26.2.1983, S. 11 f.
30. Liberation, Vol. XI, No. 2, März 1983, S. 14
31. W. Bello u.a., The Logistics Of Repression, Washington 1977, S. 27
32. IHT, 5.5.1983
33. Far Eastern Economic Yearbook 1983
34. KMU – Die Unabhängige Gewerkschaftsbewegung in den Philippinen, agphi, Polch, 1983, S. 7 f.
35. Grundsatzerklärung der Anti-Militärbasen-Koalition der Philippinen, in Tambuli 2/83, S. 14
36. AK 234, 30.5.1983, S. 31
37. Liberation, Vol. XI, No. 2, März 1983, S. 4
38. Grundsatzerklärung der Anti-Militärbasen-Koalition der Philippinen, in Tambuli 2/83, S. 15
39. Times Journal, 25.2.1983
40. Grundsatzerklärung der Anti-Militärbasen-Koalition der Philippinen, in Tambuli 2/83, S. 15
41. So das Original des Resolutionsantrages.

INDIEN

Die Natur liefert genug für alle, aber niemals genug für die Wenigen (Gandhi)

Basisgruppen gegen die sozio-ökologische Krise Indiens

Die Szene mutet vertraut an: Demonstranten der Bürgerinitiative umklammern die Bäume und versuchen so, diese durch ihre Leiber vor dem Abholzen zu schützen. Polizei wird aufgeboten, um den Abholzungskommandos die Arbeit zu ermöglichen. Ganz wie zu Hause: Knüppel fliegen, Verhaftungen, Beschimpfungen, Drohungen. Doch wir sind nicht am Gelände der Startbahn-West, sondern in den Garwhal und Kumaon Hills, den Vorbergen des Himalaya in Nord-West-Indien. Die Demonstranten, vorwiegend Frauen der umliegenden Dörfer, sind Mitglieder und Freunde von Chipko, eine der ältesten Bürgerinitiativen der Welt. Das Hindi-Wort 'Chipko' bedeutet 'anklammern' oder 'umklammern', also das Schützen der Bäume mit dem eigenen Leib. Je mehr die Folgen der ökologischen Krise in Indien fühlbar werden, wächst 'Chipko' zu einer Massenbewegung mit inzwischen mehr als nur regionaler Bedeutung.

So wie in den Himalaya-Vorbergen entstehen gegenwärtig in vielen Landesteilen Basisbewegungen aus unmittelbarer Betroffenheit. Noch sind diese Initiativen keine in sich homogene 'grüne Bewegung', noch gibt es keine 'Vernetzung' dieser Gruppen und es hat wohl niemand auch nur einen annähernden Überblick über das gesamte Spektrum der existierenden Gruppen. Doch deutet sich an, daß all diese Gruppen durch ihre Arbeit bereits jetzt so etwas wie ein 'nationales Bewußtsein' um die ökologisch-soziale Krise im Lande geschaffen haben.
Eine wesentliche Voraussetzung für eine Verknüpfung von Fragen der Umwelterhaltung mit Entwicklungsperspektiven der indischen Gesellschaft liegt in der Einsicht, daß es sich bei den ökologischen Problemen nicht um räumlich eng begrenzte Phänomene in einer ansonsten heilen (Um-)Welt handelt, sondern daß das Land insgesamt unter einer maßlosen Ausbeutung der Ökosysteme leidet.

Die ökologische Krise

In Indien versuchten 1982 zum ersten Mal zwei Gruppen, von der ökologischen Situation umfassende Bestandsaufnahmen zu machen (1).
Zumindest einige der alarmierenden Aspekte, die beide Studien aufzeigen, sollen hier dargestellt werden:
Bereits die Hälfte der Landfläche Indiens ist nachhaltig durch Erosion geschädigt. Allein durch Wassererosion werden jährlich schätzungsweise 6.000 Millionen Tonnen fruchtbarer Bodenkrume weggespült. Die früher waldreichen Bergregionen können ihre Speicherfunktion in den schweren Monsunregen nicht mehr erfüllen; die unmittelbare Folge sind heftige Überflutungen des Flachlandes. Die weggeschwemmte Erde setzt sich in Flußbetten und Wasserreservoirs ab; damit vermindert sich deren Speicherkapazität, was wiederum die Überflutungen steigert. Allein das Ganges-Flußbett ist innerhalb weniger Jahre so um etwa 50 cm aufgeschwemmt worden. Die direkten volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die jährlichen Fluten hervorgerufen werden, bewegen sich in Milliardenhöhe. Die 'Nationale Flutkommission' schätzt die direkten Schäden (d.h. Flurschäden, Schäden an Gebäuden, Infrastruktureinrichtungen, Viehverluste . . .etc.) für den Zeitraum von 1974 bis 1978 auf runde 7,8 Milliarden DM, ein Schaden, der größer ist, als der Gesamtschaden in den vorhergehenden 20 Jahren. Jedes Jahr sind Millionen Menschen den Fluten hilflos ausgesetzt und Zehntausende kommen um, verlieren alles. Etwa 300 Millionen Menschen in den Flußtälern von Indus, Ganges und Brahmaputra sind hiervon jedes Jahr direkt betroffen. Die Ursachen der Fluten sind auch verantwortlich für das gegenteilige Phänomen: Dürre. In Regionen, wo das Wasser nicht mehr gespeichert werden kann, versteppt die Erde, die letzte Krume wird durch Wind abgetragen, die Wüstengebiete sind auf dem Vormarsch. Ein Beispiel von vielen: Vor 30 Jahren noch war die Landschaft um Udaipur/Rajastan dicht bewaldet, heute gleicht die Gegend einer unwirtlichen Mondlandschaft. Die gesamtklimatischen Verhältnisse sind umgekippt, die jährlichen Durchschnittstemperaturen steigen, die Monsunregen bleiben aus.
26 der 27 Distrikte Rajastans sind offiziell zu Dürregebieten erklärt worden. Was das konkret heißt, schildert ein dramatischer Augenzeugenbericht des Nachrichtenmagazins 'INDIA TODAY' vom 15. Mai 1983:
„In den betroffenen Dörfern sind seit Anfang des Jahres Hunderte von Menschen an Unterernährung und Erschöpfung gestorben. Nach nunmehr 5 Jahren ununterbrochener Trockenheit essen die Dörfler Steppengras, vermischt mit etwas Chapatimehl, die Felder liegen brach, das Vieh verdurstet." Offiziell wird die Katastrophe weitgehend totgeschwiegen. Ein genauer Überblick über das gesamte Ausmaß des Leidens ist nicht möglich. Wahrscheinlich haben in Rajastan wie in anderen betroffenen Bundesstaaten bereits Hunderttausende ihre Siedlungsgebiete verlassen und sind in die Städte geflüchtet. Hier wie in anderen Teilen Indiens gibt es ein 'ökologisches Flüchtlingsproblem'.

Wiederum mit Milliardenaufwand wird – um die gröbsten Dürreprobleme einzudämmen – die Landbewässerung forciert. Nahezu die Hälfte des landwirtschaftlich genutzten Landes wird inzwischen bewässert. Bereits jetzt werden jedoch in verschiedenen Gebieten auch die negativen Folgen sichtbar: Übersalzung der Böden durch die mit dem Wasser beförderten Bodensalze; gestaute Nässe um Bewässerungseinrichtungen z.B. entlang den Kanälen, die zu einer 'Überwässerung' führt; sowie vor allem das Absinken des Grundwasserspiegels durch verstärkte Nutzung von Brunnen für Bewässerungszwecke. In einigen Gebieten Südindiens hat die forcierte Bewässerung bereits mehr Schaden angerichtet, als Nutzen gestiftet. Es wird geschätzt, daß allein durch Übersalzung infolge von Bewässerung 7 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Nutzlandes verloren gingen, die wiederum nur mit riesigen Aufwendungen wieder nutzbar ge-

macht werden können.
Von akuter Dürre sind gegenwärtig 15 Bundesstaaten mit rund 260 Mio. Menschen und eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 42 Mio. Hektar betroffen. Dabei handelt es sich nicht um ein kurzfristiges Problem, sondern wir haben es mit langfristigen Veränderungen der Ökosysteme zu tun, die nachhaltig gestört sind.
Die Qualität des in Indien verfügbaren Wassers hat sich durch die Verschmutzung in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert; dies trifft vor allem auf die Flüsse zu, die die Haupttrinkwasser- und Bewässerungsquellen darstellen. Industrielle Abwässer, eine direkte Folge einer 'Industrialisierungsideologie um jeden Preis', sind die Hauptursache der Verseuchung der Flüsse. Hinzu kommt die Vergiftung durch Einleitung ungeklärter Fäkalien im Bereich der expandierenden Großstädte: Vor Dehli enthält der Yammuna-Fluß 7.500 Koli-Bakterien pro 100 Milliliter, nach Delhi sind es 24.000.000! Es wird geschätzt, daß in Indien jährlich 73 Millionen Arbeitstage durch Krankheiten verloren gehen, die durch verseuchtes Wasser verursacht werden. Fälle von 'ungeklärtem' Viehsterben häufen sich in den Dörfern entlang der industriell verschmutzten Flüsse. Der Fischfang ist stark zurückgegangen.

Die Vernichtung der Wälder

Doch jetzt zurück in die Himalaya-Vorberge und zu 'Chipko', denn speziell in dieser Region läßt sich der Teufelskreis von deformierten Sozialstrukturen, ökologischem Desaster und ökologischer Verelendung sehr deutlich darstellen. Noch 1838 konnte ein englischer Regierungsbeamter, der die Lebensbedingungen in den indischen Himalaya-Regionen untersuchte, folgendes feststellen: „Die Bauern der Garhwal- und Kumaon-Berge haben einen höheren Lebensstandard als die Bauern irgendwo sonst auf der Welt". Die Basis dieses relativen Wohlstandes war der Wald und die Voraussetzung eine geringe Bevölkerungsdichte in diesen Bergregionen. Mit einer neuen Forst-Gesetzgebung 1894 änderte sich das Bild drastisch. Im Rahmen dieser neuen Forstpolitik wurde festgelegt: Landwirtschaft geht vor Schutz der Wälder; Gemeindewälder gehen in das Eigentum des (kolonialen) Staates über, der das Land zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtete. Daraufhin wurden große Teile des Waldes abgeholzt. Die Migration in die neu „erschlossenen" Gebiete wurde von der Verwaltung stark gefördert.
Die koloniale Forstpolitik zeigte relativ kurzfristig Folgen in sozialer wie ökologischer Hinsicht. Zunächst bewirkte die Umkrempelung der Besitzverhältnisse (Gemeindewälder zu privatwirtschaftlich genutztem Ackerland) den unmittelbaren Entzug der Lebensgrundlagen und Einkommensquellen breiter Bevölkerungsteile. Wo bisher ein gesunder und artenreicher Mischwald die fünf F's (food, fodder, firewood, fertilizer, fibre) überreich für die Bewohner bot, wurde dieser durch intensiven Ackerbau für die Märkte des Flachlandes ersetzt. Aus selbständigen Kleinbauern, deren hauptsächliche Subsistenzquelle die Viehwirtschaft war, wurden abhängige Tagelöhner. Zu gleicher Zeit wurden die noch existierenden Wälder durch modernes 'Forstmanagement' stark in ihrem natürlichen Charakter verändert, d.h. die artenreichen, jedoch langsam wachsenden Mischwälder wurden nach und nach durch schnellwachsende Kiefernplantagen ersetzt, nachdem der kommerzielle Wert des Holzes an Bedeutung gewonnen hatte.



Bei Naiwital – Reisterassen vor einem ,noch' bewaldeten Bergrücken

Insbesondere der Eisenbahnbau hatte die Nachfrage nach Holz – für Schwellen und Waggons – stark erhöht. Die aufstrebenden kolonialen Verwaltungszentren im Flachland benötigten zusätzliche Mengen Bauholz, der Exportwert von Edelhölzern wurde 'entdeckt', eine entstehende Papierindustrie meldete ihren Bedarf an. Dazu kam die Nutzung des Baumharzes zur Terpentingewinnung, das 'rasintapping' ist bis heute einer der wesentlichen Baumvernichter.

Sowohl die Forcierung der Landwirtschaft wie der 'modernen' Holzwirtschaft führen relativ kurzfristig zu nachhaltigen ökologischen Schädigungen. Einerseits war das (bergige) Ackerland den Monsunregen jetzt weitgehend schutzlos ausgesetzt, d.h. der Prozeß der Bodenerosion durch Wasser begann, zum anderen wurde die Bodenregeneration der Wälder gestört, da eine natürliche Humusbildung in den Fichtenplantagen kaum möglich ist. Heute sind ganze Berghänge in der Regenzeit in Bewegung, die Erde rutscht ab und hinterläßt den nackten Fels.

In den Bergregionen bestätigt sich eine ökologische Binsenweisheit: 'man follows soil', d.h. in den vergangenen 100 Jahren verschlechterten sich die Lebensbedingungen derart, daß weite Teile der Bevölkerung – ihrer Ackererde folgend – ins Flachland abwanderten. Heute herrscht in den Bergdörfern die 'Überweisungswirtschaft' vor, d.h. die zurückgebliebenen Frauen, Alten und Kinder leben zum allergrößten Teil nicht mehr aus lokal erwirtschafteten Mitteln, sondern von den Überweisungen der abgewanderten Familienangehörigen, die im Flachland, besonders in Delhi, eine geschätzte, weil anspruchslose und hart arbeitende Reservearmee sind. In den Bergdörfern existiert kaum noch eine intakte Bauernfamilie.

Untersuchungen in Bergdörfern haben ergeben, daß teilweise mehr als 50 % aller Haushalte Familienangehörige im Flachland zur Einkommensicherung haben. Bei diesen Haushalten stammen über 60 % des Familieneinkommens von außerhalb, nur 40 % werden noch am Ort verdient. Es wandern auf diese Weise besonders die jungen, gutausgebildeten Familienmitglieder ab, zurück bleiben Frauen, Alte und Kinder, Menschen mit niedrigem Bildungsgrad. Auf diese Weise wird den Bergregionen die wohl wichtigste Produktionskraft entzogen ohne daß dies den bestehenden 'Bevölkerungsdruck' nachhaltig entspannen würde. Tatsächlich sind die Bergregionen noch relativ dicht besiedelt. Bezogen auf das kultivierbare Land (d.h. nicht auf die Gesamtfläche, eine Maßzahl, die in den Bergen nicht anwendbar ist) immerhin 5,22 Menschen pro Hektar in den Bergen von Uttar Pradesh, während dies für Gesamt-Uttar Pradesh 5,14 Menschen sind.

Auch die Lebensbedingungen für die in den Bergen Zurückgebliebenen verschlechtern sich stetig weiter; so ist es heute keine Ausnahme mehr, wenn Frauen und Kinder 20 km laufen müssen, um Brennholz oder Viehfutter zu sammeln. Es ist vielfach ein Zustand erreicht, wo selbst die noch verbliebene Bevölkerung kaum die essentiellen Grundbedürfnisse für das nackte Überleben am Ort sichern kann. Wegen der äußerst schwierigen Topographie gab es in der Vergangenheit, sowohl vom Staat wie von privaten Investoren, kaum ernsthafte Versuche, andere Arbeitsplätze als in der Landwirtschaft anzubieten. Die kleinen lokalen Märkte werden bei Fertigprodukten nahezu ausschließlich von Industrien aus dem Flachland beliefert. Selbst die kommerzielle Holzverarbeitung und die Terpentinfabrikation finden zum allergrößten Teil in den 'plains' statt; hier sind innerhalb der vergangenen 80 Jahre ganze industrielle Agglomerationen entstanden, die sich aus den Rohstoffen der Bergregionen speisen.

Die kommerzielle Ausbeutung der Wälder muß in Indien als hauptverantwortlich für die derzeitige Situation angesehen werden, und zwar in zweifacher Weise;

– Die Wälder wurden und werden privaten und staatlichen Finanzinteressen geopfert (immerhin exportierte Indien 1980 66 Mio. Kubikmeter Holz), ohne daß umfassende Wiederaufforstung betrieben wurde.

– Die Ausbeutung der Wälder brachte keine Einkommen in die Bergregionen, im Gegenteil, große Bevölkerungsteile werden zur Migration gezwungen.



Die Soziale Krise

Die eingetretenen ökologischen Schäden, wie sie in den Bergdörfern zu beobachten sind, haben unmittelbare und nachhaltige Auswirkungen auf die bestehenden – ohnehin schon deformierten – Sozialstrukturen, d.h. am härtesten von Wasserknappheit, Bodenerosion, Verknappung des Viehfutters etc. sind eindeutig die ärmeren Bevölkerungsgruppen betroffen. Sie müssen über kurz oder lang ihr kärgliches Land und die Viehbestände an reichere Bauern verkaufen, die über genügend Kapital verfügen, um Landwirtschaft immer noch 'wirtschaftlich' zu betreiben – was wiederum weitere ökologische Schäden nach sich zieht.

Trotz des Geldtransfers von Familienangehörigen aus dem Flachland wächst überall die Verschuldung bei den lokalen Geldverleihern (sprich: Wucherern), Zinssätze von 50-100 % sind keine Ausnahme.

Am härtesten betroffen von all diesen 'Entwicklungen' sind ohne Zweifel die Frauen. Schon traditionell trugen die Frauen in den Bergregionen die Hauptarbeitslast in den Fa-

milien: Feldarbeit, Wasser-, Brennholz- und Viehfutterbeschaffung waren und sind 'Frauensache'. Männer kümmern sich um das Vieh, die Kleinkinder (!) und um den dörflichen Klatsch. Die Frauen werden nicht alt in diesen Bergen und es ist eher die Regel, daß Männer mehrmals heiraten. Oft sieht man Paare, bei denen man glaubt, die Frau sei Jahrzehnte älter (meist ist jedoch der Mann der ältere).
Das Los der Frauen und Mädchen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert, zu einem geringen Teil durch Migration der Familienoberhäupter, jedoch hauptsächlich durch das Verschwinden der Wälder in unmittelbarer Dorfnähe. Sie sind jetzt täglich teilweise mehr als 10 Stunden außerhalb des Dorfes unterwegs, nur um für Wasser, Brennholz und Viehfutter zu sorgen.

Der Kampf von Chipko (2)

Diese einfachen Dorffrauen haben durch und mit Chipko ihre eigene Sache in die eigenen Hände genommen. Es sind hauptsächlich diese Frauen, die spektakuläre Demonstrationen und Aktionen planen und durchführen. Die Kampfmethoden sind die gleichen wie die, die schon im frühen 18. Jahrhundert in Rajastan erprobt wurden, wo eine Frau, Amrita Devi, eine Bewegung gegen das Fällen von Bäumen anführte. Von ihr ist das Wort überliefert: 'Wenn ich einen Baum dadurch rette, daß ich meinen Kopf opfere, ist das die günstigere Lösung.' Amrita Devi und weitere 359 Männer und Frauen wurden durch Äxte erschlagen, als sie die Bäume mit ihren Leibern zu schützen versuchten. Der Herrscher von Jodhpur, der die Abholzung angeordnet hatte, gab letztlich nach und verbot weiteres Fällen.
In dieser Bewegung Rajastans liegen die Wurzeln des heutigen Chipko-Movement.



1973 verkaufte die Forstverwaltung Bäume an eine Fabrik für Cricketschläger in Allahabad. Die gleichen Bäume, die traditionell von den Dörfern zur Herstellung von Oxenjochen verwendet werden, was allerdings zum Schutze des Waldes von eben dieser Forstverwaltung verboten worden war. Die Holzfäller wurden von den Dorfbewohnern durch passiven Widerstand vertrieben und bekamen ein anderes Gebiet zur Abholzung zugewiesen. Chipko war jedoch auch rechtzeitig dort. (Sollten Sie seit 1973 unter einem Preisanstieg für Cricket-Schläger leiden, machen Sie bitte Chipko verantwortlich!)
Bei unzähligen Aktionen ist es Chipko seither gelungen, ganze Wälder zu retten, immer geleitet vom Prinzip der Gewaltlosigkeit und von unendlicher Kreativität im Widerstand. In Großaktionen wurden durch nächtliches Entfernen der eingeschlagenen Eisenröhren (zur Harzgewinnung) tausende Bäume vor dem 'Ausbluten' gerettet und Verbände um die Wunden gelegt.
Aber auch durch ätzenden Spott machen die Dorffrauen, die zum größten Teil nie eine Schule besucht haben, Front gegen staatliche Forstwarte und private Profitinteressen. So wurde ein hoher Beamter der Forstverwaltung, der um eine bevorstehende Chipko-Aktion abzuwenden, einen Vortrag über 'Wissenschaftliche Forstwirtschaft' halten wollte, von einer Gruppe Frauen empfangen, die im hellen Tageslicht angezündete Laternen trugen!
Die Aktionen und Perspektiven von Chipko gehen jedoch über die bloße Erhaltung des Status Quo hinaus. Chipko setzt sich neben einem Moratorium aller Abholzungen in Bergregionen über 2.000 m, einem generellen Abholzungsverbot für bestimmte Futterbaumarten und einem Stop des unkontrollierten Harz-Tapping auch besonders für Aufforstungsprogramme, die Schaffung von Forst-Kooperationen auf regionaler Ebene sowie die Festsetzung und Durchsetzung von Mindestlöhnen im Forstbereich ein.

Ein Chipko Movement – viele Chipko Movements

Dabei ist die Arbeit und der Kampf von Chipko in den Garhwal- und Kumaon-Hills nur ein Beispiel dafür, wie auch in anderen Landesteilen Betroffene sich zusammenschließen, um sich eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Von besonderer Bedeutung sind hier ohne Zweifel die Kämpfe der Stammesgesellschaften (Adivasis) in vielen Regionen Indiens. Von den rund 40 Millionen Adivasis Indiens ist noch etwa die Hälfte direkt von den Wäldern abhängig. Es würde zu kurz greifen, wollte man hier nur die wirtschaftliche Basis betrachten, die die Wälder für die Adivasis darstellen. Die tribalen Gesellschaften sind in ihrer gesamten kulturellen Identität von einer intakten Umwelt abhängig. Das Waldleben, der Artenreichtum der Wälder, sind das kulturelle Lebenselexier dieser Gruppen. Wald ist auch und vor allem Ort und Gegenstand religiöser und methaphysischen Selbstverständnisses. Damit ist die Vernichtung der Wälder, der Vernichtung der Waldbewohner, mit dem absehbaren Genozit identisch. Jedoch sind in den vergangenen Jahren in vielen Regionen Adivasi-Bewegungen entstanden, die für ihre Rechte und für ihren Lebensraum kämpfen. Noch sind die vielfältigen Bewegungen zersplittert und unkoordiniert, doch es werden erste Tendenzen hin zu einem gemeinsamen Vorgehen über den gesamten Subkontinent sichtbar.
Wo zunehmend die gemeinsamen strukturellen Wurzeln von menschlichem Leid, Not, Ausbeutung und Verelendung und ökologischer Krise offenbar werden, wird der Kampf um menschliche Lebensbedingungen verstärkt als politischer Kampf begriffen. So ist zumindest in Ansätzen bei vielen

der in den vergangenen Jahren entstandenen ökologisch orientierten Bewegungen verstärkt die Tendenz wahrzunehmen, umfassendere Entwicklungsstrategien zu entwickeln und auch von Entwicklungsorganisationen (wie zaghaft auch immer) ökologische Fragestellungen aufgenommen werden. Dieser Prozeß basiert auf der täglichen leidvollen Erfahrung, daß Ausbeutung von Menschen wie Ausbeutung der Natur zwei Seiten derselben Medaille sind, der nur mit einem 'ganzheitlichen' Ansatz begegnet werden kann – durch die Solidarität der Betroffenen und ihrer sozialen Organisationen.

Das Centre for Science and Environment beschreibt dieses Entwicklungsverständnis so:

„Ein ökologisch geprägter Entwicklungsprozeß verlangt eine neue Kultur, die

- egalitär ist und die Unterschiede zwischen Arm und Reich beseitigt, die Rechte und Pflichten gleichmäßig zwischen Männern und Frauen teilt.
- die vorhandenen Ressourcen gleich verteilt.
- partizipatorisch ist.
- sparsam ist im Vergleich zu den Konsumstandards der Reichen.
- bescheiden ist und die Vielfalt der Kulturen und Lebensstiele respektiert.
- größere 'selfreliance' für alle gesellschaftlichen Gruppen sichert."

Michael Burkhardt

Anmerkungen:

1) vgl. 'The State of India's Environment', Centre for Sience and Environment, Delhi 1982
Das 'Centre for Sience and Environment' ist ein Zusammenschluß engagierter Journalisten, die zur Erstellung dieses umfassenden Reports mit einer Vielzahl von Aktionsgruppen, Entwicklungsorganisationen, Wissenschaftlern und Publizisten zusammengearbeitet haben. Der Report erschien in Englisch, Hindi, Malayalam und Marathi. Geplant ist die jährliche Herausgabe einer solchen Bestandsaufnahme als Beitrag zur ökologischen Bewußtseinsbildung.
Der Report gibt das derzeit wohl umfassendste Bild über die ökologische Situation in Indien wieder und behandelt die folgenden Themenkomplexe: Boden, Wasser, Wald, Dämme, Luft, Siedlungen, Menschen, Gesundheit, Energie, Tierwelt, Regierungspolitik.
sowie
M. Bhagat, Centre für Education and Documentation 'India's Silent Crisis', Bombay 1982
Das 'Centre for Education and Documentation' ist eine unabhängige Forschungs- und Entwicklungsförderungsorganisation, die sich als Katalysator zwischen Forschung und Entwicklungspraxis versteht. Der vorliegende Band beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Ursachen und Wirkungen von Erosionsprozessen.

2) Mehr Informationen zur Chipko-Bewegung in: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.); Umarmt die Bäume – Die Chipko-Bewegung in Indien; März 1983; Berlin, Bezug: ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

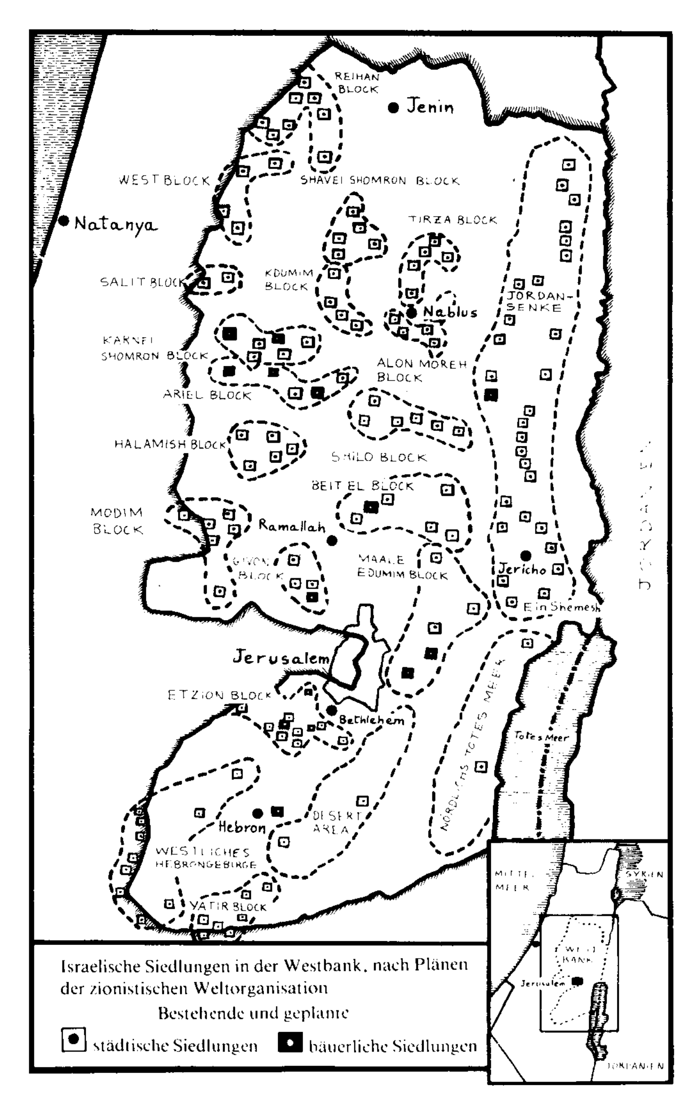
PALÄSTINA

Westufer und Gazastreifen: Ist eine Umkehr noch möglich?

Die Bezeichnung „schleichende Annektion" für die Politik Israels in den 1967 besetzten Gebieten ist zum Allgemeinplatz geworden, seit die Regierung in Jerusalem ihre Annektionsabsichten öffentlich bekennt. Die Summe der von Israel auf dem Westufer und im Gaza-Streifen geschaffenen Tatsachen hat ein solches Gewicht erreicht, daß die seit Jahren geübte Kritik an Besiedlung, Landraub, abhängiger wirtschaftlicher Integration und politischer Unterdrückung heute an einem Punkt ist, an dem sie in eine neue Frage umschlägt: ist diese Entwicklung überhaupt noch rückgängig zu machen?

Meron Benvenisti, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem und zuletzt Parlamentskandidat auf der Liste der „Bürgerrechtsbewegung" um Shulamit Aloni, löste im vergangenen Jahr mit seiner Antwort auf diese Frage eine heftige Debatte unter den israelischen Friedenskräften aus: Nach einer Untersuchung der sozioökonomischen Entwicklung in den besetzten Gebieten diagnostizierte er, daß es bereits unmöglich geworden sei, Israel und die Gebiete (1) wieder voneinander zu trennen und fügte hinzu: Unter den gegebenen Umständen sei es vorzuziehen, die palästinensischen Bewohner der Gebiete aus der Rechtlosigkeit der unerklärten Annektion zu befreien und ihnen durch eine formelle Annektion wenigstens zu gleichen Rechten als Bürger des israelischen Staates zu verhelfen. Dieser Schluß klingt – vor allem in palästinensischen Ohren – absurd. Niemand wird die Dynamik der israelischen Annektion unterschätzen, vor allem dann nicht, wenn man sich durch Augenschein klarmacht, wie sehr die Gebiete in den vergangenen Jahren ihr Gesicht gewandelt haben. Aber soll das, was heute schon ist, der „point of no return" sein? Warum?

Was bestimmt diesen Punkt, an dem eine Umkehr nicht mehr möglich ist: Ist es eine bestimmte Anzahl von Siedlungen – in denen auch andere Menschen leben könnten? Ist es die israelische Kontrolle über einen bestimmten Teil des Bodens – der unter veränderten Bedingungen wieder anders verwendet und verwaltet würde? Ist es eine bestimmte Intensität wirtschaftlicher Beziehungen? Die Beziehungen zwischen dem Westufergebiet und Jordanien beispielsweise wurden innerhalb weniger Jahre auf den Kopf gestellt. Ist es ein bestimmter Grad politischer Inte-



Israelische Siedlungen in der Westbank, nach Plänen der zionistischen Weltorganisation
Bestehende und geplante
städtische Siedlungen ■ bäuerliche Siedlungen

Aus: Abdallah Frangi, PLO und Palästina, Ffm 1982

gration? Bereits neun Jahre nach dem durch die israelische Besetzung erzwungenen Ende der jordanischen Annektion der Westbank übernahm dort eine antijordanische, nationalistische Koalition die Macht. Wo also ist dieser Punkt? Wenig von dem, was Benvenisti an strukturellen Daten und Veränderungen vorlegt, ist unumkehrbar. Benvenistis mechanische Betrachtungsweise unterstellt, Annektion und der Kampf gegen sie sei kein Prozess, dessen Verlauf von vielfältigen Kräfteverhältnissen bestimmt wird und der in eine, aber auch in die entgegengesetzte Richtung verlaufen kann. Sicherlich ist der G r a d der Annektion an sozio-ökonomischen Daten meßbar, nicht jedoch der qualitative Umschlag. Nicht rückgängig zu machen ist die Annektion der 1967 besetzten palästinensischen Gebiete unter zwei Umständen:
Wenn es Israel gelingt, die palästinensische Bevölkerung langfristig und wirksam zu integrieren. Das haben bisher weder 16 Jahre von zuweilen großer Brutalität gekennzeichnete Okkupationspolitik gekonnt, noch die wirtschaftliche Einbindung von Teilen der Erwerbstätigen Bevölkerung in die israelische Ökonomie und auch nicht Versuche, den Palästinensern ihre nationale Führung zu nehmen und an ihre Stelle die kollaborationswilligen 'Dorf-Ligen' zu setzen.
Oder, wenn es Israel gelingt, die demographischen Mehrheitsverhältnisse entscheidend zugunsten der jüdischen Israelis zu verändern, um die tatsächliche Kontrolle und den Charakter der Gebiete auf eine Stufe zu stellen mit dem Israel in den Grenzen von 1949. Nach Lage der Dinge dürfte das durch eine verstärkte jüdische Zuwanderung alleine nicht gelingen, sondern nur, indem große Teile der palästinensischen Bevölkerung diese Gebiete verlassen würden. Sollte einer von diesen beiden Umständen eintreten, dann müßte mit Recht von einem „point of no return" gesprochen werden.
Die Gefahr an Benvenistis Argumentation und an der Diskussion um eine mögliche „Legalisierung" der Annektion ist, daß die Fliegenbein-Zählerei der strukturellen Analysen, solange sie in diesen mechanischen Zusammenhang gestellt werden, die Sicht auf den Charakter der eigentlich ablaufenden Prozesse verdeckt: Auf die historische Tendenz des Palästina-Konflikts, wie sie in der Auseinandersetzung um die 1967 besetzten Gebiete und der Libanon-Krieg ist nichts weiter als ein Teil davon - zum Ausdruck kommt: Alles, was wir heute als Meilensteine der Annektion bestimmen, sind vor allem Schritte auf dem Weg dieser historischen Tendenz: Der Verdrängung eines Volkes durch ein anderes, die nicht anhalten kann, solange beide Völker existieren oder auf dem Wege des Kompromisses die Folgen der Verdrängung entscheidend gemildert werden.
Die schleichende Annektion darf deshalb nicht nur daran gemessen werden, ob und wie sie technisch rückgängig gemacht werden kann. Sondern sie muß an der Perspektive gemessen werden, die mit ihr unlöslich verbunden ist: Zerschlagung der palästinensischen Gesellschaftsstrukturen, ihre Überlagerung durch die in Westbank und Gaza-Streifen ausgreifenden Strukturen der jüdisch-israelischen Gesellschaft, schließlich ihren Ersatz und in letzter Konsequenz die Verdrängung des palästinensischen Kollektivs (nicht notwendig aller Palästinenser) auch aus dem Rest von Palästina.
Damit ist nicht gesagt, daß d i e Israelis die palästinensische Bevölkerung verdrängen w o l l e n einer Mehrheit wird man diese Absicht nicht unterstellen können. Damit ist allerdings gesagt, daß sie dabei sind, es zu t u n.
Wenn im folgenden einige der wichtigsten Veränderungen in der wirtschaftlichen und politischen Struktur der palästinensischen Gebiete skizziert werden, dann geschieht das nicht in der Absicht, einen angeblichen „point of no return" zu suggerieren. Sondern es soll gezeigt werden, wie weit die Entwicklung gediehen ist, die Israel nicht nur zum (momentanen) Herrn über Wirtschaft, Boden und Wasser der Gebiete macht, sondern auch den Kern einer jüdisch-israelischen Parallelgesellschaft hervorgebracht hat, welche die palästinensische Gesellschaft überflüssig zu machen droht. Genau das nämlich ist der Punkt, an dem die ungebrochene Tendenz des Konflikts zum Ausdruck kommt. Neben der ansässigen palästinensischen entsteht eine getrennte jüdisch-israelische Gesellschaft, die unter gegebenen Umständen in der Lage wäre, diese Gebiete wirklich unter die Kontrolle Israels zu bringen. Israel schafft sich in Westbank und Gaza-Streifen in rasanter Geschwindigkeit die Bedingungen für ein neues Jahr 1948, für einen neuen „point of no return": Die physisch, d.h. auch demographisch ins Gewicht fallende Ausdehnung der jüdisch-israelischen Souveränität auf den Rest des historischen Palästina auf Kosten der dort lebenden palästinensisch-arabischen Bevölkerung.

Wirtschaftliche Integration

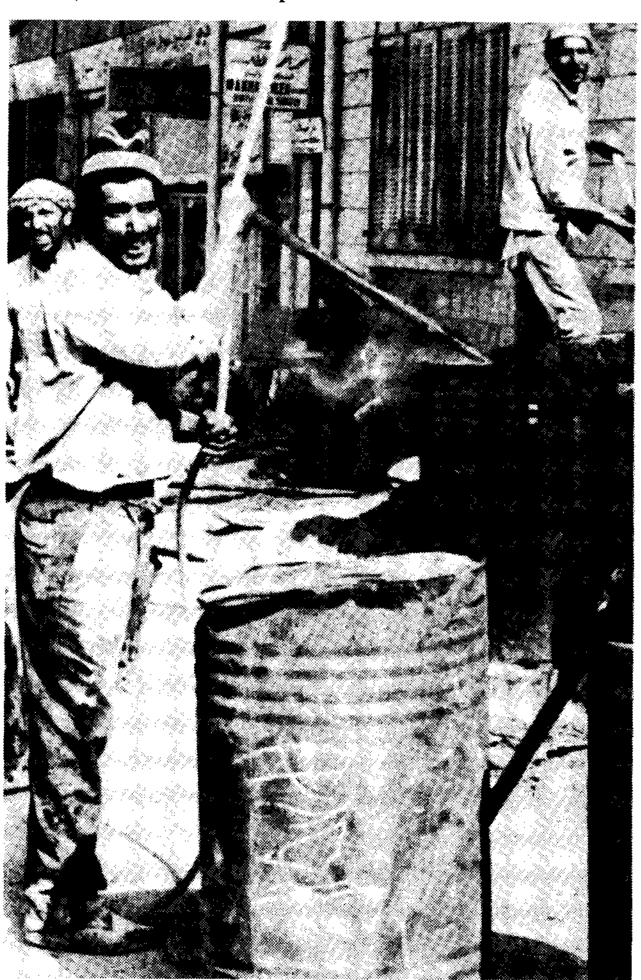
Grundlegend für die Beziehungen zwischen den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel ist deren abhängige Integration in die israelische Wirtschaft. Am deutlichsten sind die Mechanismen dieser Integration zu sehen an den beiden fundamentalen Marktbeziehungen „Arbeitsmarkt" und „Gütermarkt" (2).

Mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung des Westufers und des Gaza-Streifens arbeitet nicht in diesen Gebieten selbst, sondern in Israel: 1980 waren das rund 74 000 Personen, dazu kommen (geschätzte) 20 000 „Illegale", die die israelischen Arbeitsvermittlungsstellen und damit die offizielle Statistik umgehen. Die Zahl der Arbeitsplätze in den palästinensischen Gebieten ist in den vergangenen zehn Jahren um rund 14 000 zurückgegangen. Die Landwirtschaft ist am stärksten von dieser Entwicklung betroffen: In diesem Wirtschaftszweig gingen zwischen 1970 und 1980 rund 10 % aller Arbeitsplätze verloren.
Ein Zeichen für die empfindliche Abhängigkeit des Arbeitsmarktes der besetzten palästinensischen Gebiete von der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel ist die auffällige Parallelität der statistischen Kurven für Arbeitslosigkeit in Israel und Beschäftigung palästinensischer Arbeiter in der israelischen Wirtschaft: Zu Zeiten der Hochkonjunktur in Israel und von damit verbundenen niedrigen Arbeitslosenzahlen finden viele Palästinenser vom Westufer und aus dem Gaza-Streifen in der israelischen Wirtschaft einen Job. Sie verlieren ihn wieder, wenn die Konjunktur engere Grenzen setzt. Der Arbeitsmarkt der besetzten Gebiete ist insofern ein Konjunktur-Puffer, die palästinensischen Arbeitskräfte dienen als Reservearmee der israelischen Wirtschaft.



Tagelöhner aus Gaza, in Nazareth

Indiz für dieselbe strukturelle Schwäche ist die Auswanderungsbilanz: Zwischen 1969 und 1981 haben nach Zahlen der „Bank of Israel" mehr als 200 000 die Westbank verlassen. Nach anderen Quellen liegt die Auswanderungszahl im Gaza-Streifen für den gleichen Zeitraum bei 69 000. Die Notwendigkeit der Emigration trifft vor allem die beruflich qualifiziertesten Teile der Bevölkerung, die weder in den besetzten palästinensischen Gebieten noch in Israel Aussicht darauf haben, eine angemessene Beschäftigung zu finden. Das Problem ist nicht erst mit der israelischen Besetzung entstanden. Auch zuvor im Verbund mit Jordanien bzw. Ägypten hatten die palästinensischen Gebiete einen Überschuß an Auswanderern. Die spezifische Funktion des Arbeitsmarktes von Westufer und Gaza-Streifen für die israelische Ökonomie, die keinen Bedarf an qualifizierten palästinensischen Kräften hat und deren Beschäftigungsmöglichkeiten in den Gebieten selbst immer mehr beschneidet, verschärft die Situation zusehends.
Augenfällig wird die wirtschaftliche Integration der drei Gebiete an der Tatsache, daß sie nach außen hin einen einheitlichen Wirtschaftsraum bilden: Für Westufer, Gaza-Streifen und Israel gelten dieselben Handels- und Zollbestimmungen, die gleichen Steuern usw. Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß die Vorteile sehr ungleich verteilt werden: So fließen israelische Waren ohne jedes Hindernis auf die Märkte der besetzten palästinensischen Gebiete (und verdrängen dort Produkte aus palästinensischer Herstellung). Umgekehrt bedarf es für jeden palästinensischen Export nach Israel einer Lizenz, die entsprechend zentral festgelegter Quoten ausgestellt wird. Palästinensische Produkte sollen in Israel ergänzend zum israelischen Angebot auftreten, nicht aber in Konkurrenz.
Die Folge ist, daß Israel die traditionellen Partner von Westufer und Gaza-Streifen, besonders Jordanien, weitgehend aus dem Geschäft geworfen hat: Israel ist heute der bei weitem wichtigste Handelspartner der palästinensischen Ökonomie – 88 % aller Importe kommen aus Israel, 62 % aller Exporte gehen dorthin. Die Beziehung ist für die Palästinenser defizitär: Wertmäßig wird in Israel mehr eingekauft als verkauft. Nur die Löhne der Pendler nach Israel und die Geld-Transfers der palästinensischen Arbeitsemigranten aus den arabischen Öl-Ländern schaffen Ausgleich.
Wie lukrativ dieses Arrangement für Israel ist, zeigt die Tatsache, daß die besetzten palästinensischen Gebiete zu einem der wichtigsten Abnehmer für israelische Exporte geworden sind. Die Wirtschaft Israels war schon seit der Gründung des Staates und verstärkt seit dem Anfang der 60er Jahre auf der Suche nach nahegelegenen Export-Märkten. Der Juni-Krieg von 1967 bescherte dem Land nicht nur die im Nachkriegsboom dringend benötigten Arbeitskräfte, sondern auch 1,3 Mio. „Beute-Kunden". 25 % aller in Israel hergestellten Konsumgüter werden heute auf dem Westufer verkauft.



Bauarbeiter in Ramallah

Boden und Wasser

Boden und Wasser sind die beiden am heftigsten umstrittenen Ressourcen der besetzten palästinensischen Gebiete. Sie sind mehr als bloß wirtschaftlich wichtig – wer sie kontrolliert hält einen Schlüssel für die zukünftige Entwicklung der Gebiete in der Hand.
Die Diskussion, welche Bodenfläche der besetzten Gebiete in den Händen des Staates Israel ist und welche nicht, ist heute längst überholt. Noch Ende der 70er Jahre besagten Schätzungen, daß Israel über rund 30 % der Fläche des Westufers und über 15 % der Fläche des Gaza-Streifens verfügen kann. Dabei handelte es sich um die folgenden Boden- bzw. Besitz-Kategorien: Um „Staatsland", um das Eigentum „abwesender" Palästinenser, das sich in israelischer Treuhandschaft befindet, um jüdisches Privateigentum, aus der Zeit des Britischen Mandats oder nach 1967 von israelischen Käufern erworben, aber in dem Maße, in dem die israelische Militärregierung bestimmte Gebiete in ihre Hände bringen wollte, und will, auch um arabischen Privatbesitz. Gerade aus der Enteignungspraxis resultierten die Probleme, welche die israelische Regierung auf verfeinerte Methoden der Landaneignung brachten. Höhepunkt einer ganzen Reihe juristischer Streitfälle um enteignetes Land war ein Urteil des Obersten Gerichts in Israel, das der Regierung untersagte, Boden für angeblich militärische Zwecke zu konfiszieren, um anschließend auf ihm Siedlungen errichten zu lassen.
1979 wurde mit einer umfassenden Land-Registrierung begonnen, die darauf abzielte, unter Umgehung juristischer Probleme allen Boden mit „ungeklärten Eigentumsverhältnissen" zu erfassen und unter Kontrolle zu bringen. Diese Arbeit hat inzwischen Früchte getragen: Klare Verhältnisse herrschen bei arabischem Privateigentum auf der einen Seite, bei jüdischem auf der anderen und bei dem Teil des Bodens, der unbestritten als „Staatsland" gilt größtenteils ungenutztes „Mawat"-Land (Ödland), das sonst von niemandem beansprucht wird. Mangelnde juristische Klarheit, die der Staat Israel im Zweifelsfall für sich nutzt, herrscht in Bezug auf das „Miri"-Land: Als quasi-privates Land untersteht das „Miri"-Land zwar weitestgehender privater palästinensischer Verfügung und Nutzung, doch ist es juristisch gesehen Eigentum des Staates, der es zu eben jener Nutzung verleiht. Mit dem neuen Landregister reklamiert die israelische Regierung nun heute alles „Miri"-Land mit unklaren Besitz- und Nutzungsverhältnissen wie „Mawat" = „Staatsland" für sich. Nach Meron Benvenistis Angaben sind das zwei Drittel der Gesamtfläche der Westbank, die weder Privateigentum noch eindeutig im „Miri"-Status genutzt sind. „Seit 1982 ist klar", so Benvenisti, „daß es in der Westbank keine Einschränkungen mehr für die Beschaffung von jüdischem Siedlungsland gibt." In der Praxis könne der israelische Staat in den besetzten palästinensischen Gebieten so viel Land haben, wie er für unbegrenzte jüdische Besiedlung brauche.
Von der anderen Seite schließt sich die Zange, indem jede Ausweitung palästinensischer Landnutzung, sei es in der Landwirtschaft oder durch Ortserweiterungen, drastisch eingeschränkt wird. Alle Genehmigungsverfahren für Landnutzung sind in israelischer Hand. Seit Ende 1979 darf in palästinensischen Ortschaften nur auf bereits dafür ausgewiesenem Boden gebaut werden. Außerhalb der Städte und Dörfer selbst herrschen auch für Boden, der unangefochten arabisches Privateigentum ist, strenge Einschränkungen, was seine Nutzung angeht. „Die Kombination von Landaneignung, Sperrung ganzer Gebiete für militärische Zwecke und der Planungshoheit für Landnutzung, Straßenbau und Infrastruktur-Entwicklung", so Benvenisti, „hat heute



Israelische Siedlung bei Shillon in der Westbank

schon die israelische Kontrolle über die gesamte Fläche der Westbank gesichert."
Auch in der Wasserfrage hat die Okkupation deutliche Spuren hinterlassen: Auf dem Westufer gab es 1980 314 Brunnen für Trink- und Nutzwasser (gegegenüber 339 im Jahr 1967), im Gaza-Streifen 1 840 (gegenüber 1 966 im Jahr 1967). Ihre Zahl ist also gesunken. Die israelische Regierung hat in den vergangenen Jahren die Entnahmequoten für Palästinenser festgelegt und zur Kontrolle die Einrichtung von Wasseruhren angeordnet. Sie hat in mehreren Fällen den Bau neuer Bewässerungsbrunnen für die Landwirtschaft verboten. Für neue Trinkwasser-Brunnen hat sie nur wenige Genehmigungen erteilt. Der Hintergrund ist, daß sowohl die Orte der israelischen Küstenebene, als auch die israelischen Siedlungen in der Jordansenke aus den Wasser-Reservoirs der Westbank schöpfen, seit deren Wasser an das nationale israelische Netz angeschlossen ist. Nach den Angaben der israelischen Wasserbehörde kommt in Israel ein Drittel des gesamten Wassers direkt durch die Leitungen oder indirekt über das Grundwasser aus den Hügeln der Westbank. Jeder Kubikmeter, der in Nablus, Ramallah oder Hebron in der Westbank von Palästinensern verbraucht wird, kann nicht mehr aus den Wasserhähnen in Israel fließen.
Weil auch hier die Mittel der militärischen Okkupation die lückenlose Durchsetzung der israelischen Interessen garantieren, ist es möglich, daß z.B. in den Jahren 1977 und 1978 aus 17 neuen „israelischen" Brunnen im Jordantal rund 14 Mio. Kubikmeter Wasser gepumpt wurden, das macht für jeden israelischen Siedler in der Westbank (ohne Jerusalem) 1 500 Kubikmeter. Im selben Zeitraum kamen aus 314 „palästinensischen" Brunnen auf dem Westufer 33 Mio. Kubikmeter, das sind etwa 40 Kubikmeter für jeden palästinensischen Bewohner. Wenn sich der Wasserverbrauch z.B. der jüdischen Siedlungen im Jordantal weiter entwickelt wie bisher, dann wird allein dieses Dutzend Siedlungen zum Ende der 80er Jahre halb so viel Wasser verbrauchen wie gegenwärtig die gesamte 700 000-köpfige palästinensische Bevölkerung des Westufers.



Aufbau einer jüdisch-israelischen Parallel-Gesellschaft

Mehr als tausend Militärbefehle hat die israelische Regierung seit 1967 in den besetzten Gebieten erlassen, in der Regel in Anlehnung an altes jordanisches Gesetz und alle mit Gesetzeskraft. Daneben gibt es eine separate Gesetzgebung für die jüdischen Siedler auf dem Westufer und im Gazastreifen. „Der Trend zu einem legislativen, judikativen und administrativen Doppel-System in der Westbank – eines für die arabische Bevölkerung, das andere für die jüdischen Siedler – ist seit Beginn der Besiedlung sichtbar", schreibt Meron Benvenisti in seinem Bericht. „Die Institutionalisierung des Doppel-Systems wurde nach Camp David und der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Ägypten beschleunigt. Gesetzliche und verwaltungstechnische Arrangements wurden mit den Autonomiegesprächen koordiniert. Sie zielten auf das Schaffen von vollendeten Tatsachen in Übereinstimmung mit israelischen Zielen für die „Übergangs"-Periode (die in Camp David vereinbart worden war, d.Verf.) und für die Art der palästinensischen „Selbst-Regierung".

Zwei Militär-Befehle schufen die legale Grundlage des Doppel-Systems:

Befehl Nr. 783 wurde im Frühjahr 1979, sechs Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Ägypten, erlassen. Er richtete für die jüdischen Siedlungen in der Westbank und im Gaza-Streifen Landkreise ein und legte deren Grenzen fest: „Judäa und Samaria" ist in sechs Landkreise unterteilt, in denen es entsprechend der Gesetzgebung in Israel selbst Gemeinde- und Stadträte gibt, Gerichte, die israelisches Recht sprechen und Sicherheitsorgane, die Teil der israelischen Armee sind.
Auch formal existieren die Siedlungen getrennt von der palästinensischen Bevölkerung. Sie sind innerhalb der Westbank unabhängige und sich selbst regierende Verwaltungs- und Rechts-Systeme – israelische Inseln im besetzten arabischen Gebiet. Über den „Rat der jüdischen Siedlungen in Judäa und Samaria" sind sie miteinander verbunden und haben eine einheitliche Vertretung gegenüber den israelischen Behörden. Sie bilden die Grundstruktur eines vollständigen jüdischen Gemeinwesens, das sein immer dichter werdendes Netz über die besetzten palästinensischen Gebiete ausbreitet, bis es diese vollständig unter Kontrolle hat.



Israelische Streife im arabischen Jerusalem

Der zweite Markstein trug die Nummer 947: Dieser Militärbefehl ordnete die Einrichtung einer „Zivilverwaltung" für die Gebiete an. Alle „zivilen Angelegenheiten" wurden aus den Bereichen der regionalen Militärgouverneure gelöst und der neuen Verwaltung unterstellt. Welche Kompetenzen diese in Abgrenzung zur Militärregierung genau hat, liegt weitgehend im Dunkeln – und wird von der Regierung in Jerusalem wohl auch bewußt verschleiert gehalten.
Die Armee ist jedenfalls weiter für alle Aspekte der „Sicherheit" in den besetzten Gebieten zuständig, die Struktur der regionalen Militärgouverneure blieb erhalten, wenn sich die Militärregierung auch offiziell ins Verteidigungsministerium in Israel zurückzog. Die „Zivilverwaltung", die einen Teil der Aufgaben der regionalen Kommandeure übernommen hat, kooperiert ihrerseits wieder eng – mit dem Verteidigungsminister. Es heißt, Ex-Verteidigungsminister Ariel Scharon habe mit dem Befehl Nr. 947 zwei Ziele erreichen wollen: Formal die Forderung der Camp David Vereinbarungen nach „Abschaffung" der Militärregierung und „Rückzug" der Armee zu erfüllen, gleichzeitig aber die Verwaltung der Gebiete in einer zentralen Behörde zusammenzufassen, um sie wirksamer leiten zu können. Es scheint, als hätte die Zivilverwaltung die Kompetenzen, die Israel gerne einer nach Camp David einzurichtenden palästinensischen „Selbst-Regierung" überlassen will: Quelle aller Macht bleibt das israelische Militär, die „Zivilverwaltung" wird nur in Unterordnung zu ihm tätig.
Die Palästinenser auf dem Westufer und dem Gaza-Streifen leben also weiter unter der Kuratel des israelischen Verteidigungsministeriums, während die Landkreise der israelischen Siedler direkt mit den zuständigen Behörden in Israel in Verbindung stehen, ihr Gebiet zum organischen Teil Israels machen. „1981 war die Zusammenfassung fast aller Exekutivgewalt (durch die Absetzung des größten Teils der gewählten palästinensischen Bürgermeister und Stadträte, d. Verf.) abgeschlossen. Jetzt war der Chef der Zivilverwaltung in der Lage, weitreichende Macht an lokale Bewohner zu delegieren, die bereit waren, die israelische Version der „Autonomie" durchsetzen zu helfen", heißt es im Benvenisti-Bericht. Zum einen war es das Ziel der Verwaltung „die städtischen Eliten, die mit der PLO sympathisieren, zu zerschlagen, indem man sie durch wirtschaftliche Restriktionen und durch Einschüchterung aus den Positionen in Administration und Exekutive entfernte. Auf der anderen Seite gibt es konzentrierte Anstrengungen, „alternative Eliten" aufzubauen – hauptsächlich Leute aus den Dörfern und andere Elemente, die durch großzügige Zuschüsse und durch die Übertragung lukrativer Exekutiv-Zuständigkeiten (z.B. das Ausstellen von Reise-Erlaubnissen) geködert wurden." Kollaborationswillige Kräfte haben sich in den „Dorf-Ligen" (3) gefunden, die es inzwischen fast überall auf dem Westufer gibt. Erst kürzlich haben diese sich zu einem Dachverband zusammengeschlossen, in desen Reihen diejenigen gefunden werden mögen, die sich später als „palästinensische Selbst-Regierung" von Israels Gnaden präsentieren lassen.

Wohin mit den Palästinensern?

Die Beherrschung der wichtigsten Strukturen, die Einpassung der arabisch-palästinensischen Gesellschaft in israelische Herrschaftsinteressen und der Aufbau einer eigenständigen jüdisch-israelischen Gesellschaftsstruktur in den besetzten Gebieten ergeben zusammen nicht nur eine Situation, die man als de facto-Annektion bezeichnen muß. Sie entwickeln vor allem eine gefährliche Dynamik: Auf dem Westufer und im Gaza-Streifen findet eine Landnahme in umfassendem Sinne statt. Die arabische Souveränität in den

Gebieten wurde nicht nur formell durch die militärische Besetzung aufgehoben, sondern sie wird auch strukturell allmählich abgetragen und durch die jüdisch-israelische Souveränität in „Judäa und Samaria" ersetzt. Unter der neuen Souveränität hat ein arabisch-palästinensisches Kollektiv mit allen eigenen Rechten keinen Platz. Es erhebt sich die Frage: Wenn es schon keine kollektive Organisation der palästinensischen Araber in diesen Gebieten, keine „normale" Gesellschaft mit all ihren Äußerungen geben darf – was soll dann mit den Menschen passieren? Wohin mit den Palästinensern?

Nur die ultra-rechte „Kach"-Bewegung um Rabbi Meir Kahane plädiert offen dafür, auch die restlichen Palästinenser in die arabische Welt loszuwerden, um die jüdische Präsenz in „Judäa und Samaria" ein für alle Mal zu sichern. Im politischen Establishment wird versucht, sich mit Hilfe von Modellen wie dem „territorialen Kompromiß" der Arbeitspartei mit Jordanien oder der „Autonomie-Regelung" unter israelischer Herrschaft des Likud-Blocks um die Frage herumzudrücken, wohin die Judaisierung des Westufers und des Gaza-Streifens weist.

Doch ist es möglich, zwischen den Zeilen zu lesen: „Es gibt schon einen palästinensischen arabischen Staat", heißt es zum Beispiel in einer Anfang 1983 erschienenen Broschüre der israelischen Botschaft in Bonn. „Jordanien, dessen Bevölkerung mehrheitlich aus palästinensischen Arabern besteht. Und mehr noch, die Mehrheit der palästinensischen Arbeiter sind jordanische Staatsangehörige. Jordanien ist folglich ein Staat, in dem die nationale Identität und die Bestrebungen der palästinensischen Araber bereits ihren vollen Ausdruck gefunden haben." Minister Ariel Scharon ist ebenfalls dieser Ansicht und soll, Berichten des Politikers und Publizisten Uri Aveneri zufolge, schon den Kontakt zu PLO-Chef Yasser Arafat gesucht haben, um den Palästinenern Israels Unterstützung zum Sturz der haschemitischen Monarchie in Jordanien anzubieten.

Daß die Mehrheit der Jordanier Palästinenser sind, ist richrig – wenn auch dazugesagt werden muß, daß dies erst durch den israelisch-arabischen Konflikt so geworden und daß Jordanien wegen der Aufnahme einer großen Zahl von Palästina-Flüchtlingen noch kein palästinensischer Staat ist. Daß die Mehrheit aller Palästinenser einen jordanischen Paß hat, stimmt auch dann nicht, wenn man die Palästinenser auf dem Westufer als Jordanier betrachtet, wie es in der Botschafts-Broschüre offensichtlich getan wird. Wenn also die Menschen der Westbank eigentlich Jordanier sind und „Judäa und Samaraia" eigentlich zu Israel gehört – liegt es dann nicht nahe, den Palästinensern, die sich nicht mit der israelischen Herrschaft auf dem Westufer abfinden mögen, zu empfehlen „nach Hause" zu gehen, anstatt in einem Land zu bleiben, das nicht das ihre ist?

Die Konstruktion erscheint auf den ersten Blick abenteuerlich. Dennoch: Wie will eine israelische Regierung, die keinen Zentimeter des „befreiten Judäa und Samaria" aufgeben will, das Problem der Anwesenheit von einer Million Palästinenser lösen, die sich alles andere als von Israel „befreit" fühlen? Die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft auf dem Westufer und im Gaza-Streifen

Fasten für das Leben

Am 6. August ist es genau 38 Jahre her, seit die erste Atombombe auf Hiroshima geworfen wurde und die Stadt fast vollkommen zerstörte. Hunderttausende starben und weitaus mehr noch wurden in tiefen Schmerz und unermeßliches Leid gestürzt.

Obgleich wir heute wissen, welche Folgen die atomaren Waffen für die Menschen und die Natur mit sich bringen, denken unsere Politiker daran, im Herbst Waffen aufzustellen, welche eine vielhundertfache Zerstörungskraft der Hiroshimabombe aufweisen.

Schon heute stehen in West und Ost so viele Massenvernichtungsmittel bereit, daß es möglich ist, die Menschheit mehrmals auszulöschen.

Um gegen diese Unmenschlichkeit, die größte Bedrohung der Schöpfung seit Menschengedenken mit dem friedlichsten denkbaren Protest zu demonstrieren, beginnen am 6. August neun Menschen ein unbefristetes »FASTEN FÜR DAS LEBEN«. Diese Menschen setzen ihr Leben aufs Spiel, um uns darauf hinzuweisen, daß unsere Existenz auf das äußerste gefährdet ist; sie werfen ihr Leben in die Waagschale, um ihr möglichstes zu tun, die Vernichtung der Welt zu verhindern.

Jahrelang haben sie mit Bittschriften, Unterschriftensammlungen, Aktionen und in persönlichen Gesprächen versucht, die Politiker zur Vernunft zu bringen: ohne Erfolg. Was sie nun tun ist das, was sie noch als letzte Möglichkeit des friedlichen Protestes sehen.

Diese Menschen, die das unbefristete »Fasten für das Leben« durchführen, werden ihre Aktion nur dann beenden, wenn unsere Politiker endlich konkrete Schritte zur Abrüstung unternehmen, wenn sichtbare Zeichen der Annäherung zu erkennen sind.

Was wollen diese neun erreichen:
Sie haben folgende durchaus erfüllbaren Forderungen an die Politiker:
- keine Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles
- Abbau der SS 20
- Stop aller Atomwaffenversuche

Was wollen Sie nicht erreichen?
Obgleich sie das Risiko des Todes durch ihre Aktion in Kauf nehmen, wollen sie nicht sterben;
- sie wollen nicht, daß wir ihnen gleich tun; sie beabsichtigen nicht, von uns als Märtyrer herausgestellt zu werden;

Was können wir tun?
- andere auf die Aktion aufmerksam machen
- Mahnwachen vor öffentlichen Gebäuden und Kirchen
- Informationsstände
- Sprechstunden der Politiker besuchen und das »Fasten« ansprechen
- Informationszettel in Arzt-, Zahnarzt- und Anwaltspraxen sowie in Wühltischen der Kaufhäuser und Telefonzellen legen
- Zeitungen und Rundfunkanstalten anrufen und auf die Aktion aufmerksam machen
- Phantasie spielen lassen und eigene Vorschläge durchführen

Kontaktadresse
Evangelische Studentengemeinde, Turnseestraße 16
7800 Freiburg



Straßenverkäufer in Nablus

ist in vollem Gange: Verlust der Kontrolle über das Land, Beschneidung von Lebenschancen, politische Unterdrückung und Emigration markieren den Weg. Er führt zu einem neuen 1948 – das Jahr, als der größte Teil der Araber Palästinas in planvoll geschürter Panik aus dem Gebiet des neuen Staates Israel floh.

Jan Metzger

Anmerkungen:

1) Im folgenden wird von den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten meist als „Westbank" oder „Westufergebiet" und „Gaza-Streifen'" die Rede sein, der Einfachheit halber auch von „den Gebieten". Keine Bezeichnung für das Westufergebiet ist frei von politischen Implikationen: Westbank bzw. Westufer war in den Jahren der jordanischen Annektion gebräuchlich, als es ein „Ostufer" und ein „Westufer" des Haschemitischen Königreiches gab. „Die Gebiete" ist ein in Israel bis 1977 gebräuchlicher Terminus, der offen ließ, ob von „verwalteten" Gebieten (so die Regierung der Arbeiterparteien) oder von „besetzten" Gebieten (im Jargon der Okkupationsgegner) die Rede war. Regierungsoffiziell heißen die Gebiete seit 1977 in Israel „Judäa und Samaria", biblische Landschaftsbezeichnungen für den südlichen bzw. nördlichen Teil des Westufergebietes. „Westufergebiet" oder „Westjordanland" dürften als geografische Bezeichnungen die unverfänglichsten Namen sein.
2) Die wenigen im folgenden aufgeführten Zahlen sollen hier nicht im einzelnen belegt werden. Vgl. im Zweifelsfall die folgende Literatur:
– International Labour Office (ILO), Report on the Situation of Workers of the Occupied Arab Territories, in: Report of the Director General 1981, Appendix III, S. 19 ff.
– Central Bureau of Statistics, Statistical Abstract of Israel 1980, Jerusalem 1980
– Metzger/Orth/Sterzing, Das ist unser Land – Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim Merten 1980, S. 82 – 134.
– Emmanuel Jarry, La lente asphyxie economique de la Cisjordanie et de la bande de Gaza, Le Monde Diplomatique, September 1981, S. 6
– Emile A Nakhleh, A Palestinian Agenda for the Westbank and Gaza, Washington D. C. 1980, S. 15 ff. und S. 91 ff.
– Danny Rubinstein, De Luxe Annexation, in: New Outlook, June 1981, S. 16 ff.
– Amos Wollin, Westbank and Gaza reality in 1982: How irreversible are faits accomplis? Manuskript v. 21. 10. 1982; z. T. veröffentlicht in die tageszeitung, 1. 12. 1982, S. 10
3) Zu den Dorf-Ligen s. „blätter des iz3w' Nr. 102, Juni 1982.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

EG-Entwicklungspolitik

Fortführung kolonialer Strukturen

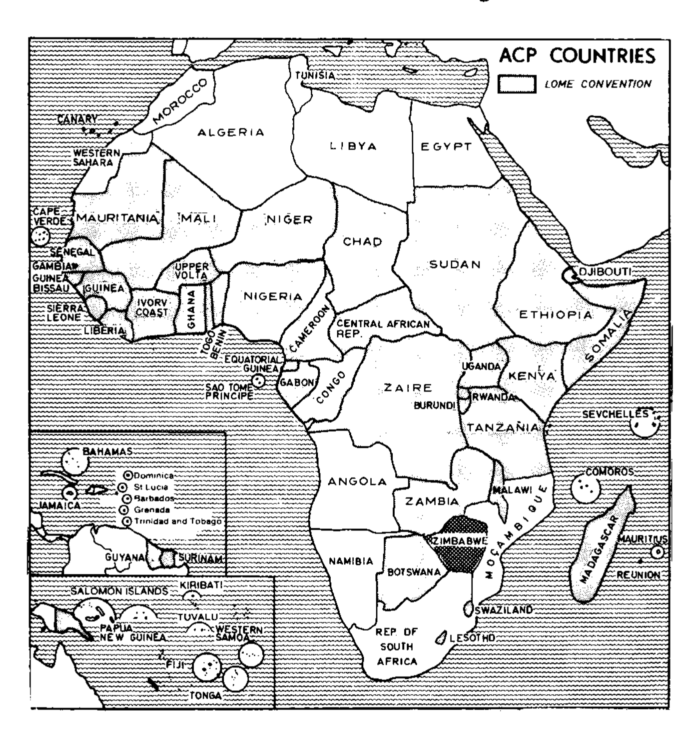
Die EG-Entwicklungspolitik ist entgegen den Sonntagsreden der europäischen Politiker und EG-Bürokraten weiterhin durch die Strukturen des Kolonialismus geprägt. Zu insgesamt 63 Staaten in Schwarz-Afrika, des karibischen und des pazifischen Raumes, den sognannten AKP-Staaaten – pflegt die EG ‚besondere Beziehungen'.
Im September dieses Jahres beginnen Neuverhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten um ein Assoziierungsabkommen EWG – AKP, welches im Anschluß an den gegenwärtigen Vertrag – nach dem Ort der Unterzeichnung, der togolesischen Hauptstadt „Lomé-Abkommen" genannt – im September 1985 in Kraft treten soll. Das finanzielle Volumen der EG-Entwicklungshilfe von rund 4,6 Milliarden DM im Jahre 1982 macht deutlich, daß es notwendig ist, die Aktivitäten Brüssels gegenüber den Ländern der 3. Welt kritisch zu beleuchten.

Geschichte der EG-Assoziierungsabkommen

Im Gründungsjahr der EWG, 1957, besaßen mit Frankreich, Belgien und den Niederlanden noch 3 Staaten der damaligen Sechsergemeinschaft Kolonien. Nach der formalen Unabhängigkeit der meisten Kolonialgebiete wurden ‚besondere Beziehungen' zwischen ehemaligen Kolonien und den europäischen Mutterländern vereinbart. Zwischen 18 frankophonen Staaten Afrikas und der EWG wurde 1963 die Assoziierung vereinbart (Jaunde-Vertrag). Hauptbestandteile des Vertrages waren gegenseitige Zollfreiheit im Warenverkehr mit Ausnahme der Produkte, die der EWG-Agrarmarktordnung unterstellt sind.
Weiterhin wurde den assoziierten Staaten finanzielle und technische Hilfe vertraglich zugesichert.
Das Abkommen von Jaunde war zunächst auf 5 Jahre befristet. 1969 wurde es durch ein zweites Abkommen um weitere 5 Jahre verlängert. Zuvor war mit drei Ländern des britischen Commonwealth, mit Kenia, Uganda und Tansania, in Arusha ein Abkommen unterzeichnet worden (1968). Dieses sah Freihandelszonen ohne technische oder finanzielle Entwicklungshilfe vor.
In den Beitrittsverhandlungen zur EWG bestand Großbritannien darauf, daß die gewachsenen Handelsbeziehungen zu den Staaten des Commonwealth vertraglich geregelt werden. Allerdings mußten es die Briten hinnehmen, daß nicht alle Commonwealth-Staaten in den Genuß von besonderen Beziehungen kamen, sondern nur die Staaten, die in den drei Schwerpunktregionen westeuropäischer Kolonialgeschichte, in Afrika, der Karibik und des Pazifiks, liegen.

Die Verträge vom Lomé

In einem weltweiten politischen Klima, das durch die erste Erhöhung der Erdölpreise durch die OPEC-Staaten gekennzeichnet war (1973/74), fanden die Verhandlungen zwischen damals 46 Entwicklungsländern und den 9 Staaten der EG statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, das Lomé-I-Abkommen, wurde 1975 in Togo unterzeichnet. Von den Regierungen der EG wie der AKP-Länder wurde es damals als ein Jahrhundertwerk gefeiert, der Vorbildcharakter für die Nord-Süd-Beziehungen herausgestrichen.
Nach dem Verständnis der beteiligten Regierungen stellt das Lomé-I-Abkommen eine Neuorganisation der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen dar, die von den beiden Ländergruppen auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft und gegenseitiger Abhängigkeit ausgehandelt worden war. Das Abkommen enthielt einige neue Bestimmungen, von denen angenommen wurde, daß sie eine neue Weltwirtschaftsordnung ankündigten: besondere Handelsvorteile, Stabilisierung der Exporterlöse und industrielle Zusammenarbeit.



Mit der EG assozierte Länder (AKP)

Nach fünfjähriger Laufzeit von Lomé I trat 1980 ein 2. Lomé-Abkommen in Kraft (1980–1985, dem bis heute 63 Entwicklungsländerr beigetreten sind. Inzwischen ist jedoch angesichts der Weltwirtschaftskrise, die sich besonders verheerend auf die am wenigsten entwickelten Länder ausgewirkt hat, der damaligen Euphorie der Kater gefolgt.

Handelsbeziehungen

Für 99,3 % der Produkte, die von AKP-Staaten ausgeführt werden, bestehen keine tarifären Handelshemmnisse (Zölle) bei der Einfuhr in die Länder der EG. Allerdings bleiben rund 50 Erzeugnisse, die der EG-Agrarmarktordnung unterliegen, von der Zollfreiheit ausgeschlossen.

Trotz weitgehendem Freihandel hat keine nennenswerte Intensivierung des Handels zwischen AKP und EG stattgefunden. Von 1975 bis 1978 stieg der Wert der Exporte aller AKP-Staaten von 8,7 Mrd. ERE auf 11,8 Mrd. ERE an (ERE, Europäische Rechnungseinheit, eine Art Kunstwährung der EG: 1 ERE, bzw. 1 ECU, entsprechen etwa 2,50 DM). Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe der AKP-Staaten aus der Gemeinschaft von 8,0 Mrd. ERE auf 12,7 Mrd. ERE an.
Nach wie vor sind die Handelsbeziehungen zwischen EG und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten durch koloniale Strukturen gekennzeichnet. Agrarische und mineralische Rohstoffe sowie Halbfertigwaren machen etwa 90 % der AKP-Exporte aus gegenüber weniger als 5 % Fertigwaren. Auf der anderen Seite sind mehr als 80 % der EG-Ausfuhren in die AKP-Staaten Fertigwaren.
Ca. 55 % der EG-Einfuhren aus dem AKP-Raum entfallen auf nur fünf afrikanische Länder (Jahre 1976–1978): Nigeria (29 %), Elfenbeinküste (11 %), Zaire (9 %), Kamerun (4,2 %) und Gabun (3,6 %). 1980 war der Anteil der Öl-Staaten Nigeria und Gabun zusammen auf etwa 45 % der Gesamtexporte aller AKP-Staaten in die EG gestiegen.

Katharine Focke kommt in einem Bericht an die beratende Versammlung – einem paritätisch besetzten Gremium aus Mitgliedern des europäischen Parlaments und Vertretern der AKP-Länder – zu folgendem Urteil: „*Betrachtet man die Handelsbeziehungen zwischen den AKP-Staaten und den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, so ergibt sich schließlich, daß sie sich trotz Lomé I nur geringfügig entwickelt haben und nach wie vor stark von der Kolonialzeit geprägt sind.*
Diese Tatsachen, die sich durch zahlreiche Statistiken belegen lassen, zeigen deutlich, daß die Öffnung des Marktes allein noch nicht genügt, um den Handel zwischen AKP-Staaten und der Gemeinschaft zu intensivieren.
Denn der Grundsatz des freien Marktzugangs bleibt für Länder, die im derzeitigen Entwicklungsstadium und aufgrund ihrer Produktionsstruktur fast keine Erzeugnisse in die Gemeinschaft auszuführen haben, wirkungslos. Er ist somit nur für etwaige Investoren interessant." (1)

Freihandel und Protektionismus

Das von den Regierungen der EG-Staaten mit Vorliebe von den F.D.P.-Wirtschaftsministern auf internationalen Konferenzen vertretene Credo des Freihandels hat dort seine Grenzen, wo die Interessen der Europäer anfangen: beim Agrarmarkt. Durch hohe Schutzzölle wird die europäische Landwirtschaft nicht nur vor us-amerikanischem Weizen, sondern auch vor konkurrierenden Nahrungsmittelexporten der Entwicklungsländer geschützt.

Das Beispiel Zucker

Für wenige Produkte, die der EG-Agrarmarktordnung unterliegen, bestehen besondere Abkommen mit einigen AKP-Staaten, so für Zucker und Rindfleisch. Im Zuckerabkommen hat sich die EG verpflichtet, jährlich 1,3 Mio. t Rohzucker aus den traditionellen Zuckerproduzentenländern des AKP-Raums zu garantierten Preisen abzunehmen.
Durch restriktive Vertragsauslegung versucht die EG, die Quoten für einzelne Länder zu verringern.
Die EG ist aber auch Zuckerexporteur: 1980 wurden 4,325 Mio. t Zucker auf den Weltmarkt geschmissen. (2)
Die EG exportierte damit dreimal soviel Zucker, wie sie aus den AKP-Staaten einführte.
Rind- und Kalbfleischberge der EG werden ebenfalls durch Exporte abgebaut. Durch Subventionen aus Brüssel werden



Rohrzucker, eins der wichtigsten Importprodukte aus AKP-Staaten

die höheren EG-Preise den niedrigeren Weltmarktpreisen angeglichen. So tritt die EG mit Agrarprodukten auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zu Dritte-Welt-Ländern und trägt durch ihre Subventionspolitik zu einem Preisverfall bei.

Insgesamt exportierte die EG 1979 Agrarerzeugnisse im Werte von 20,9 Mrd. Dollar – davon fast die Hälfte (10 Mrd. Dollar) (2) in Entwicklungsländer. Aus allen Entwicklungsländern importierten die Länder der EG landwirtschaftliche Waren im Werte von rund 27 Mrd. Dollar (ebenfalls 1979). 78 % dieser EG-Agrarimporte aus der Dritten Welt umfassen Produkte, die in der Gemeinschaft nicht oder nur in sehr geringem Umfang produziert werden und für die deshalb auch keine gemeinsame Agrarpolitik besteht, wie etwa Kaffee, Kakao, Tee, Kautschuk, Erdnüsse, Baumwolle etc. Für weitere 17 % der Agrarimporte aus Entwicklungsländern hat die EG ‚präferentielle Konditionen' eingeräumt. Wie schon am Beispiel des Zuckers erwähnt, können diese Einfuhrerleichterungen durch die EG-Agrarexportpolitik mehr als kompensiert werden.

Das Beispiel Textilien

Auch zum Schutz der europäischen Textilindustrie vor Konkurrenz aus der 3. Welt scheut die EG nicht vor protektionistischen Maßnahmen zurück. So teilte die Gemeinschaft beispielsweise 1979 der Insel Mauritius mit, sie sähe sich gezwungen, Schutzzölle zu erheben, falls Mauritius seine Textilausfuhren in die EG im Jahre 1980 nicht freiwillig um 50 % reduziere. Angesichts der Tatsache, daß nur 1,8 % der gesamten Textilimporte der EG aus allen AKP-Staaten kommen, auf der anderen Seite Textilien nach Zucker das zweitwichtigste Exportprodukt von Mauritius ist, wird deutlich, wie hemmungslos die EG auch gegenüber den AKP-Staaten mit protektionistischen Maßnahmen droht. (3)

STABEX

Die Stabilisierung der Exporterlöse für bestimmte landwirtschaftliche Rohstoffe, die von den AKP-Staaten in die Gemeinschaft ausgeführt werden, garantieren den davon profitierenden Regierungen der Entwicklungsländer eine gewisse Stabilität ihrer Deviseneinnahmen und damit der Planbarkeit von Entwicklungsvorhaben unabhängig von Ernterückgängen und finanziellen Verlusten durch die Schwankungen der Weltmarktpreise. Die Liste der landwirtschaftlichen Rohstoffe, die ins STABEX-System einbezogen sind, umfaßt fast ausschließlich Waren, die nicht in der EG hergestellt werden und nicht weiterverarbeitet sind. (4) Unter welchen Voraussetzungen bekommt eine AKP-Regierung finanzielle Zuweisungen aus dem STABEX-Fond?

Das erste Kriterium ist: das AKP-Land muß vom Export des betreffenden Rohstoffes abhängig sein, d. h. der Mindestanteil, den der betreffende Rohstoff an den Gesamtexporten des Landes erreichen muß, liegt bei 6,5 % (Lomé I: 7,5 %). Ausgelöst wird die Stabilisierung erst dann, wenn der Rückgang der Ausfuhrerlöse mindestens 6,5 % (Lomé I: 7,5 %) der Durchschnittserlöse der letzten 4 Jahre beträgt.

Erklärung der Teilnehmer des Seminars EG-Entwicklungspolitik – 1. – 3. Juli 1983 in Hürth bei Köln

Wir halten es für 3.-Welt-Gruppen und entwicklungspolitische Institutionen für wichtig, daß eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklungspolitik der EG stattfindet. Die EG hat für viele Entwicklungsländer eine große Bedeutung. Nicht unerhebliche Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe werden über die EG im Rahmen der Lomé-Abkommen für die AKP-Staaten – die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks – aufgewandt. Obwohl sie zur Überwindung von Unterentwicklung und von Hunger und Armut in der 3. Welt gedacht sind, läßt sich nach über 20 Jahren europäischer Entwicklungspolitik eine reale Verschlechterung für die Menschen in den AKP-Ländern feststellen. Sogar die Kommission der EG gesteht ein, daß „das Einkommen der weitaus meisten Einwohner dieser Länder seit 10 Jahren stagniert und häufig sogar rückläufig war".
Angesichts der anstehenden Neuverhandlungen eines 3. Rahmenabkommens (Lomé III) und der 1984 stattfindenden Neuwahlen zum Europäischen Parlament möchten wir in diesem Bereich weiterarbeiten und hoffen, in absehbarer Zeit konstruktive Perspektiven zur EG-Entwicklungspolitik formulieren zu können.
Wir suchen hierfür noch Leute und Gruppen, die an diesem Thema interessiert sind oder bereits dazu gearbeitet haben und uns ihre Kompetenz zur Verfügung stellen können, insbesondere zu folgenden Themen:

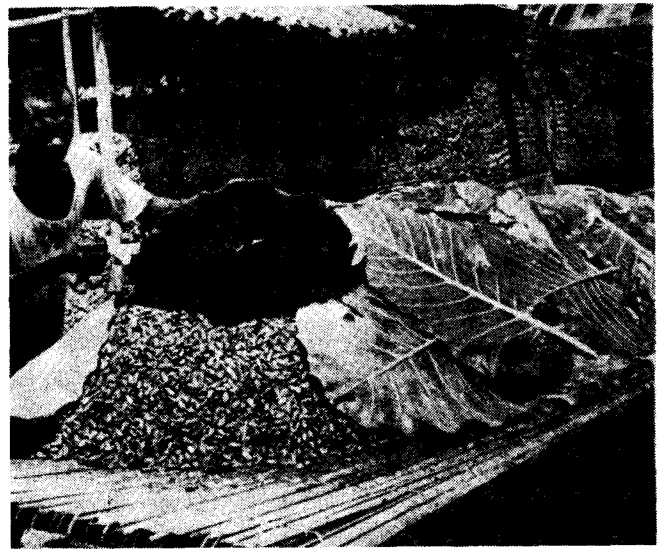
- Lomé III (STABEX etc.)
- EG-Agrarpolitik (Nahrungsmittelhilfe)
- Protektionismus (Zölle etc.)
- Kooperation EG – ASEAN
- Aktivitäten des Europa-Parlaments

Kontaktadressen:

Junge Europäische Föderalisten (JEF)
AK Entwicklungspolitik
Berliner Platz 1
5300 Bonn 1
Tel: 02 28 / 63 93 28

Arbeitsstelle Entwicklungspolitik am
Institut für Politikwissenschaft
c/o Klaus Milke
Sonnenstraße 26
4400 Münster
Tel.: 02 51 / 4 31 67

Bei den am wenigsten entwickelten Ländern, allen Inselstaaten sowie Ländern ohne direkten Zugang zum Meer beträgt die ‚Auslöseschwelle' jedoch nur 2 %. Letztere Staaten erhalten die Mittel zudem als Zuschüsse, die anderen Staaten als zinslose Darlehen, deren Rückzahlungen wieder dem STABEX-Fond zufließen.
Während der ersten 5 Jahre des STABEX-Systems wurden von den veranschlagten 380 Mio. ERE an insgesamt 31 AKP-Staaten 375 Mio. ERE ausbezahlt. Dabei entfielen auf sechs afrikanische Staaten (Senegal, Sudan, Mauretanien, Niger, Tansania und Uganda) über 50 % der gezahlten Gelder. Auf Erdnußprodukte entfielen 37 % der gezahlten STABEX-Mittel. Es folgen Eisenerz (16 %), Baumwolle (12 %) und Holz (10 %). (5) Da der Weltmarkt in der 2. Hälfte der 70er Jahre von großen Preiseinbrüchen bei bedeutenden tropischen Produkten verschont blieb, konnte das STABEX-System fünf Jahre lang funktionieren.
Für das Rechnungsjahr 1980 standen Transferansprüchen von rund 261 ECU nur 138 Mio. ECU (6) aus dem STABEX-Fond gegenüber. (ECU: neues Kunstgeld der EG, das die ERE abgelöst hat; 1 ECU entspricht etwa 2,50 DM). Die Mißernten bei Erdnüssen in der Sahelzone und der Preisverfall des Kafffees haben zu diesem immensen Rückgang der Deviseneinnahmen bei den betroffenen Staaten geführt. Beide Produktgruppen machten 1980 etwa 85 % der Transferanträge aus.
Da nicht genügend Gelder vorhanden waren, wurden die Mittel nur zu einem bestimmten Prozentsatz ausbezahlt.
In Abstimmung mit den AKP-Ländern erhielten die am wenigsten entwickelten Länder 59,5 % ihrer Verluste im Handel mit der EG aus dem STABEX-Fond ersetzt. Senegal, die Elfenbeinküste, Madagaskar, Kenia, Jamaika und die Fidschi-Inseln mußten sich mit 47 % ihrer Ansprüche begnügen. 11 Anträge von Verlusten unter 1 Mio. ECU wurden in voller Höhe ausgezahlt. (6)
Als im Jahre 1981 zusätzlich zur Talfahrt der Kaffeepreise auch noch die Kakaopreise sanken, war die Deckungsquote der verfügbaren STABEX-Mittel auf 25 % aller Anträge gesunken. Auf 422 Mio. ECU (= 1,055 Milliarden DM) beliefen sich die geltend gemachten Verluste der AKP-Staaten bei ihren Exporten in die EG. Allein die Mindereinnahmen Ghanas aus dem Kakao-Export (80 Mio. ECU) und des Kaffee-Exportes der Elfenbeinküste (105 Mio. ECU) überstiegen die 1981 insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel von 112 Mio. ECU. Die EG mobilisierte zusätzlich 80 Mio. ECU aus Zinsen der Europäischen Investitionsbank und im Vorgriff auf zu erwartende Rückzahlungen der AKP-Staaten, um zumindest annähernd die Hälfte der sich aus dem Lomé-Abkommen ergebenden Ansprüche ausbezahlen zu können. (7)



Kakaoernte

1982 und 1983 werden sich die Forderungen der AKP-Staaten an die STABEX-Kasse voraussichtlich erheblich verringern. Die Ursache hierfür liegt in der Berechnungsgrundlage des STABEX: Auch wenn die Exporteinnahmen

der betroffenen Länder nicht oder nur gering ansteigen sollten, wird die Zahlungsbilanzhilfe des STABEX geringer, da die Basis für die Errechnung der Ansprüche der Durchschnitt der Erlöse der vergangenen 4 Jahre bildet.
Weiterhin bleibt als Kritik am STABEX-System festzuhalten, daß nur Ausfuhren in die EG stabilisiert werden und daß fast nur tropische Rohstoffe, jedoch keine weiterverarbeiteten Produkte unter die Exporterlösstabilisierung fallen. So ist bereits Sperrholz vom STABEX ausgenommen. Auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Europa selbst angebaut werden, bleiben weitestgehend ausgeschlossen. Der Antrag einiger AKP-Länder, Zitrusfrüchte und Tabak in die STABEX-Liste aufzunehmen, ist von der EG mehrfach abgelehnt worden.
Trotzdem sind die Regierungen der AKP-Staaten für eine Beibehaltung des STABEX-Systems, und zwar aus folgenden Gründen: Zum einen haben sich die westeuropäischen Industrieländer vertraglich zu Zahlungen verpflichtet. Zweitens gibt es schnell Geld, über dessen Verwendung keine Einzelnachweise erforderlich sind. Und last but not least darf nicht vergessen werden, daß in den meisten AKP-Ländern die herrschenden Eliten direkt oder indirekt von den Rohstoffexporten profitieren. Sie verfügen meistens sogar über den Grundbesitz, auf dem die tropischen Exportprodukte angebaut werden, und die Eliten benötigen Devisen für ihren Konsum und zur militärischen Absicherung ihrer Herrschaft.

SYSMIN

Ein System zur Stabilisierung der Mineralienförderung (SYSMIN) in den AKP-Staaten wurde 1980 im 2. Lomé-Abkommen geschaffen. Für fünf Jahre steht ein Sonderfond von 280 Mio. ECU zu Verfügung, um die Förderung von Kupfer, Kobalt, Mangan, Phosphat, Zinn, Bauxit und Aluminiumoxid sowie Eisenerz zu sichern oder auszuweiten. Im Unterschied zu STABEX fließt die Hilfe nicht automatisch, sondern ist projektgebunden. Vorgesehen sind Soforthilfen, wenn die Rentabilität der Bergbau-Konzerne infolge technischer Probleme, politischer Schwierigkeiten oder durch Preisverfall gefährdet ist. Durch SYSMIN hoffen die EG-Staaten langfristig ihre Versorgung mit Rohstoffen sichern zu können. Dafür ist es notwendig, daß auch in Jahren niedriger Weltmarktpreise die Minen Afrikas ihre Förderung aufrechterhalten. Ob diese Rechnung für die EG aufgehen wird, muß die Zukunft zeigen. Über die Entwicklung des Bergbaus in den AKP-Staaten und eine Verwendung von SYSMIN-Mitteln sind noch keine Zahlen von der EG-Kommission veröffentlicht worden.

Pisani-Memorandum

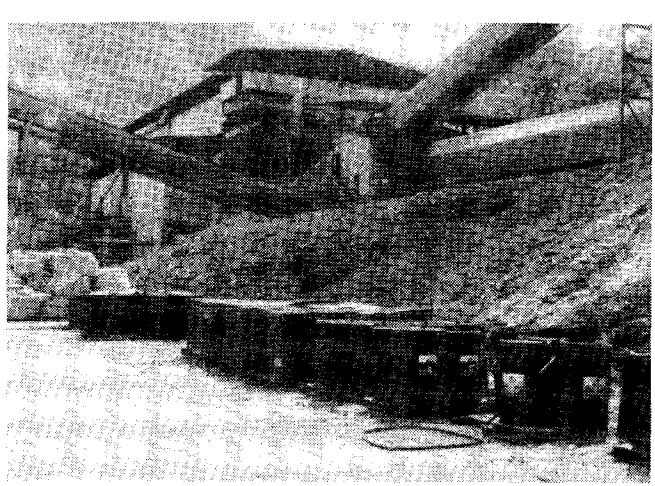
Im Oktober letzten Jahres hat der EG-Kommissar für Entwicklungspolitik, Edgar Pisani, der Öffentlichkeit ein Memorandum vorgestellt, in dem die bisherige Entwicklungspolitik der EG einer leisen Kritik unterzogen wird. Dadurch versucht Pisani größeren politischen Handlungsspielraum gegenüber dem EG-Ministerrat, der letztendlich die Entscheidungen trifft, zu gewinnen.
In diesem Memorandum heißt es: *„Für mehr als zwei Milliarden Menschen machte das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den letzten zwanzig Jahren real nicht mehr als 70 Dollar aus; in derselben Zeitspanne nahm es in den Industriestaaten im Durchschnitt um 5080 Dollar zu! Im Verlauf der letzten Dekade mußten die ärmsten Länder Afrikas einen Rückgang ihres Jahres-Pro-Kopf-Einkommens um 0,4 % hinnehmen.“* (8)
Von dieser Analyse ausgehend, formuliert das Memorandum die Ziele der EG-Entwicklungspolitik: Im Mittelpunkt muß die Landwirtschaft stehen und die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Weiterhin soll dem Energiesektor und der Erhaltung der Exportkraft der AKP-Staaten Vorrang eingeräumt werden sowie ein Beitrag zur Stärkung des Handels der Entwicklungsländer untereinander (Süd-Süd-Kooperation) geleistet werden.
Bei den entwicklungspolitischen Prioritäten der EG nimmt Afrika den ersten Rang ein. Den Abbau von Bodenschätzen und die Entwicklung des Fischfanges nennt das Memorandum als Beispiele für Entwicklungsmaßnahmen ‚aus gegenseitigem Interesse von EG- und AKP-Staaten‘.

Fischereipolitik

Da die EG-Meere weitgehend leergefischt sind und es bei den Abkommen mit Kanada oder Island immer wieder Schwierigkeiten gibt und die Grönländer deshalb am liebsten aus der EG austreten würden, sollen nun die Hoheitsgewässer der AKP-Küstenstaaten den Hochseefangflotten der EG-Länder erschlossen werden. Im Brüsseler Jargon klingt dies dann so: *„Auf der Basis des gegenseitigen Interesses wäre eine neue Politik zu definieren, bei der europäische Technik und Produktionskapazität in die Entwicklung des lokalen Fischereisektors und entsprechende Vermarktungswege integriert würden, wobei das Fangergebnis so auf den lokalen Markt, die Verarbeitungsindustrie und den Export verteilt würde, daß ein optimaler wirtschaftlicher Nutzen gewährleistet wird.“* (9) Bleibt nur zu fragen: optimaler wirtschaftlicher Nutzen für wen?

Bodenschätze

„Der zweite weit wichtigere Bereich ist die Erschließung der Bodenschätze der Entwicklungsländer. (. . .) Die Problemstellung ist einfach: Von allen großen Industrieräumen der Welt ist Europa einer der ärmsten an Bodenschätzen; von allen großen Lagerstätten der Welt ist Afrika am wenigsten erforscht und am wenigsten genutzt.“ (10)
Die Kommission der EG stellt im folgenden fest, daß die Länder mit mineralischen Rohstoffen es nicht geschafft haben, die Bodenschätze zur Förderung der eigenen Entwicklung einzusetzen und daß der Abbau von Erz- und Ölvorkommen negative politische, wirtschaftliche und soziale Folgen hat. Die notwendige Folgerung aus dieser Analyse, nämlich daß das bestehende Weltwirtschaftssystem ganz offensichtlich eine Ursache dieser Entwicklung ist und radikal verändert werden müßte, vollzieht die Kommission (verständlicherweise) nicht. Statt dessen heißt es lapidar: *„Zwischen einem Land mit Bodenschätzen und der*



Kupfermine in Papua, Neuguinea

Gemeinschaft wäre eine Koordinierung der Gemeinschaftsinstrumente anzustreben, bei der die Nutzung der Bodenschätze, die Raumplanung und die Entwicklung gemeinsam konzipiert würden und die Versorgung der Gemeinschaft und der Mitgliedsstaaten gesichert wäre." (11)

Ausblick auf die Lomé-III-Verhandlungen

Die ‚Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer' – ein Gremium der Spitzenverbände der bundesdeutschen Wirtschaft – betont in einer Stellungnahme zu den im September beginnenden Verhandlungen um Lomé III, daß ein umfassender Investitionsschutz durchgesetzt werden muß. (12) Bisher sind nur in denjenigen AKP-Staaten ausländische Investitionen vor Verstaatlichung sicher, die mit Ländern der EG darüber Abkommen abgeschlossen haben.

Menschenrechte und Politik

Die EG möchte eine Menschenrechtsklausel im Lomé-Abkommen verankern. Dieses auf den ersten Blick humanitäre Anliegen ist der Versuch, mit Hilfe von Menschenrechten Politik zu betreiben. Wie die Vergangenheit oft genug bewiesen hat, wird die Verletzung der Menschenrechte immer dort festgestellt, wo fortschrittliche Regierungen an der Macht sind. Rechte Diktaturen aber werden in den seltensten Fällen wegen der Verletzung von Menschenrechten angegriffen.
In meinen Augen ist die von den EG-Regierungen geforderte Menschenrechtsklausel im AKP-Abkommen die Fortsetzung der Einmischung in die Politik unabhängiger Staaten. Schließlich wird in den Staaten der EG auch fortlaufend gegen die Menschenrechte verstoßen, ohne daß dies Sanktionen aus Brüssel zur Folge hätte. Oder hat schon einmal jemand vorgeschlagen, Bonn keine Zuschüsse mehr zur Lagerung der Butter zu zahlen, solange es in der Bundesrepublik Berufsverbote für Kommunisten gibt?

Um nicht mißverstanden zu werden, noch einmal ganz deutlich: Ich kämpfe für die Einhaltung der Menschenrechte in Nord und Süd, West und Ost. Ich weiß, daß in vielen AKP-Staaten die elementarsten Menschenrechte mit Füßen getreten werden; ich kenne die Amnestie-Berichte über Folterungen in vielen afrikanischen Ländern und prangere diese Verletzung der Menschenrechte an. Aber: Die Regierungen der EG-Staaten haben kein Recht, die Einhaltung von Menschenrechten in den AKP-Staaten zu überwachen. Schließlich sind afrikanische Diktaturen direkte oder indirekte Folge der Kolonisation, der willkürlichen Grenzziehung genauso wie der tribalistischen Kolonialpolitik. Außerdem werden die Diktaturen dort, wo sie die bestehende Weltordnung sichern helfen, von den europäischen Regierungen hofiert. Bokassa – der inzwischen gestürzte Kinderschlächter Zentralafrikas – erfreute sich besonders herzlicher Beziehungen zu Frankreich, und Mobutus Herrschaft wurde schon mehrfach durch belgische und französische Fallschrimspringer gesichert – nicht der Menschenrechte, sondern des Kupfers wegen.
Die europäischen Regierungen sind keine geeigneten Richter, um über die Einhaltung von Menschenrechten in Afrika zu wachen.

Frankreich hat mit den meisten seiner ehemaligen Kolonien solche Verträge abgeschlossen, die BRD mit etwa 20 Entwicklungsländern. Seit 1980 (Lomé II) wurden diese Verträge auf alle EG-Staaten ausgedehnt. Für die Lomé-III-Verhandlungen wollen die europäischen Konzerne allen AKP-Staaten den Verzicht auf die Möglichkeit der Verstaatlichung ausländischer Investitionen in ihren Ländern abringen.
Die Regierungen der 10 EG-Staaten wollen außerdem eine Menschenrechtsklausel in das Abkommen aufgenommen haben. Damit hätten die Regierungen der EG-Staaten ein Instrument, Entwicklungshilfezahlungen wie STABEX-Mittel an die Einhaltung der Menschenrechte zu knüpfen. Bei den Verhandlungen um Lomé II haben die Entwicklungsländer eine solche Menschenrechtsklausel als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückgewiesen.
Die AKP-Staaten werden vermutlich eine Erweiterung des STABEX-Systems anstreben. Neben der finanziellen Aufstockung des Fonds geht es um die Aufnahme weiterer Produkte, vor allem weiterverarbeiteter Rohstoffe in die STABEX-Warenliste, sowie um die Ausdehnung der Exporterlösgarantie auch auf Ausfuhren in Länder außerhalb der EG.
Nach anfänglichen Maximalforderungen werden sich die AKP-Staaten nach langen Verhandlungen mit geringen Zugeständnissen zufriedengeben müssen. Angesichts der Weltwirtschaftskrise, des Beitritts Griechenlands und des bevorstehenden Beitritts von Spanien und Portugal ist der Finanzspielraum der EG gering. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke hält sogar ein Zurücknehmen bisheriger EG-Verpflichtungen für wünschenswert, um mehr Handlungsspielraum für die bilaterale bundesdeutsche Entwicklungspolitik zu gewinnen. Dies wird sich die EG politisch jedoch kaum leisten können.
Was nichts kosten wird, sich aber optisch gut macht, ist der von der Kommission vorgeschlagene unbefristete Rahmenvertrag zwischen EG und AKP-Staaten. Auf 5 Jahre begrenzt wären dann nur noch die jeweiligen Zusatzprotokolle über Finanzen und Ausfuhrquoten.
Von einer neuen Dimension in den Nord-Süd-Beziehungen wird bei Lomé III vermutlich niemand reden. Zustandekommen wird der Vertrag wohl dennoch. Allen beteiligten Regierungen ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach: Der EG die stabilen Beziehungen zu den afrikanischen Rohstoffexporteuren, den AKP-Regierungen die finanziellen Zusagen der EG. Aus Europa also nichts Neues!

wo

Anmerkungen

1) Focke, Katharina: Von Lomé 1 zu Lomé 2 – Texte des Berichts der am 26. September 1980 von der Beratenden Versammlung AKP – EWG angenommenen Entschließung, Luxemburg 1980, S. 14. Die Zahlen aus dem Abschnitt Handelsbeziehungen stammen ebenfalls aus dem Focke-Bericht.
2) Diese und die folgenden Zahlen sind aus einem Bericht der EG-Kommission zur Agrarpolitik, zitiert in: Neue Zürcher Zeitung vom 25. 9. 1982.
3) Vgl.: Focke Seite 17
4) Vgl. „blätter des iz3w" Nr. 83. Februar 1980
5) Bundestagsdrucksache Nr. 9/207 vom 27. 02. 1981
6) Bundestagsdrucksache 9/1579 vom 19. 4. 1982
7) Ebenda und: Handelsblatt vom 17. 2. 83, Nachrichten für Außenhandel 19. 5. 82
8) Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1982 S. 10 f.
9) Ebenda S. 20
10) Ebenda
11) Ebenda
12) FAZ 8. 4. 83

Weitere Literatur:
BLÄTTER des iz3w, Nr. 83, Feb. 1980, S. 43 ff. Der Text des Vertrages von Lomé II ist abgedruckt in: Entwicklungspolitik Materialien Nr. 66, Bonn Mai 1980.
EEC and the Third World: A Survey I, edited by Christopher Stevens, Ibadan und Nairobi 1981, ISBN 0340265027, 5 engl. Pfund.

SUDAN

Der Jonglei-Kanal – das größte Kanalbauprojekt der Welt

Wasser für den »Brotkorb Arabiens«

Der Jonglei-Kanal im Südsudan, eines der meist umstrittenen Großprojekte der Welt, ist zu einem Drittel fertiggestellt. Die sudanesische Regierung preist die wissenschaftlichen Voruntersuchungen als die gründlichsten, die je für ein Entwicklungsprojekt in der „Dritten Welt" durchgeführt wurden. Ökologen halten dies dagegen für noch immer unzureichend. Sie befürchten eine Katastrophe von ungekannten Ausmaßen: die Versteppung einer bisher fruchtbaren Region von der Größe Westeuropas. Über die Auswirkungen des Kanals hat die Royal Geographical Society in London eine Konferenz veranstaltet – die Kritiker waren nicht geladen.

Seit nunmehr viereinhalb Jahren gräbt sich ein in Kiel hergestellter Schaufelradbagger, ein stählernes Ungetüm von 21 Meter Höhe und mit einem gewicht von 2 200 Tonnen, durch die Fiebersümpfe des Nils im Südsudan. Mit modernstem Gerät betreibt ein französisches Konsortium die Ausschachtung des Jonglei-Kanals, der mehr als die zweifache Länge des Suez-Kanals haben wird. Mehr als 130 Kilometer von den gepalnten 350 Kanal-Kilometern sind bereits gegraben. Nur halbjährlich, in der Trockenzeit zwischen Oktober und April, kann gearbeitet werden; und erst nach zeitraubenden technischen Änderungen konnten die Schaufelräder des Baggers mit der sonnengebackenen Erde fertig werden. Während der übrigen Monate versinken die Maschinen in bodenlosem Morast.



Die Hindernisse und logistischen Probleme sind immens in diesem verkehrstechnisch noch völlig unerschlossenen Gebiet. Schwierigkeiten allein bereitet die Treibstoffversorgung. Täglich werden 15 Tonnen auf der Baustelle konsumiert – in einem Land, in dem Benzin seit Jahren rationiert und wie im Süden für Privatpersonen praktisch nicht erhältlich ist. Selbst der Einsatz des öffentlichen Fuhrparks ist oft durch Benzinknappheit behindert.

Den Schaufelrädern folgt ein kostspieliger Troß, der das internationale Expertenteam und ihre Familien mit allen aus Europa importierten Annehmlichkeiten versorgt. Vollklimatisierte Wohnungen, Kino und Schule machen das Leben in dem die Gesundheit strapazierenden Klima bei einer Hitze von 34 Grad Celsius im Schatten so erträglich wie möglich. Trotz modernster Versorgung haben die Arbeiten bereits ein Todesopfer gefordert: der französische Baustellenleiter starb an Malaria.

Ursprünglich sollte der Kanal bereits 1981 fertig sein, und der nächste Termin, 1983, ist praktisch verstrichen. Den Bau bis 1985 zu beenden, wie es jetzt vorgesehen ist, halten Experten immer noch für zu optimistisch.

Das Projekt: Wasser für den Norden

Jahrhunderte lang galten die ausgedehnten Nilsümpfe, die im Arabischen treffend „Sudd" – Barriere – genannt werden, als unpassierbar. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts war es britischen Forschern auf der Suche nach den Quellen des Nils gelungen, eine Passage durch dieses unwegsame Gebiet zu erschließen, das den Zugang zum Inneren Afrikas versperrte. Noch heute bildet der Sudd ein noch kaum bezwungenes Verkehrshindernis. Die Schiffahrt auf dem Weißen Nil, mit alten Raddampfern aus kolonialen Zeiten, ist oft tagelang durch Wasserhyazinthen und schwimmende Papyrusstauden blockiert. Mit Hilfe des Jonglei-Projektes soll nun die Region erschlossen und landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Vor allem aber soll der Kanal helfen, die Bewässerungsprobleme Ägyptens und des Nordsudan zu lösen.

Auf seinem Weg vom Viktoria See in den Norden verliert der Weiße Nil in der südsudanesischen Ebene die Hälfte seines Wassers. Ein nur minimales Gefälle von 5 Zentimetern pro Kilometer läßt das Wasser fast zum Stillstand kommen und bildet dort einen permanenten Sumpf, den Sudd, der sich je nach Jahreszeit 8 000 bis 19 000 Quadratkilometer weit ausbreitet. Insgesamt werden während der alljährlichen Regenzeit, die mit dem Hochwasser des Nils zusammenfällt, 100 000 Quadratkilometer Land überflutet – das entspricht einem Gebiet von der Größe Belgiens, der Niederlande und der Schweiz zusammengenommen. Jährlich versickern und verdunsten dort unter der äquatornahen Sonne 15 Milliarden Kubikmeter Wasser.

Der Jonglei-Kanal soll nun einen Teil des Nilwassers erst gar nicht in den Sudd gelangen lassen. 52 Meter breit und 4 bis 6 Meter tief wird er täglich etwa 20 Millionen Kubikmeter Wasser von Bor aus östlich am Sudd vorbei in direkter Linie nach Norden führen, wo es sich wieder in den Weißen Nil ergießen kann. Auf diese Weise sollen pro Jahr 4,7 Milliarden Kubikmeter Wasser zum Nutzen der Landwirtschaft gewonnen werden. Diese zusätzliche Wassermenge, ebenso wie die Kosten des Projektes, wollen sich Ägypten und der Sudan brüderlich teilen.

Die Landwirtschaft beider Länder ist abhängig vom Nil. Nach dem Nilwasser-Abkommen von 1959 können der Sudan über 18,5 Milliarden Kubikmeter und Ägypten über 55,5 Milliarden Kubikmeter Wasser im Jahr verfügen. Noch reichen diese Kapazitäten aus, um die Landwirtschaft beider Länder mit ausreichend Wasser zu versorgen. Nach offiziellen Angaben sind jedoch die Grenzen erreicht. Ehrgeizi-

ge Entwicklungspläne im unterbevölkerten Sudan, der mit Hilfe arabischer Ölgelder zum „Brotkorb Arabiens" ausgebaut werden soll, und die Bevölkerungsexplosion in Ägypten lassen den Wasserbedarf in Zukunft rasch ansteigen. Während zu Anfang des Jahrhudnerts jedem Ägypter noch 25 Kubikmeter Wasser pro Tag zur Verfügung standen, waren es im Jahr 1975 nur noch 4 Kubikmeter; und die Bevölkerung wächst weiter mit einer jährlichen Rate von 2 Prozent. Bis zum Ende der 80er Jahre sollen nach den Plänen der sudanesischen Regierung weitere 1,4 Millionen Hektar Land durch künstliche Bewässerung fruchtbar gemacht werden, wozu 12 Milliarden Kubikmeter Wasser erforderlich sind.
Die Regierungen malen das Schreckgespenst der Wasserknappheit und des Hungers. Die wirtschaftlichen Zwänge für das Kanal-Projekt scheinen unleugbar.
Angesichts dessen mutet Ägyptens Zugewinn an Wasser von nicht einmal 4 Prozent, die seiner Landwirtschaft aus dem Kanal-Projekt zufallen, als verschwindend gering an. Überhaupt haben beide Länder bei der Nutzung des Nilwassers in der Vergangenheit eine wenig glückliche planerische Hand bewiesen. Der Nasserstausee, früher: Assuanstausee genannt, der einst die Bewässerungsprobleme Ägyptens lösen sollte, erweist sich immer mehr als eine gigantische Fehlspekulation. Vor kanpp 20 Jahren war mit seiner Füllung begonnen worden, bis heute ist er noch nicht voll. Auf dem 150 km langen See verliert die ägyptische Landwirtschaft jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Wasser durch Verdunstung – fast 20 Prozent der ihr zustehenden Wassermenge aus dem Nil. Auch Analysen der sudanesischen Bewässerungssysteme haben erbracht, daß das Wasser dort kaum effektiv genutzt wird.

Die Kritiker: eine ökologische Katastrophe

Bei der Planung des Nasser-Stausees waren damals keine Untersuchungen über mögliche Folgewirkungen angestellt worden. Anders beim Jonglei-Kanal: Die Planer können heute auf eine fast 80-jährige Projektgeschichte zurückblicken. Erste Konzepte zu einer umfassenden Regulierung der Nilfluten hatten britische Kolonisatoren zu Beginn des Jahrhunderts entworfen. Schließlich legten sie 1954 eine umfangreiche Studie vor, die in fünf Bänden die Voruntersuchungen zusammenfaßte. Seit der Wiederaufnahme des Projekts Anfang der 70er Jahre hat die sudanesische Regierung weitere Einzeluntersuchungen durchführen lassen.
Dieser langen Planungsgeschichte rühmt sich die Regierung heute. Doch waren es 1954 nicht nur politische Gründe, wie die Unabhängigkeit des Sudan, das Ausbrechen des Südsudankonfliktes und die Revolution in Ägypten, welche die Briten abhielten das Kanal-Projekt zu verwirklichen.
Gestützt hauptsächlich auf die Ergebnisse jener britischen Studie von 1954 sehen die heutigen Kritiker des Projekts eine gigantische ökologische und wirtschaftliche Katastrophe heraufziehen. Zur gleichen Zeit als 1977 in Nairobi eine UN-Konferenz tagte, die das Vordringen der Wüsten in Afrika zum Thema hatte, beschworen verschiedene Wissenschaftler und eine Gruppe internationaler Ökologen des Environment Liason Centre (Nairobi) auf einer Pressekonferenz die Gefahren des Kanals: Durch den verminderten Zufluß von Nilwasser zum Sudd werde der Grundwasserspiegel weit in die Sahelzone absinken; noch sprudelnde Quellen im Nordsudan werden versiegen, fruchtbare Grasländer im Norden Kenias und Ugandas versteppen. Da auch weniger Wasser über dem Sudd verdunsten kann, seien negative Klimaveränderungen für die gesamte Region zu erwarten. In wenigen Jahren werde der Sahel bis zu den heutigen Regenwäldern im Kongo-Becken vorgedrungen sein.

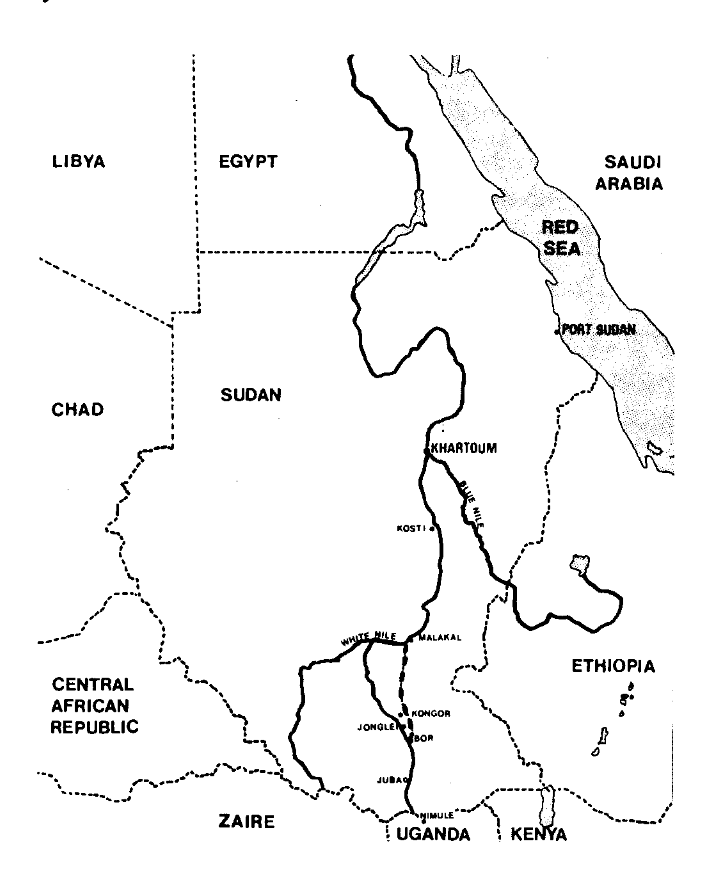
Mit aller Sicherheit aber wird der Kanal das Leben in dem von der industriellen Zivilisation fast unberührten Sudd verändern. Dieses einzigartige Feuchtgebiet wird kleiner werden. Bedroht sind nicht nur die reichen, bisher kaum genutzten Fischgründe und die zahllosen Herden afrikanischen Groß- und Kleinwildes. Gefährdet ist auch die Lebensgrundlage für mehrere nilotische Völker, die sich den besonderen ökologischen Bedingungen des Sudd angepaßt haben.
Zwischen 400 000 und 1 Million Shilluk, Dinka und Nuer leben im Bereich des Sudd. Wie viele es tatsächlich sind, vermag niemand zu sagen. In dem unwegsamen Gebiet entziehen sie sich nahezu jeder staatlichen Kontrolle. Die körperliche Größe der Nuer und Dinka, von oftmals bis zu 2 Metern, ihr Stolz und „Konservativismus" haben sie einst den Briten in ihrer rassistischen Kolonialromantik zum wahrhaftigen Sinnbild des „edlen Wilden" werden lassen. Ethnologen entdeckten in ihnen das Beispiel einer organisierten Gesellschaft, die ohne institutionalisierte Herrschaft, ohne einen staatlichen Zwangsapparat auskommt. Mit ihren in die Millionen zählenden Rindern folgen die Niloten dem Rhythmus der jahreszeitlich wechselnden Fluten des Nils an den Rändern des Sudd. Neben den Rindern bilden saisonaler Ackerbau, Jagd und Fischfang ihre Ernährungsgrundlage.
Aufgrund all dieser weitreichenden Befürchtungen forderte 1977 jene Umweltorganisation in Nairobi ein UN-Moratorium über den Jonglei-Kanal. Vergeblich. Der Warnruf stieß auf taube Ohren. Unbeeindruckt begannen 1978 die Bauarbeiten. Auch als im Oktober 1982 die altehrwürdige Royal Geographical Society in London, jene britisch-imperiale Institution der Forscher und Kolonial-Entdecker, eine Konferenz zu den „Auswirkungen des Jonglei-Kanals im Sudan" veranstaltet hat, waren die Kritiker auf der Vortragsliste nicht zu finden. Es sprachen nur die Repräsentanten der sudanesischen Planungsbehörden und ein paar internationale Experten, die einst oder noch immer im Sold der Behörden gestanden sind. Vielleicht war es einfach als überflüssig erachtet worden, die Kritiker noch zu hören, war doch mit dem Bau schon längst begonnen worden. Und natürlich übten sich die Experten in der vorgeschriebenen Bedachtsamkeit, wie es die wissenschaftliche Zunft will – doch zu entschiedenen Einwänden führte dies nicht. Wer beschmutzt auch schon das Brot, das ihn redlich nähret. Allein die Fragen und Anmerkungen einiger Südsudanesen im honorigen Auditorium wiesen darauf hin, daß es überhaupt Probleme um den Kanal geben könnte, und daß es im Südsudan eine im Geheimen operierende Opposition gegen das Projekt gibt.

Die Regierung setzt sich über alle Bedenken hinweg

So werden denn auch die Befürchtungen der Ökologen von den sudanesischen Behörden als reine „Spekulationen" abgetan. Ihr zentrales Argument ist heute, daß sich das gegenwärtige Projekt von dem 1954 geplanten unterscheidet: der Kanal wird eine weit geringere Wassermenge führen – 20 Millionen Kubikmeter anstelle der damals vorgesehenen 55 Millionen. Damit seien den problematischen Ergebnissen der Studie von 1954, auf die sich die Kritiker beziehen, ohnehin die Grundlage entzogen. Verwiesen wird außerdem auf die in den letzten Jahren durchgeführten Ergänzungsuntersuchungen. So erklärte Sayed Bakheit Mekki, der Vorsitzende der „Gemeinsamen technischen Kommission für die Nilwasser", daß ein Absinken des Grundwassers im Nordsudan bis hin zum Sahel kaum zu erwarten sei; auch werde es keine entscheidenden klimati-

schen Veränderungen geben, denn die Verdunstung über dem Sudd habe keinen Einfluß auf die Regenfälle der Region.
Die sudanesische Regierung weiß indessen, daß es im Sudd selbst zu Veränderungen kommen wird. Das wird in Kauf genommen. Mehr noch, den letzten Untersuchungen zufolge soll der Kanal sogar noch nutzbringend für die Bevölkerung dort sein. Denn der Sudd hatte sich zu Anfang der 60er Jahre, hervorgerufen durch außerordentlich starke Regenfälle in Ostafrika, vergrößert und bis dahin bewirtschaftetes Land überflutet. Obwohl sich die Niederschläge seither wieder normalisiert haben, sind die Nilfluten im Sudd kaum geringer geworden. Der Kanal soll nun den Sudd wieder auf seine normale Ausdehnung zusammenschrumpfen lassen. Was aber geschehen wird, wenn die Nilwasser einmal wieder zu ihrem normalen Umfang zurückkehren – darüber wurden keine Erwägungen angestellt. Ohnehin ist das ökologische System des Sudd noch gänzlich unerforscht; niemand weiß, was sich im Inneren des riesigen Feuchtgebietes eigentlich abspielt. Die noch laufenden Untersuchungen beschränken sich im wesentlichen auf die Messung der Ein- und Abflußmengen des Nils, und werden von Vertretern des Environment Liason Centre als „kosmetische Ermittlungen" bezeichnet (Die Zeit, 11.3.77). In Sudanow, dem halbamtlichen Auslandsjournal der sudanesischen Regierung, wurde 1977 schließlich eingeräumt, daß über die Konsequenzen, die der Jonglei-Kanal haben wird, letztlich nichts anderes als „informierte Schätzungen" möglich sind (Sudanow, 6, 1977; S. 8).
Neben ökologischen Fragen wirft das Kanal-Projekt aber auch eine Reihe politischer und sozialer Probleme auf. Bereits 1974 war es in Juba, der Regionalhauptstadt des Südsudan zu blutigen Unruhen gekommen. Der Anlaß waren Gerüchte, daß in der Kanalzone 2 Millionen Ägypter oder Nordsudanesen angesiedelt werden sollten. Wie begründet diese Gerüchte waren, ist damals unklar geblieben. Die Regierung in Khartoum beeilte sich jedenfalls, die Existenz solcher Pläne kategorisch zu verneinen. Daß es aber allein aufgrund von „Gerüchten" zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Südsudanesen und den staatlichen Ordnungskräften kommen konnte, zeigte, wie angespannt die heiklen Beziehungen zwischen Nord- und Südsudanesen noch immer waren. Zwar hatte der Südsudan nach mehr als 10-jährigem Sezessionskrieg 1972 die innere Autonomie erhalten, doch die Entwicklung des Landes wurde weiterhin zugunsten des Nordens vernachlässigt. Als vor einigen Jahren an der Nordgrenze der Südregion Ölfelder entdeckt wurden, plante die von Nordsudanern beherrschte Zentralregierung in Khartoum die Raffinerieanlagen bei Kasti auf nordsudanesischem Territorium zu bauen. Die Gewinne aus dem Öl waren dann vor allem dem Norden zugute gekommen.
Nach heftigen Protesten der Südsudanesen, die sich wieder hintergangen fühlten, wurde schließlich beschlossen, überhaupt keine Raffinerie zu bauen. Stattdessen wird jetzt eine neue Pipeline von den Ölfeldern an die Küste des Roten Meeres verlegt, wo das Rohöl unverarbeitet verkauft werden soll.
Auch Pläne für eine islamische Verfassung weckten im nicht-islamischen Süden nur neues Mißtrauen gegenüber den Absichten des Nordens. Es sind nicht wenige Südsudanesen, die in dem Kanalprojekt nur einen weiteren Versuch der Nordsudanesen zur „inneren Kolonisation" des Südens sehen. Sie fürchten, daß der Kanal allein dem Norden helfen werde, der Süden aber die Schäden und Kosten tragen muß Tatsächlich gingen ursprünglich alle Überlegungen davon aus, mit Hilfe des Kanals Wasser für die Felder des Nordens und Ägyptens zu gewinnen.

Welchen Umfang die südsudanesische Opposition tatsächlich hat, läßt sich kaum bestimmen. Zu dürftig fließen die Informationen aus dem Süden in die Außenwelt. Von einer organisierten Opposition konnte die internationale Presse jedenfalls noch nichts berichten.



Die Entwicklung mit dem „Stock"

Im Rahmen der Strategie, den Sudan zum „Brotkorb Arabiens" auszubauen, kommt dem fruchtbaren, aber noch wenig entwickelten Südsudan eine wichtige Bedeutung zu. Der Jonglei-Kanal wird in den Plänen der Regierung als ein zentrales Instrument der wirtschaftlichen Erschließung der Region angesehen. Er wird die Schiffsverbindung zwischen Khartoum und Juba entscheidend verkürzen und erleichtern. Eine Allwetter-Straße entlang des Kanals, verbunden mit einem Netz von Nebenstraßen, soll noch bestehende Transportprobleme beseitigen, und den Süden mit den Märkten des Nordens verbinden. Die Regierung in Khartoum propagiert den Kanal deshalb auch als ein Mittel zur nationalen Integration. Denn in ihren Augen hat nicht zuletzt der Sudd als eine natürliche Barriere die politische und kulturelle Kommunikation zwischen den beiden so unterschiedlichen Landesteilen erheblich beeinträchtigt. Die südsudanesische Opposition gegen diese weitreichenden Entwicklungspläne wird von der Regierung als „böswillige Propaganda", als ausländische Agitation gebrandmarkt. Von britischen Ethnologen und Kolonialbeamten waren gerade die Niloten als „konservativ", als resistent gegen „Entwicklung", gegen fremde Einflußnahme bewundert worden. So verkündete nach den Unruhen von 1974 der damalige sudanesische Vizepräsident, Abel Alier, selbst ein Südsudanese, vor der Regionalversammlung in Juba: „Und wenn wir unser Volk mit Stöcken ins Paradies treiben müssen, so werden wir dies tun."(Earthscan, S. 30)
Die bisherige Entwicklungspolitik der Regierung hat jedoch kaum einem Sudanesen zum Paradies verholfen – jedenfalls nicht zu einem diesseitigen.
Trotz reichlich fließender Entwicklungsgelder aus westli-

chen Industriestaaten und aus arabischen Ländern ist der Sudan mit seiner vom Weltmarkt abhängigen Wirtschaft immer noch eines der ärmsten Länder der Erde. Die eingeschlagene Entwicklungsstrategie, die auf zweifelhafte Großprojekte einer mechanisierten Landwirtschaft setzt, hat der breiten Bevölkerung kaum geholfen. Eher im Gegenteil. Viele der kapitalintensiven Großprojekte benötigen immer neue Finanzspritzen, um endlich funktionsfähig und selbsttragend zu werden. Weder konnte die angestrebte Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln noch das Ziel, die Landwirtschaft zum devisenbringenden Exportsektor auszubauen, erreicht werden. Auch wenn dies sicherlich nicht allein der sudanesischen Regierung anzulasten ist, müssen heute mehr Nahrungsmittel als je zuvor importiert werden, und bei einigen Grundnahrungsmitteln, wie Zucker, kommt es häufig zu Engpässen und in deren Gefolge zu Unruhen. Seit Jahren schon ist der Staat praktisch bankrott.
Entwicklungsexperten einer niederländischen Consulting, die im Bereich des Jonglei-Kanals mit landwirtschaftlichen Versuchsprojekten beauftragt sind, warnen eindringlich davor, ähnlich zweifelhafte Großprojekte wie im Norden durchzuführen. Mit Hilfe eines zusätzlichen Bewässerungskanals sollen dort 81.000 Hektar Land ganzjährig nutzbar gemacht werden. So hatte man sich schon seit mehreren Jahren mit Versuchen für ein mechanisiertes Großprojekt mit Traktoren beschäftigt. Erst als diese Hoffnungen an technischen Schwierigkeiten gescheitert waren – die Böden waren einfach ungeeignet –, hatte man mit kleinbäuerlichen Pilotprojekten und einer „integrierten Entwicklung" zu experimentieren begonnen, die der ansässigen Bevölkerung und ihrer Wirtschaftsweise entgegenkommen soll.
Welchen Weg die geplante Entwicklung in der Kanalzone schließlich einschlagen wird, ob er an der Bevölkerung vorbeigehen wird oder nicht, das bleibt der politischen Entscheidung der Regierung vorbehalten, auf die die niederländischen Experten wenig Einfluß haben. Die offiziellen Stellungnahmen dazu sind bisher widersprüchlich gewesen. Die aus der Vergangenheit bekannte Neigung der sudanesischen Planungsbehörden und ihrer ausländischen Finanziers zu einer gewissen 'Gigantomanie' (NZZ, 6.5.1977) läßt indessen befürchten, daß es zu einer sogenannten „angepaßten Entwicklung" in der Kanalzone nicht kommen wird. So hat sich der Großanbau von Reis, der erst vor kurzem in die Region eingeführt wurde, nach den ersten Versuchen als vielversprechend erwiesen. Die hohen Kosten des Projekts, die 1975 auf 175 Millionen US-Dollar veranschlagt waren, während man heute schon mit 200 Millionen Dollar rechnet, will die Regierung bald wieder eingebracht haben. Sie kalkuliert, mit dem Wasser des Kanals soviel landwirtschaftliche Fläche zusätzlich bewässern zu können, daß aus dem Projekt jährlich 160 Millionen US-Dollar zurückfließen werden. Wenn sich aber nur ein Teil jener Befürchtungen der Kritiker bewahrheiten wird, kann sich der erwartete Gewinn allein durch den Verlust an landwirtschaftlichen Nutzflächen rasch in sein Gegenteil verwandeln. Die Regierung nimmt das Risiko einer ökologischen Katastrophe und eines finanziellen Desasters in Kauf – zu tragen hat es letztendlich die Bevölkerung im Südsudan und im schlimmsten Falle auch die Menschen in benachbarten Staaten.
So mag es vielleicht nur wie eine geschichtliche Ironie anmuten, wenn heute die von der UNO unterstützte internationale Entwicklungsorganisation Earthscan in London vor einer weltweiten Ausdehnung der Trockenzonen, insbesondere vor der dramatischen Situation in der Sahel-Zone warnt, und vom Versagen der Politiker spricht – denn es war auch Earthscan, die 1977 in einer umfangreichen Dokumentation für die Presse der sudanesischen Regierung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit assistierte und trotz der unbestreitbaren Risiken und Unwägbarkeiten den Bau des Jonglei-Kanals befürwortete.

Gero A. Erdmann

Quellen

The Jonglei Canal, Earthscan Press Briefing, Doc. No. 8, London 1978
Jonglei Canal. A Development Project in the Sudan. Executive Organ of the National Council for the Development of the Jonglei Canal Area. Khartoum 1982
The Jonglei Question, in: Sudanow, 6, 1977
Jonglei Canal will shrink the Sudan down to size, in: The Guardian, 1.10.1982
The Impact of the Jonglei Canal in the Sudan. Conference of the Royal Geographical Society, London, 5.12.1982
Millionen werden für einen ägyptischen Kanal sterben, Die Zeit, 11.3.77
NZZ, 6.5.1977; 22.3.78

FRAUEN

Palästinensische Frauen – Der alltägliche Kampf

Literatur zum Palästina-Konflikt gibt es mittlerweile in Hülle und Fülle, doch – wen wundert's – von Frauen ist dort nur selten die Rede. Ingeborg Kossmann und Lukrezia Scharenberg haben Neuland betreten, als die gemeinsam mit anderen deutschen Frauen begannen, ihre Erfahrungen und Gespräche mit Palästinenserinnen aufzuschreiben und sich mit der Haltung der PLO zur Frauenfrage kritisch auseinanderzusetzen. Gleich bei Erscheinen des Buches im Frühjahr 1982 kam es in Solidaritätskomitees zu heftigen Auseinandersetzungen. In der bisherigen Diskussion waren lediglich einige wenige Palästinenserinnen wie etwa Leila Khaled – mit der Waffe in der Hand – zu Symbolen der Frauenbefreiung erhoben worden. Doch die Herausgeberinnen räumen gründlich auf mit der Vorstellung, daß das Bild der jungen, emanzipierten Fedayia dem alltäglichen Kampf der palästinensischen Frauen entspricht.
Im Mittelpunkt des Buches stehen die Palästinenserinnen in den Flüchtlingslagern im Libanon, die unter der ständigen Bedrohung durch israelische Bombardements versuchen, den Alltag zu organisieren und Schritt für Schritt an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen arbeiten. Der quälende Zweifel, „ob das, was wir aufbauen, stehen bleiben kann", sollte durch die israelische Invasion im Sommer 1982 grausam bestätigt werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches liegt auf der Entstehung einer Frauenbewegung in den besetzten Gebieten, die in der Frage der Geschlechterbeziehungen viel radikaler Position bezieht als die Frauenorganisationen außerhalb. Daneben beschäftigen sich die Autorinnen mit der Lage der palästinensischen Emigrant/inn/en in der BRD und speziell in Westberlin.
Die an dem Buch beteiligten deutschen Frauen sind durch längere Aufenthalte in arabischen Ländern (teilweise bis zu fünf Jahren) mit den Lebensverhältnissen der Palästinenserinnen vertraut geworden. Durch das Leben in palästinensischen Flüchtlingslagern und Großfamilien, durch die Arbeit in ambulanten Krankenstationen und Frauenprojekten, durch persönliche Freundschaften und intensive Gespräche entwickelten die „Ausländerinnen" ein Gespür für die drängendsten palästinensischen Frauenfragen. Die deutschen Autorinnen versuchen, jeweils ihren eigenen westlich-feministischen Erfahrungshintergrund selbstkritisch zu reflektieren. Inwieweit dennoch die „eurozentrierte" Sichtweise zu stark durchschlägt – ein Urteil, das arabische Frauen aus meinem Bekanntenkreis über das Buch gefällt haben – darüber könnte eine palästinensische Rezensentin besser befinden.
Die Gespräche und Schilderungen kreisen um den Arbeitstag der Frauen, die Ehe und die Kinder, die Möglichkeiten der Frauen, sich politisch zu engagieren. In dazwischengeschalteten Analysen greifen die Herausgeberinnen diese Problemkreise auf, tragen Hintergrundinformationen zusammen und ziehen Schlußfolgerungen auf die Frauenpolitik der PLO und ihrer Institutionen. Das Buch lebt aus der Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit der Eindrücke, die sich aus den Erlebnisberichten, Analysen und Interviews der deutschen und palästinensischen Frauen ergeben.

Im Libanon vor der israelischen Invasion

Die Flüchtlingsfamilien im Libanon und vor allem die Männer haben sich, nachdem sie ihre Heimat Palästina verloren hatten, sehr streng an die dörflichen, familiären Sozialbeziehungen und die damit verbundenen patriarchalischen Traditionen geklammert. Nur langsam erobern sich die jungen Mädchen und Frauen Freiräume. Die Familienehre gilt noch immer als höchster Wert. Im Namen der „Ehre" werden die Frauen einer strikten sexuellen Kontrolle unterworfen (Jungfräulichkeit und Monogamie) und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Eltern verbieten ihren Töchtern politische Aktivitäten nicht nur aus Angst, sie könnten dabei mit Männern in Kontakt kommen, sondern auch aus der Befürchtung heraus, die jungen Frauen könnten den brutalen Soldaten und Milizionären in die Hände fallen und die gesamte Familie in „Schande" stürzen. Junge Palästinenserinnen verheimlichen ihren Eltern daher sowohl freundschaftliche Beziehungen zu Männern als auch politisches Engagement. Die Eltern arrangieren die Heiraten, dabei gestehen viele ihren Töchtern heute ein Vetorecht zu. Verwandtschaftsehen – mit dem Ziel, den Zusammenhalt der Familie bzw. des Familienclans zu bewahren – sind häufig; die Angst vor Scheidung ist weit verbreitet, gerade bei den Frauen, deren Männer ins Ausland emigrieren.

Über das Leben in der palästinensischen Großfamilie findet sich in dem Buch ein breites Spektrum von Einschätzungen. Deutsche Frauen berichten, wie wohltuend sie den abgeschlossenen weiblichen Lebens- und Arbeitszusammenhang innerhalb der Familien, die „Frauenwelt", empfanden („So etwas wie Unterdrückung habe ich nicht gespürt, sondern eher Anerkennung für meine Arbeit"). Andererseits erzählen Palästinenserinnen von ihrem Wunsch, einmal ohne ständigen verwandtschaftlichen Anhang und Kontrolle in einer Kleinfamilie zu leben; sie beklagen die arabisch-patriarchalischen Traditionen ihrer Gesellschaft.
In allen Beiträgen kommt die Überstrapazierung der Frauen zum Ausdruck („Die Frau trägt zwei Drittel der Pflichten, der Mann trägt den Rest"). Mehr als zehn Kinder sind in den palästinensischen Familien keine Seltenheit; seit dem Ende des britischen Mandats hat die palästinensische Bevölkerung eine der höchsten Wachstumsraten der Welt. Doch nur für eine Minderheit von Kindern stehen Kindergartenplätze zur Verfügung. Die Herausgeberinnen kommen zu dem Schluß, daß sich die Bemühungen der PLO – als einer der finanzstärksten Befreiungsorganisationen – um die soziale und technische Infrastruktur in den Lagern, die den Frauen ihre häusliche Last erleichtern könnte, ausgesprochen dürftig ausnehmen. Palästinenserinnen werfen ihrer nationalen Führung vor, so nicht einmal die Grundvoraussetzungen für eine Teilnahme der Frauen und Mütter an der Revolution zu schaffen.
Ingeborg Kossmann und Lukrezia Scharenberg stießen auf ein zusätzliches Problem, als sie in einem Krankenhaus der

gesundheitlichen Schädigungen gewahr wurden, die sich palästinensische Patientinnen bei mißglückten Abtreibungen zugezogen hatten. Sie gingen der Frage weiter nach und erfuhren, daß Abtreibungen im Palästinensischen Roten Halbmond, der Gesundheitsorganisation der PLO, strengstens verboten, und daß mittellose Frauen, die sich nicht an teure libanesische Ärzte wenden können, auf eigene, teilweise gefährliche Praktiken angewiesen sind. Der Bereich der Familienplanung ist am stärksten mit Tabus behaftet, obwohl – nach Erfahrung der deutschen Frauen – Palästinenserinnen in den Mütterberatungsstellen sich immer häufiger für weniger Kinder und kleinere Familien aussprechen. In den Augen der Herausgeberinnen fällt die PLO in punkto Familienpolitik hinter die damalige Regierung des Libanon und die einiger anderer arabischer Länder zurück, in denen Geburtenkontrolle und Abtreibung legalisiert worden sind.
Mit der politischen und sozialen Arbeit unter den palästinensischen Frauen im Libanon ist hauptsächlich die Frauenunion befaßt, die – 1965 als Institution innerhalb der PLO gegründet – für sich in Anspruch nimmt, für alle Palästinenserinnen zu sprechen; ihre Mitglieder gehören fast alle gleichzeitig einer der politischen Organisationen an. Daneben gibt es Frauenkomitees, die direkt den einzelnen Widerstandsorganisationen angegliedert sind, miteinander um Einfluß unter den Frauen zu konkurrieren, sich aber kaum in der praktischen Arbeit unterscheiden. Aktiv sind hier meist jüngere, unverheiratete Frauen und Studentinnen, die in den Lagern Frauenzentren eröffnen, politische Diskussionen und Müttertreffs veranstalten, sowie Stickereiprojekte und Schreibmaschinenkurse initiieren, um den Frauen Erwerbsquellen zu erschließen. Frauen, die von ihren Ehemännern oder Vätern am außerhäuslichen Engagement gehindert werden, erhalten von den Frauenorganisationen bisher keine Rückendeckung. Die Frauenunion und auch die Komitees bewegen sich eng im Rahmen eines Programms zur nationalen Befreiung; soziale und Frauenfragen wie Emanzipation, Frauenarbeit und Geburtenkontrolle werden – wenn überhaupt – nur äußerst zaghaft und vorsichtig angegangen. Aktive Frauen befürchten, ansonsten in den Lagern nicht mehr akzeptiert zu werden und jegliche Einflußmöglichkeiten und Vertrauensbasis zu verlieren.

Allerdings scheuen sich exponierte Vertreterinnen der Frauenunion nicht, in öffentlichen Stellungnahmen die Unterdrückung der Frau in der palästinensischen Gesellschaft und Nationalbewegung schonungslos anzuprangern. Die Vorsitzende der Frauenunion, die Dichterin May Sayegh, veröffentlichte eine Schrift zur Frauenfrage, in der sie scharf mit der Frauenpolitik sowohl ihrer eigenen Organisation als auch der PLO insgesamt ins Gericht geht. Sie fragt nach der Glaubwürdigkeit des Konzepts eines demokratischen, säkularen Staates, demzufolge zwar die Diskriminierung aufgrund der Rasse und Religion aufgehoben werden, aber allem Anschein nach die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts weiterhin völlig unangetastet bleiben solle. Die Revolution habe die Frauen nicht organisiert, sondern höchstens in Kriegs- und Krisenzeiten mobilisiert und danach wieder nach Hause geschickt. Schon auf dem ersten palästinensischen Nationalkongreß 1964 sei die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am nationalen Kampf postuliert, aber seit diesem Tag keinen Schritt vorangetrieben worden. Frauen sei eine wirksame Teilnahme in den Institutionen, geschweige denn in den Führungspositionen versagt geblieben. Im Nationalrat seien von 300 Mitgliedern nur 12 weiblichen Geschlechts (alle Repräsentantinnen der Frauenunion), allein dieses Zahlenverhältnis offenbare die reaktionäre ideologische Position der Männer in der Revolution. Doch die Appelle von May Sayegh an die Einsicht der PLO-Männer haben nicht gefruchtet: Auf dem letzten Nationalrat im Februar '83 – wegen seiner offenen demokratischen Aussprachen allseits gelobt – wurde die Forderung nach Aufnahme zehn zusätzlicher Frauen ohne Diskussion vom Tisch gefegt. (1) Hierbei hat sicher nicht nur eine Rolle gespielt, daß diese Frauen – als Angehörige der Volksfront und der Demokratischen Front – der tonangebenden Fatah-Mehrheit nicht ins politische Konzept paßen.
Für die Herausgeberinnen ist die Behandlung bzw. die Nichtbehandlung der Frauenfrage in der PLO Ausdruck der Vernachlässigung der sozialen Frage überhaupt. Hinzu kommt ihrer Ansicht nach, daß in der palästinensischen Widerstandsbewegung tendenziell Selbstorganisation und Eigenaktivität der Bevölkerung zurücktreten hinter eine Massenloyalität gegenüber der PLO. Ingeborg Kossmann und Lukrezia Scharenberg beantworten die Frage, welche Aufgaben und Rolle die palästinensischen Organisationen den Frauen zugedacht haben, folgendermaßen: „Im wesentlichen bleibt die Funktion der Frau in der palästinensischen Gesellschaft die der Mutter, der Gebärerin der zukünftigen ‚Generation des Sieges' und der Hausfrau . . . Kurz, die Frau bleibt Hinterland der Revolution". Die militärische Ausbildung von Frauen werde kontinuierlich abgebaut, und auf den militärischen Basen sei kein Bewußtsein gegenüber dem Frauenproblem vorhanden. Die Frage, ob es sich beim Kindergebären um einen Beitrag zur Befreiung handelt, ist sehr umstritten angesichts der ständig drohenden Vernichtung des palästinensischen Volkes. Die Herausgeberinnen beziehen eindeutig dagegen Stellung, der biologischen Funktion der Frau nationale Bedeutung beizumessen und damit die Mehrbelastung der Frauen zu negieren. Leider kommen zu dieser heiklen und existenziellen Frage die betroffenen palästinensischen Frauen und Mütter selbst nicht ausführlich zu Wort.
Hier liegt eine Schwäche des Buches; meiner Einschätzung nach konzentrieren sich die Herausgeberinnen tendenziell zu sehr auf die ‚Abrechnung' mit der ‚chauvinistischen' PLO und vernachlässigen es darüber, noch differenzierter und einfühlsamer die widersprüchliche Realität des ‚alltäglichen Kampfes' der Palästinenserinnen in Erfahrung zu bringen. Auch greift der Ansatz zu kurz, die familiäre Stellung der palästinensischen Frauen und die Bedeutung des Konzepts der Familienehre vorwiegend mit Hilfe des Korans zu erklären; hier würde vermutlich eine Analyse der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der spezifischen Reproduktionsverhältnisse im ‚historischen Palästina' mehr Klarheit schaffen.



In der Westbank

Im Vergleich zu den Frauenorganisationen im Libanon hat sich die Frauenbewegung in der Westbank stärker radikalisiert, wie auch überhaupt der soziale Umwandlungsprozeß der palästinensischen Gesellschaft am weitesten in den besetzten Gebieten fortgeschritten ist. Hier finden sich zum einen noch Frauenwohlfahrtsorganisationen, deren Tradition aus der osmanischen und der Mandatszeit herrührt, und zum anderen neue palästinensische Frauenkomitees, die über den herkömmlichen, weitgehend karitativen Ansatz hinausgehen. (2)
Anfang des 20. Jahrhunderts hatten palästinensische Frauen aus führenden städtischen Familien, die einzigen, die über eine Schulbildung verfügten, wohltätige Frauenvereinigungen gegründet. Für diese Palästinenserinnen, deren Leben durch eine starke Seklusion geprägt war, bedeutete Sozialarbeit unter Frauen den einzigen gesellschaftlich respektierten und gangbaren Weg, um am öffentlichen Leben teilzunehmen. Mit dem Aufkommen der Nationalbewegung in der Mandatszeit orientierten die Frauen ihre Aktivitäten zunehmend an der nationalen Problematik. Sie organisierten Frauenkongresse und spektakuläre Demonstrationen gegen die zionistische Kolonisierung und die britische Mandatsverwaltung, verteilten Flugblätter und verfaßten internationale Protestbriefe, pflegten die Verwundeten und unterstützten die Familien der Märtyrer. Die Tätigkeit der Frauen erforderte angesichts der eskalierenden Auseinandersetzungen hohen persönlichen Mut und Einsatz. In der Westbank gab und gibt es einen spezifischen umgangssprachlichen Ausdruck für die sozial und politisch aktiven Frauen, die sich durch eine starke Persönlichkeit und führenden Familienstatus auszeichnen: „Shakhsiyat". Diese Frauenbewegung war auf die Städte konzentriert; die Shakhsiyat mit ihrem privilegierten familiären Hintergrund hatten keinen Bezug zu ihren „Schwestern", die mehrheitlich auf den Dörfern lebten und unter völlig anderen Bedingungen Widerstand leisteten.
Unter jordanischer Herrschaft übernahmen die Frauenwohlfahrtsorganisationen wichtige Versorgungsleistungen; sie unterhielten Waisen- und Altenhäuser, führten Gesundheitsprogramme durch und verteilten Lebensmittel. Als 1967 die israelischen Besatzer sämtliche öffentlichen jordanischen Einrichtungen mit Beschlag belegten, erwiesen sich die Frauenvereinigungen als die einzigen übrggebliebenen, handlungsfähigen palästinensischen Organisationen, die sich der drohenden Zerstörung der sozialen Infrastruktur durch die Besatzungsmacht entgegenstemmen konnten. Die Arbeit der Shakhsiyat erhielt zentrale Bedeutung im zivilen Widerstand. Sameeha S. Khalil, die mit straffer Hand die Frauenvereinigung von Al-Bireh führt, gilt als eine der kämpferischsten Frauenpersönlichkeiten der Westbank. (3) Sie saß fünfmal im Gefängnis und darf ihre Heimtstadt seit Jahren nicht verlassen. In Al-Bireh bei Ramallah ist aus der Eigeninitiative einiger mittelständischer Frauen ein riesiges Zentrum entstanden: „Ein dreistöckiges Gebäude mit 32 Räumen, 67 Beschäftigten . . . Es gibt auch eine Kindertagesstätte für berufstätige Mütter, 13 Bildungszentren in nahegelegenen Dörfern; Hilfe für 130 bedürftige Familien; eine Stiftung für die Kriegsopfer und die Kinder von Märtyrern und Gefangenen". Außerdem wird ca. 2000 Frauen aus den verarmten umliegenden Dörfern ein Lohneinkommen ermöglicht durch den Verkauf der von ihnen in mühseliger Heimarbeit hergestellten Stickereien.



Das „Women's Work Committee"

Mitte der 70er Jahre begannen junge, politisch bewußte Palästinenserinnen, Kritik an dem karitativen Charakter der etablierten Frauenorganisationen zu üben. Sie beanstandeten, daß diese Frauenvereinigungen ihre Aktivitäten noch immer vornehmlich auf die Städte konzentrieren, eng in die patriarchalischen Traditionen eingebunden bleiben, mit einem hierarchischen Apparat arbeiten und Frauen zu bloßen Empfängerinnen von Hilfeleistungen degradieren. 1978 gründete eine Gruppe aktiver Palästinenserinnen der jüngeren Generation in Ramallah das „Women's Work Committee". Diese Frauen setzten sich eine möglichst breite Mobilisierung der Frauen zum Ziel, sowohl in den Städten als auch in den Dörfern, Flüchtlingslagern und Fabriken.
Als sie ihre Arbeit in den Dörfern aufnahmen, waren sie teilweise selbst schockiert über die durch Analphabetismus, Überarbeitung und ökonomische Abhängigkeit geprägte Situation bäuerlicher Frauen. Sie bemühten sich zunächst, die Entfremdung und das Mißtrauen zwischen den Bäuerinnen und ihnen selbst als Städterinnen zu überwinden. Sie erkannten, daß es hier nicht um eine abstrakte Politisierung gehen konnte, sondern darum, die Frauen zu ermutigen, sich von einem Teil der Bürde des Alltags zu erleichtern und sich Schritt für Schritt neue Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Sie initiierten in den Dörfern und Flüchtlingslagern medizinische Ambulanzen, Kindergärten und Frauenzentren und konzentrierten sich auf Bildungsarbeit. Auch ermöglichten sie den Frauen, sich durch Stickereiarbeiten ein selbständiges Einkommen zu verschaffen, und entfalte-

ten zudem gewerkschaftliche Aktivitäten. Ihr Ziel war es, die Frauen zu weitergehenden, selbstbestimmteren Aktivitäten anzuregen und nicht nur die ökonomischen Bedingungen zu verbessern, sondern bewußtseinsbildend zu wirken. Innerhalb kürzester Zeit entstand überall in der Westbank eine Vielzahl von „basic committees", die durch gewählte Delegierte ihre Interessen in Regionalkomitees vertreten. Dabei ist es sehr schwer einzuschätzen, inwieweit sich etwa die Heimarbeitsprojekte der Frauenkomitees in ihrer Organisationsform von denen traditioneller Frauenvereinigungen unterscheiden und inwieweit generell die Frauen an der ‚Basis' Selbständigkeit und Unabhängigkeit erreicht haben gegenüber den mittelständisch-akademischen Initiatorinnen der Bewegung.
Von ihrem Programm her wollen die Frauen des „Women's Work Committee" nationale Befreiung und Frauenbefreiung verbinden. In einer Schrift zum internationalen Frauentag 1982 warnen sie davor, die Erfahrungen der Algerischen Revolution zu wiederholen und sich allein für nationale Ziele einspannen zu lassen. Sie rufen dazu auf, den Slogans der gesamten arabischen Linken zur Gleichberechtigung der Frau zu mißtrauen, sich nicht auf die Zeit nach der Revolution vertrösten zu lassen, sondern sich bereits jetzt für soziale Veränderungen einzusetzen und dabei nicht halt zu machen vor dem sogenannten persönlichen Bereich, dem Mann-Frau-Verhältnis. Wie aus einen Interview der Herausgeberinnen hervorgeht, setzen die ‚Komitee-Frauen' diese Vorstellung auch in die Tat um und unterstützen Frauen bei Schwierigkeiten mit Ehemännern. Generell haben in den Städten und größeren Ortschaften der Westbank die Frauen, die politisch sehr engagiert sind und/oder über einen hohen Bildungsstand verfügen, sich große Freiräume erkämpft, was Ehe und Familie angeht; beispielsweise bestehen viele von ihnen bei der Heirat auf ihrer eigenen Wahl. Die Frauen sind bei ihrer Arbeit starken Repressionen der Besatzungsmacht ausgesetzt, aktive Frauen werden verhaftet oder unter Hausarrest gestellt, Versammlungen verhindert und Büros geschlossen.
Seitdem die Journalistin und Wissenschaftlerin Rosemary Sayigh 1980 die Westbank besuchte und sich in ihren – von den Herausgeberinnen zum ersten Mal in deutscher Sprache veröffentlichten – „Begegnungen mit palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten" einen umfassenden Überblick über deren zahlreiche Aktivitäten verschaffte, haben sich einige neuere Entwicklungen ergeben. (5) 1981 kam es zu einer Spaltung des „Women's Work Committee"; Frauen, die ihren Schwerpunkt mehr in der Organisierung erwerbstätiger Frauen sahen, gründeten zusätzlich das „Working Women's Committee". 1982 wurden noch zwei weitere Frauenkomitees ins Leben gerufen. Doch – wie die Gründerinnen selbst anmerken – sind Unterschiede zwischen den mittlerweile vier Komitees weniger in der praktischen Arbeit als in der ideologischen Ausrichtung zu erkennen, so daß etwa – ähnlich wie im Libanon – in einem Flüchtlingslager drei Gruppierungen unabhängig voneinander und völlig unkoordiniert arbeiten, jeweils ein eigenes Frauenzentrum eröffnen und bei den Frauen nur noch Verwirrung hervorrufen sowie mittlerweile eine abschreckende Wirkung erzielen. „Während in der Vergangenheit Frauen aufgrund familiärer und örtlicher Macht miteinander konkurrierten, sind jüngere Frauen durch Parteienzugehörigkeit und Ideologie gespalten" – diese Einschätzung von Rosemary Sayigh hat sich (leider) als sehr realistisch erwiesen. Die Bewegung stagniert infolge Fraktionierung. Eine palästinensische Frau formuliert das Dilemma: „Die palästinensische Nationalbewegung – von Grund auf eine Bewegung der Männer – ist entlang ideologischer und sektiererischer Linien gespalten, aber die Frauenbewegung kann aufgrund der schwachen Stellung der Frauen unter der Besatzung nur vereint existieren". (6).

Im Libanon nach der Invasion

Heute sind die Palästinenserlager zum größten Teil nur noch Ruinen, die Strukturen und sozialen Einrichtungen der Frauenorganisationen von den Israelis restlos zerstört. (7) Die geflüchteten früheren Bewohner/innen kehren in die alten Lager zurück und versuchen, in provisorischen Schutt- und Wellblechbaracken das Überleben zu organisieren. Die palästinensische Bevölkerung im Südlibanon besteht hauptsächlich noch aus Frauen, Kindern und Greisen. Jungen und Männer gibt es dort kaum mehr. Einige von ihnen, vor allem Kämpfer der PLO, wurden gezwungen, die Gegend zu verlassen. Die anderen sind entweder getötet oder verhaftet, halten sich versteckt oder sind einfach verschwunden. Abgeschnitten von jeglichen finanziellen Unterstützungsleistungen auch durch die PLO, sind die meisten Frauen auf sich allein gestellt, um sich, die Kinder und die alten und die kranken Menschen durchzubringen. Einige couragierte Palästinenserinnen haben sich an den Wiederaufbau der Näh- und Stickereizentren gemacht; diese Einrichtungen erweisen sich heute mehr denn je als lebenswichtig, die Stickereiarbeit der Frauen ist etwa in dem Lager Bourj el Chemalj bei Tyrus momentan die einzige Unterhaltsquelle für Hunderte von Familien – so bescheiden der Verdienst auch sein mag.
Andere Frauen versuchen, in die Bekaa-Ebene oder nach Damaskus zu gelangen, um Gelder von dort lebenden Familienmitgliedern oder von PLO-Institutionen (z. B. Witwenrente) zu organisieren. Doch die Straßen sind unsicher und – insbesondere für palästinensische Frauen – regelrecht gefährlich geworden. Noch während des Krieges konnten die Palästinenserinnen, die nicht in dem Verdacht standen, militant zu sein, relativ unbehelligt von einer Zone des Libanon in die andere gelangen. Inzwischen müssen aber auch Frauen, nur weil sie für den Lebensunterhalt ihrer Familien sorgen wollen, mit Entführungen und Brutalitäten durch falangistische Milizen rechnen. Egal welchen Weg die Frauen nehmen, sie müssen Posten der Falangisten passieren. Zwei Grenzstationen sind besonders dafür berüchtigt, Palästinenserinnen illegal festzuhalten und ihnen – wie es eine Journalistin zynisch ausdrückte – einen „Wegzoll" (8) abzuverlangen: Die Frauen werden beraubt, brutal verhört und oftmals vergewaltigt. Mehrere hundert Frauen sind auf diese Weise unterwegs „verschwunden", manche werden schwerverletzt an den Straßenrändern wieder aufgefunden, andere in den Gefängnissen der Falangisten festgehalten. Abgesehen von purer sexueller Gewalttätigkeit und Bereicherungssucht, ist es das eigentliche Ziel der Falangisten, die Palästinenser/innen völlig von den auswärtigen Geldquellen abzuschneiden und den Druck auf die Emigration zu erhöhen.
Die meisten weiblichen Gefangenen werden als „Geiseln" benutzt: durch die Verhaftung der Frauen, von denen das Überleben der Familien abhängt, sollen die betreffenden Ehemänner, Brüder, Väter und Söhne gezwungen werden, sich freiwillig zu stellen oder – wenn sie bereits arrestiert sind – zu gestehen und zu kollaborieren.
Seit dem Beginn der Invasion sind eine Anzahl verhafteter Palästinenserinnen in Gefängnisse innerhalb Israels oder der besetzten Westbank verschleppt worden. Diese Frauen haben einen Hungerstreik begonnen, um zumindest den Besuch eines Rot-Kreuz-Vertreters durchzusetzen. Durch die Arbeit der israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer und der Gefangenenhilfsorganisationen wurde der Fall von Mariam Abdel Jelil publik. Diese dreißigjährige, in Sachen

Frauen aktive Palästinenserin wurde am 1. November 1982 ohne Angabe von Gründen von israelischen Soldaten verhaftet, zunächst im damaligen israelischen militärischen Hauptquartier in Tyrus verhört und gefoltert und dann in Neve Tirza – einem Frauengefängnis in Israel – eingekerkert. Als sie nach internationalen Protesten am 19. Januar wieder in den Libanon zurückgebracht wurde, war sie ein gebrochener Mensch. Freunde erkannten sie fast nicht wieder, sie sei nur noch ein Schatten ihrer selbst, völlig abgemagert, unfähig, überhaupt einen Willen zu äußern und zu kommunizieren. Sie war als Geisel genommen worden und hatte über Aktivitäten ihrer Brüder Auskunft geben sollen, wovon einer bereits in dem Gefangenenlager Al-Ansar eingepfercht ist und zwei andere als verschwunden gelten.

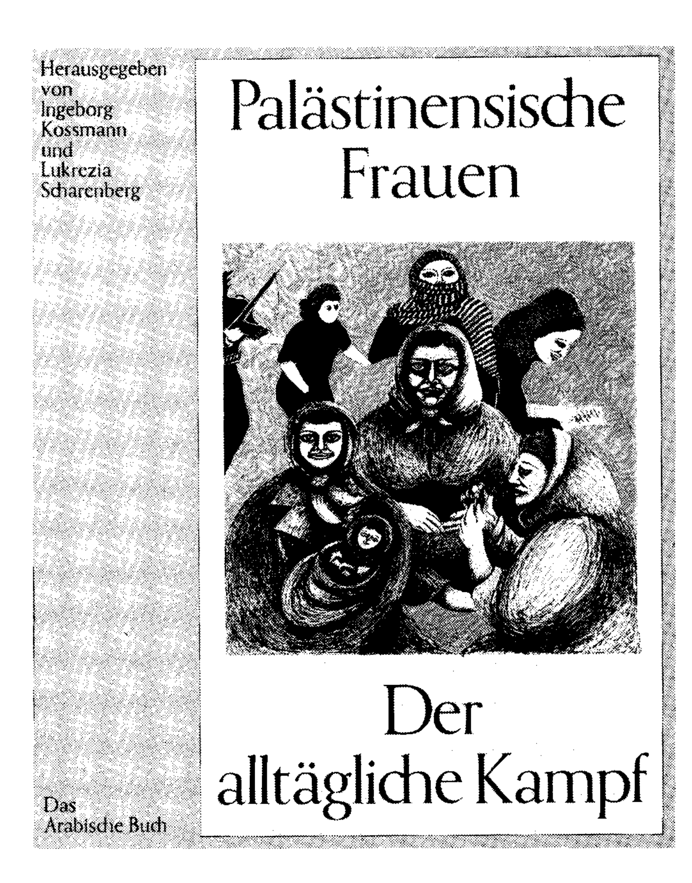
Die Familien der gefangenen und verschwundenen Personen organisieren sich. Frauen führen Demonstrationen und Trauermärsche durch und werden bei Behörden aktiv. Es ist sehr schwierig, die Gesamtzahl der Gefangenen zu ermitteln. Zwei amerikanische Journalisten, die sich längere Zeit in der Region aufgehalten haben, sprechen von 20.000 bis 30.000 eingesperrten Personen (vor einem Gefangenenaustausch). Sie berichten: „Die Frauen von Tyrus haben z. B. zwei Wochen Tag und Nacht damit zugebracht, die Zahl der Häftlinge zu errechnen, indem sie Frauen aus den Nachbardörfern und aus Tyrus in die Wohnung und das Arbeitszimmer des Bischofs G. Haddad schickten. Sie haben sich die Mühe gemacht, den Namen des Gefangenen, den Tag seiner Verhaftung, den Namen seines Vaters und seines Großvaters, das Alter usw. zu verzeichnen. Das ergab eine Liste von fast 16.000 Namen allein für die Region von Tyros". (9)

Die Israelis üben die völlige militärische Kontrolle im Süden aus. Die Verhaftungen gehen täglich weiter. Die Falangisten und die Haddad -Milizen kommen in die Lager und schießen auf die Menschen. Sie vergewaltigen die Frauen und plündern die wenige Habe. Auch die palästinensische Bevölkerung außerhalb der Lager wird malträtiert und gezwungen, ihre Häuser aufzugeben und in die Ruinen der Lager zu ziehen. Die Palästinenser/innen harren aus – ohne Schutz und ohne irgendwiegeartetete Garantie.

Auch wenn die Folgen des derzeit letzten israelischen Vernichtungsfeldzuges nicht mehr in dem Buch von Ingeborg Kossmann und Lukrezia Scharenberg nachzulesen sind, kann ich es allen Frauen und Männern zur Lektüre empfehlen, die sich für die Lage der palästinensischen Frauen und für den Charakter und die Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Widerstandsbewegung interessieren.

Barbara Debus

Das Buch von Ingeborg Kossmann u. Lukrezia Scharenberg (Hrsg.): „Der alltägliche Kampf" ist zu beziehen bei:
Das Arabische Buch, Wundtstr. 13–15, 1000 Berlin 19



Anmerkungen

1) Vgl. Reinhard Hesse: Die Palästinenser nach der Tagung des Nationalrats, in: taz 9.3.83
2) In die weitere Darstellung zur Frauenbewegung in der Westbank beziehe ich als zusätzliche Quelle eine erst kürzlich fertiggestellte Studie mit ein: Rita Giacaman: Palestinian Women and Development in the Occupied West Bank, unveröffentlichtes Manuskript, Birzeit 1982
3) Vgl. auch IKA – Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch, Nr. 17: Frauen in Palästina – Projekte, Interviews, Stuttgart 1981
4) Vgl. Women's Work Committees: Woman's Path, März 1982, auszugsweise abgedruckt in: Al Fajr, 12. 3. 82
5) Vgl. auch Daoud Kuttab: Growing Pains of the Palestinian Women's Movement, in: Al Fajr, 11.3.83
6) Ebenda.
7) Im folgenden beziehe ich mich auf:
   - Center of Information for the Defense of Palestinian Civilian Populations, Prisoners and Missing in Lebanon: Palestinian Women from Lebanon in Israeli Jails, Rom, Februar 1983
   - International Centre on Palestinian and Lebanese Prisoners, deported and missing Persons: Newsletter Nr. 5, Paris, Februar 1983
   - medico international: rundschreiben 1/83, Frankfurt 1983
8) Vgl. Lina Mansour: Femmes ‚otages', in: afrique-asie Nr. 292, 1983
9) Mye Shone, R. Schoenemann: Die israelische Verantwortung, Interview in: Palestine 4/83, abgedruckt in: Palästina Bulletin 15. 4. 83.

BUKO

Neue Kampagnen und Auseinandersetzungen um die selbsternannten Vertreter der Dritte-Welt-Bewegung („KK3W")

Vom 16. bis 19. Juni fand in Hannover der 7. Bundeskongreß entwicklungspolitisicher Aktionsgruppen (BUKO) unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung" statt. 180 Teilnehmer aus 110 Aktionsgruppen, ca. 50 davon Mitgliedsgruppen des BUKO, waren nach Hannover gekommen. Auf der Tagesordnung standen neben dem Rechenschaftsbericht des Koordinierungsausschusses (KA) und der in Hamburg eingerichteten Geschäftsstelle die Aktivitäten der Dritte Welt-Gruppen im Herbst zur Verhinderung der Raketenstationierung in der Bundesrepublik und die Durchführung bundesweiter Kampagnen (Pharmakampagne, Rüstungsexport, 100.000 DM bis zum 19. Juli für Nicaragua.)

Die inhaltliche Diskussion auf dem Bundeskongreß vollzog sich weitgehend in folgenden Arbeitsgruppen: Agrobusiness, deutsche Unternehmen und staatliche Politik, Ausländer- und Asylantenfrage, Tourismus und Dritte Welt, innenimperialistische Konkurrenz, US-Globalstrategie am Beispiel Zentralamerika, alternative Entwicklungs- und Außenpolitik, Stop dem Rüstungsexport und Pharmakampagne.

Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik

Die Arbeitsgruppe „Alternativen..." mit etwa 60 Teilnehmern teilte sich in zwei Gruppen. Während eine Teilgruppe den Begriff „Entwicklung" diskutierte, beschäftigte sich die andere mit zwei Positionspapieren: „Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik von R. Falk (Antiimperialistisches Informationsbulletin AIB) und „Charakter und Aufgaben Grüner Dritte Welt-Arbeit" von G. Gottwald.
Die Anwesenheit von Gaby Gottwald (Die Grünen im Bundestag) führte dazu, daß die Vertreter der Dritte Welt-Gruppen über die Zusammenarbeit mit der Grünen Fraktion bzw. den beiden für Entwicklungspolitik zuständigen Abgeordneten im bonner Hochaus am Tulpenfeld reflektierten. Die Grünen sind an konkreter Zusammenarbeit mit der Dritte Welt-Bewegung interessiert und darauf angewiesen. Ergebnisse brachten beide Arbeitsgruppen nicht zustande. Das Wichtigste war wieder einmal der gegenseitige Austausch von Informationen und Positionen.



Pharma-Kampagne

Am effektivsten verlief wohl die Arbeitsgruppe zur Pharma-Kampagne. Die Pharma-Kampagne war in den vergangenen Monaten die einzige bundesweite Aktivität der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, aufgrund derer der BUKO auch zwischen den beiden Kongressen (Mannheim, November; Hannover) das Thema Dritte Welt in die öffentliche Auseinandersetzung der BRD tragen konnte. Ein besonderer Erfolg in diesem Sinne war der von der evangelischen Kirche am 8. März 1983 in Bonn veranstaltete Studientag „Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt". Der BUKO hatte zu dieser Veranstaltung eine umfassende Dokumentation (1) vorgelegt, in der insbesondere auf Arzneimittelunsicherheit, Überhöhte Preise, überflüssige und unwichtige Medikamente in der Dritten Welt und der Mangel an unentbehrlichen Arzneimitteln für die armen Massen eingegangen wurde. Die Anwesenheit von Vertretern der Pharmaindustrie auf dem Studientag und ihre z.T. recht entlarvenden Äußerungen (vgl. FR 16.3.1983) verschafften der Problematik eine breite Publizität und erzeugten bei den Kirchenvertretern ein wachsendes Verständnis für das Anliegen der Pharma-Kampagne, das sie zu wichtigen Bündnispartnern werden läßt.

Ebenfalls als Erfolg muß die Kampagne zur Drei-Monats-Spritze gewertet werden. Anlaß war ein Zulassungsverfahren beim Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin, wo für die BRD die Anwendung von Depot-Injektionspräparaten (Depot-Clinovir, Upjohn; Noristerat, Schering) verhandelt wurde. Diese Empfängnisverhütungsmittel wurden an Frauen in der Dritten Welt ausprobiert und werden heute in über 70 Ländern im Rahmen der Bevölkerungspolitik eingesetzt. Eine Dokumentation des BUKO (1) trug wesentlich dazu bei, die öffentliche Diskussion um diese krebsverdächtigen und mit erheblichen Nebenwirkungen belasteten Präparate in der BRD zu verbreitern (so eine Südwestfunksendung am 7.6.1983 unmittelbar nach Erscheinen der Dokumentation). Auch in der Entscheidung des BGA, die die Anwendung in der BRD künftig einschränkt, wird indirekt auf die Pharma-Kampagne Bezug genommen (2).
Zielrichtung künftiger Aktivitäten der Pharma-Kampagne sollen zunehmend politische Forderungen werden: Exportverbot bei uns verbotener Arzneimittel und die Beseitigung sogenannter „Doppelstandards" (unzureichende Arzneimittelinformation in der Dritten Welt, unzulässige Ausweitung der Anwendungsbereiche von Medikamenten). Solidarität mit der Dritten Welt heißt aber auch der Forderung nach mehr unentbehrlichen Arzneimitteln für die Armen hier Gehör zu verschaffen.

Rüstungsexporte

Die Arbeitsgruppe Rüstungsexporte plant zusammen mit verschiedenen kirchlichen Organisationen (u.a. Versöhnungsbund, Pax Christi und den konfessionellen Jugendverbänden AEJ und BDKJ für das Frühjahr 1984 eine gemeinsame Kampagne 'Stopt den Waffenexport'.
Am 19. Oktober dieses Jahres, dem Antiinterventionstag der Herbstaktivitäten, werden sich verschiedene Aktionsgruppen mit einem Aufruf und Aktivitäten gegen bundesdeutsche Rüstungsexporte beteiligen. Dieses Thema eignet sich nicht nur hervorragend für gemeinsame Aktionen von 3. Welt-Bewegung und Friedensbewegung, sondern auch für direkte lokale Aktionen. In fast jeder deutschen Stadt werden Rüstungsprodukte – meist auch für den Export – hergestellt.

„Informations"-Reise nach Nicaragua

Barbara Lukas (Informationsbüro Nicaragua) berichtete von einer Reise einer Delegation verschiedener westeuropäischer Friedensgruppen nach Nicaragua. Anwesend war diese Delegation auch auf der in Managua stattgefundenen Kontinentalkonferenz für Frieden in Zentralamerika und der Karibik (CONIPAZ). Außer dieser Delegation waren nur Vertreter aus Mitgliedsgruppen des Weltfriedensrates anwesend. So begründete der Vorsitzende des Weltfriedensrates Shandra ausführlich, warum die Sowjetunion der natürliche Verbündete aller friedliebenden Völker sei.
Als Ergebnis der Reise soll noch ein gemeinsamer Bericht verfaßt werden. Weiterhin haben die Diplomaten der Friedensbewegung weitreichende Pläne mit den nicaraguanischen Genossen erörtert: Die Einrichtung einer „ständigen Vertretung der westeuropäischen Friedensbewegung" in Managua. Hoffentlich bekommen die „Alternativ-Diplomaten" auch einen richtigen Diplomatenpaß ausgestellt!
Neben diesen abgehobenen Ideen stehen aber in der Solidarität mit Nicaragua konkrete Aktionen an: Bis zum 19. Juli, den 4. Jahrestag der sandinistischen Revolution sollen 100.000 D-Mark für das Gesundheitswesen im Süden des Landes, in der Region Rio San Juan gesammelt werden (siehe Kasten).

Friedensdiskussion

Vom Sonntagnachmittag, an dem erfahrungsgemäß sich schon die Hälfte der Kongreßteilnehmer auf der Rückreise befindet, auf Samstag vorverlegt wurde die Diskussion um eine Beteiligung der 3. Weltbewegung an den Herbstaktionen zur Verhinderung der Raketenstationierung. Leider wurde diese Diskussion durch ein ominöses Gremium namens „Koordinationskreis 3. Welt (KK3W)" manipuliert.

Die Vorgeschichte der KK3W: Zur Vorbereitung der Anti-Reagan-Demonstration am 10.6.1982 in Bonn wurde an einem Seminar, an dem angeblich 800 Gruppen eingeladen worden waren, der Koordinierungskreis 3. Welt gegründet. Folgende Organisationen arbeiten im KK3W mit: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), die Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba, die Anti-Apartheidsbewegung (AAB), die Arbeitsgemeinschaft der 3. Weltläden, ein Vertreter der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen und der BUKO, wobei zumindestens die ersten drei genannten Gruppen dem DKP-Spektrum zuzuordnen sind.
Von den Mitgliedern des KK3W wurde als Aufgabe für dieses Gremium ins Feld geführt: 'der spezielle Arbeitsbereich des KK3W sei d i e Vertretung d e r 3. Welt-Bewegung gegenüber d e r Friedensbewegung (Peter Wahl, ASK). Auf den Einwand des Vertreters des iz3w Freiburg, daß es doch wohl Aufgabe des BUKO selbst, bzw. des vom BUKO gewählten Koordinierungsausschusses (KA) sei, die unabhängigen 3. Welt-Gruppen zu repräsentieren, wurde von Jürgen Jacobi, Vorstand der 3. Weltläden, erwidert, der KK3W decke ein breiteres Spektrum der 3. Weltbewegung ab als der BuKo. Schließlich seien nur drei 3. Weltläden Mitglied im BUKO, er aber, der Vertreter der 3.-Welt-Läden im KK3W repräsentieren über 150 3.-Welt-Läden. Dem ist zweierlei zu erwidern, zum einen arbeiten die Gruppen, die den KK3W bilden auch im BUKO mit, zum anderen steht fest, daß der KK3W seine Legitimation ausschließlich aus sich selbst bezieht. Die DKP-orientierten Gruppen (insbesondere AIB und ASK), die wie das AIB beim BUKO in Mannheim aus gutem Grund, nämlich wegen seiner politischen sowjetunionhörigen Positionen nicht in den KA gewählt wurden, haben ihren Positionen mit Hilfe des KK3W mehr Gewicht verliehen. Nicht genug damit, die autonomen 3.-Welt-Gruppen wurden auch noch auf dem Bundeskongreß nach Strich und Faden verarscht.

Freitag, 29. Juli 1983 · Jahrgang 39 · Nr. 173 **Frankfurter Rundschau**

USA: Auch Angriff möglich

Jetzt erst recht!

Bisher 180000 DM eingegangen!

Kampagne

Rio San Juan

Neues Projekt von Medico International im Süden Nicaraguas

Spenden an: medico international, Hanauer Landstraße 147-149, 6000 Frankfurt 1 · Konto-Nr. 1800, Stadtsparkasse Frankfurt (Spendenquittung möglich)



Als Resolutionsvorschlag wurde von den Gruppen des KK3W ein Papier erarbeitet, das genau die Positionen der DKP-Gruppen widerspiegelt. So wurde ausschließlich die US-amerikanische Aufrüstungs- und Globalstrategie erwähnt. Die Aufrüstung der NATO zielt nach dem Wortlaut der Resolution auf die Beherrschung der ganzen Welt, in erster Linie gegen die Sowjetunion, die Bedrohung für die 3. Welt wurde nachrangig betrachtet, und die sowjetische Besetzung Afghanistans selbstverständlich verschwiegen.
Fast einen Tag lang wurde über diesen Resolutionsentwurf diskutiert. Immer wieder nötigten die Vertreter des KK3W den Bundeskongreß mit dem Hinweis, es sei unbedingt notwendig, daß der BUKO ein Konsenspapier verabschiede, mit dem der KK3W weiterarbeiten könne. So wurde dem BUKO ein Politikverständnis aufgezwungen, wie es Werner Reets für den KK3W beschrieben hat: 'Selten gab es Fragen, wo wir uns nicht geeinigt haben, weil wir Fragen, bei denen wir uneinig sind, gar nicht erst angesprochen haben.' Entsprechend lau ist auch die Resolution des BUKO ausgefallen (s. Kasten)
Mit ihr hat sich der BUKO selbst ausgetrixt: Als es nämlich darum ging, was der BUKO-Vertreter im KK3W, den er dorthin entsenden darf, nun dort zu vertreten habe, stellte sich heraus, daß der einzige inhaltliche Beschluß des BUKO eben jenes faule Kompromißpapier mit den DKP-orientierten Gruppen des KK3W selbst war.
Die Folgen der KK3W-Politik sind weitreichend: Auch im bundesweiten Gremium zur Koordinierung der Herbstaktivitäten gegen die Raketenstationierung tritt der KK3W für zentrale Demonstrationen ein, entsprechend der DKP-Leitlinie und verrät damit die meisten autonomen Gruppen, die Aktionen und Blokaden unmittelbar an den Militäreinrichtungen, vor den Kasernentoren und Munitionslagern favorisieren.

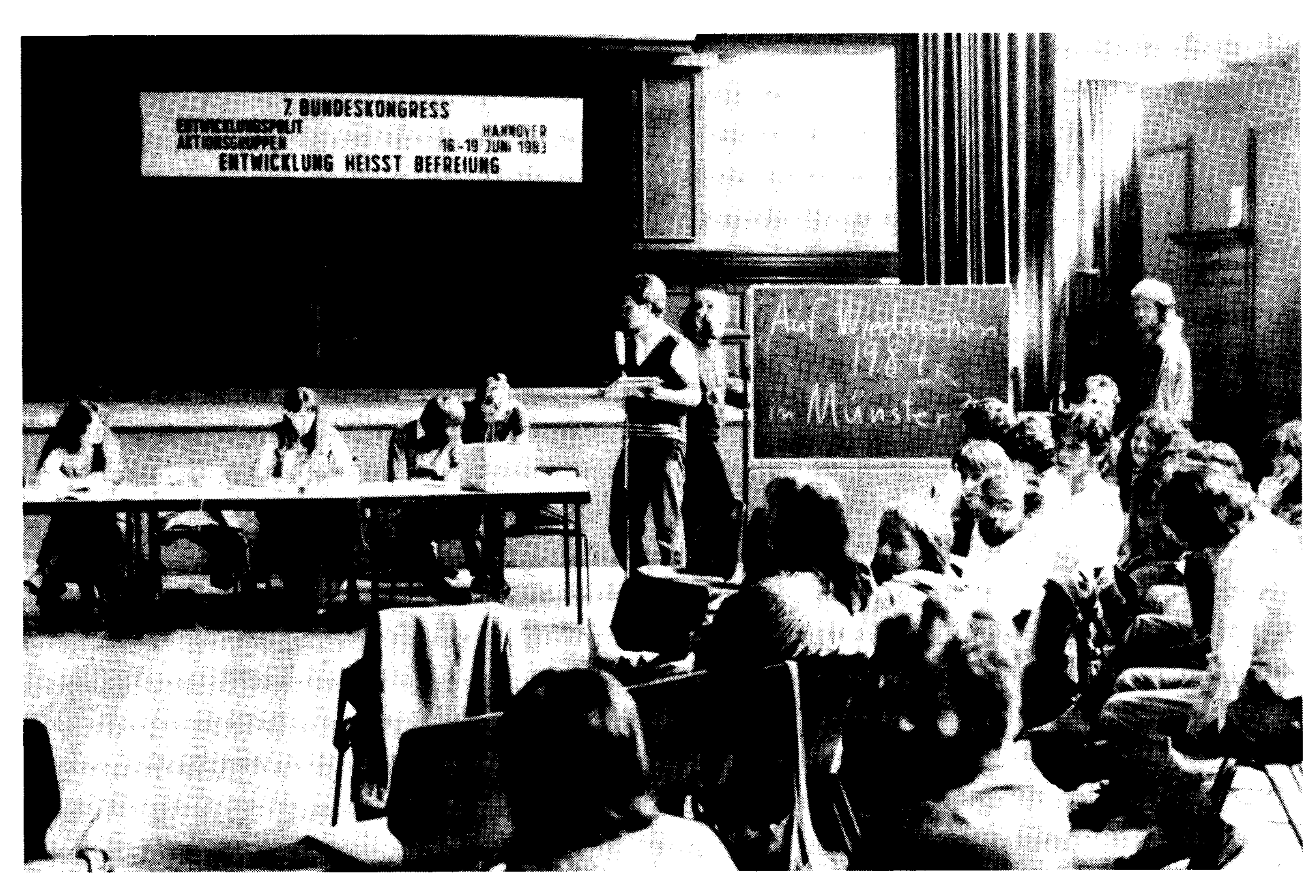
BUKO 1984 in Münster

Hoffnungsvoller war dagegen der Ausgang des BUKO. Bei der KA-Wahl traten mit Doris Jaeger (Osnabrück, Rüstungsexportkampagne), Klaus Milke (Münster, Rüstungsexportkampagne) und Heidrun Winkelmann (Babynahrung) Vertreter/innen bundesweiter Aktionen in den KA ein. Auch wurde eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt, den Schwerpunkt des nächsten Kongresses weg von der auf den letzten beiden BUKOS doch recht fruchtlos verlaufenen Diskussion um alternative Entwicklungsperspektiven (ein zusammenfassendes Papier „Entwicklung heißt Befreiung", Forum 67/68, wurde nicht mehr behandelt) hin zu gemeinsamen Aktionen der Gruppen zu verlagern.
Der nächste BUKO wird in Münster stattfinden – ein doppelter Grund zur Freude: einmal, weil die Münsteraner auf diesem BUKO wesentlich dazu beigetragen haben, dem BUKO eine konkrete Perspektive zu geben (siehe Rüstungsexportkampagne 84), zum anderen, weil in Münster eine Vielzahl örtlicher Dritte Welt-Gruppen dem BUKO einen starken lokalen Bezug geben wird. Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in der BRD haben allen Grund, jetzt verstärkt im BUKO mitzuarbeiten und den Bundeskongreß in Münster 1984 für sich zu nutzen.

Wo.

Anmerkungen:

1. Die Dokumentationen der BUKO-Pharma-Kampagne können bestellt werden: BUKO-Pharmakampagne, Geschäftsstelle, August - Bebel - Str. 62, 4800 Bielefeld 1. Dort neuen Prospekt der BUKO-Informationsmaterialien anfordern!
2. Vgl. BGA-Pressedienst v. 4.7.1983.



Es ist an der Zeit!

Wir alle, die wir uns für ein friedliches Zusammenleben einsetzen, sehen in der atomaren Aufrüstung in West und Ost eine massive Bedrohung. Wir stehen im Herbst vor einer entscheidenden Probe unserer Kraft, unseres Mutes, unserer Phantasie und politischen Durchsetzungsvermögens. Das letzte Wort, ob wir die Stationierung der neuen Waffen noch verhindern können, ist noch nicht gesprochen.
Auch wir als Dritte-Welt-Gruppen verstehen uns als Bestandteil der Friedensbewegung und sehen die besondere Gefährlichkeit der neuen Atomraketen.
Durch ihre Fähigkeit, militärische und politische Ziele auf den Punkt genau zu treffen und mit extrem kurzer Flugzeit das Vorwarn- und Abwehrsystem des Warschauer Paktes zu umgehen, eignen sie sich zu einem atomaren Angriffskrieg. Wir halten es für notwendig, daß immer mehr Menschen ihren Protest gegen diese Waffen z.B. in Demonstrationen deutlich machen. Eine immer größere Zahl ist bereit, radikaleren Widerstand zu leisten – dies ist vielfach mit Angst verbunden, mit der umzugehen wir lernen müssen.
Aktiver Widerstand ist angesichts des kalkulierten „begrenzten Atomschlages" gerecht und notwendig, denn nicht von uns geht die Gewalt aus: Gewalt wird bei uns täglich sichtbar in Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Vergewaltigung und Unterdrückung von Frauen, Diskriminierung von Ausländern etc. Auch Pershing II und Cruise Missiles sind nur das Kernstück der Gesamtstrategie der NATO:
Neue Interkontinentalraketen, schnelle Eingreiftruppe, konventionelle Aufrüstung, militärische Programme im Weltraum, Interventionen und Kriege in der Dritten Welt sowie Unterstützung unterdrückerischer Regimes runden diese Gewaltstrategie ab.
Die Aufrechterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems, das durch die NATO abgesichert wird, gründet sich zu einem wesentlichen Teil auf die Ausplünderung der Dritten Welt:

- Multinationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen beherrschen den Weltmarkt, der geprägt ist durch sinkende Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe, an denen in der Dritten Welt Raubbau getrieben wird (Regenwaldabholzung, Erzabbau, Monokulturen für den Export von z.B. Baumwolle und Futtermitteln aus Hungergebieten), durch überhöhte Preise für Industrieprodukte und durch Ausbeutung „billiger" und entrechteter Arbeitskräfte (Auslagerung ganzer Produktionszweige in sog. Billiglohnländer).

Um den Lebensnerv dieses Systems zu sichern

- wird auch Völkermord gedeckt, wie z.B. in El Salvador, Guatemala und Palästina,
- wird Militarisierung und Aufrüstung autoritärer und rassistischer Staaten wie Indonesien, Südafrika und Chile betrieben, die regionale Ordnungsaufgaben wahrnehmen sollen
- werden Bemühungen um die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft, wie aktuell in Nicaragua, unterdrückt.

Aber es existiert Widerstand auf allen Ebenen. Die Menschen in der Dritten Welt sind sich ihrer selbst bewußt. Sie wehren sich auf internationalen Konferenzen, in Basisgemeinden und Befreiungsbewegungen. Wenn wir, die Friedensbewegung, uns mit diesem Widerstand verbinden, bedeutet dies zugleich auch wesentlich Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles, denn: die neuen Waffen dienen nicht unserem Schutz (die NATO-Strategie hat momentan keine Alternative als die Zerstörung Mitteleuropas), sondern soll die UdSSR in Schach halten, um z.B. in der Dritten Welt freiere Hand zu haben. Die US-Raketen, die im sizilianischen Comiso stationiert werden sollen, richten sich sogar direkt gegen die Ölfelder im Nahen Osten.
Der NATO-Zuständigkeitsbereich wird ständig erweitert. Die Bündnispartner werden von den USA einerseits stärker in die Verantwortung genommen, andererseits drängen sie stärker darauf eigenständige Aufgaben zu übernehmen.
So bietet die BRD den USA z.B. für die schnelle Eingreiftruppe zivile Flughäfen an. Über die Startbahn West in Frankfurt würde die schnelle Eingreiftruppe der USA zum Krieg gegen die Völker des Nahen Ostens geflogen. Sie stellt 100.000 Mann der Bundeswehr für logistische Aufgaben zur Verfügung. Der NATO-Partner Türkei wird hauptsächlich von der BRD hochgepäppelt.
Die drohende Stationierung der NATO-Mittelstrekkenraketen in Westeuropa ist für uns aktueller Anlaß, um gegen die NATO-Globalstrategie zu protestieren. Wir sehen dabei nicht darüber hinweg, daß in vielen Regionen der Welt längst Krieg herrscht, und daß das Selbstbestimmungsrecht vieler Völker längst verletzt ist.
Als Dritte-Welt-Gruppen treten wir hiergegen überall ein. Deshalb fordern wir die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, auf, jede militärische Einmischung und Intervention in der sog. Dritten Welt zu unterlassen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren.
Wir müssen unseren Widerstand universal verstehen. Die militärische Gewalt korrespondiert mit der sozialen Gewalt, die den Menschen bei uns und in der 3. Welt ein würdiges Leben vorenthält.
Wir müssen unseren Widerstand universal verstehen!

Wir rufen dazu auf:

- Beteiligt Euch massenhaft mit dezentralen, regionalen Aktionen, die aktiven Be- bzw. Verhinderungscharakter haben, an der geplanten Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober 1983
- Beteiligt Euch an Aktionen gegen Rüstungsexport
- Beteiligt Euch an den Auftaktkundgebungen
- Beteiligt Euch am Tag des Antimilitarismus und der Internationalen Solidarität am 18. 10.
- Beteiligt Euch an einer Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 21. 10.
- Beteiligt Euch an den Volksversammlungen am 22. 10.
- Beteiligt Euch insbesondere an Standortaktionen mit direktem Bezug zur Dritten Welt, wie z.B. den Auftaktaktionen am 15. 10. in Bremerhaven!

INDIANER

„Wenn ihr am Herzen der Mutter Erde grabt, dies werden Eure letzten Tage sein."

Hopi-Indianer versuchen in der Öffentlichkeit Gehör zu finden

Die Hopi-Indianer bewohnen bereits seit Jahrhunderten das Gebiet, in dem heute die nordamerikanischen Bundesstaaten Arizona, Neu-Mexiko, Utha und Colorado zusammenstoßen, im Gebiet der „Four Corners". Wie alle nordamerikanischen Indianer leben sie in einem Reservat zu dem ihr angestammtes Gebiet erklärt worden ist. Sich selbst betrachten die Hopis als die ersten Bewohner Amerikas und ihr Dorf Oraibi ist die älteste, ständig bewohnte Siedlung in den Vereinigten Staaten. Sie sind einer der letzten Indianerstämme Nordamerikas, die noch in unserer Zeit versuchen, ihr traditionelles Leben in möglichst allen Bereichen weiter fortzuführen. Ein Versuch, der ihnen durch die Vorhaben der US-Regierung und -Konzerne schwer gemacht wird.

Das Gebiet der „Four Corners" liegt in dem Bereich des Colorado Plateaus. Das Plateau ist kreisförmig und hat einen Durchmesser von 560 km mit einer durchschnittlichen Höhe von 2200 m.

Diese georgraphisch geschlossene Region zeichnet sich durch bedeutende naturgegebene Eigenschaften aus. Sie ist äußerst karg und unwirtlich besonders im Gebiet der Black Mesa, dem Siedlungsraum der Hopis, deren Dörfer an den Hängen dreier felsiger Mesas liegen. Sie verfügt aber über außerordentlich reiche Energieressourcen, wie Kohle und Uran.

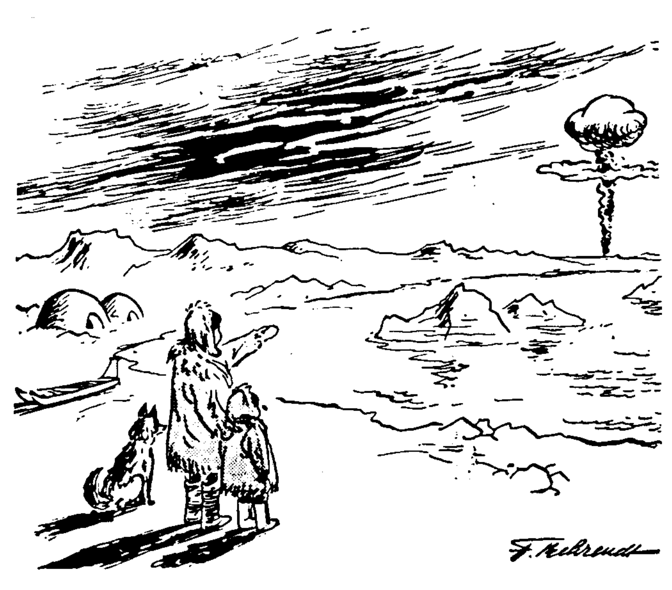
Dem Energiereichtum der Erde entspricht das Energiepotential der Athomosphäre. Vier geologische Merkmale (spezielle Faltungslinien des Gebirges, Hochgebirgsgipfel, radioaktive Minerallagerstätten und ein das Colorado Plateau durchziehendes Höhlensystem) bewirken eine elektrische Aufladung der Athmosphäre. Die Folge davon ist das Auftreten ungewöhnlich häufiger Gewitter. Auf dem Colorado Plateau ist die höchste Zahl von Blitzeinschlägen auf dem amerikanischen Kontinent gemessen worden. Den Hopis sagt diese Naturerscheinung, daß das Gebiet, auf dem sie siedeln, geheiligtes Land ist. Für sie ist es „Tuwanasavi", das 'Zentrum des Universums', von dem die bedeutendsten Kräfte der Erde ausgehen. Sie fühlen sich als Hüter und Bewahrer des heiligen Zentrums, des Kontinents und gleichzeitig verantwortlich für das natürliche Gleichgewicht der Erde. Deshalb leben sie gemäß ihren religiösen Vorstellungen und somit in Einklang mit den Gesetzen der Schöpfung. Das bedeutet für sie auch, daß sie es zu verhindern suchen müssen, daß eine fremde Macht Einfluß auf ihr Land erlangt, anderenfalls verlieren sie ihren Namen „Hopi" (das friedliche Volk) und ihre Kultur wird zerstört werden.

Wie viele andere Völker kennen die Hopis eine Regenbogengottheit „Panaiyoikaysi", das bedeutet 'kurzer Regenbogen'. Er verbindet den Himmel mit der Erde, hat Macht über die Athmospäre, wenn die Sonne scheint und Macht über die Erde, wenn es regnet. Neben seiner wohltätigen Macht besitzt Kurzer Regenbogen gleich dem Gewitter auch eine große zerstörerische Kraft. Eines seiner Bildnisse wurde deshalb mit dem Gesicht nach unten und mit einem abgebrochenen Arm in einer Gruft begraben, denn wenn es mit dem Gesicht nach oben hineingelegt worden wäre, käme eine Zeit, in der die zwei mächtigsten Völker der Erde sich mit der schrecklichen zerstörerischen Kraft von Kurzer Regenbogen gegenüberständen.

Die Hopis haben den Zusammenhang zwischen der zerstörerischen Kraft der Natur im Boden in Form des Uran uns der der Athomosphäre in Form der Gewitter erkannt, auch wenn sie ihn nicht wissenschaftlich erfaßt haben, ähnlich wie australische Aborigenes, die der Ansicht sind, daß das Uran, das sich unter den heiligen Bergen befindet, von der Regenbogenschlange bewacht werde.

Für die US-Regierung und die Energiegesellschaften ist das Colorado-Plateau ausschließlich von wirtschaftlichem Interesse. Durch die Ausbeutung der Kohle und des Urans mißachten sie die Vorstellung der Hopis vom Leben im Einklang mit den Gesetzen der Schöpfung, zerstören die Landschaft und haben Krankheiten und Todesfälle vieler Indianer zu verantworten.

Auf dem Plateau werden im Tagebau in dreizehn Kohlebergwerken jährlich zwischen 200 000 und 1,3 Mio. Tonnen Kohle gefördert. Dazu werden Riesenbagger eingesetzt, die mit jedem Biß 200 Kubikmeter Erde versetzen und Tag und Nacht mit einem Energieverbrauch einer 15000 Einwohner zählenden Stadt arbeiten. 1974 stellte



„Schau, dort liegen die entwickelten Gebiete."

die 'National Academy of Science' fest, daß die „Wiederherstellung des vom Abbau betroffenen Landes nicht den früheren Zustand erreichen kann", da die regenarme, wüstenähnliche Region des Four-Corner-Gebietes zu den auf Umweltschädigungen am empfindlichsten reagierenden Landschaften in den USA gehört. Eine Studie der Ford Foundation kam sogar zu dem Schluß, daß die Wiederherstellung eines Gebietes wie der Black Mesa 300 Jahre dauern kann oder vielleicht nie mehr möglich sein wird. Das kann letztlich zur Folge haben, daß die von der Schürfung betroffenen Gebiete des Plateaus, die zu einem Großteil auf Reservaten der Hopi und Navaho-Indianer liegen, zu „National Sacrifice Areas", zu nationalen Opfergebieten erklärt werden, wodurch das Land abgesperrt würde und total verlassen werden müßte. Schon heute sollen ca. 6000 Navaho-Indianer und ca. 300 Hopis von einem Teil ihres rohstoffreichen gemeinsam genutzten Reservates zwangsumgesiedelt werden.

Mit der Zerstörung des Bodens geht die Verschmutzung der Luft einher, denn die meiste der geförderten Kohle wird in fünf Kraftwerken verbrannt, von denen vier das Plateau umgeben. Das Four-Coerner-Kraftwerk, 125 Meilen nördlich der Hopi-Dörfer, arbeitet seit 1963 und produziert täglich bis zu 30 Tonnen Asche, 25 Tonnen Schwefel-Dioxid und 230 Tonnen Stickoxide neben einer unbekannten Menge Quecksilber. Der Rauch dieses Kohlekraftwerks war das einzige von Menschen geschaffene Produkt in den USA, das man auf einem Foto des Gemeni-Satelliten aus 170 Meilen Höhe erkennen konnte.

Neben dem Abbau der Kohle kommt in verheerendem Maße die Schürfung von Uran hinzu, das 1940 in Neu Mexiko entdeckt wurde. Seitdem wird in 38 Bergwerken und 8 Hüttenwerken Uranerz gefördert und gewonnen. Seit 1966 betrug die Urangewinnung in Neu Mexiko, wo 80 000 Navaho und 30 000 Pueblo-Indianer leben, 45 % der gesamten Förderung in den USA.

Um fünf Pfund Rohuran zu erhalten muß eine Tonne Erz zermahlen werden und hunderte von Tonnen Erde weggebaggert werden. Übrig bleibt der Erzschutt der ungeschützt zu riesigen Halden aufgetürmt wird und noch 80 % der Radioaktivität enthält. In der Nähe der Reservate von Navahos, Acomas und Laguna Pueblos liegen mindestens 40 Halden mit 60 Mio. Tonnen Uranabraum. Auf dem Hopi und Navaho Reservat gibt es weitere 6 Halden. Außerdem wird das beim Uranabraum freiwerdende radioaktive Radongas in Röhren an die Oberfläche und damit in die Luft geblasen. Darüber hinaus kommt es zu radioaktiver Verseuchung des Grund- und Quellwassers.

Infolge von Testbohrungen wurden Wasseradern verletzt und der schwerste jemals auftretende Unfall mit Uranabfällen ereignete sich 1979 durch einen Dammbruch, bei dem innerhalb 24 Stunden über 300 Mio. Liter radioaktiven Wassers in den Rio Puerco flossen und sich mindestens 30 Meilen weit Radioaktivität in gefährlicher Höhe verbreitete.

Die Indianer werden zum einen durch die Uranabfälle und Unfälle verseucht, zum anderen als Arbeiter in den Minen. So starben beispielsweise von 100 Navahos, die bis Anfang der 60er Jahre in einer Uranmine gearbeitet haben, bis 1974 17 an Lungenkrebs, 21 andere waren erkrankt. Vor 1940 gab es unter den Navaho keinen Fall von Krebs.

In einer wissenschaftlichen Reihe über nordamerikanische Indianer von 1920 heißt es in dem Band über die Hopi-Indianer in einer Beschreibung des Colorado-Plateaus: „Es ließe sich schwerlich ein gesünderes Klima finden, und die harmonischen pastellfarbenen Schattierungen des Sandes, der Felsen und der Vegetation, die mächtigen, weichen Wellen, die hoch oben an einem Sommernachmittag fließen, die herrliche Wolke, die sich bei Sonnenuntergang bildet, die entfernten Züge der Lavendelberge, die sich mit der sinkenden Sonne türkis färben, hinter ihnen das unglaubliche Blau des Himmels und der Glanz der Sterne, das alles nimmt Besitz vom Herzen und ruft einen immer wieder zurück" (1).

In diesen paradiesisch wirkenden Zustand, der den Bewohnern und dem Besucher ein Gefühl von Frieden und Harmonie vermittelt, wird das Colorado-Plateau nicht mehr zurückverwandelt werden können.

Die Hopis, die sich als die Bewahrer und auch Beschützer des Colorado-Plateau verstehen, treten mit ihren religiösen Vorstellungen in letzter Zeit verstärkt in die Öffentlichkeit. Dazu gehört für sie in erster Linie die Bekanntgabe ihrer alten Prophezeihungen. Die Hopis haben, um sich Gehör verschaffen zu können, die Vereinten Nationen angesprochen, und darum gebeten, dort als eigenständige Nation anerkannt auftreten zu dürfen und ihre Prophezeihungen bekannt zu geben.

Bertina Schulze-Mittendorf

Anmerkung:

1) E. Curtis: The North American Indian, Bd. 12, New Yorck 1920

Literatur:

Stephan Dömpke (Hrsg.): Tod unter dem kurzen Regenbogen, München 1982

Frank Waters: Das Buch der Hopi, Köln, 1980

PESTIZIDE

Pflanzenschutzmittel ohne Grenzen

Die Industrie produziert jährlich zwei Milliarden Kilogramm Pestizide – Mehr als ein halbes Kilo pro Erdbewohner. Laut Weltgesundheitsorganisation „WHO" wird in der sog. Dritten Welt durchschnittlich jede Minute eine Person Opfer von Pestizidvergiftungen. Dies entspricht einer jährlichen Zahl von einer halben Million, von denen 5.000 an den Vergiftungen sterben.Im folgenden geht es um das G A L E C R O N, einem der vielen hochgiftigen Pestizide, die fast ausschließlich für den Export in die sog. Entwicklungsländer produziert werden!

Der aktive Wirkstoff des Galecron ist das CDF (= Chlordimeform). Wegen seiner hohen Giftigkeit und krebsfördernden Wirkung erschien Galecron ab März 1978 nicht mehr auf der Liste der zugelassenen Pflanzenschutzmittel in der Schweiz, nachdem es bis 1976 im Wein- und Obstbau angewendet wurde. Ebenso wie die deutsche Firma Schering, die ein ähnliches Produkt unter dem Namen FUNDAL (auch chlordimeformhaltig) vertreibt, wird auch das Galecron ausschließlich für den Export – vorwiegend in Länder der sog. Dritten Welt – produziert. Aufgrund der bekanntgewordenen giftigen und karzinogenen Wirkung gingen die Exporte in die USA von 600 Tonnen im Jahre 1974 auf 198 Tonnen im Jahre 1980 zurück. Zur Zeit werden in den schweizerischen Giftküchen von Ciba-Geigy in Monthey jährlich 500 Tonnen Galecron produziert.

Das Chlordemeform (CDF) wird inzwischen außer in der Schweiz (Galecron) und der BRD (Fundal) auch noch in Argentinien (Lacacron) und Guatemala (Ovina) hergestellt

Laut WHO (= Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen) wurde es 1979 in neun Ländern angewendet: USA, Mexiko, Bolivien, Kolumbien, El Salvador, Honduras, Guatemala, Ägypten und Australien.

Das Galecron wird hauptsächlich zum Schutz der Baumwollpflanzen gegen Milben eingesetzt; in der Regel aus Flugzeugen versprüht, so daß es je nach Windrichtung und -stärke auch auf benachbarte (Gemüse-)Felder und ins Wasser gelangt. Jedoch ebenso gefährlich ist der direkte Kontakt, dem diejenigen Personen ausgeliefert sind, die das GALECRON be- und entladen, zubereiten und schließlich spritzen. Während die Arbeiter, die das Gift in der Schweiz produzieren, extremen Sicherheitsüberwachungen unterworfen sind, die mit denen in Atomkraftwerken vergleichbar sind, gibt es in den Abnehmerländern keinerlei Sicherheits- und Aufklärungsmaßnahmen über die Gefährlichkeit dieses Giftes. So wurde festgestellt, daß GALECRON von vielen Bauern der o.g. Abnehmerländer auch auf Gemüsefeldern eingesetzt wird. Diejenigen Personen, die mit dem Gift umgehen, haben weder Schutzkleidung noch Kenntnis über die wirkliche Gefährlichkeit des Giftes. Die Galecron-produzierenden Arbeiter in der Schweiz dagegen wissen um die Gefährlichkeit dessen, was sie produzieren: Ihre Schutzkleidungen werden jeweils nach 48 Stunden vernichtet. Pro Monat wird ihr Urin sechs Mal untersucht. Erreicht ein Arbeiter eine Tagesdosis von mehr als 0,3 mg Schadstoff pro kg Urin, dann wird er an einen anderen Arbeitsplatz versetzt. Eine Dosis bis 0,3 mg (DCF-Wert) pro kg Urin betrachtet Ciba-Geigy als noch nicht gesundheitsschädlich, während die FAO und die WHO hier eine Dosis von mehr als 0,006 mg bereits als gesundheitsschädlich angeben. Bei mexikanischen Arbeitern, die auf Flughäfen mit dem Beladen der Spritzflugzeuge beschäftigt sind, wurden Dosen von bis zu 18 mg festgestellt. Bei zehn in Bolivien (Villa Carolita, Madregon) im März 1980 untersuchten Landarbeitern wurden folgende Dosen festgestellt: 0,09 / 0,1 / 0,24 / 0,50 / 0,56 / 0,72 / /3,20 / 5,5 / 6,6 / 8,0. Also alle Werte weit über der international empfohlenen Norm. Ähnlich besorgniserregende Ergebnisse zeigten Untersuchungen in Kolumbien und Ägypten

Zu diesen Ergebnissen, die von Ciba-Geigy selbst erzielt wurden, erklärte der Konzern im November 1982: „Ein Entwicklungsland muß eine andere Analyse zum Verhältnis „Risiken – Vorteile" anwenden als ein Industrieland". Im Klartext: Ein Mensch der „Dritten Welt" verdient weniger Schutz und Vorsorge als wir „zivilisierten" Europäer. Deshalb setzt Ciba-Geigy die Jahresgrenzwerte für Arbeiter in Lateinamerika auch dreimal so hoch an, wie für berufsbelastete Personen in Monthey in der Schweiz.

Neben der krebsfördernden Wirkung von GALECRON sind folgende weitere Wirkungen nachgewiesen: Schmerzen von Augen, Kopf und Magen; heftige Durchfälle, Schwindelanfälle, blutiger Urin.

Die „**Erklärung von Bern**", eine Schweizer „Dritte Welt"-Solidaritätsgruppe hat zur oben beschriebenen Problematik ein ausführliches Sonderheft herausgegeben „**Gift! Zum Beispiel Galecron: Die Verseuchung der 3. Welt mit Pestiziden**" (Zürich, 1983; zu beziehen über: Erklärung von Bern, Gartenhofstraße 27, 8004 Zürich/Schweiz), in dem folgendes Resume gezogen wird:

1. – Der massive und unbeschränkte Einsatz von Insektiziden führt in einen Teufelskreis; aufgrund der immer mehr entstehenden restistenten Stämme werden immer höhere Mengen von Insektiziden und außerdem immer stärkere Mittel eingesetzt werden müssen.
2. – Die ständig steigenden Preise und Mengen der Pflanzenschutzmittel, die die „Entwicklungsländer" importieren, führen zu immer höherer Verschuldung dieser Länder.
3. – Die Gefährdung jener Personen, die mit solchen Insektiziden umzugehen haben, ist unweit größer in den sog. Entwicklungsländern, wo die Leute oft kaum lesen und schreiben können, geschweige denn über die Gefährlichkeit der Insektizide aufgeklärt werden, als bei uns in Europa.
4. – Diese Produkte werden in einer Weise angewandt, ohne daß die langfristigen Folgen auf die Menschen und die Umwelt dabei erforscht sind und in Betracht gezogen werden.

Diese Feststellungen führen u.a. zu den folgenden Forderungen der „Erklärung von Bern":

a.: Unverzügliche Einstellung von Produktion und Export von GALECRON.

b.: Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse durch Ciba-Geigy und aller Versuchsergebnisse über die gesundheitsschädlichen Wirkungen und Folgen des Galecron.

c.: Umfassende Publizierung der Arbeitsbedingungen der schweizerischen Arbeiter in Ciba-Geigy in Monthey und der Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen an ihnen.

d.: Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die u.a. genaue Exportkontrollbestimmungen für Pestizide und gefährliche chemische Substanzen erarbeiten soll.

e.: Erarbeitung internationaler Normen für Produktion, Export, Handel und Anwendung von Pestiziden. Registrierung und Zulassung aller Pestizide soll über die Weltgesundheitsorganisation WHO geschehen.

Liu Kohler

Demonstrationsrechtsfond gegründet

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat einen Demonstrationsrechtsfonds gegründet, um Rechtshilfe und anderweitige Unterstützung für Betroffene leisten zu können. Angesichts der Einschränkungen des Demonstrationsrechts, die bereits durchgeführt wurden, – so die in Baden-Württemberg geschaffene Möglichkeit, die Kosten eines Polizeieinsatzes auf einzelne, herausgegriffene Demonstranten umlegen zu können – und angesichts der das Demonstrationsrecht aushöhlenden Maßnahmen, die von der Bundesregierung beschlossen wurden, bitten wir alle Leser, die dazu in der Lage sind, den Fonds durch Spenden und Bürgschaften zu unterstützen. Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus der Erklärung, in der das Komitee für Grundrechte und Demokratie die Gründung des Fonds begründet. Red.

Seit Jahren werden erneut gesetzliche Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit diskutiert. Die CDU/CSU, die die neue Bundesregierung führt, hat sich hierbei hervorgetan. Seit Jahren wird immer erneut versucht, mit Hilfe polizeilicher Praktiken, die politisch zu verantworten sind, das Demonstrationsrecht faktisch einzuschränken. Diese Versuche haben im Verlaufe verschiedener Großdemonstrationen geradezu systematischen Charakter angenommen (z.B. Kalkar, Gorleben, Brokdorf, Startbahn West). Sie sollen dazu dienen, von der Teilnahme an Demonstrationen abzuschrecken und die Selbstverständlichkeit dieses demokratischen Urrechts in Zweifel zu ziehen.
Diese rechtlichen und zunächst vor allem die praktischen Schritte, dazu angelegt, das Demonstrationsrecht zu verkürzen, haben in letzter Zeit eine neue Qualität erhalten. Die niedersächsische Landesregierung und Ende des letzten Jahres die baden-württembergische Landesregierung haben beschlossen, den staatlichen Schutz des Grundrechtes ins Gegenteil zu verkehren. Wer das Grundrecht auf Demonstration wahrnimmt, muß befürchten, von den staatlichen Instanzen, als handle es sich um private, deren Hilfe man ungebührlich in Anspruch genommen hat, zur Kasse gebeten zu werden. Teilnahme an Demonstrationen wird monetär bestraft; zum Teil mit erklecklichen Summen. Polizeistunden und Materialkosten werden berechnet und den ermittelten Teilnehmern von Demonstrationen, wenn sie politisch nicht ins herrschende Passepartout passen, als Rechnungen nach Hause geschickt. Ihre Bezahlung wird erzwungen.
Zu diesem unerhörten Vorgang der staatlich inszenierten Privatisierung eines Grundrechts gesellt sich die von der Bundesregierung angekündigte Gesetzesänderung. Der einschlägige Paragraph, der den Landfriedensbruch regelt, soll erneut so ausgeweitet werden, daß jede Teilnahme an einer Demonstration, die im herrschenden Sinne nicht vollkommen friedlich verläuft, strafrechtlich geahndet werden kann. Wie die Praxis aussehen könnte, zeigt auch das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts zu Frankfurt in Sachen Alexander Schubart. Jeder Aufruf und jede Teilnahme an Demonstrationen kann hiernach als Nötigung interpretiert und entsprechend geahndet werden.
Es ist zu befürchten, daß im Zuge der Verschärfung der Konflikte (Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles ab Herbst 1983) und zugleich durch grundrechtswidrige und dennoch durch die herrschende Rechtsmeinung sanktionierte Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit die Teilnahme an einer demonstrativen Aktion mehr noch als bisher zum Risiko für den einzelnen Teilnehmer wird. Wir dürfen uns nicht dadurch einschüchtern lassen, und auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie wird das ihm Mögliche dazu beitragen, gegen grundrechtswidrige Einschränkungen der Demokratie in diesem Lande anzugehen. Es gilt, für die Freiheit der Demonstration zu demonstrieren.
Der Demonstrationsrechtsfonds des Komitees für Grundrechte und Demokratie wird nicht im geringsten in Konkurrenz treten zu lokalen und regionalen Solidaritätsfonds. Er ist aber als übergreifender Fonds heute dringender denn je erforderlich, um z.B. dann unterstützend einzugreifen, wenn es um Grundsatzprozesse geht, wenn einzelne herausgegriffen und exemplarisch strafrechtlich verfolgt und/oder finanziell in Anspruch genommen werden sollen u.ä.m.
Nicht zuletzt wollen wir mit dem Demonstrationsrechtsfonds ein Zeichen setzen gegenüber politischen und juristischen Instanzen, die sich den politischen Konflikten mit Bürgerinnen und Bürgern dadurch zu entziehen suchen, daß sie Demonstrationen und ähnliche Aktionen durch Diffamierung, Kriminalisierung, Einsatz staatlicher Gewaltmittel und Kostenbescheide o.ä. einschränken oder gar unterbinden wollen.
5. Die Verfügung über den Demonstrationsrechtsfonds obliegt einem Vergabeausschuß, dem ein Kuratorium zur Seite steht. Der Vergabeausschuß: Helga Einsele, Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack. Das Kuratorium: Heinrich Albertz, Karola Bloch, Helmut Gollwitzer, Rober Jungk, Horst-Eberhard Richter und Dorothee Sölle. Vergabeausschuß und Kuratorium werden eine Verfahrensordnung über die Regelung von Unterstützungen aus dem Demonstrationsrechtsfonds festlegen und die beschlossenen Kriterien allen Interessenten zugänglich machen.
6. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft alle auf, auch diejenigen, die nie an einer Demonstration teilgenommen haben, sich durch Spenden und Bürgschaften an dem Demonstrationsrechtsfonds zu beteiligen. Spenden – die leider nicht steuerlich abzugsfähig sind – können überwiesen werden an Komitee für Grundrechte und Demokratie – Sonderkonto Demonstrationsrechtsfonds, 6121 Sensbachtal, bei Volksbank Oberzent eG, 6124 Beerfelden, Konto Nr. 20024619, BLZ 508 614 01. Bürgschaften sollen ab DM 5000 aufwärts gegenüber dem Demonstrationsrechtsfonds schriftlich erklärt werden; die Bürgschaften werden dann, wenn sie in Anspruch genommen werden müssen, mit einer Information über den konkreten Verwendungszweck zur Zahlung angefordert.
Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal



Sehnsucht nach einer Heimat, die es nicht gibt

Ausländer in der BRD

Karin König / Hanne Straub / Kamil Taylan:
Merhaba ... Guten Tag.
Ein Bericht über eine türkische Familie
Bornheim 1981 (Lamuv Verlag) 102 S., 74 Abb., DM 14,80

In diesem Büchlein berichtet eine 10jährige Türkin über ihr Leben in der Bundesrepublik und eine Reise in die Türkei. In kleinen Abschnitten werden die Familie und die Umwelt beschrieben und mit vielen Fotos, wie in einem Familienalbum, illustriert.

„Da seine Arbeit von unserem Haus weit weg ist, steht er immer um 4 Uhr auf. Er arbeitet bei einer Verschrottungsanlage, so heißt das, sagt mein Vater. Ich war einmal mit meiner Mutter bei ihm auf der Arbeit, und um ihn herum lagen nur kaputte Autos. Die werden auf einem rollenden Band auseinandergenommen, und mein Vater muß die Teile sortieren. Er sagt, die Autofabriken kaufen wieder diese Teile und benutzen sie für die neuen Autos. Er meint, an dem Auto von meiner Mutter würden auch von ihm sortierte Teile drinstecken. Außerdem findet er in den alten Autos viele alte fremde Münzen, die er uns dann schenkt. Überhaupt, immer wenn er abends nach Hause kommt, tut er so, als hätte er uns nichts mitgebracht. Aber wir kennen den Trick. Wir gucken in seine Taschen und finden immer was. Er bringt Schokolade, Kaugummi, Bonbons, Brause oder Rockpops, die immer im Mund knallen. Immer wenn er nach Hause kommt, macht Sergül oder Mutti ihm was zu essen. Morgens sein Frühstück muß er alleine machen, weil wir Kinder erst später aufstehen müssen. Aber dann schimpft immer die Sergül, daß er in der Küche so viel Durcheinander macht, und sie danach putzen muß. Abends ist er immer müde und trinkt vor dem Video immer ein Bier, dann schläft er gleich ein. Aber wir gucken weiter Fernsehen oder Video bis zur letzten Tagesschau. Aber nicht immer." (S. 34)

Die Texte sind leicht lesbar, wahrscheinlich unter didaktischen Gesichtspunkten verfaßt, und die Aufmachung mit den Fotos ist sehr ansprechend. Zur Verwendung im pädagogischen Bereich steht ein Begleitheft (24 S., DM 5,–) zur Verfügung.

Kemal Kurt / Erika Meyer (Hrsg.)
... weil wir Türken sind
... Türk oldugumuz icin
Berlin 1981 (EXpress Edition) 92 S., viele Abb., DM 19,80

In diesem großformatigen Bildband erzählen türkische Arbeiter und Jugendliche in der BRD in zweisprachigen Texten über ihr Leben, über Wohnprobleme, Arbeit, Erlebnisse mit Deutschen, politische Aktionen u.a.m. Zweisprachige Bücher haben nicht nur den Vorteil, daß sie beim Erlernen der Sprache hilfreich sind, sondern daß Ausländer und Deutsche sie auch bei Sprachschwierigkeiten gemeinsam lesen können. Sie erleichtern es damit den ausländischen Freunden, uns Gedanken zu vermitteln, die sie selbst nicht so präzise sprachlich ausdrücken können.

Dursun Akçam:
Deutsches Heim – Glück allein. Alaman ocagi.
Wie Türken Deutsche sehen.
Bornheim 1982 (Lamuv Verlag) 285 S., DM 16,80

Dieses zweisprachige Buch eignet sich besonders gut als Diskussionsgrundlage für das Zusammenleben von Deutschen und Türken. Der Publizist Dursun Akçam erteilt seinen Landsleuten aus den verschiedensten Berufen und Altersstufen das Wort, die seit langem in der BRD z.T. in menschenunwürdiger Weise behandelt werden, aber lange nicht gehört wurden. Und sie haben uns Deutschen einiges zu sagen, was uns reichlich nachdenklich machen kann; schließlich werden ja nicht nur Politiker und Kapitalisten kritisiert, nicht nur der Durchschnittsbürger, nein, einiges richtet sich auch an die, die sich als fortschrittlich begreifen. Der Student Kamil Yilmaz berichtet:

„Deutsche können sich nur im Rahmen ihrer persönlichen Interessen an politischer Arbeit, an einer Aktion beteiligen. Und bei der ersten Gelegenheit suchen sie nach einem Vorwand, um dieser Belastung zu entkommen und in ihr Privatleben zurückzukehren. Bei sehr wichtigen Versammlungen stehen sie mittendrin auf, sagen: „Ich muß meine Ruhe haben", und verschwinden." (S. 51)

Nicht alle Berichte sind in einer solch ernsten Sprache. Der Arbeiter Memis Bozkur und der 18jährige „Halbstarke" Sait Selçuk malen ein so rosiges Bild von der BRD, daß die beißende Ironie den Leser zum Lachen bringt, aber den Nagel auf den Kopf trifft. Sait meint:

„Es gibt keine Moralapostel, die auf dir rumhacken, weil du ein fremdes Mädchen angeguckt hast. Es gibt kein Brautgeld und erst recht keine Heiratsvermittler. Mit deiner Freundin kannste jederzeit fummeln, mitten unter allen Leuten. Keiner guckt dich schief an, warum du solch einen Mist machst. Man kritisiert nicht die Liebenden, sondern die, die sie schief angucken. Au Mann, was ist das für ein Land." (S. 93)

Gerade weil es so viel Gesprächsstoff gibt über den Alltag hierzulande und weil es zweisprachig ist, kann das Buch ein ideales Geschenk sein von Deutschen an türkische Freunde oder umgekehrt. Im gemeinsamen *Gespräch* liegt ja der besondere Wert. Aber auch ohne dies kann es uns nur gut tun, den Spiegel in die Hand zu nehmen.

Reihe „Südwind gastarbeiterdeutsch":
Band 1: Im neuen Land, (1980) 144 S., DM 9,80
Band 2: Zwischen Fabrik und Bahnhof, (1981) 176 S, DM 12,80
Band 3: Annäherungen, (1982) 158 S., DM 13,50
Bremen (edition con)

Die Reihe „Südwind gastarbeiterdeutsch" versteht sich als ein Sprachrohr der „Gastarbeiter" aus allen Ländern. In Prosa, Lyrik und Grafiken stellen die Arbeitsimmigranten selbst ihr Leben dar, ihre Freuden und Leiden, ihre Stärken und Schwächen. Die Ausdrucksweise ist lebendig, anschaulich, die Sprache gewählt und nur in Ausnahmefällen „gastarbeiterdeutsch". Der erste Band **„Im neuen Land"** beschreibt alltägliche Situationen der Ausländer in der BRD. Am eindrucksvollsten fand ich eine witzige Geschichte von Franco Biondi: „So ein Tag, so wunderschön wie heute" über zwei Italiener in einer deutschen Kneipe. Während der eine empfindlich getroffen ist, als am Stammtisch über „Spaghettis ... Kanaken ... Dachau" hergezogen wird, läßt sich sein forscher Freund davon nicht einschüchtern, und der Abend endet in deutsch-italienischer feuchtfröhlicher Brüderlichkeit: „So ein Tag, so wunderschön wie heute"! Bloß: Bereits beim nächsten Wiedersehen heißt's wieder: Kanake!
Der zweite Band **„Zwischen Fabrik und Bahnhof"** hat die Zerrissenheit zwischen den zwei Kulturen der alten und neuen „Heimat" zum Thema. Die Sehnsucht nach der Heimat ist groß; Gragutin Trumbetas und Fakir Baykurt z.B. beschreiben, wie schwer aber auch die Besuche in der Heimat sind, wenn die Familie getrennt lebt, und wieviel schwerer dann wieder der Abschied ...

Conchita Hernando

wo liegt unsere sehnsucht

unsere eltern haben ihre alte heimat verlassen
und keine neue gefunden
ihre alte heimat ist keine heimat mehr
aber sie lebt weiter in ihrer sehnsucht
wo sollen wir unsere heimat suchen
in der alten heimat unserer eltern
die wir nicht kennen
oder hier
wo wir als fremde aufgewachsen sind
wir haben keine heimat
nur unsere gedanken
unseren eltern bleibt die sehnsucht
uns nicht einmal das (S. 162)

Der dritte Band **„Annäherungen"** beschäftigt sich mit der sog. Integration und enthält dabei auch selbstkritische Beiträge von Deutschen. Sinasi Dikmen's spaßige Erzählung symbolisiert, von welchen oberflächlichen Dingen die Annäherung an die deutsche Gesellschaft erschwert werden kann. Von seinendeutschen Freunden bedrängt, endlich auch einmal eine Geburtstagsfreier zu veranstalten, versucht der Erzähler beim Heimaturlaub sein wirkliches Geburtsdatum herauszufinden. „In meinem Reisepaß steht zwar ein Datum, aber das ist nur geschrieben, damit die Deutschen nicht meinen, daß ich noch nicht geboren worden bin." (S. 7). Nach langwierigen Forschungen muß er feststellen, daß es wohl ein Tag wie jeder andere gewesen sein muß. Schließlich:

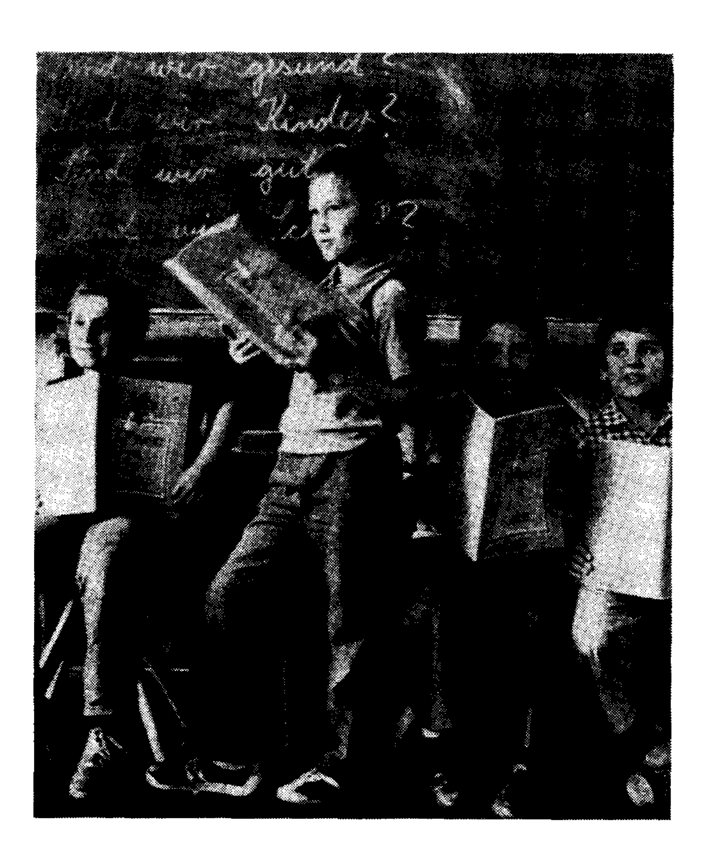
„Trotz all meiner Bemühungen ist es mir nicht gelungen herauszubekommen, wann ich geboren worden bin. Ich bin auch wie alle Deutschen von einer Mutter geboren worden. Ich hoffe, das reicht um integriert zu werden. Feiern wie bei den Deutschen habe ich sowieso nie gemocht." (S. 18)

Noch ein Gedicht von Tryphon Pagastamatelos – immer aktueller, jüngst wieder hinsichtlich der CDU/CSU-Ausländerverdrängungspolitik

Tryphon Papastamatelos

Integration

daß wir bleiben würden
obwohl nicht mehr gebraucht
obwohl herumgestoßen
paßt wohl kaum ins kalkül
gemachter macher
deshalb wurde übrigens
einstimmig beschlossen
uns die hölle heißer zu machen
damit wir uns noch
heimischer fühlen (S. 30)



Gerd Stüwe:
Türkische Jugendliche.
Eine Untersuchung in Berlin-Kreuzberg.
Bensheim 1982 (päd. extra buchverlag) 168 S., DM 24,80

Wissenschaftliche Untersuchungen bergen in der Regel für den Leser Vor- und Nachteile: sie systematisieren ein Problemfeld und enthalten eine Fülle von Informationen dazu, aber sie sind oft auch schwer lesbar. Das Buch empfiehlt sich von daher besonders denen, die aus eigener Anschauung bereits mit dem Leben junger Ausländer hier vertraut sind.
Stüwe geht es darum, „zu erfassen, wie leben die jungen Türken unter den erdrückenden objektiven Bedingungen, wie denken und handeln sie, welche Forderungen haben sie." (S. 7) Die türkischen Mädchen und Jungen berichten vom Alltag mit ihren Eltern und mit deutschen Jugendlichen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die türkischen Jugendlichen überdurchschnittlich motiviert sind, sich zu bilden und beruflich zu qualifizieren.

Herbert Spaich
Fremde in Deutschland.
Unbequeme Kapitel in unserer Geschichte.
Weinheim und Basel 1981 (Beltz) 287 S., **viele Abb.**,
DM 22,–

Unbequeme Kapitel unserer Geschichte gehören nicht nur der Vergangenheit an! Das großformatige, reich illustrierte Buch ist leicht zu lesen und beschreibt nicht nur die Geschichte der Hugenotten und Waldenser, der Wanderarbeiter um die Jahrhundertwende – wer weiß schon, daß in Ostschwaben die Arbeitskraft tiroler KInder noch Anfang dieses Jahrhunderts auf Märkten angeboten wurde! – und der ausländische Zwangsarbeiter im Dritten Reich. Der größte Teil des Buches beschreibt die bis heute anhaltende Unterdrückung der Sinti und Roma sowie das Schicksal der „Gastarbeiter" und Asylbewerber in der BRD. Vieles ist hier festgehalten, was wir allzu schnell zu vergessen geneigt sind. Bereits vor dem Mauerbau wurden ausländische Arbeiter angeworben, 1955/56 allein 100.000! Die Reportage von der Ankunft des millionsten „Gastarbeiters" 1964, die dokumentiert ist, und die Fotos zeigen, wie wenig man diese Gäste als Menschen anerkannte, aber wie sehr die Wirtschaft sie brauchte. Josef Stingl 1964:
„Die Wachstumsrate kann in Zukunft nur erreicht werden, wenn weitere ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik kommen. Auch zur Bewältigung des Rentenberges tragen sie bei, denn die Deutschen müßten sonst noch höhere Beiträge zahlen." (S. 212)

Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierungen blieben halbherzig. Das scheinbare Wohlwollen der Wirtschaft und der Politiker kühlte aber mit der Rezession 1972/73 ab. Zunehmend betonten sie stattdessen ein Unbehagen und beriefen sich dabei auch auf die Vorurteile in der deutschen Bevölkerung. Doch die Möglichkeiten der Heimkehr werden geringer; die Neufassung des Ausländerrechts versucht teilweise zu berücksichtigen, daß die BRD vielen Einwanderern zur neuen Heimat geworden ist; aber in kleinlichen Ausführungsbestimmungen werden die Rechte wieder eingeschränkt.
Das Buch gibt einen anschaulichen geschichtlichen Überblick und zeichnet ein buntes Bild von der Ablehnung und dem Mißtrauen, dem die Fremden in der Bundesrepublik ausgesetzt sind; aber es zeigt z.B. auch, wie junge Ausländer uns sehen (S. 226):

Die Deutschen sind pünktlich wie die Eisenbahn.
Das kommt daher,
daß sie nur ein Gleis kennen,
nie vom Weg abgehen,
kein Unkraut, keine Blumen
in den Seitenwegen pflücken.
Sie fahren immer geradeaus,
sind pünktlich wie die Eisenbahn
und nehmen nichts wahr.

Eberhard Gohl



Exportwirtschaft – besser als ihr Ruf?
Anmerkungen zu Dieter Senghaas' neuem Buch

Von Europa lernen: Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt 1982 (edition suhrkamp 1134), 356 S., DM 16,–

Dieter Senghaas hat in den vergangenen Jahren der entwicklungstheoretischen Diskussion in Deutschland wichtige Anstöße gegeben. Zunächst durch die Herausgabe zentraler Texte der lateinamerikanischen „Dependenztheorie" (Peripher Kapitalismus, 1974, es 652 und Imperialismus und strukturelle Gewalt, 1972, es 563) sowie von Texten der neu entfachten internationalen Diskussion um die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft (Kapitalistische Weltökonomie, 1979, es 980). Dabei entwickelte Senghaas seine eigene, nicht zuletzt an dem deutschen Nationalökonomen Friedrich List geschulte Theorie der „autozentrierten Entwicklung" als einer entwicklungspolitischen Alternative für die Länder der Dritten Welt. Sein „Plädoyer für Dissoziation" (Dieter Senghass, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, 1977, es 856) fußt auf der zentralen

Aussage der Dependenztheoretiker, daß es nämlich innerhalb der kapitalistischen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung keine Entwicklungschance für die unterentwickelten Länder gebe. Senghaas empfiehlt als Alternative eine stark binnenmarktorientierte protektionistische Wirtschaftspolitik für die Länder der Dritten Welt, wobei er anhand historischer Untersuchungen nachweist, daß auch die meisten heutigen Industriestaaten, nicht zuletzt Deutschland über weite Zeiträume ihrer Entwicklung ähnliche Strategien verfolgten. Als „Abkoppelungsstrategie" fand diese Position sehr rasch Eingang in die Diskussionen der vielen entwicklungspolitischen Gruppen, besonders auch im kirchlichen Bereich, bot sie doch endlich eine halbwegs konsistente theoretische Alternative zu den herrschenden Entwicklungstheorien, die letztlich alle auf die durch die Wirklichkeit so eklatant widerlegte These hinauslaufen, daß jedes Land innerhalb einer weltweiten Gesamtwirtschaft seinen speziellen Platz finden müsse und könne.

Wer diesen Hintergrund kennt und Senghaas 'neues Buch „Von Europa lernen" liest, wird zunächst einigermaßen überrascht. Der größte Teil der hier enthaltenen historischen Untersuchungen dient nämlich gerade dem Nachweis, daß eine „autozentrierte Entwicklung" auch bei einer starken Exportorientierung einer Volkswirtschaft möglich war und ist. Senghaas stützt sich dabei vor allem auf wirtschaftshistorische Untersuchungen über die Entwicklung einer ganzen Reihe europäischer und außereuropäischer Länder, die im Rahmen von größeren Forschungsprojekten unter seiner Leitung durchgeführt wurden und großenteils inzwischen auch als Ländermonographien vorliegen (vgl. die Teilübersicht bei Thomas Hurtienne, Sozialismus und autozentrierte Entwicklung, in: Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt, Frankfurt 1982, es 1097).

In Europa sind es die Niederlande und die Schweiz, die Senghaas als Beleg für die Möglichkeit einer „assoziativ-exportorientierten" Entwicklung dienen sowie – in etwas eingeschränkter Form – auch die skandinavischen Länder, bei denen nach Senghaas mindestens in langen Phasen ihrer Entwicklung eine Exportorientierung vorherrschte („assoziativ-dissoziative" Entwicklung). Auch die ehemaligen britischen Siedlerkolonien (Neuseeland, Australien, Kanada...) rechnet er zu diesem Typus.

Gemeinsam ist nach Senghaas diesen Ländern ebenso wie denjenigen mit einer vorwiegend binnenorientierten Entwicklung, daß sie gegenüber den fortgeschrittenen Industrieländern, letztlich vor allem gegenüber England eine Entwicklung *nachzuholen* hatten, und daß sie diese nachholende Entwicklung auch mehr oder weniger erfolgreich vollzogen haben. Alle diese Länder können daher auch als Länder mit einer erfolgreichen autozentrierten Entwicklung betrachtet werden. Autozentrierte Entwicklung, das ist also nicht identisch mit autarker oder ausschließlich binnenmarktorientierter Entwicklung. Autozentriert ist eine Entwicklung vielmehr dann, wenn sie – tja, eben erfolgreich ist. Hier ist der Punkt, wo mir die Senghaas'sche Argumentation sehr dünn zu werden scheint.

Gerade weil Senghaas mit viel historischem Material – das übrigens auch angenehm lesbar und schlüssig aufbereitet ist – zeigt, daß es ganz verschiedene Entwicklungspfade in der Geschichte gegeben hat, eben vom ausschließlich exportorientierten bis hin zum staatssozialistisch binnenorientierten, daß also das Ziel einer entwickelten Gesellschaft nicht nach dem Weg zu bemessen ist, der zu ihr führt, gerade deswegen stellt sich die Frage umso schärfer, wie denn nun „Entwicklung" definiert werden kann.

Senghaas unternimmt an mehreren Stellen seines Buches Ansätze, Kennzeichen für eine autozentrierte Entwicklung aufzulisten. Wichtig sind für ihn vor allem eine „organische Entwicklung zu komplexen Strukturen", d.h. eine möglichst gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Sektoren mit möglichst vielen Verknüpfungen untereinander, also ein breiter Binnenmarkt. Dazu gehört auch eine ausgeglichen über die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft verteilte Kapitalbildung und eine entsprechend verzahnte Nutzung von natürlichen Ressourcen und von Technologie. Am Beispiel eines Vergleichs der dänischen und uruguayischen Entwicklung, die vom Export von Agrarprodukten ausgeht, es aber nur Dänemark gelingt, die dadurch mobilisierten Mittel für eine autozentrierte Entwicklung zu nutzen, macht er diese Vorstellung deutlich. Gradmesser für den Erfolg bleibt aber in letzter Instanz schlicht das Bruttosozialprodukt eines Landes und als Voraussetzung für ein hohes BSP eine entsprechende – natürliche „organische" Industrialisierung. Mehrfach nennt Senghaas denn auch „die OECD-Länder" als die Idealtypen autozentriert entwickelter Länder.

Das hat seinen guten Sinn, solange es nur um die vergleichende Analyse historischer Entwicklungswege geht. Dann lassen sich am Vergleich der verschiedenen Entwicklungspfade, die alle am gemeinsamen Entwicklungsziel gemessen werden, in der Tat eine Reihe interessanter Einsichten gewinnen. Problematisch wird es jedoch dann, wenn man aus diesen historischen Analysen Schlußfolgerungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der heutigen Staaten der Dritten Welt ziehen will, wie es Senghaas ja schon im Titel seines Buchs beansprucht.

Überlegt man, was denn nun aus Senghaas' Analysen in dieser Hinsicht zu folgern sein könnte, so wird die seltsam unhistorische Betrachtungsweise dieses mit historischen Analysen nur so gespickten Buches augenfällig. Der Weltmarkt ist bei Senghaas ein unendlich expansionsfähiges System. Grenzen des Wachstums, Verknappung von Ressourcen, ökologische Grenzen einer Kapitalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft – derartige Probleme bleiben konsequent ausgeblendet. Auch Herrschaftsbeziehungen in der Weltwirtschaft, die einst Ausgangspunkt für die Analysen der Dependenztheoretiker waren, sind in Senghaas' Analysen überwunden. Daß es wohl kein Zufall war, daß gerade die weißen Siedlerkolonien Zugang zum englisch dominierten Weltmarkt fanden und ihre dort gemachten Gewinne dann auch zu nutzen verstanden, daß die entwicklungshemmenden Strukturen inzahllosen Ländern, die heute zur Dritten Welt gerechnet werden, natürlich auch im Interesse des Kapitals der „entwickelten Länder" waren und sind, und tatkräftig erhalten werden, auch das ist in diesem Buch allenfalls in knappen Nebensätzen zu ahnen, spielt aber für die eigentliche Analyse der ökonomischen „Diversifizierungsprozesse", der „allmählichen Durchkapitalisierung", der „intrasektoralen und intersektoralen Vermaschung", der Stationen einer autozentrierten geglückten Entwicklung keine Rolle. In seiner Analyse geht Senghaas vielmehr von der Fiktion aus, daß es ausschließlih die inneren Verhältnisse einer Nation, ihr Bildungsniveau, ihr wirtschaftspolitisches Wollen etc. seien, die über ihre Entwicklung entscheiden. Gerade wenn man nach der Verallgemeinbarkeit des exportorientierten Entwicklungswegs fragt, wird diese Voraussetzung schnell absurd. Was Dänemark und Neuseeland noch möglich war, seine Agrarprodukte in England abzusetzen, und was derzeit gerade noch Kuba möglich ist in der Sowjetunion, das wird natürlich – und nicht nur wegen der zu engen Weltmärkte – nicht vielen Ländern zugleich möglich sein – der Mißerfolg des winzigen STABEX-Experiments in der EG zeigt dies.

Nun will Senghaas aber auch keine so direkten Schlüsse aus

seinen Analysen ziehen. Ihm geht es in erster Linie um die Differenzierung von „autarkieorientierter" und „autozentrierter" Entwicklung. In der Herausarbeitung der verschiedenen modellhaften Entwicklungspfade in der Vergangenheit halte ich das Buch für nützlich und instruktiv. Nur sollte man das Buch auch wirklich ausschließlich als die Beschreibung historischer Modell lesen und nicht als ein Handbuch historischer Möglichkeiten – eine Gefahr, der Senghaas leider Vorschub leistet, wenn er immer wieder betont, wie anders die Geschichte doch auch hätte verlaufen können, und dabei den Eindruck suggeriert, es hätte dazu lediglich anderer Entscheidungen bedurft. In einem Kapitel setzt ich Senghaas mit den Theoretikern des „Weltsystemansatzes" (Wallerstein u.a.) auseinander, denen er vor allem vorwirft, daß sie die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft zu ausschließlich von den Bedingungen her analysieren, die durch die kapitalistischen Kernländer gesetzt wurden. Wenn Senghaas demgegenüber betont, daß die Weichen für die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt dort selbst gestellt wurden, so ist dieser Aspekt sicher auch wichtig (und angesichts steriler Debatten um UNCTAD und Neue Weltwirtschaftsordnung auch angebracht). Als klare entgegengesetzte Position, wie sie Senghaas in seinem Buch formuliert, führt sie letztlich ins Abseits. Was wir brauchen, sind keine derartigen abstrakten Gegensätze, sondern Analysen, wie die Entwicklung der kapitalistischen Weltökonomie und die Entstehung und Entwicklung der Herrschaftsverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt zusammenhängen.

Rainer Huhle

Kambodscha im Jugendbuch

Vom Glanzpapierumschlag schauen zwei braunhäutige Jungen und ein Mädchen mit traurigen Gesichtzügen. „Ich heiße Sokhom" steht in großen Lettern darüber. Skhom – das ist die Ich-Erzählerin, ie den Leser durch das 140 Seiten umfassende Jugendbuch führt (1).
Sokhom, das 13jährige Mädchen aus Kambodscha, erzählt ihre Lebensgeschichte. Auf den ersten Seiten berichtet sie über die „heile Welt" ihres Heimatdorfes im kambodschanischen Dschungel, über die Großfamilie und die dörflichen Sitten. An einem Morgen durchbrechen Schüsse das dörfliche Idyll.
Sokhom flieht in den Dschungel. Als sie sich nach einem Tag ins Dorf zurücktraut, stellt sie voll Entsetzen fest, daß ihre Angehörigen von „roten Horden" (Zitat aus dem Jugendbuch; gemeint sind die „Roten Khmer") umgebracht wurden. Khmer-Soldaten zwingen Sokhom, in ein kommunistisches Kinderlager mitzukommen. Nach einigen Wochen wird das Lager aufgelöst und Sokhom zur Straßenreinigung (!) nach Phnom Penh (Eine der vielen Unstimmigkeiten des Jugendbuchs: Betrieben die Roten Khmer nicht den Exodus der Städte?) abgeordnet. Doch unterwegs gelingt es Sokhom, mit ihrem Vetter zu fliehen. Nach strapaziösen Fußmärschen gelangen sie an eine Bahnstation. Wieder greifen die Roten Khmer die Kinder auf und verfrachten sie ins thailändische Grenzgebiet zum Reisanbau. Für wenige Tage beherrschen die „vietnamesischen Befreier" das Arbeitslager. Dann wird es von den Roten Khmer zurückerobert. Viele Lagerbewohner entschließen sich, Kambodscha endgültig zu verlassen. Auch Sakhom wird von einer Frau dazu überredet, nach Thailand zu fliehen. Nach mehrtägiger Dschungelodyssee stoßen sie auf eine „friedliche Landstraße" Thailands. Von „freundlichen Weißen" eines Flüchtlingslagers wird Sakhom schließlich nach Deutschland gebracht...
Die Zitate belegen, daß die Autorin des Jugendbuches an vielen Stellen einer simplen Schwarz-Weiß-Darstellung verfällt: Auf der einen Seite die dicke, plattnasige Kommunistin Ny, auf der anderen Seite die netten, solidarischen Lagerinsassen. Die friedliche Dorfwelt wird mit der hektischen Betriebsamkeit des kommunistischen Lagers (die Autorin spricht von „Lagerarmeisen") kontrastiert. Die Roten Khmer werden dem jugendlichen Leser als plötzlich auftauchende Dämonen, nicht aber als Produkt der jüngsten kambodschanischen Geschichte vorgestellt. Die Hintergründe des Zerfalls der „friedlichen Idylle" werden nicht gezeigt. Doch über die französischen Kolonialisten läßt die



Autorin ihre Titelheldin einmal sagen: „Sie hatten ür uns Krankenhäuser und Straßen gebaut."
Allenfalls im Anhang des Jugendbuches erfährt man etwas über die Verstrickung Kambodschas in den Vietnam-Krieg. Ein Misereor-Mitarbeiter berichtet: „Kambodscha hat von sich aus nichts dazu getan, in die Kämpfe zwischen Amerikanern und Nordvietnamesen verwickelt zu werden. Es kam deshalb in den Krieg, weil der Ho Chi Minh-Pfad, die Nachschubbasis der Nordvietnamesen, über Laos und Kambodscha ins Mekong-Delta nach Südvietnam führte. Die Amerikaner wollten diese Nachschublinie stoppen. Sie setzten Prinz Sihanuk im Jahre 1970 ab und ersetzten ihn durch ihre Marionette, den General Lon Nol."
Sicherlich: Auch die Darlegung der historischen Wurzeln, der gegen Lon Nol operierenden Khmer-Bewegung darf nicht über die späteren Massaker hinwegtäuschen. Daß die geschichtlichen Erklärungsversuche im vorliegenden Buch aber gänzlich ausgespart bleiben, ist kein Zufall.
Wie kam die Verfasserin Nina Rauprich (die laut Kurzbiographie nie in Kambodscha war) zu ihrer „Story"? Nina Rauprich befragte Flüchtlingskinder in der BRD.
Doch die Autorin räumt ein: Die kambodschanischen Kinder „sprachen freiwillig nie über ihre Erlebnisse in Kambodscha. Sie versuchten, die Erinnerung zu verdrängen."

So blieb Nina Rauprich nichts anderes übrig, als die Geschichte „frei zusammenzustellen" – ein zweifelhaftes Vorgehen. Der Verlag hätte besser die Reportagen und Berichte des Anhangs (die leider auch nicht immer frei von platten Vereinfachungen sind) zu einem Jugendbuch zusammengestellt. Denn wer wie Nina Rauprich mit einer Jugendgeschichte nur Mitleid und antikommunistische Gefühle wecken will, begibt sich auf das Niveau der deutschen Boulevardpresse.

Anmerkung: Das Jugendbuch „Ich heiße Sokhom" von Nina Rauprich erschien im Otto-Maier-Verlag Ravensburg. Preis des 140 Seiten umfassenden Paperbacks: 16,20 DM

Ulrich Kieser

Revolution und Klassenkampf in Äthiopien

1975 führte die äthiopische Militärregierung eine Landreform durch. Die unbezweifelbare Radikalität dieser Landreform gilt vielen Beobachtern bis heute als der eigentliche Beweis für die Fortschrittlichkeit der Militärregierung – trotz brutaler Unterdrückung der verschiedenen äthiopischen Nationalitäten, trotz des „roten Terrors" gegen linke Gruppen. Selbst wer dem Militärregime ablehnend gegenübersteht, mochte bislang nicht bestreiten, daß die Landreform fortschrittlich gewesen ist. Genau das tut aber der Autor der folgenden Broschüre:

Yohannes Noggo: Revolution und Klassenkampf in Äthiopien.
Mit einer Einleitung von Thomas Zitelmann. Giessen, Dez. 1982, 72 S., DM 8,–
(Hrsg. ISZ-Giessen, c/o G. Schröder, Löberstr. 5, 6300 Giessen/ Vertrieb: PROLIT, Postfach 1165, 6304 Lollar

Der Agrarsoziologe Noggo, heute Mitglied der Oromo-Befreiungsbewegung, arbeitete bis 1977 im äthiopischen Landwirtschaftsministerium. Die Erfahrungen, die er bei der Durchführung der Landreform sammeln konnte, faßte er 1978 zusammen – ein Teil davon wurde jetzt ins deutsche übersetzt und veröffentlicht.
Auch Noggo leugnet nicht die Radikalität der Landreform. Immerhin zerbrach sie die ökonomische Grundlage des alten Systems und schuf damit den Grundstein einer neuen Gesellschaft. Die Kräfte, die die Landreform entfesselte, wurden jedoch in deren weiteren Verlauf von oben – vor allem durch die Bürokratie erstickt. Da die Landreform daher nicht zu Ende geführt wurde, konnte sie die Bauern nicht wirklich befreien. Sie beseitigte lediglich die Hindernisse, die das internationale Kapital bis dahin daran hinderten, die äthiopische Landwirtschaft tiefer zu durchdringen.
Warum wurde die Landreform nicht zu Ende geführt? Noggo gibt dafür zwei wichtige Gründe an:
1. Als 1974 das System Haile Selassies zusammenbrach, gab es keine politische Organisation mit Massenbasis, die die Macht hätteübernehmen können. Die Macht fiel daher der Organisation in die Hände, die noch am besten funktionierte: dem Militär. Ohne klare Ideologie und ohne Programm wurde die Machterhaltung zum eigentlichen Ziel der Militärs. Diesem Zweck diente auch die bald eingeleitete Landreform, sie sollte den Militärs die fehlende politische Legitimation verschaffen.
Den Bauern im Norden Äthiopiens brachte die Landreform keinen Gewinn, denn dort befand sich das Land noch weitgehend im gemeinschaftlichen Besitz der Verwandschaftsverbände. Anders dagegen im Süden. Dort hatte die große Mehrheit der Bauern ihr Land verloren, als nach der Eroberung des Südens durch Menelik im letzten Jahrhundert das Land zwischen Staat, Kirche und der lokalen, kooperationswilligen Führungsschicht aufgeteilt wurde. Unter den Bauern des Südens stieß daher die Landreform auf breite Zustimmung. Die scharfen Klassenauseinandersetzungen, die dadurch ausgelöst wurden, trieben bald über das eigentliche Ziel der Reform hinaus. Als dem Militär die Kontrolle über dieseEntwicklung zu entgleiten drohte, verbündete es sich mit den Großgrundbesitzern und der Bürokratie gegen die Bauern: heftige und blutige Auseinandersetzungen waren die Folge. Noggo schreibt: „Überall im Reich breitete sich die Konterrevolution aus und wichtigstes Instrument war das Regime selbst". (S. 35)
2. Durch die Landreform und die Verstaatlichung wurde zwar die ökonomische Basis völlig umgewälzt, dem alten System die Grundlage entzogen, aber der Überbau des alten Systems – vor allem die Bürokratie – blieb weitgehend intakt (S. 35). Die Bürokratie versuchte von Anfang an die Landreform zu unterbinden. Gegen sie konnten sich die Bauernvereinigungen, die die Landreform durchführten, nicht durchsetzen. Der Militärregierung gelang es auch im weiteren Verlauf der Landreform, die Bauernvereinigungen in die Verwaltung einzubinden; Regierungskomitees überwachten nun deren Tätigkeit und nahmen ihnen damit den revolutionären Elan. Die Bauernvereinigungen verkamen schließlich zu einem Anhängsel der Verwaltung.
Aus den Ergebnissen der äthiopischen Landreform folgert Noggo, daß Maßnahmen wie die Landreform nur einen kurzfristigen Effekt haben, wenn sie nicht durch zusätzliche Maßnahmen abgesichert werden (61). in Äthiopien war das nicht der Fall, daher wurden die alten Formen der Ausbeutung letztlich nur durch neue ersetzt. Außerdem leitete die Regierung neue sozio-ökonomische Differenzierungsprozesse ein, indem sie speziell die landwirtschaftliche Exportproduktion förderte, die übrige Landwirtschaft aber vernachlässigte. Die Regierung – so Noggo – bereitete damit geradezu die Klassenbasis für den Imperialismus vor (S. 58).
In seiner Analyse untersucht Noggo auch eine Reihe weiterer Aspekte, die mit der Landreform verknüpft sind: die Stellung der Frau, die Auswirkungen der Landreform auf die Nomaden, die soziologische Zusammensetzung der Bauernvereinigungen usw.



Plakat bei den Feiern zur Landreform

Noggo wirft der Militärregierung vor, daß sie mit ihrer Politik das Nationalitätenproblem zusätzlich verschärft habe. Schon im legislativen Teil der Landreform waren nationalistische Konflikte vorprogrammiert: eine nur für den Süden geltende Regelung sah vor, daß an jeden Zuwanderer Land verteilt werden soll. Die Bauern im Süden Oromos – faßten dies auf als Fortsetzung der traditionellen, unter dem alten System praktizierten Kolonialpolitik. Daß die Militärs die Bürokratie unterstützte, die bis dahin gemeinsam mit den Großgrundbesitzern auch für die nationale Unterdrückung der Oromos verantwortlich war, konnte diesen Eindruck nur verstärken. Daraus wird eher verständlich, warum auch im Süden die nationale Frage neuen Auftrieb erhielt, sowohl die Landreform die feudale Ausbeutung und damit einen Teil kolonialer Ausbeutung beseitigte.
Insgesamt ist die Argumentation Noggos überzeugend, auch wenn sie nicht gerade übersichtlich gegliedert und auch nicht immer sehr differenziert ist. In manchen Punkten ist er allerdings widersprüchlich oder schießt über das Ziel hinaus. So wenn er schreibt, daß sich die Militärs im September 1975 mit der Reaktion verbündet hätten (S. 38), aber noch auf der gleichen Seite behauptet, die Regierung habe im Juli 1975 mit der Verstaatlichung des städtischen Grundeigentums eine wichtige wirtschaftliche Festung der Großgrundbesitzer zerstört. Unverständlich ist, daß Noggo die Bemühungen Äthiopiens, eine angepaßte Technologie zu entwickeln, mit dem Argument ablehnt, diese Bemühungen lägen außerhalb des Produktionsprozesses und seien von der produzierenden Klasse, den Bauern, getrennt. Unbelegt bleibt die Behauptung, die Landreform habe neue soziale Differenzierungsprozesse ausgelöst. Immerhin enthält das Landreformgesetz einige Zusatzbestimmungen, die genau das verhindern sollen (bzw. Verbot des Landverkaufs, Anrecht auf max. 10 ha landwirtschaftlich nutzbares Land etc..)

Trotz dieser Einschränkungen ist die Arbeit bemerkenswert: es ist die Bilanz eines Mannes, der an der Durchführung der Landreform selbst beteiligt war; gleichzeitig dürfte sie auch die Einschätzung der Landreform durch die Oromo-Befreiungsbewegung (OLF) widerspiegeln. Das Vorwort – von Thomas Zitelman verfaßt – enthält eine kurze Beschreibung der unterschiedlichsten Produktionsverhältnisse im Süden und Norden Äthiopiens vor der Landreform. Außerdem versucht Zitelman zu umreißen, wie sich der Agrarbereich nach 1978 entwickelt hat.

(wha)

Tanzania von unten gesehen

Tanzania stellt so etwas wie eine blaue Blume für entwicklungspolitische Romantiker dar; ein Land, das einen eigenständigen, einen afrikanischen sozialistischen Weg geht. So die häufig gehegte Idealvorstellung, die weit von der Wirklichkeit entfernt ist. Wie weit, das berichtet:

Einar Schlereth „Null Uhr – wenn die Sonne aufgeht..."
(1983, ETS-Verlag Hamburg, 215 S., 19,80 DM/ 150,– öS, erhältlich über CON-Vertrieb, Bremen)

Fast zwei Jahre (1979 – 1981) bereiste der Autor weite Teile Tanzanias und Zanzibars, lernte Kisuaheli und sprach mit vielen Menschen in ihrer eigenen Sprache. Das Ergebnis ist eine anschauliche, lebendige und leicht lesbare Schilderung über den Alltag der Afrikaner, über Bauern, Jugendliche, das Verhältnis von Frauen zu ihren Männern, Ehe, Schul- und Gesundheitswesen und darüber, was aus dem Ujamaa-Sozialismus nun bisher geworden ist. Wichtig dabei: Zum nüchternen Blick auf wesentliche Probleme, zum persönlichen Augenschein gesellt sich eine Betrachtung einiger Hintergründe von Gesellschaft und Politik. Eine Kombination von eigenen Beobachtungen und darüber hinausgehender Reflexion von Zusammenhängen.
Tanzania hat es seit der Unabhängigkeit 1961 nicht geschafft, die drei großen Aufgaben zu lösen: Aufbau einer gerechteren Gesellschaft, Nahrungsmittelselbstversorgung und wirtschaftlich vom Ausland unabhängiger zu werden. „Zu lange wurde die Fiktion aufrechterhalten, daß Tanzania erfolgreich den Sozialismus aufbaue, der Fortschritt unaufhaltsam sei, von einigen Rückschlägen abgesehen, daß die Menschen begeistert der Partei folgten und ein glückliches Leben führen würden. Das ist eine Lüge. Vom Sozialismus ist weit und breit nichts zu sehen, der Fortschritt ist seit langem auf die schiefe Bahn geraten, die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst sichtlich und die sinkende Begeisterung für die Partei läßt sich an Versammlungen mit Nyerere ablesen." (S. 174). Das klingt hart, dürfte aber stimmen. „Das Volk – Arbeiter und Bauern – ist total entmündigt worden. ... Die Bürokratie (...) liegt wie Blei auf dem Volk" (S. 92). Die Bauern werden für all ihre Produkte viel zu schlecht bezahlt (ebenso drückt die Regierung die Löhne der Arbeiter ständig). Sie erzeugen gerade genug für sich und ein bißchen mehr, um sich die nötigsten Dinge zum einfachsten Leben zu kaufen, die sie nicht selbst herstellen. An eine erweiterte Produktion quantitativ wie qualitativ ist in dieser Situation nicht zu denken. Nationale Aufbaupläne und Appelle lassen die Bauern kalt. Das erklärt zum Großteil, warum Tanzania jährlich hunderttausende Tonnen Grundnahrungsmittel einführen muß, es könnte sich aber selbst versorgen.
Nicht den Sozialismus an sich macht Schlereth dafür verantwortlich, wohl aber Bürokratie, fehlende Demokratie und Kontrolle von unten. Die Ujamaa-Bewegung steht heute ohne Erfolg und Elan da. Ujamaa (Brüderlichkeit), einst das stolze Motto für den Versuch, eine sozialistische und eigenständige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen, ist großteils mißlungen. Jedoch: privatwirtschaftlich orientierte afrikanische Länder zeigen keine Alternative. Dort, wie etwa in Kenya, geht es der großen Masse der Völker noch miserabler.
„Null Uhr" gehöt zur seltenen Kategorie von Büchern über ein Entwicklunsland, die weder nur verteufeln noch nur idealisieren, weder nur abstrakt theoretisieren noch nur sich in zufälligen rein persönlichen Einschätzungen verlieren, weder gescheit daherreden noch Vorurteile (Barrikaden für unvoreingenommene Erkenntnis) mit auf die Reise geschleppt haben. Ich halte es für ein ehrliches Buch. Es verscheucht gründlich und respektlos romantische Träume. Die blaue Blume in den Köpfen soll endlich verschwinden.

Joe Kemptner



Die folgenden Leserbriefe wurden uns zum Themenschwerpunkt Palästina-Konflikt in den 'blättern' Nr. 106/Dez. 1982, Nr. 107/Febr. 1983 und Nr. 109/Mai 1983 zugeschickt. Für weitere Stellungnahmen wären wir sehr dankbar. Red.

Liebe Freunde (trotzdem?) 31.5.1983

Bitte schickt mir ab sofort keine 'Blätter' mehr zu; verständigt mich, ob ich trotzdem das volle 83er-Abo zahlen muß. Wenn ja, dann sendet die restlichen Ausgaben bitte an Mittellose.

Der Grund? Ich habe die 'Blätter' immer voll Interesse gelesen, das sowohl durch meinen – inzwischen aus familiären Gründen aufgegebenen – Plan, selbst einen Einsatz zu machen, als auch durch mein intensives ALÖ-Engagement erklärbar ist. Besonders erfreulich schien mir euer Versuch, trotz einer unverkennbar linken Grundhaltung auf „primitiv-linke" Schwarzweißmalerei zu verzichten.

Dieses Bemühen war allerdings meiner Meinung bei den letzten Nummern mit Schwerpunkt Nahost, die ich als Jude mit besonderem Interesse gelesen habe, nicht von Erfolg gekrönt. Aus vielen (nicht allen!) Artikeln sprach starkes antijüdisches Ressentiment, sowie geringes Vermögen, sich in die psychische Situation der Juden in der Welt hineinzuversetzen.

Wie stark – nicht nur bei euch – mit zweierlei Maß gemessen wird, sieht man daran, daß seitenweise über die – sicher auch vorhandene Diskriminierung arabischer Israelis geschrieben wird (die allerdings immerhin das Wahlrecht, Recht auf Parteigründung sowie fast alle anderen Bürgerrechte – ausgenommen u.a. das „Recht" auf Wehrdienst – haben), jedoch mit keiner Zeile auf die noch immer andauernde Diskriminierung der Juden in den arabischen Ländern eingegangen wird (z.T. müssen sie noch in Ghettos wohnen usw.!!) Das würde aber wohl nicht zum einfachen Gut-Böse-Schema passen...

Vollends in frühere Zeiten zurückversetzt kam ich mir bei eurem Artikel darüber vor, wie „verjudet" die amerikanischen Medienkonzerne sind (Nr. 109/S. 54). Als weitere interessante Arbeitsbereiche kann ich euch empfehlen zu untersuchen, ob nicht auch in der BRD (oder Ö) etwa schon wieder zu viele Juden irgendwo leitende Positionen innehaben...

Bitte gebt meinen Namen nicht bekannt, weil ich sonst (leider!) Angst für mich und meine Familie haben müßte (in den 'Blättern' werden ja sogar Filme vorgestellt, in denen „Freiheitskämpfer" dem „zionistischen Gegner schwere Verluste zufügen" Nr. 109/S. 62)...

Mein Leserbrief würde länger ausfallen, wenn ich mir begründete Hoffnungen machen könnte, Vorurteile aufzuweichen. Als Jude rechtfertige ich keineswegs alle Maßnahmen des Staates Israel (schon gar nicht unter Begin), aber es ist immerhin der einzige demokratische Staat im Nahen Osten. Für einen „Kampf zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften" (Nr. 109/S. 62) wären also die anderen Staaten der Region besser „geeignet".

Liebe Leute! 20.3.1983

Ich möchte Euch sagen, daß ich Eure Palästina-Reihe sehr gut fand! Endlich sind mir zu diesem Themenkomplex, der ja „nur" durch die Ereignisse von 1982 ins öffentliche Interesse rückte – (und mittlerweile wieder entrückte) –, einige Lichter aufgegangen.

Die Art, durch übergreifende Darstellungen auf verschiedenen Ebenen die Probleme und Strukturen zu erklären, haben sehr viel dazu beigetragen, die tiefer liegenden Konflikte zu verstehen. Gut fand ich auch die historische Herangehensweise, die weniger auf umfassende Daten als auf die strukturellen Entwicklungen abzielte. Ich denke, daß ich auf dieser Grundlage detailliertere Arbeiten nun besser verstehen kann.

Solche übergreifende Darstellungen würde ich mir z.B. auch für die Geschichte Lateinamerikas oder Asiens wünschen, damit die historische Entwicklung grober Grundstrukturen sozusagen als Fundament für tiefere Analysen einzelner Länder gelegt wird. Viele liebe Grüße Michaela.

Liebe Freunde vom iz3w, 28.6.83

...bei der Gelegenheit möchte ich Euch noch sagen, daß mir die 'blätter' Nr. 106, 107 und 109 zu Palästina/Libanon ganz außerordentlich gut gefallen haben. Die Artikel erreichen teilweise wissenschaftliches Niveau und sind u.a. gut geeignet für die Arbeit an Volkshochschulen und Universitäten. Da ich intensiv mit den Problemen des Nahen Ostens beschäftigt bin, würde ich mich freuen, wenn Ihr häufiger über die Entwicklung in den arabischen Staaten berichten könntet.

Ansonsten stelle ich fest, daß die „blätter" immer besser werden. Endlich werden Themen angepackt, an die sich sonst keiner rantraut (z.B. SU und Dritte Welt).

Weiter so!

Mit solidarischen Grüßen, Hermann

SOLIDARITÄT UND EXIL

Es ist nicht einfach, seine Gefühle auszudrücken. Die Analyse, die Kenntnis einer Gesellschaft helfen da nicht viel weiter. Diesmal möchte ich meinen Gedanken, meinen Gefühlen freien Lauf lassen, schreiben, worüber man (sonst) nicht schreibt.
Das Exil ist ein Weg voll bitterer, demütigender Erfahrungen, aber auch ein Weg, auf dem man die Blume, den Keim der Solidarität aufhebt, mit dem Ihr unserem Leben Wärme und Klarheit gebt.
Das Erlernen einer neuen Sprache, das Suchen nach Verständnis für eine andere Gesellschaft, ihre Mentalität, die Mechanismen, die sie bewegen, machen mich immer kleiner, hilfloser, ungeschickter und desorientierter. Die kritische Integration in eine Gesellschaft, zu der ich nicht gehöre, verwandelt sich in einen konstanten Kampf mit mir selbst.

Wo ist die Grenze der kulturellen Identität, und wo beginnt ihr Verlust? Das ist die Frage, die viele Exilierte bewegt.

Auf der Suche nach einem neuen Weg, auf der Suche uns in Wesen zu verwandeln, die auf unterschiedliche Art ihr Bestes geben, habe ich unter denen, die für eine bessere Gesellschaft kämpfen, Freunde gefunden, solidarische Menschen, die unser Leben als Exilierte ein bißchen freudiger und besser gemacht haben.
Das war der Grund, der mich bewegt hat, diese Zeilen zu schreiben, die kein Gedicht sein wollen, da ich kein Dichter bin, sondern nur in einfachen Worten ein Gefühl ausdrücken sollen.
Diese Zeilen sind für Tonio, aber ich will deutlich machen, daß Tonio für mich ein Beispiel ist, ein Beispiel für einen solidarischen Menschen, der praktische Konsequenzen aus seinen Ideen gezogen hat.
So gibt es viele von Euch und sie sind deshalb jedem von Euch gewidmet, der mir die Hand gibt und mir Mut macht, den ich brauche, damit in mir von neuem die Kraft entsteht weiterzukämpfen.

Rosa

Zeitschriftenübersicht

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 117, Juli 1983:
Chile: Regierungsänderung? Regierungswechsel? - Für Chiles Freiheit - Solidarität mit den Gewerkschaften - Argentinien: Kinder: Opfer der Diktatur - El Salvador: Politische Unklarheit und wenig Information - Interview mit Maria vom Frauenbataillon Silvia - Hintergrund: Die Internationale Verschuldung (I) - Solidaritätsarbeit - Rezensionen - Leserbriefe
Einzelpreis 3,50 DM, Jahresabo 40,- DM
Bezug: LAN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info Nr. 68, Juli/August 1983
Schwerpunktthema: UNCTAD: Resolutionen, die den Weltmarkt verändern? Berichte u. Hintergründe: Ein Fließband um die ganze Welt (Frauenarbeit in der Elektroindustrie) - Sklaven bei VW - Landbesetzungen in Mexico - Nicaragua: Maßnahmen gegen die Kapitalflucht - Ländernachrichten zu Chile, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien - Solidaritätsbewegung
Einzelpreis: 2,50 DM, Jahresabo: 25,- DM
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

ika-Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch Nr. 23/Juli 1983
Schwerpunktthema: »Kulturzerstörung und Widerstand« - Über die Aktualität von Frantz Fanon - Sistren-Frauentheater, Bewußtwerdungsarbeit und politischer Kampf in Jamaika; Zurück zu unseren (indoamerikanischen) Wurzeln; Literatur in Afrika, Ngugi wa Thiongo, Kenia; Mission und Kulturzerstörung in Papua Neu-Guinea u.v.m.
Einzelheft: 5,- DM, Jahresabo: 20,- DM
Redaktion: Lerchenstr. 34, 7000 Stuttgart 1;
Bezug: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Mittelamerika-Magazin 29/Juni 1983
Kirche/Religion: Nicaragua: Konterrevolution im Talar - Honduras: Protestantische Sekten, Verfolgung engagierter Christen - El Salvador: Klassenkampf in der Kirche - Costa Rica: Hilfe für Eden Pastora - El Salvador: Meldungen, Solidaritätsarbeit, Bücher, Material
Einzelpreis: 2,50 DM, Abo 15,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

Peripherie Nr. 12, Frühjahr 1983
Chile: Die Kirche und das Volk (F. Mires) - Integrationismus und Afrikanismus. Zur Geschichte schwarzer Kirchenbewegungen Südafrikas (Bingham Tembe) - Ein neues Pfingstwunder im Vorderen Orient? (Alexander Schölch) - Politisch-religiöse Bewegungen im Nahen Orient des 20. Jhrdt. (Walter Rotholz) - hexerei, Staat und Religion (Irene Löffler) - Buchbesprechungen, Zusammenfassungen
Einzelpreis: 8,- DM, Doppelheft 16,- DM, Jahresabo 28,- DM
Bezug: Peripherie c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61



Tagungshinweise

Missionsstudientagung, 19.-23.9.83, Mauloff
»Schwarze Haut und weiße Masken« Probleme ausländischer Studenten und Akademiker in der Bundesrepublik, 28./29.10. 83, Mauloff
»Grundbedürfnisstrategie und Entwicklungspolitik«, 25.-27.11.83, Bodenrod
»Licht und Schatten«, Türkisches Schattenspieltheater, Tagung für ausländische Jugendliche, 5.-9.12.83, Bodenrod
Information und Anmeldung zu den o.g. Tagungen: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts.

Informationsreise Kuba, Thema: Frauen in Kuba und ihre Rolle in der Gesellschaft, 24.9.-1.10.83
Solidaritätsreise Nicaragua, 25.9.-12.10.83
Information und Anmeldung: ISTORUS, Münchener Str. 7, 6000 Frankfurt

---

Friedenscamp in Schwäbisch-Gmünd, 6.8.-4.9.83, Kontaktadresse: Dieter Friedel (Gewaltfreie Gruppe), Heubachstr. 25, 7070 Schwäbisch-Gmünd

---

Seminar Entwicklungs- und Friedenspolitik, 1. Okt. 83 (Referat von Dieter Senghaas , Podiumsdiskussion, fest mit Jambalaya), Information und Anmeldung bei SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel

---

»Der mosambikanische Weg aus der Unterentwicklung - und seine Probleme«, 23.-25.9.83, Herrenberg, Information und Anmeldung bei Koordinierungskreis Mosambik, F. Escher, An dem Heerwege 20, 5800 Haagen

---

Paraguay-Seminar, 21.-23.10.83, Walberberg, Information und Anmeldung bei Paraguay-Arbeitsgemeinschaft, Margarethenstraße 11, 4050 Mönchengladbach

---

Demonstration und Kulturfest gegen Arbeitslosigkeit, 24.9.83, Ludwigshafen, Information: Christl. Arbeiterjugend, Hüttmannstraße, 4300 Essen

---

Erinnerung an einen solidarischen Menschen

Recuerdo para un hombre solidario

*Hay hombres que mueren, para vivir,
derramando su sangre generosa
en el camino de la revolución.
Así, un día, llegó a nuestra América Morena
Albrecht.. Tonio.. Pflaum.
tendiendo con sus manos
un puento solidario,
entre la Nicaragua verde,
bañada por un sol libertario
con su pueblo pobre y subdesarrollado,
y el gigante mecánico de grises paredes
que se hierge entre las plantas atómicas
y las torres de cemento alemán.
Aquí se dan la mano, los hombres
de pensamiento libre y solidario,
y una suave brisa abre nuevas puertas,
aquí a allá, donde tienen cabida
los pobres, los indios, los negros, los blancos.
He visto tu mirada
cuando tus ojos se cerraron,
y hes escuchado tu canto
cuando tus labios se sellaron para siempre
por la bala asesina del imperialismo yanqui.
De tu sangre fluyen ríos,
atraviesan continentes y llegan a Alemania,
de cada gota, surgen hombres y mujeres
que protestan por las calles
enveltos en la bandera roja y negro
de Sandino que revive.*

*Entre el ruido de autos, máquinas y misiles,
la sociedad ha perdido su humanidad.
Trabajar, comer, beber, y dormir.
! Cuidado !... camina más a prisa,
no te detengas, no mires, no sientas...
! Seguridad, seguridad!
Es la enfermedad de ésta sociedad.
Ah! allá viene un puerco de cabellos negros,
turco, latino, africano, canaque,
! Cuidado con el tercer-mundista !
quizás mira. escucha, siente diferente.
Ausländer raus!...*

*Tonio, conozco otros como tú,
con los ojos impregnados de luz
y un capullo de flor en la mano
y entonces levanto la cabeza
y mi cuerpo se baña de calor solidario.
Y... allá a lo lejos
diviso los rayos
del sol de mañana.
Si juntamos las voces, las manos
encontraremos el sol libertario
que bañará nuestra tierra
como en Nicaragua*

Rosa

*Es gibt Menschen, die sterben, um zu leben,
die großzügig ihr Blut lassen
auf den Wegen der Revolution.
Und so erreichte er eines Tages unser dunkelhäutiges Amerika
Albrecht Tonio Pflaum
mit seinen Händen
eine solidarische Brücke zu schlagen
zwischen dem grünen Nicaragua,
das im Licht einer Sonne der Freiheit badet,
seinem armen und unterentwickelten Volk
und dem übertechnisierten Giganten grauer Wände,
hochgereckt zwischen Kernreaktorlandschaft
und Türmen aus deutschem Zement.
Hier reichen sich die Menschen die Hand,
die frei und solidarisch denken;
und ein leichter Windhauch öffnet Tore
– hier und dort –
öffnet einen Raum
für die Armen, die Indios, die Schwarzen, die Weißen.
Ich habe Deinen Blick gesehen,
als Deine Augen sich schlossen,
und ich habe Dein Lied gehört,
als Deine Lippen für immer versiegelt wurden
durch die mörderische Kugel des Yankee-Imperialismus.
Dein vergossenes Blut setzt Ströme in Bewegung
die Kontinente durchqueren und Deutschland erreichen.
Aus jedem Tropfen erheben sich Männer und Frauen,
die auf den Straßen protestieren,
eingehüllt in die rot-schwarze Fahne
des auferstehenden Sandino.*

*Unter dem Lärm von Autos, Maschinen und Geschützen
hat die Gesellschaft ihre Menschlichkeit verloren.
Arbeiten, essen, trinken und schlafen...
Vorsicht!... lauf schneller,
nicht stehenbleiben, nicht schauen, nicht fühlen...
Sicherheit!* Sicherheit!
*Dies ist die Krankheit dieser Gesellschaft.
Ah! da kommt ja so ein schwarzhaariger Affe,
Türke, Latino, Afrikaner, Kanacke –
Vorsicht vor dem Mensch aus der Dritten Welt!
Vielleicht sieht, hört, fühlt er (die Dinge) anders.*
Ausländer raus!

*Tonio, ich kenne andere wie Dich,
mit den Augen voller Licht
und einer Blütenknospe in der Hand,
und daher hebe ich den Kopf
und mein Körper badet in solidarischer Wärme.*

*Und... dort in der Ferne
erkenne ich bereits die Strahlen
der Sonne von Morgen.
Wenn wir unsere Stimmen, unsere Hände vereinen,
werden wir die Sonne der Freiheit finden
die unser Land, ebenso wie Nicaragua umfangen wird.*

Übersetzung: Michael Hackinger

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg